

# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

===== Heft 273 =====

---

## **Die politischen Anschauungen des Grafen Alfred von Waldersee und seine Stellungnahme zur deutschen Politik**

Von

**Dr. Wolfgang Fornaschon**

---

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1935

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965

# Historische Studien

Verlag von  
H. W. Schmidt  
Berlin

Die Geschichte der  
deutschen Sprache  
von  
H. W. Schmidt

Reprinted from a copy in the collections of  
The New York Public Library

Printed in the United States of America

## Meinen Eltern





## Inhalt.

	Seite
Vorwort . . . . .	7
<i>Erster Abschnitt:</i>	
Waldersees politische Rolle von Bismarcks Sturz bis zu seiner Entlassung als Chef des Generalstabes (März 1890 bis Januar 1891)	9
<i>Zweiter Abschnitt:</i>	
Waldersees Stellungnahme zur deutschen Politik von 1891 bis 1900 .	25
<i>Dritter Abschnitt:</i>	
Waldersees innen- und parteipolitische Einstellung:	
1. Waldersee und die Konservativen	46
2. Waldersee und die Sozialdemokratie (soziale Frage) . . .	60
3. Waldersee und das Zentrum (Katholizismus) . . . . .	75
4. Waldersee, die Freisinnigen und seine Stellung zur Judenfrage	80
5. Waldersee und die Welfenfrage . . . . .	84
<i>Vierter Abschnitt:</i>	
Waldersees außenpolitische Anschauungen:	
1. Waldersee und die Geschehnisse von 1866 und 1870/71 . . .	90
2. Waldersee und die deutsche Außenpolitik bis zum Beginn seines Konfliktes mit Bismarck im Jahre 1886 . . . . .	94
3. Waldersees Einstellung zur Bismarckischen Außenpolitik von 1887—1890 . . . . .	113
4. Waldersee und die Außenpolitik des neuen Kurses . . . .	151
<i>Fünfter Abschnitt:</i>	
Zusammenfassung . . . . .	167
Verzeichnis der Personennamen . . . . .	179



## Vorwort.

Es ist meine Absicht gewesen, auf Grund des vorliegenden und erreichbaren Materials die politischen Anschauungen des Grafen Waldersee darzustellen. Darüber hinaus habe ich versucht, Waldersees politisches Wirken in dem Zeitraum nach Bismarcks Sturz zu beschreiben. Bei der Darstellung dieser beiden Faktoren ergab sich eine kaum vermeidbare Überschneidung an einigen Punkten der Arbeit. So sind einige Wiederholungen zu erklären. Der Schwerpunkt und das eigentliche Ziel meiner Untersuchungen richtet sich auf die Aufzeigung der prinzipiellen weltanschaulichen Gedankengänge des Grafen Waldersee, besonders in ihrer Gemeinsamkeit bzw. Gegensätzlichkeit zu dem politischen Gedankensystem des Fürsten Bismarck. Bismarck ist so zum Gegenpol Waldersees in meiner Arbeit geworden, und ich habe immer wieder auf seine Einstellung zu den dargestellten Problemen und zur politischen Lage zurückgegriffen.

Was das Quellenmaterial anbetrifft, so fußt meine Arbeit vor allem auf den vorliegenden gedruckten Tagebuchaufzeichnungen und dem Briefwechsel Waldersees. Ich habe mich bemüht, ungedrucktes Material über Waldersee (ich denke dabei besonders an den noch ungedruckten Briefwechsel vor 1886 und nach 1891) heranzuziehen, was aber fehlschlug, da von den Erben des Walderseeschen Nachlasses eine Herausgabe des betreffenden Materials nicht beabsichtigt ist. Die militärische Seite wird in meinen Ausführungen nur kurz berührt, da hierfür das zweibändige Werk von Hans Mohs „Generalfeldmarschall Alfred Graf von Waldersee in seinem militärischen Wirken“ vorliegt. Es ist nicht meine Absicht gewesen, eine Biographie des zweiten deutschen Generalstabschefs zu geben. Zweck und Ziel der vorliegenden Arbeit ist, Waldersee in dem für seine Persönlichkeit so bezeichnenden Kontrast zwischen seinen poli-

tischen Anschauungen und seinem politischen Handeln darzustellen und die Grundlinien seiner politischen Gedanken klarzulegen. Ich hoffe damit, einen Beitrag zu dem Geschichtsbild einer der interessantesten und einflußreichsten Persönlichkeiten des Bismarckischen und Wilhelminischen Deutschland gegeben zu haben.

---

Die Anregung zu dieser Arbeit gab mir Herr Prof. Dr. Westphal, für die Förderung und Unterstützung bei ihrer Ausführung bin ich Herrn Prof. Dr. Hasenclever zu besonderem Danke verpflichtet.



## Erster Abschnitt.

### Waldersees politische Rolle von Bismarcks Sturz bis zu seiner Entlassung als Chef des Generalstabes.

(März 1890 bis Januar 1891).

Mit der Entlassung Bismarcks hatte der Generalstabschef Graf Alfred von Waldersee sein großes politisches Ziel erreicht. Der Reichskanzler, mit dem er, besonders in außenpolitischer Hinsicht, starke Differenzen gehabt hatte, hatte aus seinem Amt scheiden müssen. Ein General wurde sein Nachfolger. Bis zu Bismarcks Sturz war das Verhältnis zwischen Waldersee und Wilhelm II. ein denkbar gutes, sogar intimes gewesen. Waldersee stand auf der Höhe seiner Macht. Knapp ein Jahr später ging er als Kommandierender General des IX. Armeekorps nach Altona in die Verbannung.

Im Gegensatz zu den vielen Lobsprüchen auf den Kaiser, die Waldersee in den vorhergehenden Monaten angeführt hatte, fällt es auf, daß schon am 5. 1. 1890, also bevor Bismarcks Entlassung beschlossene Sache war, von Waldersee am Kaiser eine leise Kritik geübt wurde. Der Kaiser arbeitete ihm nicht konzentriert genug, und Waldersee hoffte, daß das Jahr 1890 „eine ernste, aber ausgezeichnete Schule für den Monarchen“ würde (II, 87). Dann nahm die Bismarckkrise mit ihren Eindrücken Waldersee ganz ein, aber die Behandlung der Arbeiterfrage durch den Kaiser stieß doch bei ihm auf Kritik. Waldersee, konservativ eingestellt und scharfer Gegner der Sozialdemokratie, sah mit Bedenken auf die arbeiterfreundlichen Pläne des Kaisers und befürchtete Unheil aus jedem neuen Entgegenkommen und Nachgeben gegenüber den Arbeiterforderungen. „Bisher haben wir die Erfahrung gemacht, daß alle gutgemeinten Gesetze, alle Erleichterungen und Lohnerrhöhungen die Begehrlichkeit nur gesteigert haben“ (II, 99—100). Am 20. Februar äußerte er: „Der Monarch geht großen Enttäuschungen entgegen. Er hat einen Strom entfesselt, der schwer einzudämmen sein wird“ (II, 104). Auf dem Höhepunkt der Kanzlerkrise setzte die Schwarz-Weiß-Malerei in Waldersees Tagebuch wie-

der ein: Alles, was der Kaiser machte, war gut und anzuerkennen; der Kanzler jedoch war zu alt, machte alles verkehrt und sollte nur schleunigst abdanken. So hatte natürlich der Kaiser auch in der Sozialpolitik recht, Waldersees Besorgnis war geschwunden, für ihn war die Hauptsache, „niemand spricht jetzt von der Sozialpolitik des Kanzlers, sondern von der des Kaisers“ (II, 108). Am Tage vor der Einreichung von Bismarcks Entlassungsgesuch, am 17. März 1890, bat Waldersee den Kaiser um Urlaub, um mit seiner erholungsbedürftigen Gattin nach Italien zu fahren. Am selben Tage, nachmittags, kam es zur ersten Differenz zwischen ihm und dem Kaiser bei der Kritik der Bearbeitungen der taktischen Prüfungsaufgaben des Generalstabes für 1890 (II, 118—121). Waldersee fühlte sich durch den Kaiser in seinem militärischen Können verletzt. Es ist auffällig, wie starke Ausdrücke der Kritik er für das Verhalten des Monarchen findet. Unreife Ideen und Überschätzung seines Könnens sind für ihn bezeichnende Eigenschaften Wilhelms II. Er ging selbst zum Kaiser, um mit ihm über die Angelegenheit zu sprechen. „Ich sei fest davon durchdrungen, so begann ich, daß es ihm völlig fern gelegen habe, mich zu verletzen, tatsächlich habe er das aber getan. Mein Verhältnis zu ihm beruhe allein auf Vertrauen, sei dies nicht völlig vorhanden, so müßten wir uns trennen“ (II, 120).<sup>1</sup> Der bayrische Gesandte in Berlin, Graf Lerchenfeld, berichtete über den Zwischenfall nach München: „... sei es, daß sich inzwischen die Kaiserliche Gunst gewendet hat, jedenfalls ist heute Graf Waldersee nicht mehr der Mann der Situation.“<sup>2</sup> Graf Lerchenfeld meinte, die Kaiserliche Kritik hätte einen anderen vielleicht zur Einreichung seines Abschiedsgesuches veranlaßt. „Graf Waldersee habe sich in Urlaub begeben, und man betrachte dies vielfach als Einleitung eines Wechsels im Generalstab. Vorläufig halte er, Lerchenfeld, diese Annahme für irrig.“<sup>3</sup> Der Botschafter, General von Schweinitz, schreibt in seinen Denkwürdigkeiten, der Militär-

---

1. Vgl. Otto Gradenwitz, Bismarcks letzter Kampf 1888—1898, S. 172, in Schriftenreihe der Preuß. Jb. Nr. 15, 1924.

2. K. A. v. Müller, Die Entlassung nach den bayr. Gesandtschaftsberichten, Südd. MonH. Dez. 1921, S. 155 N. 1.

3. a. a. O. S. 155 N. 1.



attaché v. Villaume habe ihm am 21. März erzählt, „Waldersee werde, nachdem ihn der Kaiser vor einem größeren Kreise scharf kritisiert habe, mit Urlaub an die Riviera reisen“.<sup>4</sup> In seinen Denkwürdigkeiten stellt Waldersee jedoch die Angelegenheit so dar, als ob er aus Rücksicht auf die Gesundheit seiner Gattin den Urlaub erbeten habe, und um zugleich zu zeigen, daß er nicht Kanzler werden wolle (II, 118). Zeitlich lag die Sache so, daß Graf Waldersee schon am Vormittag des 17. März um Urlaub bat, während die Kritik der Prüfungsaufgaben, bei der sich die Differenz mit dem Kaiser ergab, erst um 2 Uhr stattfand. Die Berichte Lerchenfelds und Schweinitz' zeigen jedenfalls, daß diese erste Differenz zwischen Waldersee und dem Kaiser auf weitere Kreise Eindruck machte und Waldersee selbst die Kritik des Kaisers als eine starke Verletzung seines militärischen Könnens und seiner Persönlichkeit ansah; sonst nämlich hätte er nicht gleich vom Abschied gesprochen. Bemerkenswert ist, daß dieser erste Konflikt mit dem Kaiser, wie auch die nachfolgenden, auf militärischem Gebiete lagen. In dem Tagebuch Waldersees finden sich nun häufig Notizen, in denen er mehr oder minder scharf den Kaiser kritisierte (II, 124—126). In einer Aufzeichnung vom 6. Mai 1890 summiert er seine Eindrücke über die Stellung des Kaisers gegenüber der Armee und spricht das aus, was er während seines Kampfes gegen Bismarck nicht hatte äußern wollen: „Ein Gefühl der Sorge hat mich schon seit geraumer Zeit, wohl seit vorigem Herbst beschlichen“ (II, 127). Verstimmt wurde Waldersee auch durch den bevorstehenden Rücktritt seines Freundes, des Kriegsministers v. Verdy. Der Kaiser, schon seit längerer Zeit gegen Verdy eingenommen, ließ ihn auf Capravis Ersuchen fallen (II, 132 ff. Briefw. I, 386 f.). Waldersee verlor in ihm eine Persönlichkeit, mit der er in einträchtiger Weise für das Wohl des Heeres zusammengearbeitet hatte. Verdy machte seinen Freund in einem Brief vom 8. 7. 1890 darauf aufmerksam, daß man auch gegen ihn agitire. Der Warschauer Generalkonsul von Rechenberg und der englische Botschafter in Konstantinopel hätten ihm erzählt, daß man gegen Waldersee vor-

---

4. Schweinitz, Denkw. II, 400.

zugehen suche. „Waldersee und Verdy sind anderen zu bedeutend, erst kommen Sie an die Reihe und dann Waldersee“ (Briefw. I, 389). Durch seine lange Abwesenheit von Berlin von Anfang Juni bis Anfang August (Generalstabsreise und Sommerurlaub in der Schweiz) war Waldersee dem politischen Getriebe fern geblieben und aus diesem Grunde über das Vorgefallene wenig orientiert. Durch einen seiner Bekannten, den Professor Schottmüller, der Beziehungen zum Auswärtigen Amte besaß, erfuhr Waldersee, daß man dort gegen ihn arbeite und von seiner Stellung forthaben wolle (II, 137). Dazu kam, daß er über den Militärattachéerlaß Caprivis vom 20. Juni 1890 stark erbittert war. Mit Recht vermutete er in Herrn v. Holstein den Urheber dieses Erlasses, der sich unzweideutig gegen Waldersee und die ihm unterstehenden Militärattachés richtete (Briefw. I, 388; 414) (II, 136). Holstein hegte schon seit einigen Jahren einen fanatischen Haß gegen den Militärattaché in Rom, Major von Engelbrecht. Diesen suchte er mit allen Mitteln aus Rom fortzubekommen und hatte in mehreren Briefen vom Sommer 1889 den ihm damals befreundeten Waldersee gebeten, ihn in dieser Beziehung zu unterstützen (Briefw. I, 268, 309). Waldersee gab jedoch seinen Bitten nicht nach und blieb mit Engelbrecht, der übrigens als Flügeladjutant beim Kaiser einen sicheren Rückhalt besaß, weiter in regem Verkehr. Dieses Moment mag Holstein mit beeinflußt haben, den Kampf gegen die Militärattachés in Szene zu setzen. Material über die Entstehung des Militärattachéerlasses fehlt. Aber man geht wohl richtig in der Annahme, daß „Baron Holstein die treibende Kraft gewesen ist“.<sup>5</sup> Holstein, und durch ihn stark beeinflußt, Caprivi, wollten mit diesem Erlaß die Militärattachés dem Bereich des Generalstabes entziehen und sie ganz dem Auswärtigen Amt unterstellen. Vor allem aber wollte man die Verbindung Waldersees mit den Militärattachés ausschalten und ihre Berichtserstattung an ihn unterbinden. Es war der alte Kampf zwischen Zivil- und Militärbehörden, der nun seine Spitze gegen Waldersee nahm. Mitte August 1890 hatte Waldersee eine Aussprache

---

5. Ad. Hasenclever, Militärattaché und Ausw. Amt in „Vergangenheit u. Gegenwart“ 1932 S. 601.

mit Caprivi über die Militärattachéfrage, die zu seiner vollen Zufriedenheit verlief. „Wir gaben uns die Hand und schieden als Freunde. Ich war sehr glücklich, und es tat mir leid, daß ich einen Augenblick an seiner Loyalität gezweifelt hatte“ (II, 140).

Waldersee hatte die Ernennung Caprivis zum Reichskanzler durchaus begrüßt (II, 118). Die Ansicht des österreichischen Militärattachés in Berlin, Oberstleutnant v. Steininger, Waldersee sei infolge der Ernennung Caprivis zum Kanzler verstimmt gewesen, möchte ich nicht für wahrscheinlich halten.<sup>6</sup> Die Frage, ob Waldersee die Absicht hatte, nach dem Sturz des Fürsten Bismarck dessen Nachfolger zu werden, ist sehr umstritten. In der historischen Forschung neigt man neuerdings mit Recht der Ansicht zu, daß Waldersee nicht der direkte Nachfolger Bismarcks werden wollte. Diese Anschauung wird durch die Tagebuchaufzeichnungen und den Briefwechsel Waldersees weitgehend gestützt. Schon ein Jahr, bevor die Differenzen zwischen Bismarck und Wilhelm II. einsetzten, im Februar 1889,<sup>7</sup> erklärte Waldersee in einem Briefe an Frhrn. von Rechenberg, er habe durchaus nicht den Wunsch und den Ehrgeiz, Bismarcks Nachfolger zu werden. „Ich halte jeden, der die Erbschaft des Kanzlers antreten will, für einen leichtfertigen Menschen“ (Briefw. I, 223). Im Juli 1889 schrieb er an den Oberbürgermeister von Miquel, „Es ist noch niemals der Wunsch in mir rege geworden, Reichskanzler zu werden. Ich fühle mich in meiner Stellung sehr wohl und habe nur den Ehrgeiz, sie gut auszufüllen. Außerdem halte ich jeden, der die Erbschaft des Kanzlers antritt, für einen sehr verwegenen Mann“ (Briefw. I, 310). Dieselbe Einstellung vertrat er in einer Unterhaltung mit dem Oberbürgermeister und Reichstagsabgeordneten v. Fischer, zu dem er im Jahre 1889<sup>8</sup> äußerte: „Wer einmal Nachfolger des

---

6. Preuß. Jb. Sept. Bd. 201 1925, S. 278.

7. Für die Zeit vor 1889 s. Mohs, II, 13 und auch Eulenburg, Aus fünfzig Jahren S. 245.

8. Juli oder Dezember. Hugo Jacobi in „Biographisches Jahrb. und dtshr. Nekrolog“ Bd. IX, 1904 S. 22. — Diese Äußerung Waldersees ist in ihrer Überlieferung zweifelhaft. Sie entspricht aber durchaus der damaligen Einstellung des Generalstabschefs.

toten Bismarck wird, ist schon nicht zu beneiden, aber Nachfolger des lebendigen Bismarck werden zu wollen, für so dumm werden Sie mich wohl nicht halten.“<sup>8</sup> Waldersee hatte keine Ahnung, wen der Kaiser als Nachfolger des Fürsten Bismarck nehmen wollte. Auch nachdem Caprivi am 1. Februar 1890 im Falle eines Rücktrittes Bismarcks zu dessen Nachfolger ausersehen war,<sup>9</sup> wußte Waldersee nichts von einer derartigen Absicht des Kaisers (II, 102). Erst am 18. März schrieb er in sein Tagebuch: „Jetzt sieht es so aus, als ob der Kaiser Caprivi gewählt hätte“ (II, 118). Am 14. Februar, mitten in den Tagen der Kanzlerkrise, heißt es in seinem Tagebuch: „Ich habe keine Ahnung, ob der Kaiser sich über die Wahl eines Nachfolgers schon klar ist, und auch nicht die geringste Andeutung darüber, was er wohl im Auge haben könnte. Jedenfalls weiß ich aber genau, daß ich ein Tor sein würde, wenn ich mich mit Kanzlerideen tragen wollte. Ich bleibe bei meinem alten Vorsatz: Es muß erst mindestens ein Nachfolger Bismarcks abgewirtschaftet haben; dann läßt sich vielleicht darüber reden“ (II, 102). Waldersee wollte seine angenehme Stellung als Chef des Generalstabes nicht mit der eines Reichskanzlers vertauschen, zumal er wußte, daß dadurch unter Umständen sein gutes Verhältnis zum Kaiser leiden würde (s. II, 117). Er hatte die Absicht, erst einmal die Entwicklung der politischen Lage abzuwarten und dann später entsprechend den politischen Verhältnissen die Kanzlerschaft zu übernehmen. Daß er erst einmal einen anderen abwirtschaften lassen wollte, um dabei Erfahrungen und Beobachtungen zu sammeln, zeigt seine vorsichtige und diplomatische Haltung in politischen Fragen. Er kannte durch seinen ständigen Verkehr mit Wilhelm II. genau dessen Eigenschaften und wußte, daß bei der Veranlagung des Monarchen leicht Konflikte mit dem Reichskanzler eintreten konnten. Im Falle, daß der Kaiser ihm direkt befehlen sollte, Kanzler zu werden, vertrat er den soldatischen Standpunkt Caprivis, die Befehle seines Kaisers ohne Rücksicht auf Gelingen oder Mißlingen auszuführen (II, 117).<sup>10</sup> Waldersee hatte die Entlassung seines Geg-

---

9. s. Dtsche. Revue, Maih. 1922 S. 142; II, 102 Anm. 2.

10. Vgl. Bismarck, Ged. u. Erinnerungen III S. 114.



ners, des Fürsten Bismarck, nach langjährigem Ringen erreicht gesehen. Mit seiner eigenen Kandidatur als direkter Nachfolger des großen Kanzlers wollte er sich nicht „die Finger verbrennen“. So war er mit der Ernennung Caprivi zum Reichskanzler zufrieden und durchaus nicht verstimmt darüber (s. II, 118). Am 17. März 1890 erklärten Waldersee und Ph. Eulenburg in einer Unterhaltung über die Nachfolge Bismarcks, Caprivi für den geeignetsten Kanzlerkandidaten (II, 118). Anfangs war das Einvernehmen zwischen Waldersee und Caprivi ein denkbar günstiges. Bezeichnend dafür ist die Tagebuchbemerkung Waldersees am 22. 3. „Wir gaben uns das Versprechen, treu zusammen zu halten; Caprivi ist ein unbedingt sicherer Mann und soll sich in mir nicht täuschen“ (II, 221 vgl. II, 118). Während der Abwesenheit Waldersees von Berlin wurde die oben erwähnte Verfügung für die Militärattachés vom 20. 6. 1890 erlassen. Am 7. August hörte er zum erstenmal davon, und zwar durch den Großherzog von Baden, der ihm erzählte, daß Caprivi etwas gegen ihn unternommen habe. Doch war Waldersee von Caprivi's Schuld noch nicht überzeugt (II, 135). Bei seiner Wiederankunft in Berlin erfuhr er von dem Militärattachéerlaß Näheres. Hierbei maß er Caprivi weniger die Schuld zu als Holstein, der diesen aufgehetzt habe. Nach der schon erwähnten Aussprache mit dem Reichskanzler (II, 140)<sup>11</sup> waren seine Zweifel an der Loyalität Caprivi's zerstreut. Die nachträgliche Randbemerkung Waldersees zu dieser Aussprache: „Damals hatte mich der Biedermann bereits verraten! Wie harmlos bin ich doch gewesen!“ (II, 140 Anm. 2) zeigt deutlich, daß er, besonders wohl infolge seiner langen Abwesenheit von Berlin, das Wirken von Caprivi und Holstein gegen sich gar nicht durchschaut hatte. Er hörte von mehreren Seiten, daß der eigentliche Hetzer im Hintergrund Herr v. Holstein sei, und war davon überzeugt, daß Caprivi nur durch diesen beunruhigt werde (II, 144; Briefw. I, 403). Entscheidend für Waldersees Stellung zum Kaiser und zur Regierung wurden die Vorfälle anläßlich der Rohnstocker Kaisermanöver vom 17.—21. September 1890 (II, 145 ff.). Waldersee hatte die Fehler des Kai-

---

11. Siehe Seite 12 f.

sers bei der Truppenführung ganz objektiv kritisiert. Der Monarch zeigte sich anfangs sehr wenig verstimmt, aber bald sollte Waldersee die Folgen dieser Manöverkritik erleben. Schon während seines Aufenthaltes in Rohnstock suchte ihn Caprivi mit Einverständnis des Kaisers zu bereden, den Posten des Kommandierenden Generals in Stuttgart anzunehmen. Waldersee lehnte aber, auch dem Kaiser gegenüber, entschieden ab. Er fühlte zwar, daß ein Bruch mit dem Kaiser doch einmal kommen mußte, glaubte aber nicht, daß dieser ihn direkt los sein wollte. Von diesem Zeitpunkt ab beginnt in den Denkwürdigkeiten die Kritik am Kaiser schärfer zu werden. Waldersee klagte immer wieder über sein Dilettantentum auf militärischem Gebiete und gibt in einem Tagebuchbericht vom 25. 9. die Summe seiner Eindrücke und Anschauungen über den Kaiser wieder. „Was ich vor bald zwei Jahren fürchtete, aber immer wieder gern von mir wies, ist leider allmählich zur Gewißheit geworden. Der Kaiser ist — und ich weiß mein Urteil von persönlichen Stimmungen frei — doch nicht der rechte Mann, das Vaterland aus vielen drohenden Gefahren zu führen. Er ist entschieden zu früh auf den Thron gekommen" (II, 149). Trotz Waldersees Beteuerungen, sein Urteil sei objektiv und frei von persönlichen Verstimmungen, liegt es doch klar, daß gerade die Vorfälle von Rohnstock ihn zu diesem kritischen Urteil gebracht haben. Die Differenz zwischen dem Kaiser und ihm, vor allem aber die Absicht des Kaisers und des Reichskanzlers, ihn nach Stuttgart zu versetzen, sind in erster Linie die Gründe für dieses Urteil, wenn auch manche objektiven Ansichten und Erwägungen dazu beigetragen haben mögen. Waldersee hatte durch seine Manöverkritik die Eitelkeit des Kaisers stark verletzt. Bismarck selbst verteidigte den Grafen in dieser Angelegenheit und hob das Bedenkliche des kaiserlichen Eingreifens in die militärischen Angelegenheiten hervor.<sup>12</sup> Erwähnt sei noch, daß Karl Friedr. Nowak eine wesentlich andere These von der Manöverkritik und den Vorfällen in Rohnstock vertritt.<sup>13</sup>

---

12. Philipp, Vertraul. Gespräche mit Bismarck, S. 137.

13. Das dritte dtische. Kaiserreich, Bd. II. Deutschlands Weg in die Einkreisung, S. 133/34.



Er spricht von Taktlosigkeit Waldersees und nimmt scharf gegen ihn Stellung. Das „psychologische Mißgeschick des Grafen Waldersee“ scheint mir, wie so vieles bei Nowak, legendäre Erfindung zu sein. Waldersee kritisierte als objektiver Schiedsrichter und sachlicher Militär die Fehler Wilhelms II. bei der Truppenführung, „er zeigte sich da als Offizier ebenso sachlich und aufrecht, wie er in der Politik ein Höfling war“.<sup>14</sup> Waldersee schrieb am 13. Oktober an seinen alten Bekannten, den Frhrn. von Rechenberg, „Alle sind der Ansicht, daß ich ihm und der Armee einen großen Dienst geleistet habe, indem er die Erfahrung gemacht hat, doch nicht alles besser zu verstehen als alte erfahrene Truppenführer, und in Zukunft etwas vorsichtiger in seinem oft so übereilten und harten Urteil sein wird“ (Briefw. I, 406). Allerdings hatte sich Waldersee getäuscht, wenn er schrieb: „Mir gegenüber ist der Kaiser gerade so wie früher, und habe ich keinen Grund, eine Verstimmung anzunehmen; es hat wohl der Verstand über das etwas verdrießliche Gemüt den Sieg davongetragen“ (Briefw. I, 406). Waldersees Stellung beim Kaiser war inzwischen sehr wankend geworden, zumal vom Auswärtigen Amt (Holstein und Caprivi) stark gegen ihn gearbeitet wurde. Caprivis Vorschlag, er möge doch im Reichsinteresse als Kommandierender General nach Stuttgart gehen, hatte Waldersee noch nicht zu der Überzeugung gebracht, daß Caprivi sein Gegner sei und ihn von Berlin fort haben wollte. Er traute ihm weiter und glaubte nicht, daß der Reichskanzler gegen ihn intrigierte. So schrieb er auf die warnenden Nachrichten, die Rechenberg ihm hatte zukommen lassen, am 13. Oktober: „Was meine Stellung hier anbelangt, so können Sie ohne Sorgen sein. . . . Ich stehe mit dem Kanzler auf dem besten Fuße und ist er ein durchaus vornehm gesinnter Mann, so daß ich mit ihm stets in offenster Weise verkehren kann; ich glaube, er wird sich allmählich einige bedenkliche Leute aus 75 und 76 abzuschütteln“ (Briefw. I, 405/06).<sup>15</sup> Gerade mit den letzten

---

14. Heffter, Die Kreuzzeitungspartei und Kartellpolitik Bismarcks 222; vgl. E. v. Liebert, Aus einem bewegten Leben 139.

15. Gemeint sind die Gebäude Nr. 75 und 76 in der Wilhelmstraße. (Das Auswärtige Amt.)

Worten befand er sich in einem folgeschweren Irrtum. Nach der Rohnstocker Manöverkritik und der damit verbundenen Spannung zwischen dem Kaiser und Waldersee arbeitete Holstein mit größtem Nachdruck an der Entfernung des Generalstabschefs von seinem Posten. Holstein suchte Ph. Eulenburg, den vertrauten Freund des Kaisers, mit aller Kraft dafür zu gewinnen, beim Monarchen gegen Waldersee vorzugehen. Am 4. 11. schrieb er an ihn: „Waldersee muß weg! Er ist im Kriegsfall bedenklich, da ihn der Kaiser nicht respektiert (?). Aber Botschafter darf er auch nicht werden, denn da wäre er für Caprivi gefährlich.“<sup>16</sup> Am 6. 11. heißt es: „Waldersee muß gerade jetzt fallen, wo Stöcker eben entlassen ist. Der Kaiser hat dann mit einem Schlage das ganze Volk mit Ausnahme der Kreuzzeitung für sich“.<sup>17</sup> Ph. Eulenburg selbst war aber durchaus nicht immer geneigt, diesen und ähnlichen Vorschlägen Folge zu leisten. Als Wilhelm II. und Caprivi den Generalstabschef nach Stuttgart als Kommandierenden General versetzen wollten, schrieb Ph. Eulenburg am 7. Oktober an den Kaiser: „Da Ew. Majestät mir ganz freie Meinungsäußerung gestattet haben, wage ich, vom allgemein politischem Standpunkt aus die Bedenken in Erwägung zu geben, die eine so baldige Änderung der außerordentlich hohen Stellung, welche Waldersee einnimmt, erwecken (sic.) Militärisch mag dieselbe notwendig sein, das vermag ich trotz allem, was ich davon höre, nicht zu beurteilen. Fürst Bismarck ist noch nicht verdaut. Der so schnell folgende Chef des Stabes könnte eine Indigestion geben, deren Unbehagen im wesentlichen Ew. Majestät zu tragen hätten.“<sup>18</sup> An Waldersee selbst schrieb er hinsichtlich dieser Kandidatur drei Wochen später: „Ihre eigene Kandidatur, verehrter Graf, habe ich auch bekämpfen müssen — aus ganz anderen Gründen als württembergischen, denn nach meiner Überzeugung wären Sie allerdings für Stuttgart geeignet wie kein anderer! Dieses führt mich auf ein Gebiet, das ich lieber nicht hier berühre.“<sup>19</sup> Es waren dieselben Gründe, die Ph. Eulenburg in dem

16. Haller-Eulenburg, S. 77.

17. a. a. O. S. 77.

18. a. a. O. S. 116.

19. Brief vom 1. 11. 1890, Briefw. I, 411.

oben erwähnten Schreiben an Wilhelm II. dargelegt hatte. Trotz der Gerüchte über seinen Rücktritt, die Waldersee von mehreren Seiten zu hören bekam (Briefw. I, 410 u. 412), war er in einem unverständlichen Optimismus hinsichtlich seiner Stellung befangen. „Der Kaiser ist freundlich und herzlich zu mir gerade so wie früher.“ (a. a. O. I, 413). In der Öffentlichkeit aber schwirrten seit der Rohnstocker Manöverkritik mehrfach Gerüchte von einem bevorstehenden Rücktritt des Generalstabschefs herum. Andererseits war Waldersee selbst, und das ist ein charakteristisches Zeichen für die Unsicherheit und Unklarheit, in der er sich befand, oft mißtrauisch gegenüber der Freundlichkeit des Kaisers (z. B. II, 154). Ihm waren die Gerüchte, die auch durch die Presse gingen, bekannt (II, 154, 163, 167). Aber Moltkes Meinung „ich halte es für ganz unmöglich, daß er (d. h. der Kaiser) Sie aus Ihrer Stellung fortläßt“ (II, 155) und ein Artikel des „Reichsanzeigers“, der auf direkten Befehl des Kaisers erschienen war und für Waldersee eintrat (II, 155), beruhigten ihn. Die Verabschiedung Stöckers als Hofprediger Anfang November 1890 bedauerte Waldersee aufrichtig. Er sah darin einen Sieg jüdischer Kreise und unverantwortlicher Hetzer wie Hinzpeter. Die Behandlung Stöckers verschärfte noch seine Kritik am Kaiser. Im Dezember 1890 brachte er in Unterhaltungen mit dem Monarchen und Caprivi die Militärattachéfrage zur Sprache. Aber positiven Erfolg hatte er nicht damit. In einer Aussprache mit Caprivi am 22. Dezember machte er diesen auf die Rolle, die Holstein spielte, aufmerksam. „Er zöge an der Strippe und wir müßten tanzen“ (II, 170). Auch beim Kaiser ging Waldersee, wie aus den Berichten des badischen Gesandten in Berlin, v. Brauer, hervorgeht, gegen Holstein vor.<sup>20</sup> Er warnte den Kaiser vor Holstein, der gegen Caprivi intrigiere und diesen zu stürzen suche. Hiermit hatte Waldersee aber einen entscheidenden Mißerfolg. Wilhelm II. besprach nämlich diese Angelegenheit mit Ph. Eulenburg, der mit Holstein eng befreundet war. Eulenburg machte dem Kaiser die Haltlosigkeit der Vorwürfe des Grafen Waldersee gegen Holstein klar. Caprivi bestätigte die Ansicht Ph. Eulenburgs.

---

20. Otto Gradenwitz, Bismarcks letzter Kampf, S. 174.

Daraus schloß der Kaiser, Waldersee wolle, um dem Reichskanzler Schwierigkeiten zu bereiten, diesen mit Holstein verfeinden. Diese Angelegenheit trug zu dem Schritt des Kaisers, Waldersee von Berlin zu entfernen, nicht unwesentlich mit bei. Die Frage, die Gradenwitz in seiner oben erwähnten Schrift behandelt, ob Waldersee tatsächlich Holstein für einen Gegner Caprivi hielt, oder ob er wider besseres Wissen diese Ansicht äußerte, soll hier nicht behandelt werden. Entscheidend bei Waldersees Vorgehen war, daß er in Holstein seinen schärfsten Gegner sah und ihn beseitigen wollte. In einem Brief an Engelbrecht vom 21. 12. 1890 (Briefw. I, 415) schrieb er über Holstein: „Es wird dann wohl das Beste sein, daß wir einen Feldzugsplan gemeinsam beraten, und würde ich es für ein Glück und namentlich das allerhöchste Interesse fördernd halten, wenn Herrn R. (Holstein) endlich sein schlechtes Handwerk gelegt würde.“ Dieser Feldzug gegen Holstein schlug fehl, da Waldersee sich im Hinblick auf sein Verhältnis zum Kaiser und Caprivi verrechnet hatte. Seit der Manöverkritik hatte Wilhelm II. die Absicht, den Grafen Waldersee seiner Stellung zu entheben, nicht aufgegeben.<sup>21</sup> Diese Einstellung des Kaisers durchschaute Waldersee nicht in ihrer vollen Schärfe. Auch in Caprivi hatte er sich getäuscht. Er glaubte, diesen gegen Holstein einnehmen zu können, da er nicht durchschaut hatte, daß beide, Holstein wie Caprivi, mit dem Kaiser einer Meinung waren, daß es an der Zeit sei, ihn aus Berlin zu entfernen. In den Unterredungen zwischen Waldersee und Caprivi gelang es dem Reichskanzler immer wieder, den Generalstabschef in seinem Mißtrauen gegen Holstein und das Auswärtige Amt zu beruhigen. Erst durch Reden von außenstehender Seite wurde er erneut mißtrauisch, zumal man ihm erzählte, Caprivi sei durchaus nicht der Biedermann, als den er sich gebe. So notierte er am 27. 12. über den Reichskanzler in seinem Tagebuch: „Ich habe es bisher immer nicht glauben wollen, und es tut mir wirklich wehe, solche Erfahrung zu machen. Ich bin allerdings harmloser gewesen als andere, die mir sagten: ‚Sehen Sie sich vor, er weiß sehr geschickt die Maske des Biedermanns aufzu-

---

21. Vgl. Gradenwitz, a. a. O. 173.



setzen, ist aber falsch wie Galgenholz' " (II, 172). Waldersees Stellung beim Kaiser hatte sich entschieden verschlechtert. Seine Kritik am Wesen und den Handlungen Wilhelm II. war im Laufe des Jahres 1890 wesentlich schärfer geworden. Im Dezember findet sich in seinem Tagebuch die Bemerkung: „Jeder fürchtet für seine Stellung. Leider ist dies so. Wir haben darüber geklagt, daß Bismarck die Charaktere unterdrückt, hier sehen wir aber dasselbe, nur in stärkerer und gefährlicherer Form" (II, 168). In seiner Neujahrsbetrachtung spricht er über sein Verhältnis zum Kaiser. „Allerdings hat sich unleugbar meine Stellung beim Kaiser verändert, zweifellos durch Caprivi, dem ich hier unbequem bin, und dem sich andere Leute (in erster Linie Hahnke) angeschlossen haben" (II, 173). Mitte Januar 1891 fiel es dem Generalstabschef auf, daß er nicht mehr zu Dinern eingeladen wurde, die man dem Kaiser gab. Er gewann nun die Überzeugung, daß es zur Krisis treibe. Am 27. Januar 1891 kam es zur Entscheidung. Der Kaiser sagte nach der Defiliercours anläßlich seines Geburtstages zu Waldersee, er habe die Absicht, ihm das Kommando eines Armeekorps zu übertragen. „Damit trennten wir uns, und ich war auch nicht einen Augenblick im Zweifel, daß das Ende meiner militärischen Laufbahn gekommen sei" (II, 177). Am folgenden Tag kam es zu einer Aussprache zwischen ihnen, wobei Waldersee um seinen Abschied bat. Erst jetzt wurde es ihm völlig klar, daß die Manöverkritik vom September vergangenen Jahres die eigentliche Ursache für seinen Sturz war. Am 31. 1., als er beim Kaiser zum Vortrag war, sagte er offen seine Ansicht, besonders über Caprivi und dessen Bestreben, Macht über Heer und Marine zu gewinnen. Allen Versuchen des Kaisers gegenüber, ihn zur Annahme des Generalkommandos zu bewegen, blieb Waldersee fest und bestand auf seinem Abschiedsgesuch. In diesem heißt es u. a.: „Daß in der Armee und bei allen urteilsfähigen Männern die Ansicht bald sich bilden wird, ich sei beseitigt worden, davon wollen Eure Majestät allergnädigst überzeugt sein" (II, 183). Für den Schuldigen an seiner Verbannung nach Altona hielt er Caprivi; so schrieb er in einem Briefe an Rechenberg am 31. 1.: „Die Entwicklung meiner Angelegenheit ist schnell gegangen und liegt ganz einfach so, daß es dem Reichs-

kanzler gelungen ist, den Kaiser zu überzeugen, ich sei zu mächtig geworden“!<sup>22</sup>

Auf Grund des vorliegenden Materials<sup>23</sup> ergibt sich klar, daß die Entfernung Waldersee von seinem Posten planmäßig von Holstein und Caprivi betrieben wurde. Holstein beeinflusste Caprivi, in dessen Interesse es auch lag, Waldersee nicht zu mächtig werden zu lassen. Holstein hatte seit Bismarcks Sturz planmäßig gegen Waldersee gearbeitet.<sup>24</sup> Dies zeigen vor allem seine Briefe an Ph. Eulenburg.<sup>25</sup> Beide, Holstein wie Waldersee, hatten an Bismarcks Sturz mit geholfen; danach aber suchte Holstein mit allen Kräften den ehrgeizigen Generalstabschef zu verdrängen, dessen großen Einfluß beim Kaiser er kannte. Holstein fürchtete den allmächtigen Grafen Waldersee, zumal er sich dessen Gegnerschaft und Abneigung gegen das Auswärtige Amt wohl bewußt war. Holstein war auch einer der Urheber des Militärattachéerlasses vom 20. Juni 1890,<sup>26</sup> durch den das Auswärtige Amt Waldersees politischen Einfluß zurückdrängen wollte. Der Generalstabschef hatte versucht, gegen die Angriffe seiner Gegner Front zu machen.<sup>27</sup> Aber da seine Stellung beim Kaiser seit der Rohnstocker Manöverkritik stark erschüttert war, und Caprivi zu seinem Mitarbeiter Holstein hielt, war es ihm nicht möglich gewesen, Holstein zu beseitigen. Diese „Minenarbeit“ gegen Waldersee gelangte aber erst dadurch zum Ziel, daß sein Verhältnis zum Kaiser durch den Vorfall bei den Kaisermanövern im September 1890 einen entscheidenden Bruch bekommen hatte. Er hatte sich, obwohl er rein sachlich die Manöverführung des Kaisers beurteilt hatte, eine Blöße gegeben. Wilhelm II. fühlte sich durch die Kritik des Generalstabschefs

---

22. Briefw. I 415; vgl. Friedr. v. Bernhardi, Denkwürdigk. aus meinem Leben 132.

23. Leider sind nur wenige Briefe Holsteins und Ph. Eulenburgs veröffentlicht.

24. Bülow, Denkwürd. I, 363.

25. Haller-Eulenburg S. 77 u. S. 165. — R. C. Muschler, Ph. zu Eulenburg 261.

26. Vgl. Briefw. I, 414; Hasenclever, a. a. O.

27. Denkwürd. II, 166, 169, 170. Briefw. I, 415. Gradenwitz, a. a. O. 174 ff.



vor der Öffentlichkeit stark verletzt. Der Monarch wollte sein eigener Generalstabschef sein, und hatte dem Grafen Waldersee erklärt, „der Chef des Generalstabes soll bei mir nur eine Art von Amanuensis sein, und dazu brauche ich einen jüngeren.“<sup>28</sup> Waldersee fühlte sich aber zu sehr als Nachfolger Moltkes und war zu ehrgeizig, als daß er nur ein Handlanger hätte sein wollen. Ferner hatte man dem Kaiser eingeredet, Waldersee intrigiere gegen den Reichskanzler und das Auswärtige Amt und wolle Einfluß auf die Politik gewinnen. Der Chef des Generalstabes hatte nicht gegen Caprivi persönlich intrigiert, vielmehr volles Vertrauen zu ihm und suchte ihm nach Möglichkeit Schwierigkeiten zu ersparen. Herrn v. Holstein aber suchte Waldersee, wie oben schon ausgeführt, zu beseitigen. Die Tatsache, daß Waldersee in seinem Ehrgeiz immer wieder nach Einfluß auf die Politik trachtete,<sup>29</sup> vermehrte die Unhaltbarkeit seines Aufenthalts in Berlin. Das trat gerade in der Militärattachéfrage zutage. So ist es verständlich, wenn Graf Pourtalès, Legationsrat im Auswärtigen Amt, in einem Briefe vom 7. 2. 1891 an den Botschafter in Petersburg, den General v. Schweinitz, über den Rücktritt Waldersees berichtete, „Ganz im Vertrauen kann ich E. E. versichern, daß die schnelle Beseitigung dieses unhaltbaren Verhältnisses (Reichskanzler contra Generalstabschef) im höchsten Grade wünschenswert war. Waldersee konnte nun einmal nicht die Finger von der Politik lassen, und wenn die Sache auch wieder manches Räsonnieren hervorruft, so habe ich die feste Überzeugung, daß der Kaiser ganz richtig gehandelt, indem er der Sache ein schnelles Ende machte...“.<sup>30</sup> In ähnlichem Sinne schrieb der badische Gesandte in Berlin, v. Brauer, in einem Berichte vom 29. 1. 1891 nach Karlsruhe, „Nachdem die Abneigung Seiner Majestät gegen den Grafen Waldersee immer tiefere Wurzeln gefaßt hat, und wohl als irreparabel angesehen werden kann, muß man es im militärischen Interesse als ein Glück ansehen, wenn der damalige unleidliche Zustand ein Ende nimmt“.<sup>31</sup> Der Kaiser hatte

---

28. II, 179; vgl. Bülow, Denkwürd. I, 363/64; III, 12.

29. Vgl. E. v. Liebert, Aus einem bewegten Leben 138.

30. Schweinitz, Briefw. 275/76.

31. Gradenwitz, a. a. O. 173.

die Partei der Zivilbehörden ergriffen und für Waldersee galt auch das, was Wilhelm II. im Januar 1891 zu Hinzpeter gesagt hatte: „Ersatz für Minister zu finden, ist schwer; wenn ich Generale fortschicke, so finde ich neue, so viel ich will“ (II, 175). Waldersees Einfluß hatte nicht so sehr auf seiner militärischen Stellung als Chef des Generalstabes beruht, als auf den persönlichen Beziehungen zu seinem Kaiser. Darum war es nach der Entfremdung durch die Rohnstocker Manöverkritik für seine Gegner nicht mehr allzu schwer, ihn von Berlin aus seiner Stellung fort zu bekommen, zumal der Kaiser selbst diese Absicht hatte.<sup>31</sup> Dazu kam, daß Hahnke, der Chef des Militärkabinetts, und Lukanus, der Chef des Zivilkabinetts, dem Grafen Waldersee nicht besonders wohlwollend gegenüber standen. Ph. Eulenburgs Rolle bei der Entlassung Waldersees ist nicht ganz durchsichtig. Ich glaube nicht, daß er direkt gegen Waldersee gearbeitet hat. Auf den Rat Holsteins in einem Brief vom 10. 1. 1891, den Verkehr mit Waldersee abubrechen, hatte Ph. Eulenburg auf den Rand des Briefes geschrieben: „Ich werde niemals politischen Gegensätzen freundschaftliche Beziehungen opfern.“<sup>32</sup> Sicher aber hat er sich, besonders mit Rücksicht auf seinen Freund Holstein und die Einstellung des Kaisers, dieser Entfernung nicht widersetzt, die er selbst für nötig hielt.<sup>33</sup> Waldersee fiel denselben Methoden zum Opfer, mit denen er seinerzeit gegen Bismarck gearbeitet hatte. Intrigen, verantwortliche und unverantwortliche Zuträgerei und Hetze haben die Inhaber des höchsten politischen und militärischen Amtes in knapp einem Jahre in die Verbannung getrieben. Der entscheidende Unterschied war aber, daß Waldersee einen Schlieffen als Nachfolger fand, Bismarck aber niemanden, der auch nur annähernd sein Werk sichern und fortführen konnte.

---

32. Haller-Eulenburg, 165/66.

33. Vgl. Eulenburgs Brief an Waldersee vom 2. 2. 1891, Briefw. I, 416/17.

## Zweiter Abschnitt.

### Waldersees Stellungnahme zur deutschen Politik von 1891—1900.

Am 2. Februar 1891 nahm Waldersee die ihm durch Kaiserliche Kabinettsordre übertragene Stellung als Kommandierender General des IX. Armeeekorps in Altona an. Dieser Schritt Waldersees hat mit Recht große Verwunderung hervorgerufen. In seinen Denkwürdigkeiten und im Briefwechsel versicherte er immer und immer wieder, er werde und könne auf keinen Fall die neue Stellung annehmen und müsse auf seinem Abschiedsgesuch bestehen (II, 177—179; 181—183; 185). In einem Brief an den Generalkonsul in Warschau, Frhrn. von Rechenberg, vom 31. Januar 1891 heißt es: „Ich bin fest entschlossen, dies nicht anzunehmen; ich muß darin eine Zurücksetzung sehen, und die brauche ich mir nicht gefallen zu lassen“ (Briefw. I, 415). Nach seitenlangen Beteuerungen, er könne seine Laufbahn „nicht mit einem solchen Rückzuge enden lassen“ (II, 183), kommt die knappe Notiz: „Ich nahm mir zehn Minuten Bedenkzeit und entschloß mich dann, das Kommando anzutreten“ (II, 187). Nach Pressenotizen und den Abschiedsworten Waldersees an die Offiziere und Beamten des Generalstabes: „Seine Majestät der Kaiser und König hat anders über mich verfügt und mich an eine andere Stelle gesetzt; dem Soldaten geziemt es nicht, nach den Gründen zu forschen“ (II, 187 Anm. 1), sind es „Gründe der militärischen Disziplin“ gewesen, die ihn bewogen haben, seinen Widerstand aufzugeben. Mir scheinen jedoch noch andere Gründe für diesen Schritt Waldersees vorzuliegen. Hierzu gibt ein Brief Philipp Eulenburgs an Waldersee vom 2. 2. 1891 (Briefw. I, 416/17) wertvollen Aufschluß. Eulenburg war zu dieser Zeit nicht in Berlin, sondern in Stuttgart und riet Waldersee, die Vorschläge des Kaisers an-

zunehmen, da ein grollendes Zurückziehen als politische Verschwörung gedeutet würde. Es sei durchaus in Waldersees eigenem Interesse, Berlin zu verlassen und so allen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen. Der Kaiser würde ihm seine alte Dankbarkeit bewahren. Dieser Brief zeigt die Gedankengänge auf, die auch den Grafen Waldersee bewogen haben, die ihm angebotene Stellung anzunehmen.<sup>1</sup> Es waren eben nicht nur „Gründe der militärischen Disziplin“, die ihn dazu veranlaßten, sondern vor allem politische Gründe. Waldersee wird sich gesagt haben, daß ein Widersetzen gegenüber den kaiserlichen Befehlen dauernde Ungnade für ihn zur Folge haben würde. Er mag gehofft haben, nach einiger Zeit, besonders bei Änderung der politischen Lage, wieder maßgebenden Einfluß auf den Kaiser ausüben zu können. In dieser Hoffnung bestärkten ihn viele seiner Freunde (II, 188). Waldersee war viel zu ehrgeizig, war allzusehr „politisierender General“, als daß er sich jede Möglichkeit genommen hätte, jemals wieder auf der politischen Bühne auftreten zu können. Das waren auch die Tatsachen, auf die Ph. Eulenburg in seinem oben erwähnten Brief hindeutete. Waldersee wird selbst gemerkt haben, daß er in Berlin bei der augenblicklichen innenpolitischen Lage (Capri-Holstein) nicht bleiben konnte. Altona bedeutete für ihn Verbannung, aber trotz aller Verbitterung und Resignation siegte bei ihm die politische Klugheit in der Erwägung, daß der Kaiser ihn doch noch einmal zurückrufen werde. Die politischen Geschehnisse in den späteren Jahren haben ihm in gewissem Grade recht gegeben. Die Besorgnis und Furcht Holsteins und seiner politischen Freunde (Kiderlen, Marschall), Waldersee könne einmal wieder zu Gnaden kommen und maßgebenden Einfluß ausüben, bietet schon die indirekte Bestätigung für Waldersees Hoffnungen. Viele Freunde Waldersees hatten ihn gebeten, nicht den Abschied zu nehmen (II, 185). Die Generale Moltke,

---

1. Es ist möglich, daß Waldersee und Ph. Eulenburg in ihrer Unterhaltung am 12. und 13. Januar (s. II, 175) auch auf Waldersees Stellung beim Kaiser eingegangen sind. Der Brief Eulenburgs, vom 2. Februar datiert, wird wohl Waldersee erst erreicht haben, nachdem dieser am 2. Februar abends den Entschluß gefaßt hatte, das Kommando anzutreten.



Schlieffen, Falkenstein und Holleben hatten versucht, beim Kaiser und Reichskanzler zu erreichen, daß Waldersee eine Armeeinspektion oder die Statthalterschaft über die Reichslande erhielt. Aber an der ablehnenden Haltung des Chefs des Militärkabinetts, v. Hahnke, und Caprivi, scheiterten diese Bestrebungen. Es war für Waldersee ein großer Trost, daß ihm in Schlieffen ein überaus genehmer Nachfolger gegeben wurde.<sup>2</sup> Während der ganzen folgenden Zeit ist für Waldersees politische und auch persönliche Haltung die Opposition gegen Caprivi und seine Politik charakteristisch. Daß Waldersee in jeder Weise gegen Caprivi und dessen politische Freunde, vor allem gegen das Auswärtige Amt, opponierte und sie scharf kritisierte, ist wohl verständlich aus dem Gefühl heraus, daß diese Personen seinen Sturz herbeigeführt hatten. Bezeichnenderweise vermengten sich bei ihm persönliche und politische Motive. Das war schon während seines Kampfes gegen Bismarck der Fall gewesen, schärfer und persönlicher wurde es während Caprivi's Reichskanzlerschaft. Waldersee gehörte nun zu den Kreisen, die Opposition gegen Caprivi und Beseitigung des neuen Kurses auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Bismarckanhänger, Ultrakonservative und Agrarier (Bund der Landwirte), Christlich-soziale und die große Zahl derjenigen, die in irgendeiner Weise persönlich durch den Kaiser oder die Regierung verletzt oder geschädigt waren. Entscheidend für Waldersees politische Haltung und Wirken wurde seine Stellung zum Kaiser. Als Grundhaltung aller seiner Schritte kann man wohl das Bestreben setzen, sich auf keinen Fall mit dem Kaiser zu verfeinden oder in dessen Ungnade zu geraten. Waldersee hat in den neunziger Jahren unendlich viel Kritik an Wilhelm II. geübt,<sup>3</sup> dafür geben allein seine Tagebücher mehr als genug Material; aber er hat es nie zu einem Bruch mit dem Kaiser kommen lassen. In seiner diplomatischen Schlaueit und höfischen Gewandtheit sagte sich der General, daß er nur durch den Kaiser wieder zu politischem Einfluß kommen könne. Sein Ehrgeiz, tätig in die politischen Verhältnisse einzugreifen, hat ihn immer wieder vorge-

---

2. Briefw. I, 418; II, 189; Histor.-polit. Arch. 1930 Bd. I, 188.

3. Alexander v. Hohenlohe: Aus meinem Leben S. 312.

trieben zu dem Versuch, ob er nun doch nicht bald als der starke Mann kommen könne, der das Reich mit fester Hand aus der falschen Bahn und dem drohenden Verhängnis herausreißen würde.

Wilhelm II. hatte Waldersee bei der Anbietung des Generalkommandos in Altona den Auftrag gegeben, den Fürsten Bismarck zu beaufsichtigen, da dieser gegen ihn intrigiere (II, 178). Waldersee stellte sich von vornherein dieser Zumutung ablehnend gegenüber. „Was geht mich Fürst Bismarck an? Soll er beobachtet werden, so mag man Polizisten damit betrauen“ (II, 178). Er hat im Jahre 1891 und auch später den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh mehrfach besucht; diese Besuche sind von Bismarck erwidert worden. Waldersee verfuhr aber sehr vorsichtig und fragte vor jedem Besuch beim Kaiser an, ob es ihm genehm sei, wenn er den Fürsten Bismarck besuche (II, 198; 210; 226; 229). Es ist bezeichnend für Waldersee, der sich auf keinen Fall den Zorn und die Ungnade des Kaisers zuziehen wollte, wenn er nach einem Besuch bei Bismarck notiert: „Da ich die schlechte Stimmung gegen ihn in Berlin, auch gegen mich im Auswärtigen Amt, kenne, machte ich dem Kaiser von meinem Besuche Meldung und erfuhr, daß dies eine gute Vorsichtsmaßregel gewesen war“ (II, 210). Schon im Jahre 1891 bemühte sich Waldersee um eine Annäherung und Aussöhnung zwischen Bismarck und dem Kaiser. „Wer es gut meint, müßte mithelfen, um ein besseres Verhältnis zwischen den beiden herzustellen; es würde ihnen und dem Vaterlande damit gedient sein“ (II, 203). Aber er stieß beim Kaiser mit seinen Versöhnungsversuchen auf keine Gegenliebe (II, 211). Wilhelm II. riet ihm sogar, sich dem Fürsten gegenüber vorzusehen. Im Auswärtigen Amt war man ängstlich besorgt, daß die Besuche in Friedrichsruh nur Höflichkeitsbesuche blieben. Caprivi und vor allem Holstein befürchteten eine Annäherung Waldersees an den Kaiser, dem eine Versöhnung zwischen Bismarck und Wilhelm II. folgen könnte. Waldersee bemühte sich, wie schon erwähnt, um diese Aussöhnung, aber nicht nur, wie er betonte, um die Kluft im Deutschen Volk, die die Entlassung Bismarcks geschaffen hatte, zu schließen, sondern auch, um auf diesem Wege den neuen Kurs und seine Gegner Caprivi und Holstein



zu beseitigen. Gewiß war bei Waldersee das patriotische Interesse, die Sorge um das Wohl des Deutschen Reiches, ein starker Beweggrund für sein Handeln; aber er war doch zu ehrgeizig, zu sehr Diplomat und Höfling, um nicht auch bei diesem Bestreben persönliche Interessen mit zu verknüpfen. Die Versöhnung zwischen Bismarck und dem Kaiser war im Jahre 1891 nicht zustandegekommen. In den beiden folgenden Jahren verschärfte sich sogar das Verhältnis zwischen ihnen. Waldersee hat auch im Jahre 1892 eifrig daran gearbeitet, eine Versöhnung zustandezubringen. Im Mai 1892, während seiner Anwesenheit in Berlin, war er in dieser Hinsicht sehr tätig. Der freikonservative Reichstagsabgeordnete von Kardorff, der sich um eine Aussöhnung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck stark bemühte, unterhandelte mit Waldersee, wie schon im April 1891, auch nun wieder über diese Angelegenheit. Graf Guido Henckel von Donnersmark war dabei der Mittelsmann zwischen seinem Freunde Waldersee und den Bismarckanhängern.<sup>4</sup> Während des Zarenbesuches in Kiel am 7. Juni 1892 sprach Waldersee mit dem Kaiser persönlich über eine evtl. Annäherung.<sup>5</sup> Er sagte dem Kaiser, Bismarck sei friedensbedürftig und wohl dahinzubringen, den ersten Schritt zur Versöhnung zu tun. Der Kaiser schien anfangs „einer Aussöhnung nicht abgeneigt“ (II, 243) zu sein. Als jedoch Caprivi am 9. oder 10. Juni beim Kaiser Vortrag hatte, gelang es ihm, diesen von dem Walderseeschen Plan abzubringen. Wilhelm II. schrieb an Waldersee sofort einen Brief, in dem er vom Fürsten Bismarck verlangte: „Er muß in ganz unzweideutiger Weise auf schriftlichem Wege direkt an mich seine Bitte oder Wunsch formulieren, wieder mit mir in Beziehung treten zu dürfen“ (II, 244). Mit Recht schrieb Waldersee hierzu: „Was hier vom Fürsten verlangt wird, ist ein Gang nach Kannoſſa, und den tut er nicht“ (II, 244). Auf Grund des kaiserlichen Briefes entschloß er sich, seine Bemühungen um eine An-

---

4. Thimme, Bismarck und Kardorff, Dtsche. Revue Jg. 42, Bd. I. S. 279 ff.

5. II, 243. Vgl. O. Hammann, Der neue Kurs S. 36/37. O. Gradenwitz, S. 234/35.

näherung einzustellen (II, 245/46). Kurz darauf erfolgte der Konflikt wegen der Hochzeit des Grafen Herbert Bismarck in Wien, der eine Aussöhnung vollends zunichte machte. Waldersee nahm in dieser Frage die Partei Bismarcks und beschuldigte mit Recht Caprivi und Holstein als diejenigen, die mit aller Kraft gegen Bismarck intrigierten und hetzten und so die Kluft zwischen ihm und dem Kaiser vertieften. Nachdem sich Waldersee eifrig um eine Annäherung zwischen Wilhelm II. und Bismarck bemüht hatte, erfolgten im Juli 1892 Presseangriffe auf ihn (II, 249 ff.). In diesen Artikeln, vor allem im „Berliner Tageblatt“,<sup>6</sup> wurde Waldersee als Intrigant und Verschwörer hingestellt, der im Verein mit Bismarck auf den Sturz Caprivis hinarbeitete. Waldersee protestierte in einem Brief an den Kaiser<sup>7</sup> energisch gegen diese Angriffe, begegnete aber bei ihm nur kühler Zurückhaltung. Caprivi und Hahnke hatten inzwischen auf den Kaiser eingewirkt. Waldersees Verhalten gegenüber den Pressekorrespondenten — er hatte ihnen in Interviews erklärt, er stehe Bismarck und der Politik völlig fern — wurde vom Kaiser in einer Ordre vom 24. 8. 1892 (II, 261 f.) an ihn stark gemißbilligt. Der Ton und die Art des Schreibens, besonders die Sätze „wenn Sie sich von der Tagespresse und ihren Korrespondenten gänzlich fernhielten, so würde auch der Schein vermieden, als wollten Sie eine politische Rolle übernehmen,“ und „es ist Mein Wille, daß keiner Meiner Offiziere ohne Meine Genehmigung in Verbindung zur Tagespresse tritt, um vermeintliche Angriffe abzuwehren oder seinen Anschauungen Eingang in die Öffentlichkeit zu verschaffen“, lassen klar erkennen, daß auf den Kaiser von bestimmter Seite aus eingewirkt war. Ich kann mich der von Waldersee in seinem Tagebuch geäußerten Ansicht „jedermann gibt mir zu, daß es sich um einen von Personen des Auswärtigen Amtes geleiteten systematischen Pressefeldzug gegen mich gehandelt hat. Wahrscheinlich ist der eigentliche Macher der Herr v. Holstein, der unter allen Umständen Caprivi halten will, weil er, solange dieser Kanzler ist, tatsächlich das Auswärtige Amt leitet“ (II, 262), nur anschließen. Hol-

---

6. Ausg. v. 4. 7. 1892.

7. v. 21. Juli und 5. August 1892 (II, 250 f.; 255 ff.).

stein arbeitete mit allen Mitteln gegen eine Wiederkehr des Fürsten Bismarck; alle Personen, die in dieser Richtung wirkten, erregten sein stärkstes Mißtrauen. Unter diesen stand für ihn in erster Linie Waldersee, den er auch als Kanzlerkandidaten fürchtete. Holstein arbeitete intensiv und geschickt durch die ihm zur Verfügung stehende Presse wiederholt gegen Waldersee.<sup>8</sup> So ist es zu erklären, daß seit Juli 1892, also kurz nach dem Konflikt zwischen Bismarck und dem Kaiser wegen der Wiener Vorfälle, Waldersee wiederholt in der Öffentlichkeit und in mehreren Presseartikeln als eine Persönlichkeit hingestellt wurde, die eine politische Rolle zu spielen wünschte, kurz gesagt, als politisierender General. Schon im März 1891, kurz nach Waldersees Versetzung, hatte Holstein, wie aus Briefen an Ph. Eulenburg ersichtlich ist,<sup>9</sup> große Besorgnis, daß eine Annäherung des Kaisers an Waldersee kommen werde und damit der Sturz Caprivis. „Bötticher, Waldersee und Hinzpeter hetzen gegen Caprivi! Man muß sie loswerden, um Caprivi zu halten und den Kaiser zu stützen.“<sup>9</sup> Der Militärattaché in Bern, Friedrich von Bernhardi, berichtete im Dezember 1892, „daß im Auswärtigen Amt unzählige Lügen über Waldersee, der immer noch sehr gut beim Kaiser angeschrieben wäre, verbreitet seien, und daß Caprivi vor allem fürchtete, es könne Waldersee gelingen, Bismarck und den Kaiser zu versöhnen. Dann würde alles aus sein“.<sup>10</sup> Bezeichnend ist es, daß bei jedem Entgegenkommen des Kaisers gegenüber Waldersee, sofort durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes unruhestiftende Nachrichten in die Presse lanciert wurden (z. B. II, 273). Man nutzte jede Gelegenheit aus, um gegen ihn durch Presseartikel vorzugehen. Es ist Caprivi und Holstein gelungen, während der Jahre 1891/93 eine Annäherung zwischen Bismarck und Wilhelm II. zu verhindern und Waldersees politischen Einfluß auszuschalten. Dazu kam, daß Holstein durch Ph. Eulenburg geschickt den Kaiser beeinflussen konnte. Eulenburg schrieb am 24. 9. 1892 in einer Denkschrift über die Caprivische Militärvorlage an

---

8. II, 271; 275; 269/70.

9. Reinhold Conrad Muschler, Ph. Eulenburg S. 265.

10. Friedr. v. Bernhardi, Denkwürdigkeiten aus meinem Leben, S. 149.

den Kaiser u. a. folgendes: „Die Unsicherheit der für die Vorlage stimmenden Parteigruppen wird gefördert durch Fürst Bismarck einerseits, der sich für die dreijährige Dienstzeit aussprach, und durch Graf Waldersee andererseits, welcher durch den Großherzog von Baden und andere für die dreijährige Dienstzeit und für die von Sr. Majestät gewünschte ‚kleine, aber tüchtige Armee‘ wirbt. Beide, Bismarck und Waldersee, wissen, daß ein Konflikt zwischen Sr. M. und Graf Caprivi bei einem Schwanken im Reichstag bezüglich der Annahme der Vorlage eintreten kann, und beide wissen, daß eine fehlschlagende Vorlage jene oben geschilderten Konsequenzen für die Regierung Sr. M. haben muß. Ihre Arbeit ist durchaus logisch und Ihrem Interesse angepaßt.“<sup>11</sup> Bei dem Einfluß, den Ph. Eulenburg bei Wilhelm II. besaß, mußte eine solche Stellungnahme unbedingt Caprivi stützen und Mißstimmung gegen Waldersee hervorrufen. Die Gegner Waldersees stellten bei ihren Angriffen geschickt Bismarck und Waldersee als in gegenseitigem Einverständnis befindlich dar. So ist es erklärlich, daß Waldersee die alte Gunst des Kaisers noch nicht wieder gewinnen konnte, ja, daß vielmehr Wilhelm II. ihm kühl und zum Teil mißtrauisch gegenüberstand. So sagte der Kaiser am 10. 11. 1892 zum Statthalter der Reichsländer, dem Fürsten Hohenlohe: „Waldersee und Bismarck könnten sich eigentlich nicht leiden. Sie hätten sich aber verbündet im gemeinsamen Haß gegen Caprivi, den Bismarck stürzen wolle. Was nachher komme, sei ihnen gleichgültig.“<sup>12</sup> Zur Zeit der Militärvorlage über die zweijährige Dienstzeit (1892/93) kam es zu einer Art Kanzlerkrise. Es liefen Gerüchte umher, nach denen Waldersee Kanzler werden sollte; andere nannten Albedyll oder Botho Eulenburg als Kandidaten für den Reichskanzlerposten.<sup>12</sup> Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin sprach Waldersee im August 1892 auf seine Kanzlerkandidatur an.<sup>13</sup> Ein Artikel der „Hamburger Nachrichten“ vom 22. 10. 1892 mit der Überschrift

---

11. Haller-Eulenburg S. 90. Vgl. weiter Frank, Hofprediger Ad. Stöcker und die christl. soz. Bewegung S. 296.

12. Hohenlohe Denkwürd. II, 495.

13. Hans Mohs, II, 376.



„Ein bemerkenswertes Eingeständnis“<sup>14</sup> behandelte die Frage einer Walderseeschen Kanzlerkandidatur, die in einem offiziellen Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten“ aufgeworfen war.<sup>15</sup> Im Juni 1892 hatte der Bankier Bleichröder den Fürsten Bismarck gefragt, wer Caprivis Nachfolger werde, B. Eulenburg oder Waldersee. „Darauf habe Bismarck geantwortet, Waldersee könne jetzt nicht Reichskanzler werden, weil das in Rußland und Frankreich als Krieg gedeutet werden würde. Eulenburg werde die Sache führen können.“<sup>16</sup> Zur selben Zeit berichtete der Militärattaché in Bern, Friedrich von Bernhardi, von einem Gespräch mit Waldersee, in dem dieser u. a. erklärte: „Caprivi und Genossen aber wollen am Ruder bleiben und vor allem verhindern, daß Waldersee Kanzler würde.“<sup>17</sup> Aber Waldersee sah selbst ein, daß nicht er Caprivis Nachfolger werde, sondern wahrscheinlich Botho Eulenburg. Wenn dieser abgewirtschaftet habe, „dann werde vielleicht der Kaiser einsehen, daß er Männer von großen Gesichtspunkten brauche und von starkem Willen. Dann sei es vielleicht möglich, daß er Waldersee als Kanzler berufen werde, und wenn dann der Kaiser Garantien für eine folgerichtige energische Politik biete, dann werde er vielleicht annehmen, jetzt seien aber die Verhältnisse noch nicht reif. Der jetzige Kurs hätte noch nicht genügend abgewirtschaftet“.<sup>18</sup>

Die Militärvorlage führte nicht zu einem Sturz Caprivis; im Gegenteil, ihre Annahme am 15. 7. 1893 befestigte seine Stellung beim Kaiser.<sup>19</sup> Auch weiterhin blieb er trotz aller Gerüchte und aller Schwierigkeiten, die sich ihm in den Weg stellten, im Amt. Auch die von Waldersee so sehr gewünschte Annäherung zwischen Bismarck und dem Kaiser ließ auf sich war-

---

14. In der Abendausgabe s. Johannes Penzler, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung IV, 181.

15. Vgl. den Artikel der „Münchener Allg. Ztg.“ Morgenausg. v. 22. 2. 1893. s. Penzler, a. a. O. IV, 382.

16. Hohenlohe, a. a. O. II, 488.

17. Bernhardi, a. a. O. 145.

18. Bernhardi, a. a. O. 145/46.

19. s. die Kaiserl. Kab.Ordre an Caprivi. Schultheß, Europäischer Gesch.Kal. 1893 S. 93.

ten. Seit dem Juni 1892 war Waldersee nicht in Friedrichsruh gewesen; er wagte es nicht, den Zorn seines obersten Kriegsherrn herauszufordern. Resigniert notierte er im Juni 1893: „Im Juni 1892 war ich das letzte Mal in Friedrichsruh, so daß ich den alten Fürsten nunmehr ein Jahr lang nicht gesehen habe. Was wird die Welt später dazu sagen, daß Bismarck in die Reichsacht erklärt wurde, und es als Verbrechen galt, mit ihm zu verkehren!“ (II, 290). Der Haß gegen Caprivi blieb, und im Sinne des „Kladderadatsch“<sup>20</sup> waren auch für ihn Holstein, Kiderlen und Ph. Eulenburg die führenden Leute, die hinter den Kulissen die Politik nach ihren Interessen und Wünschen regelten. Ich fürchte, diese angebliche Skatpartie wird viel Unglück anrichten. Vor hundert Jahren trieben Bischoffwerder und Konsorten ihr verhängnisvolles Spiel“ (II, 301; vgl. II, 303). Am 26. Oktober 1894 erfolgte die Entlassung Caprivis. Damit war ein langersehnter Wunsch Waldersee erfüllt. „Ich kann nicht leugnen, daß mich der Sturz Caprivis mit Befriedigung erfüllt. Sowohl sachlich, weil ich der Überzeugung bin, daß er dem Vaterlande unendlichen Schaden zugefügt hat, und eine schwer wieder gutzumachende Verbitterung und Verhetzung zurückläßt, wie auch aus persönlichen Gründen, weil er sich mir gegenüber falsch benommen und mich durch List und Lüge mit dem Kaiser entzweit hat“ (II, 328). Diese abschließende „Würdigung“ Caprivis war das Ergebnis eines vier Jahre langen Kampfes beider Männer gegeneinander.<sup>21</sup> Entscheidend für Waldersees Einstellung gegenüber Caprivi war die Tatsache, daß dieser an seiner Entfernung von Berlin in erster Linie mit beteiligt war und immer wieder eine Annäherung des Kaisers an ihn sabotiert hatte.<sup>22</sup> Mit Caprivis Sturz hoffte nun auch Waldersee, daß seine Stunde bald kommen werde. „Was mich anbelangt, so habe ich nunmehr die Hoffnung, mit dem Kaiser wieder auf einen besseren Fuß zu kommen, und gedenke in einiger Zeit Schritte zu tun.“<sup>23</sup> Auch eine Versöhnung zwischen

---

20. Artikel: „Der vierte Mann im Skat“ in Nr. 52 Dez. 1893.

21. Vgl. Waldersee Urt. über Caprivi bei Walter Frank, Südd. Mon.H. Jg. 24,2 S. 333.

22. Bernhardi, a. a. O. 155.

23. Tgb.Aufz. v. 30. 11. 1894 II, 329/330.

dem Kaiser und Bismarck erhoffte Waldersee von dem Regierungswechsel. Zugleich mit Capravis Sturz kamen wieder die Gerüchte von einer Kanzlerschaft Waldersees auf (II, 329 u. 332). Soweit das gedruckte Material einen Schluß zuläßt, war Waldersee nicht direkt in die Vorgänge verwickelt, die zum Sturze Capravis führten. Auch die Wahl Hohenlohes zum Kanzler war für ihn völlig überraschend. Er war in den entscheidenden Tagen weder in Liebenberg bei der Familie Eulenburg, noch in Berlin. Waldersee ist an dem Sturze Capravis und der Wahl seines Nachfolgers unbeteiligt gewesen. Die Ansicht des Botschafters Grafen Monts über Waldersee „allen Ablehnungen entgegen hat er nach der Kanzlerstelle gestrebt, zuerst bei Bismarcks, dann bei Capravis Sturze“, halte ich nur für bedingt richtig.<sup>24</sup> Waldersee hatte nicht ernstlich daran gedacht, Capravis Nachfolger zu werden. Er sah allerdings die Kanzlerschaft Hohenlohes nur als ein Zwischenstadium an. Maximilian Harden schreibt hinsichtlich der Gerüchte von einer Kanzlerschaft Waldersees „Der als Frömmeler, als Antreiber zum Zweifrontenkrieg Verdächtige konnte nicht Kanzler werden. Der Ulan hat die Wucht dieser Hiebe empfunden; im Oktober 1894 schrieb er „es paßte schon dem Fürsten Bismarck gut, mich als Mucker, Stöckerianer, schwarzen Reaktionär, Kriegstreiber usw. darzustellen, so daß der Durchschnittsphilister Gänsehaut bekam, wenn von mir die Rede war. Herr von Caprivi gefiel sich darin, in dasselbe Horn zu stoßen, und ist mein Ruf unter ihm nicht besser geworden“.<sup>25</sup> Im Kern ist dieses Urteil durchaus richtig, jedoch von Harden in journalistischer Manier übertrieben und aufgebauscht. Waldersee schrieb — allerdings schon am 20. 1. 1894 — an den Militärattaché in Petersburg, Grafen York von Wartenburg: „Wenn ab und zu, wie ich es auch wohl von anderer Seite wohl höre, auf mich Hoffnungen gesetzt werden sollten, so ist das für mich ja sehr schmeichelhaft, wird aber ohne Wirkung bleiben; weder werde ich gerufen, noch hätte ich Neigung zu kommen und zunächst schon unter keinen Umständen,

---

24. Monts, Erinnerungen und Gedanken S.174. Über Waldersees Wunsch, Bismarcks Nachfolger zu werden, s. Abschn. I. S. 13—15.

25. Harden, Köpfe I, 207.

wenn ich auf ‚Befehl‘ dastehen soll, wie der jetzige Inhaber. Einige Selbstprüfung, zu der ich ja hier Zeit genug finde, hat das Resultat, daß ich doch nicht der richtige Mann bin. Wenn noch einige Zeit vergeht, bin ich übrigens auch zu alt, sowohl für dies wie für alles andere und gehe dann lautlos in die Versenkung.“<sup>26</sup> Die resignierte Stimmung, die aus diesen Zeilen spricht, ist zu verstehen aus der Hoffnungslosigkeit, in der sich damals Waldersees politische Wünsche befanden.<sup>27</sup> Erst im Laufe der Kanzlerschaft Hohenlohes machte Graf Waldersee Versuche, politisch wieder in den Vordergrund zu kommen. Ich hatte schon erwähnt, daß die Ernennung Hohenlohes zum Reichskanzler für Waldersee völlig überraschend kam. Monts schreibt in einem Brief an Bülow vom 1. 11. 1894 darüber: „Namentlich Waldersee wollte die Kombination Hohenlohe noch bis nächsten Sonnabend Abend nicht glauben und war selbst am dritten Tage noch nicht klar.“<sup>28</sup> Waldersee, der von dem Kanzlerwechsel erstmal ein besseres Verhältnis zum Kaiser und damit politischen Einfluß erhoffte, dann aber auch ein Verlassen des Kurses, den Caprivi verfolgt hatte, war bald enttäuscht von der Kanzlerschaft Hohenlohes.<sup>29</sup> Schon im November 1894 schrieb er an Bernhardi einen Brief, in dem er den Kaiser stark kritisierte und die allgemeine politische Lage nach wie vor für traurig und verfahren hielt.<sup>30</sup> Im April 1895 ließ er sich gegenüber Bernhardi vernehmen: „Über den Fürsten Hohenlohe sind die Menschen allmählich einig geworden; anfangs glaubte man, er bedürfe etwas Zeit, werde dann aber mit Ideen herauskommen. Jetzt weiß man, daß er nichts im Hinterhalt hat, und daß er über jeden Tag dankbar ist, den er ohne einen Krach nach oben beschließt... Mag aber auch ein Kanzlerwechsel bald eintreten: glauben Sie mir, er ändert nichts.“<sup>31</sup> Von Anfang an

---

26. Briefw. zw. dem Chef des Gen.Stabes Grafen Waldersee und dem Militärattaché in Petersburg, Grafen York von Wartenburg, 1885—1894 in „Hist. Polit. Arch.“ I, 189. 1930.

27. Vgl. Walter Frank, Südd. MonH. Jg. 24,2 S. 333.

28. Bülow, Denkwürd. I, 31.

29. Vgl. Kardorffs ähnl. Anschauung s. Thimme Dtsch. Rev. Jg. 42,2 S. 262 u. 265/67.

30. Bernhardi, a. a. O. 178 f.

31. Bernhardi, a. a. O. 180.



gefiel Waldersee nicht der Umstand, daß Hohenlohe mit Holstein gut stand, auch war er besorgt, wegen des intimen Verhältnisses Ph. Eulenburgs zum Kaisers.<sup>32</sup> Waldersee tadelte die Maßnahmen Hohenlohes fast ebenso wie die Capravis, aber mit dem Unterschied, daß Hohenlohe eben nicht sein persönlicher Gegner war. Wichtig aber war, daß seit Capravis Sturz die von Waldersee erhoffte Besserung in seinem Verhältnis zum Kaiser tatsächlich eintrat. Im Januar 1895 bekam Waldersee den Schwarzen Adlerorden und auch sonst erwies ihm der Kaiser mehrere Aufmerksamkeiten. Waldersee schreibt dazu: „Im ersten Augenblicke noch etwas mißtrauisch, glaube ich heute, daß dem Kaiser doch das Gewissen geschlagen hat, und das Gefühl bei ihm zum Durchbruch gekommen ist, sich stark in meiner Schuld zu befinden.“<sup>33</sup> Wenn auch die sachliche Kritik an manchen Maßnahmen und Schritten des Kaisers blieb, die persönliche Kritik an seinem Wesen und Charakter, wie sie für Waldersee zu Capravis Zeiten bezeichnend gewesen war, kam nur noch selten vor. Unter Hohenlohes Kanzlerschaft erfolgten auch wieder mehrmals Besuche Waldersees bei Bismarck.<sup>34</sup> Wenn auch Waldersee zu einem besseren Verhältnis mit dem Kaiser gelangt war, so unterlag dieses doch noch starken Schwankungen. In der Umgebung Wilhelms II. wurde noch wie zu Capravis Zeiten gegen Waldersee intrigiert und gearbeitet (s. II, 346). Waldersee hatte seine anfängliche Überzeugung, Hohenlohe würde sich als Reichskanzler nicht lange halten, nach einiger Zeit geändert. So schrieb er im Herbst 1895: „Mag Hohenlohe auch noch so amtsmüde sein, der Kaiser wird ihn behalten; er ist nicht allein ihm, sondern auch anderen Leuten sehr bequem, denn die Firma Holstein-Kiderlen macht dabei ja die allerbesten Geschäfte“ (II, 361). Während der Köller-Krise (November/Dezember 1895) und der Annäherung Wilhelms II. an Bismarck (Besuch in Friedrichsruh Dezember 1895) tauchten die Gerüchte von einer Kanzlerschaft Waldersees wieder auf.<sup>35</sup>

---

32. Vgl. Bismarcks Haltung, s. Thimme, a. a. O. S. 273, Anm. 2.

33. Tgb.Aufzeichn. v. 15. 1. 1895 II, 335.

34. II, 337, 341, 369, 372.

35. Haller-Eulenburg S. 159/60 und 181/82.

So schrieb die Kaiserin Friedrich am 21. 12. 1895 an ihre Mutter: „I much regretted the visit to Friedrichsruh, though I trust it is not a sign of what is much expected, i. e. a Ministry, Ct. Waldersee and Herbert Bismarck instead of dear Prince Hohenlohe. It would be the worst thing possible for Germany, but the Court Party are working at it, Keller, etc.“<sup>36</sup>

Wilhelm II. hatte im November und Dezember 1895 die Absicht, den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit scharfen Mitteln, evtl. mit Hilfe eines Kanzlers- und Regierungswechsels durchzuführen. In dem preußischen Innenminister, Herrn von Köller, sah er den „starken Mann“, mit dem er den Kampf durchsetzen könne. Aber Ph. Eulenburg setzte sich entschieden für Hohenlohe ein und erreichte beim Kaiser, daß die Kampfpläne unterblieben.<sup>37</sup> Am 29. 11. 1895 schrieb er an den Kaiser: „Nur in diesem Augenblick keine Kanzlerkrise — keinen Kanzlerwechsel!! Das müßte jenen Eindruck hervorrufen, auf den Friedrichsruh mit sehnstüchtiger Begierde lauert: Jetzt ist der Kaiser soweit! Jetzt kommt der Kanzler, den ich, Bismarck, in Händen halte, mag er Waldersee, Schweinitz oder sonstwie heißen!“<sup>38</sup> Ph. Eulenburg arbeitete zusammen mit Hohenlohe, Holstein und Marschall intensiv daran, den Kaiser von den militärischen und ostelbischen Einflüssen, die in dem Flügeladjutanten (Waldersee war Generaladjutant Wilhelms II.) und Agragiern ihre Vertretung hatten und Staatsstreichpläne verfolgten, loszureißen.<sup>39</sup> Im Laufe des Jahres 1896 besserte sich Waldersees Verhältnis zum Kaiser weiter. Waldersee kam mehrmals mit ihm zusammen und beeinflusste ihn im Sinne einer Versöhnung mit Bismarck. Seit der Veröffentlichung des Rückversicherungsvertrages durch die „Hamburger Nachrichten“ am 24. Oktober 1896 verschärfte sich allerdings das Verhältnis zwischen Bismarck und Wilhelm II. In eine schwierige Lage geriet

---

36. Letters of the Empreß Frederick. S. 453. — Dtsche. Übers. S. 478, vgl. auch II, 362 und Bülow, I, 32.

37. Haller-Eulenburg, 158—161 und Hartung, Forschungen zur Brandenburg.-Preuß. Gesch. Bd. 44 S. 337.

38. Haller-Eulenburg 160.

39. O. Hammann, Der mißverständene Bismarck 31/32; Hartung, a. a. O. 335. s. auch das Urteil von Monts bei Bülow I, 32.

Waldersee dadurch, daß er in den Prozeß Marschall contra Tausch verwickelt war. Er erreichte jedoch durch Einvernehmen mit dem Berliner Polizeipräsidenten Windheim, daß sein Name im Prozeß nicht genannt wurde (II, 396). Da Waldersee durch seine geheimen Verbindungen zur Presse<sup>40</sup> in diesem Prozeß bloßgestellt wäre, arbeitete er mit allen Mitteln, um außerhalb dieser Angelegenheit zu bleiben. Seine Stellung war, wie er selbst zugab,<sup>41</sup> durch diesen Prozeß gefährdet. Hartung sagt mit Recht über den Prozeß: „Freilich waren nur die Werkzeuge, untergeordnete Journalisten gefaßt worden, die wirklichen Hintermänner, als die unter anderen auch Ph. Eulenburg und Waldersee genannt wurden, wurden geschont; auch der zweite Prozeß, der gegen den Kriminalkommissar v. Tausch geführt wurde, ließ sie im Hintergrund.“<sup>42</sup> Wichtiger aber als diese ganze Prozeßangelegenheit wurden innenpolitische Gedanken und Pläne, die Waldersee noch einmal eine einflußreiche politische Rolle spielen ließen und ihn beinahe zum Kanzler gemacht hätten. Die Zunahme der Sozialdemokratie und wachsende Unzufriedenheit der breiten Massen hatten in dem Hamburger Hafenarbeiterstreik von Ende November 1896 bis Anfang Februar 1897 ein Schlaglicht auf die innerpolitischen Zustände geworfen. Waldersee wurde durch sein Korpskommando in Altona in diesen Streit mit hineingezogen. Er sah seine Stunde gekommen, um dem Kaiser zum Einschreiten und Kampf gegen die Sozialdemokratie zu bewegen. In diesem Sinne verfaßte er eine Denkschrift über den Hamburger Hafenarbeiterstreik und die Sozialdemokratie (II, 386—389), die er am 22. Januar 1897 an den Kaiser schickte. In einer Mitteilung (II, 388 Anm. 1) vom 20. Februar an den Kriegsminister gab er gewissermaßen einen Kommentar zu seiner Denkschrift. Er forderte scharfe Gesetze und Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie und den Umsturz mit dem Ziel, „des Kampfes gegen die Umsturzpartei“ (II, 389). In dem schon erwähnten Schreiben an den Kriegs-

---

40. Vgl. Bismarcks Urteil bei Hofmann I, 196; Alex. v. Hohenlohe, Aus meinem Leben 312; Hohenlohe III, 234.

41. II, 391. Vgl. O. Hammann, Der mißverstand. Bismarck S. 31/32.

42. Hartung, a. a. O. 343.

minister empfahl er im Notfalle die Abschaffung des allgemeinen und direkten Wahlrechts und als äußersten Schritt den Austritt Preußens aus dem Reich und die Wiederherstellung des Reiches auf neuer Grundlage.<sup>43</sup> Diese „Staatsstreichpläne“, d. h. Aufhebung des Reichstagswahlrechts und schärfster Kampf gegen die Sozialdemokratie, waren schon von Bismarck zeitweise beabsichtigt worden.<sup>44</sup> Auch der Landwirtschaftsminister während der Kanzlerschaft Bismarcks, Frhr. Lucius von Ballhausen, hatte schon 1887 geschrieben: „Mit diesem Wahlsystem wird auf die Dauer nicht zu regieren sein!“<sup>45</sup> Selbst der durchaus nicht konservativ oder reaktionär gesinnte ehemalige Kriegsminister Verdy vertrat in einem Brief an Waldersee vom 25. 2. 1897 ähnliche Anschauungen (II, 388 Anm. 1). Die Denkschrift Waldersees wurde vom Kaiser freundlich aufgenommen. Bei einer Zusammenkunft in Kiel am 31. Januar sagte Wilhelm II. bei einem Gespräch über die ernste politische Lage zu Waldersee: „Ich sehe die nächste Zukunft als recht ernst an; sollte es mir zu bunt werden, so müssen Sie heran.“ „Ich weiß, wenn es zum Schießen kommen muß, so werden Sie es gründlich tun“ (II, 390). Waldersee, hocherfreut über diese Anschauungen des Kaisers notierte in sein Tagebuch voller Selbstvertrauen: „Als er mich entließ, versicherte ich ihm, wenn er mich zu festem Zufassen gebrauchen wollte, würde er sich nicht täuschen, nur dürfte die Probe nicht mehr zu lange aufgeschoben bleiben, sonst würde ich zu alt“ (II, 390). Waldersee war also durchaus geneigt, die Kanzlerschaft zu übernehmen, um dann die Staatsstreichpläne, nötigenfalls mit Hilfe der Armee, zu verwirklichen. Im Februar 1897 sagte Wilhelm II. zu Hinzpeter: „Waldersee ist noch jung genug; er ist frisch und schneidig und haut noch drauf los“ (II, 392). Wilhelm II. dachte tatsächlich in diesen Monaten daran, Waldersee zu einer Art Staatsstreichkanzler zu machen.<sup>46</sup> Sogar Ph. Eulenburg, prinzipiell ein Geg-

---

43. Vgl. Hammann, Der mißverstand. Bismarck 31/32.

44. Vgl. E. Zechlin, Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II.

45. Luc. v. Ballhausen, Bismarckerinnerungen 371.

46. Hartung, a. a. O. 335: „In Waldersee glaubte Wilhelm II. den Mann zu besitzen, mit dem er den Staatsstreich wagen dürfe.“



ner derartiger Pläne, dachte während der Reform des Militärstrafverfahrens<sup>47</sup> an Waldersee als Kanzler, „sobald es zu Verfassungskämpfen von ernster Bedeutung kommen sollte.“<sup>48</sup> Doch waren bei Wilhelm II. andererseits die Bedenken, einen solchen Schritt zu wagen, stark. Von Regierungsseite, Hohenlohe, Marschall und Holstein, und auch von Ph. Eulenburg wurde ihm dringend geraten, von diesen Plänen Abstand zu nehmen und Waldersee nicht zum Kanzler zu machen. Am 16. 3. notierte Waldersee über den Kaiser: „Zu einen großen Schritt ist er augenscheinlich noch nicht entschlossen, rechnet aber mit einem Kanzlerwechsel nach dem Reichstagsschluß. An mich mag er dabei wohl auch denken, jedoch mehr als eine ultima ratio“ (II, 394). In der Öffentlichkeit rechnete man weiter damit, daß unter Umständen Waldersee Kanzler würde.<sup>49</sup> Im „Kladderadatsch“<sup>50</sup> z. B. wurde in einem Artikel „Sportliches“ die Aussicht der Kanzlerkandidaten folgendermaßen bewertet, Bülow 2 : 1, Waldersee 10 : 1.<sup>51</sup> Schon vor einem Jahre, im August 1896, hatte der Reichskanzler an Holstein geschrieben: „In der Tat hat man in Wilhelmshöhe die Frage des Nachfolgers in aller Gemütlichkeit erörtert. Da wurden Waldersee, Miquel, Botho Eulenburg, nicht aber B. v. Bülow genannt.“<sup>52</sup> Daß Hohenlohe Waldersee als seinen Gegner und Rivalen ansah, ist aus einem Briefe an seinen Sohn Alexander vom 27. 7. 1895 ersichtlich: „Da ist ferner die Clique Henckel, Waldersee, Herbert Bismarck, Miquel, die gegen mich intrigieren und von denen die Krisengerüchte ausgehen.“<sup>53</sup> Aber Hohenlohe rechnete zu sehr auf das Vertrauen seines Kaisers, als daß er den Krisen- und Kanzlerkandidatengerüchten ernstlich Glauben schenkte. Besonders der Sohn des Reichskanzlers, Alexander von Hohenlohe, lehnte Waldersee persönlich wie politisch als

---

47. Beratungen des RT. im Frühjahr 1896.

48. Haller-Eulenburg S. 201.

49. II, 394, 396, 397, 399, 401.

50. Ausg. Mitte Juli 1897.

51. Hohenlohe, III, 371.

52. Hohenlohe, III, 250.

53. Hohenlohe, III, 72.

konflikteifrigen Streber ab.<sup>54</sup> Ph. Eulenburg, der vertraute Freund und einflußreichste Ratgeber des Kaisers, stützte Hohenlohe als Reichskanzler und sprach sich entschieden gegen die Walderseeschen Staatsstreichpläne aus.<sup>55</sup> Vor allem aber wollte Ph. Eulenburg nicht Waldersee als Nachfolger Hohenlohes, sondern seinen Freund, den damaligen Botschafter in Rom, Bernhard v. Bülow.<sup>56</sup> Vorerst aber sollte Hohenlohe bleiben, um später Bülow Platz zu machen.<sup>57</sup> Ende Juni 1897 war die lange Kette der Kanzlerkrisen beendet; Hohenlohe blieb und Bülow wurde an Marschalls Stelle Staatssekretär des Äußeren. Waldersee war leer ausgegangen. Der Kaiser hatte nicht die Verantwortung für seine Staatsstreichpläne übernehmen wollen.<sup>58</sup> Am 1. 7. 1897 schrieb Waldersee über den Nachfolger Hohenlohes: „Daß der Kaiser als solchen nicht mich im Auge hat, weiß ich nach meinen letzten Begegnungen mit ihm bestimmt. Er reserviert mich nur für den Fall, daß es gar nicht mehr geht und zum Staatsstreich geschritten werden soll. Recht ehrenvoll, aber nicht erfreulich“ (II, 401). Waldersees Aufenthalt in Berlin (Mai 1897), seine Versuche, den Kaiser zum Kampf gegen die Sozialdemokratie zu gewinnen, waren umsonst gewesen. Die Aussichten der Militärpartei am Hofe (Hahnke, Waldersee, verschiedene Generale, Botho und Aug. Eulenburg), den Sieg über die verantwortlichen Staatsmänner (Hohenlohe, Marschall, Bötticher und Holstein) zu gewinnen, waren gescheitert durch die geschickte Vermittlertätigkeit Ph. Eulenburgs.<sup>59</sup> Bevor es zur endgültigen Neubesetzung der Ministerämter im Oktober 1897<sup>60</sup> kam, tauchten noch einmal Gerüchte über eine Kanzlerschaft Waldersees auf, die er aber selbst für unwahrscheinlich hielt (II, 402). Bei den verwickelten innenpolitischen Verhältnissen während der Kanzlerschaft Hohenlohes war es erklärlich, daß sich die Meinung, Waldersee könne dessen Nach-

---

54. Hohenlohe, II, 523 und III, 474.

55. Haller-Eulenburg 160, 201, 204.

56. Haller-Eulenburg 222.

57. Haller-Eulenburg, 236/37.

58. Vgl. Nowak, Das dritte dtsch. Kaiserreich, Bd. II S. 134/35.

59. Vgl. Hartung, a. a. O. 344—347.

60. Haller-Eulenburg, 239.

folger werden, lange hielt (II, 406). Im Dezember 1897 hatte Waldersee durch Hahnke, den Chef des Militärkabinetts, vertraulich erfahren, daß der Kaiser ihm die dritte Armee-Inspektion in Hannover übertragen wolle. Waldersee hatte sich mit der Tatsache, daß er nicht Kanzler würde, abgefunden. In seinen Tagebuchaufzeichnungen erklärte er sogar mehrfach, er sei erfreut, daß er nicht Kanzler geworden sei (II, 406 u. 411). Aber zwischen den Zeilen kann man die Enttäuschung darüber lesen und die geheime Hoffnung, es werde doch noch einmal so weit kommen.

Am 1. April 1898 erfolgte die Ernennung Waldersees zum Generalinspekteur der 3. Armeeinspektion mit dem Sitz in Hannover. Waldersee war darüber erfreut, er hatte sich damit abgefunden, daß er keine politische Rolle mehr spielen sollte. „Der allgemeine Eindruck ist der, daß ich nach Hannover geschickt worden bin, weniger um zu repräsentieren, als weil meine Anwesenheit in der Reichshauptstadt nicht gewünscht wird. Das ist natürlich von Anfang an auch meine Ansicht gewesen; ich nehme es aber niemandem übel, sondern bin im Gegenteil dankbar, daß es so gekommen ist“ (II, 411). Waldersees Rolle als politisierender General war zu Ende gespielt. Er war durchaus zufrieden mit seiner Stellung und hegte in diesen Jahren keinen Kanzlerkandidaten zu bezeichnen (II, 427). Die Öffentlichkeit politischen Ehrgeiz mehr.<sup>61</sup> Die Presse hörte auch auf, ihn als und die eingeweihten Stellen hatten sich damit abgefunden, daß Bülow die Nachfolge Hohenlohes antreten würde.<sup>62</sup> Waldersees Verhältnis zum Kaiser war in diesen Jahren ein denkbar gutes (II, 431). Er wurde von ihm in den Jahren 1897 bis 1899 zu den Nordlandreisen eingeladen, an denen nur vertraute Freunde Wilhelms II. teilnahmen.<sup>63</sup> Waldersees Kritik an den Maßnahmen der Regierung wurde seltener, er erkannte den Wandel gegenüber der Caprivischen Zeit durchaus an. Bei sei-

---

61. Anders Hammann, *Der mißverstand. Bismarck*, S. 77/78. — Vgl. II, 427 und N. 1.

62. Vgl. Hammann, *Zur Vorgesch. des Weltkrieges* 103.

63. s. Ph. Eulenburg, *Mit dem Kaiser als Staatsmann und Freund auf Nordlandsreisen*.

nem guten Verhältnis zum Kaiser war es nicht weiter verwunderlich, daß ihm durch die Bemühungen Wilhelms II. der Oberbefehl über das international zusammengesetzte Heer bei der Chinaexpedition 1900/1901 übertragen wurde.<sup>64</sup> Waldersee selbst war trotz seines Alters über diesen Auftrag hoch erfreut, und schrieb: „Ob es eine dankbare Aufgabe sein würde, den Oberbefehl zu führen, ist sehr fraglich. Hoch interessant müßte es allerdings sein, und es wäre ein schöner Abschluß meiner Laufbahn, wenn ich als Besieger der Chinesen heimkehren könnte.“<sup>65</sup> Kurz nach Waldersees Rückkehr von dem Feldzuge in China erfolgten Mitte August 1901 lebhaftere Presseangriffe gegen ihn.<sup>66</sup> Man warf ihm vor, er wolle Kanzler werden. Die Pressehetze war von Holstein und dem Pressereferenten im Auswärtigen Amt, Geheimrat Otto Hammann, in Szene gesetzt worden, um eine von ihnen gefürchtete Kanzlerschaft Waldersees zu verhindern.<sup>67</sup> Hammann hielt Waldersee neben Bülow in erster Linie für den designierten Nachfolger Hohenlohes. Er schreibt: „Für den Grafen Bülow und jeden um die Zukunft des Reiches besorgten Beobachter konnte die militärische Beschäftigung Waldersees in China insofern nicht unwillkommen sein, als für die binnen kurzem eintretende Nachfolge des greisen Fürsten Hohenlohe außer Bülow selbst in erster Linie der orthodoxe Staatsstreichler Waldersee nach seinem persönlichen Verhältnis zum Kaiser und nach seinem politischen Ehrgeiz als Kandidat in Betracht kommen mußte.“<sup>68</sup> Ich kann mich nur der von Waldersee in seinen Denkwürdigkeiten<sup>69</sup> selbst gegebenen Ansicht anschließen. Waldersee wollte um diese Zeit durchaus nicht Reichskanzler sein. Auch war seine Kandidatur vom Kaiser und den ihm nahestehenden Kreisen überhaupt nicht be-

---

64. Vgl. Hammann, Dtsch. Weltpolitik 77/78.

65. Tgb.-Aufzeichn. v. 29. 7. 1900 II, 450.

66. Vgl. A. v. Hohenlohe, Aus meinem Leben 322.

67. III, 171 und Bernhardi, a. a. O. 241/42.

68. Hammann, Der mißverstand. Bismarck 77/78. Vgl. aber die abschwächende Bemerkung bei Hammann, Vorgesch. des Weltkrieges 103.

69. III, 171/72. Vgl. Bernhardi, a. a. O. 242. Die in Bülows Denkwürdigkeiten I, 540 erwähnte Begebenheit hat, wie ich glaube, anekdotenhaften Charakter.



absichtigt. Hartung betont treffend „Der Kanzlerwechsel des Jahres 1900 ist der einzige unter Wilhelm II., bei dem der Nachfolger von vornherein feststand.“<sup>70</sup> Allerdings hatte Waldersee Lust, Statthalter in den Reichslanden zu werden (III, 173); jedoch wurde aus diesem Projekt nichts. Waldersee verbrachte seine letzten Lebensjahre, ruhig, ohne in die Politik einzugreifen, in Hannover.

Um ein zusammenfassendes Urteil über Waldersees politische Rolle von 1891—1900 zu geben: Waldersee ist in seinen Worten und Taten, ebenso wie zur Zeit seines Kampfes mit Bismarck als der Typ des politisierenden Generals zu bezeichnen. Einen ausschlaggebenden politischen Einfluß hat er jedoch nicht ausüben können. Selbst seine Staatsstreichpläne von 1897 kamen nicht zur Ausführung. Bismarck hat nach seiner Entlassung von Friedrichsruh aus mit Bitterkeit und Besorgnis zusehen müssen, was man mit seinem Werke machte. Waldersee konnte, selbst nach seiner Kaltstellung in Altona, die „Finger nicht von der Politik lassen“. Er war eine Höflingsnatur, die immer wieder um die Gunst des Kaisers sich bemühte. Die Gerechtigkeit gegenüber Waldersee erfordert es jedoch, daß ihm nicht alle Intrigen und Maßnahmen zugeschoben werden, an denen er tatsächlich nicht beteiligt war. Von seinen Gegnern, Holstein und dessen Freunden, ist mit weit mehr Intrigen und Hetze gearbeitet worden. Dennoch trifft für Waldersee das zu, was Bismarck einst von ihm sagte: „Graf Waldersee war von ungesundem Ehrgeiz beseelt, weil er sich nicht auf seinen militärischen Beruf zu beschränken vermochte. Auch kann ich ihn nicht gegen den Vorwurf der Streberei in Schutz nehmen.“<sup>71</sup>

---

70. Hartung, a. a. O. 349.

71. Herm. Hofmann, Fürst Bismarck 1890—1898, I, 196.

### Dritter Abschnitt.

#### Waldersees innen- und parteipolitische Einstellung.

##### 1. Waldersee und die Konservativen. (Seine Haltung gegenüber der Kreuzzeitungsgruppe und den Kartellparteien von 1887.)

Waldersee stammte aus einer konservativen Offiziersfamilie. Die antiliberalen und streng preußisch-royalistische Einstellung seiner Eltern zeigte sich während der Märzrevolution von 1848 in Berlin (I, 5). Er gehörte der konservativen Partei an. Seine kirchliche und streng monarchische Einstellung führten zu Verbindungen mit der Kreuzzeitung, der seine weltanschauliche Haltung durchaus entsprach.

Durch die Wahlen des Jahres 1887 hatte Bismarck seine Reichstagsmehrheit für die Regierung erhalten, das sog. Kartell aus Deutschkonservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen. Während aber die Freikonservativen und Nationalliberalen im eigentlichen Sinne die Bismarckische Politik vertraten, mußte man bei den Deutschkonservativen zwischen dem gouvernementalen Flügel, der die Regierungspolitik vertrat, und den ultrakonservativen Abgeordneten, die besonders in der Innenpolitik gegen Bismarck opponierten, unterscheiden. Die kirchenpolitischen Anträge der ultrakonservativen Abgeordneten Kleist-Retzow und Hammerstein vom April 1887 und die Walderseeversammlung vom 28. Nov. 1887 offenbarten besonders deutlich die Kluft zwischen der regierungsfreundlichen, bismarckisch eingestellten Mehrheit der Partei und dem radikalen Flügel unter Hammerstein und Stöcker. Das Organ dieser ultrakonservativen Richtung war die „Kreuzzeitung“ mit Herrn v. Hammerstein als Hauptschriftleiter. Die sog. Kreuzzeitungspartei suchte den Prinzen Wilhelm, der im Gegensatz zu seinen liberal gesinnten Eltern konservative Anschauungen

vertrat, auf ihre Seite zu ziehen. Daraus ergaben sich die Beziehungen der Kreuzzeitungspartei zum Grafen Waldersee, der seit ungefähr 1882 in nähere Verbindung mit dem Prinzen Wilhelm getreten war. Diese Beziehungen zum Prinzen Wilhelm führten allmählich zu einem Freundschaftsverhältnis, bei dem Waldersee als Berater des jungen Prinzen in militärischen und politischen Dingen eine überaus einflußreiche Rolle spielte. Dazu kam, daß Waldersees Gattin, eine Verwandte der Prinzessin Wilhelm war.<sup>1</sup> In ihrer kirchlichen Gesinnung stand sie der Prinzessin Wilhelm sehr nahe; beide waren zeitlebens sehr fromm und hochkirchlich gesinnt. Ihre, wenn auch entfernte Verwandtschaft, und die kirchlich-sozialen Bestrebungen führten zu näheren Beziehungen. Ebenso wie die Prinzessin Wilhelm arbeitete die Gräfin Waldersee für die Innere Mission. Sie entfaltete in Berlin unter dem Einfluß des Hofpredigers Stöcker eine eifrige Tätigkeit.<sup>2</sup> Man wollte die Großstadtbevölkerung für die Kirche wieder gewinnen und dadurch für den Staat. Diese Bestrebungen waren durchaus derselben Art, wie sie Stöcker und die christlich-sozialen Kreise vertraten. Mit diesen Kreisen kamen Prinz Wilhelm und Waldersee durch ihre Gattinnen in Berührung. Die Kaiserin Friedrich äußerte sich über Waldersees Gattin: „She (Countess von Waldersee) is a very good woman, but violently Low Church, a partisan of Stöcker's and a very great friend of Dona's.“<sup>3</sup> Die Bestrebungen, die von Stöcker geleitete Berliner Stadtmission auszudehnen und weitere Kreise dafür zu gewinnen, führten zu der sog. Waldersee-Versammlung am 28. 11. 1887. An dieser Versammlung nahmen vor allem konservativ und kirchlich eingestellte Politiker teil. Die Versammlung stand unter dem Protektorat des Prin-

---

1. Die Gräfin Waldersee war eine geborene Amerikanerin, Marie Esther Lee. In erster Ehe war sie mit dem Prinzen Friedrich zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, der später den Titel Fürst von Noer erhielt, vermählt. Er war ein Großheim der Prinzessin Wilhelm; s. I, 170 Anm. 1 und 200 Anm. 1.

2. Vgl. M. E. v. Waldersee, Von Klarheit zu Klarheit S. 179 ff.

3. Briefe der Kaiserin Friedrich 383, Deutsche Übers. 405. Vgl. Wilhelm II., Aus meinem Leben, 231; Bülow, Denkwürd. I, 62 und Heffter, Die Kreuzzeitungspartei und Kartellpol. Bismarcks 103/104.

zen Wilhelm, der mit seiner Gemahlin selbst daran teilnahm und eine Ansprache an die Versammlung hielt. Nach anfänglichen Angriffen der jüdisch-freisinnigen Zeitungen gegen die Waldersee-Versammlung und ihre christlich-sozialen Bestrebungen machte auch Bismarck mit der mittelparteilichen und Regierungspresse Front gegen die Versuche, den zukünftigen Thronfolger für eine bestimmte parteipolitische und kirchliche Richtung zu gewinnen. Nach einem langen und heftigen Kampf in der Presse und einem Briefwechsel zwischen Bismarck und dem Prinzen Wilhelm<sup>4</sup> hatte Bismarck im Kampf gegen den Einfluß der Kreuzzeitungspartei auf den Thronerben gesiegt. Waldersee hielt sich, um sich nicht den Zorn Bismarcks zuzuziehen, außerhalb dieser Auseinandersetzungen. Seiner inneren Überzeugung nach und im Geheimen nahm er aber die Partei des Prinzen Wilhelm und Stöckers. Allerdings irrte er sich, wenn er annahm, daß Prinz Wilhelm gegenüber Bismarck in dieser Angelegenheit einen großen Erfolg errungen habe.<sup>5</sup> Im Kampf gegen „Stöckerei und Muckerei“ hatte Bismarck unbedingt den Erfolg errungen. Die Rivalität zwischen Waldersee und Bismarck blieb bestehen, wenn auch zwischen ihnen nach dem Regierungsantritt Wilhelms II. so etwas wie ein Friedensschluß hergestellt wurde (I, 412—13). Im Zusammenhang damit änderte Waldersee seine Stellung zur „Kreuzzeitung“, zumal er ihre heftige Polemik gegen das Kartell, das auch nach seiner Ansicht die allein mögliche Regierungsbasis bildete, nur mißbilligen konnte. Schon im April 1888 hatte er dem damaligen Kronprinzen Wilhelm auseinandergesetzt, daß die Regierung sich allein auf die Kartellparteien stützen könnte und „daß mit den vernünftigen Nationalliberalen sehr wohl auszukommen sei“ (I, 384). Hatte er bisher die Politik der „Kreuzzeitung“ voll gebilligt, so begann er seit Herbst 1888 wiederholt an ihrer Kampfesweise und dem Ton der Artikel Kritik zu üben. Besonders richtete sich seine Kritik gegen ihren Hauptschriftleiter, Herrn v. Hammerstein. „Herr v. Hammerstein ist, wie ich dies schon im Winter gefühlt, und oft ausgesprochen habe, nicht der

---

4. s. Bismarck, Gedanken u. Erinn., Bd. III, S. 5—26.

5. I, 356. Vgl. Heffter, a. a. O. S. 114.



Mann, diese Zeitung zu leiten" (II, 3). Aber trotz seiner Opposition gegen Hammerstein hielt er weiterhin an der „Kreuzzeitung“ als der konservativen und monarchisch eingestellten Zeitung fest. Er mißbilligte entschieden die Bestrebungen Bismarcks, die konservative Partei zugunsten der Nationalliberalen zu schwächen und womöglich eine Spaltung der Partei herbeizuführen (II, 3, 5, 6). Für ihn waren die Konservativen die einzigen, wirklich sicheren monarchischen Elemente, deren Sprachrohr von jeher die „Kreuzzeitung“ bildete. Ihm war der Kampf gegen die Juden im Sinne Stöckers durchaus recht. Doch im Gegensatz zu dem Hofprediger Stöcker war er zu sehr Höfling und Diplomat, als daß er die Tonart und die Kampfweise der „Kreuzzeitung“ immer hätte billigen können. So schrieb er am 21. Januar 1889 in sein Tagebuch: „Der Standpunkt, den die ‚Kreuzzeitung‘ einnimmt, ist im Prinzip richtig, aber die Art, wie sie ihn vertritt, unüberlegt und geeignet, den Kaiser zu verletzen“ (II, 32). Diese Tagebuchnotiz ist bezeichnend für seine Einstellung gegenüber der konservativen Partei und der „Kreuzzeitung“ im besonderen. Grundsätzlich stand er — das dürfte unumgänglich feststehen — auf dem Boden der Weltanschauung, die in der konservativen Partei zu Hause war und in den Artikeln der „Kreuzzeitung“ zum Ausdruck gelangte. Die außenpolitischen Ansichten des Blattes waren die seinigen. Als Waldersee im Dezember 1887 wegen seiner Versuche, vom militärischen Standpunkt aus Einfluß auf die Außenpolitik zu gewinnen, mit Bismarck in Differenzen kam, hatte er die volle Unterstützung der „Kreuzzeitung“. Der militärische Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“, Major a. D. Scheibert, zählte zu seinen ältesten Bekannten. Durch Waldersees Vermittlung bekam er seine Stellung an der „Kreuzzeitung“ (II, 191). Scheibert hielt mit den militärischen Stellen, besonders mit dem Generalstab, ständige Verbindung. Durch Vermittlung des Adjutanten Waldersees, des Majors Zahn, erhielt er Material, das er dann in seinen militärisch-politischen Artikeln verwandte. So vertrat die „Kreuzzeitung“ die Waldersee'schen Gedanken eines Präventivkrieges gegen Rußland bzw. Frankreich und eines engeren Bündnisses mit Österreich-Ungarn. Andererseits orientierte ihn Scheibert wiederholt über innenpolitische Fragen. So ergab

sich zwischen ihnen ein reger Briefwechsel.<sup>6</sup> Scheibert war, wie der Herausgeber des Waldersee'schen Nachlasses H. O. Meisner treffend bemerkt, nicht nur „das Sprachrohr Waldersees, sondern auch seine Informationsquelle“.<sup>7</sup> Bismarck waren diese Verbindungen zwischen Generalstab und Kreuzzeitung nicht unbekannt. Im März 1888 empfing er den militärischen Korrespondenten des gemäßigt-konservativen „Deutschen Tageblattes“, den Hauptmann a. D. Hoenig, und fragte ihn nach den Beziehungen zwischen „Kreuzzeitung“ und Generalstab.<sup>8</sup> Die russenfeindliche Haltung der „Kreuzzeitung“, besonders in den Jahren 1887/90, beruhte nicht zuletzt auf den Einflüssen, die von Waldersee und den Vertretern der Präventivkriegsidee ausgingen. Im Verlaufe der Presseerörterungen über die militärischen Unterströmungen nahm die „Kreuzzeitung“ im Kampfe gegen die Bismarckische Presse energisch die Partei Waldersees. Das Blatt der Kriegspartei war in diesen Jahren 1887/89 unbedingt die „Kreuzzeitung“. Waldersee erklärt in seinen „Denkwürdigkeiten“ (II, 192), wo er über seine Beziehungen zur Presse berichtet, Scheibert habe — abgesehen von zwei Artikeln gegen den Rennunfug — „nie auf seine Veranlassung auch nur ein Wort veröffentlicht“ (II, 192). Die tatsächliche enge Zusammenarbeit zwischen dem Generalstab und der „Kreuzzeitung“ widerlegt diese Behauptung. Mag auch Waldersee, wenigstens offiziell nicht, der Verfasser bzw. Veranlasser der betreffenden Kreuzzeitungsartikel gewesen sein, so dürfte doch wohl feststehen, daß die nahen Beziehungen des Majors Scheibert zum Generalstab die „Kreuzzeitung“ zum Sprachrohr der militärischen und politischen Ansichten Waldersees werden ließen. Waldersee war von Natur aus zu vorsichtig, als daß er selbst dabei in den Vordergrund trat. Sein Adjutant, Major Zahn, vermittelte geschickt die Verbindung zur Presse. So ist es erklärlich, daß kurz nach Waldersees Entlassung als Chef des Generalstabes Major Zahn ebenfalls versetzt wurde. Der Chef des Militärkabinetts, General v. Hahnke, und andere Män-

---

6. Leider war mir der Briefwechsel zwischen Scheibert und Waldersee nicht zugänglich.

7. I, 374 Anm. 2. Vgl. Walter Frank, Hofprediger Ad. Stöcker, 265.

8. I, 374; vgl. Heffter, S. 153.

ner aus der nächsten Umgebung des Kaisers, hatten diesem von einem Preßbüro Waldersees im Generalstab berichtet, das unter Leitung von Major Zahn stehe. Waldersee verteidigt sich in seinen „Denkwürdigkeiten“ ausführlich dagegen (II, 189-193). Aus diesen Ausführungen ist aber klar ersichtlich, daß Waldersee tatsächlich zahlreiche Verbindungen zur Presse hatte. Wenn wohl auch nicht direkt ein Preßbüro im Generalstab bestanden hat, so pflegte er doch, vor allem durch den Major Zahn, die Beziehungen zur Presse. Als er im Laufe des Jahres 1889 die Schwenkung zu den Mittelparteien vollzog, verschaffte er sich sogleich Beziehungen zum „Deutschen Wochenblatt“ und der „Kölnischen Zeitung“<sup>9</sup>. Damit war eine veränderte Haltung gegenüber der „Kreuzzeitung“ und der Ultrakonservativen verbunden. Seit Anfang 1889 begann sich Waldersee von der Kreuzzeitungspartei zurückzuziehen und die Kartellparteien als Regierungsbasis anzuerkennen. Ein Brief des Majors Zahn an den Frhrn. v. Hammerstein vom 15. 2. 1889<sup>10</sup> zeigte schon die Zurückhaltung Waldersees gegenüber der „Kreuzzeitung“. Er erkannte zwar die unabhängige Stellung der Kreuzzeitung gegenüber dem Fürsten Bismarck an, mißbilligte aber ihre Methoden im politischen Kampfe. Er riet dazu, durch Vorsicht und Diplomatie die Zeitung „zum leitenden Organ der konservativen Partei zu machen. Auch Stöcker solle alle Reibereien lassen und die großen Ziele ins Auge fassen“ (a. a. O. 328). Waldersee machte seine Haltung zur Kreuzzeitungspartei ganz von den Ansichten Wilhelms II. abhängig. Da dieser schon seit seinem Regierungsantritt am Kartell als der einzig möglichen Regierungsbasis festhielt, zog sich Waldersee von seinen hochkonservativen Freunden merkbar zurück. Als im Oktober 1889 „Das Volk“, die Zeitung des Hofpredigers Stöcker, eine die parteipolitische Stellung Waldersees berührende Notiz brachte, bat er durch den Major Zahn sofort um Richtigstellung und Zurücknahme der Behauptungen (a. a. O. 332). Um sich in keiner Weise parteipolitisch festzulegen, lehnte er auch in einem Schreiben vom 6. 1. 1890 (a. a. O. 332 u. II, 100) an Stöcker ein

---

9. Freikonservatives und nationalliberales Organ, — II, 192.

10. Walter Frank, Stöcker, Südd. MonH. Jg. 24,2, S. 328, 1927.

ihm in Bochum angebotenes Reichstagsmandat ab. Nach der Entlassung Bismarcks und dem Beginn der Differenzen mit dem neuen Kurse vollzog sich bei Waldersee wiederum eine Sinnesänderung. Hatte er zur Zeit seines Ringens mit Bismarck den regierungsfreundlichen Kurs der Konservativen unter Helldorff gutgeheißen, so schwenkte er nun zu der radikalkonservativen Seite hinüber. Er beklagte den Einfluß Helldorffs auf den Kaiser (II, 119, 133, 163) und lehnte ihn als „charakterlosen, unsicheren Mann“ ab (II, 201). Sicherlich mag ihn dabei Helldorffs Freundschaft mit Holstein beeinflußt haben, aber es ist deutlich zu ersehen, daß besonders nach seiner Versetzung nach Altona seine Beziehungen zu den Konservativen wieder stark zunahmen. Die gemeinsame Opposition gegen das System Caprivi bot die Grundlage. So begrüßte Waldersee die Wahl des zu den Ultrakonservativen gehörenden Grafen Zedlitz zum preußischen Kultusminister (II, 200) und stellte ihn wiederholt als einen der Wenigen dar, die den Mut gehabt hatten, gegen den Kaiser Opposition zu machen (II, 314 u. 339/40). Zwischen beiden bestand in diesen Jahren ein näheres Verhältnis mit gegenseitigen Besuchen und Erörterungen über die politische Lage. Das enge Verhältnis Waldersees zur „Kreuzzeitung“ zeigen seine Aufzeichnungen über den Hammerstein-Skandal im Oktober 1895 (II, 357 ff.). Waldersees Gattin hatte im April 1891 mit seinem Einverständnis dem Chefredakteur v. Hammerstein 100 000 M. als Hypothek gegeben. Angesichts der verworrenen Finanzlage Hammersteins warnte Waldersee schon im August 1894 das Komitee der „Kreuzzeitung“. Die Schuld an dem Skandal gab er dem Komitee der Kreuzzeitung. Wenn er auch Hammerstein stark kritisierte und dessen Finanzwirtschaft verurteilte, so stimmte er doch nicht in die Angriffe gegen ihn und Stöcker ein. Über Hammerstein schrieb er damals in sein Tagebuch: „Ich habe mir die Ansicht bilden können, daß Hammerstein nur deswegen zum Schuft geworden ist, weil man ihn unumschränkt hat wirtschaften lassen.“<sup>11</sup> Ganz entschieden verurteilte er die Stöckerhetze anläßlich der Veröffentlichung des „Scheiterhaufenbriefes“.<sup>12</sup> Die weltanschauliche und poli-

---

11. Tgb.-Aufzeichnung v. 5. 10. 1895 II, 358.

12. Im „Vorwärts“ vom 5. 9. 1895 bzw. 3. 11. 1895.



tische Verbundenheit mit dem ehemaligen Hofprediger zeigen seine Aufzeichnungen in den betreffenden Wochen. Wenn er auch bei Stöcker dessen allzuschärfen Antisemitismus<sup>13</sup> und andere politische Fehler mißbilligte, so fällt er doch voller Überzeugung das gewissermaßen abschließende Urteil „... Trotz alledem bleibt er ein tüchtiger, mutiger Mann, eine erhebliche parlamentarische Kraft und Volksredner ersten Ranges.“<sup>14</sup> Waldersee ist kein Parteipolitiker<sup>15</sup> oder Parlamentarier gewesen; seine politische Haltung innerhalb der konservativen Partei läßt sich daher nicht nach derartigen Gesichtspunkten festlegen. Er war — ganz allgemein ausgedrückt — konservativ eingestellt. Er stand dem rechten Flügel der Partei auf jeden Fall näher als dem linken, wenigstens in weltanschaulicher Hinsicht. Wenn man ihn als typischen Vertreter der Ultrakonservativen und Kreuzzeitungsmann hinstellt, so trifft das für eine bestimmte Zeitspanne zu, etwa von 1887 bis Anfang 1889. In dieser Zeit, als deren Merkpunkt die Waldersee-Versammlung gelten kann, war er bewußt und überzeugt Vertreter der Kreuzzeitungspartei, als deren Kanzlerkandidat er auch angesehen wurde.<sup>16</sup> Darüber hinaus galten aber während seines ganzen Lebens seine Sympathien der „Kreuzzeitung“ und ihren Bestrebungen. Stöcker und Puttkammer, Zedlitz und andere Konservative, waren im besten Sinne Partei- und Gesinnungsgenossen von ihm. Dabei ist aber grundsätzlich zu unterscheiden zwischen seiner weltanschaulichen, prinzipiellen konservativen Einstellung und seiner Haltung, die er angesichts der politischen Lage und vor allem im Hinblick auf sein Verhältnis zum Kaiser einnahm. Weltanschaulich und in seinen prinzipiellen parteipolitischen Anschauungen war er Anhänger der Kreuzzeitungsrichtung oder anders ausgedrückt, des rechten Flügels der konservativen Partei; in seinen Handlungen und seinem Wirken verließ er aber oft diese Basis und zeigte sich als typischer

---

13. Vgl. die Ausführungen über Waldersees Stellung in der Judenfrage.

14. Tgb.-Aufzeichn. v. 5. 10. 1895 II, 359/60.

15. z. B. mißbilligte er entschieden das Auftreten der altpreuß. konservat. Partei in der Prov. Hannover; s. die Ausführungen über die Welfenfrage.

16. s. R. Stratz, Lebenserinnerungen, Bd. 1, Schwert und Feder, S. 175.

„Konjunkturritter“. Hierfür ist seine Haltung gegenüber der bismarckischen und kaiserlichen Sozial- und Innenpolitik der beste Beweis.<sup>17</sup> Als im Laufe des Jahres 1889 der Kampf zwischen Bismarck und Waldersee an Schärfe stark zunahm, und Waldersee als Kanzlerkandidat und Hauptgegner Bismarcks offen in der Presse bezeichnet wurde, vollzog er geschickt eine Wendung in seiner parteipolitischen Haltung und nahm mit den Freikonservativen und Nationalliberalen Fühlung (II, 73). Anfang Februar 1889 war ein Artikel über die Nachfolge Bismarcks, wobei Waldersees Name genannt war, in den „Hamburger Nachrichten“ erschienen, und dies nahm Hammerstein als Anlaß, an den Grafen Waldersee zu schreiben, er möge als Freund des Kaisers diesem offen über Bismarck die Meinung sagen: „Nun gilt es aber, diesen letzten Stoß des Kanzlers zu parieren, und richten sich meine Blicke auf Ew. Excellenz. Sie allein können in diesem Augenblicke noch dem Vaterlande den Dienst erweisen, es vor der Dynastie Bismarck zu retten, wenn Sie es wagen, dem Kaiser ein offenes Wort über die Gefahr, vor der er und wir alle stehen, zu sagen. Aut — aut! Wenn nicht, so wird in kurzer Zeit Preußen willenlos nicht nur zu den Füßen Bismarcks, sondern zu denen seines Sohnes Herbert liegen. Gott behüte uns davor!“ (II, 36 Anm. 2). Waldersee aber vermied es, Hammerstein auf dieses Schreiben zu antworten oder mit irgendeinem der Kreuzzeitungspartei zu verhandeln, zumal ihn eine dringende Bitte des konservativen Landrats Grafen zu Stolberg aufforderte, auf die Schriftleitung der „Kreuzzeitung“ in mäßigendem Sinne einzuwirken (Briefw. I, 216/17). Er befürchtete Angriffe Bismarcks und seiner Presse, die keine Gelegenheit vorbeiließen, ihn als Reaktionär und Ultrakonservativen hinzustellen, um ihn so politisch unmöglich zu machen. Auch als er im März 1889 von konservativen Kreisen gebeten wurde, für den Hofprediger Stöcker einzutreten, hütete er sich, dies öffentlich zu tun, um nur nicht mit Bismarck und der Presse in Konflikt zu kommen. Er hoffte aber, „in stiller Arbeit doch etwas zu erreichen“ (II, 43), was ihm auch gelang. Nicht zu-

---

17. Vgl. die Ausführungen über Waldersees Haltung in der Arbeiterfrage und Sozialpolitik, S. 60 ff.

letzt dank seiner Fürsprache beim Kaiser (II, 39 u. 46) blieb Stöcker Hofprediger, wenn er auch die politische Agitation und Tätigkeit aufgeben mußte (II, 49). Stöcker hatte Waldersee in einem Briefe vom 4. 3. 1889 gebeten, doch beim Kaiser die Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen ihn zu veranlassen (Briefw. I, 231). Bei Waldersees freundschaftlichen Beziehungen zu Stöcker war es nicht weiter verwunderlich, daß er in der ihm feindlichen Presse oft als Stöckerianer bezeichnet wurde. So berichtete der Wiener Militärattaché, Major von Deines, am 16. 2. 1889 an Waldersee: „In den letzten Tagen sind Ew. Excellenz wieder mehrfach in die Spalten der hiesigen Judenpresse geraten und mit Stöcker in ein und denselben Topf geworfen worden.“<sup>18</sup> Holstein riet ihm darum im August desselben Jahres „wenn Sie Ihre Beziehungen zu Stöcker so gestalten können, daß der Einfluß ein gegenseitiger ist...“ (Briefw. I, 317), sich nicht von Stöcker abhängig machen zu lassen. Wie schon erwähnt, hatte Waldersee seit dem Sommer 1889 mit den Freikonservativen und Nationalliberalen Fühlung genommen. Die dauernden Presseangriffe von seiten der fortschrittlichen und mittelparteilichen Zeitungen hatten ihm die Überzeugung gegeben, daß er seine Verbindungen mit der „Kreuzzeitung“ und den Ultrakonservativen, — wenigstens für eine Zeitlang — aufgeben und Anschluß an die Kartellparteien gewinnen müsse. Zu dieser Überzeugung war Waldersee besonders durch den Einfluß Holsteins gekommen, der ihm in mehreren Briefen dazu geraten hatte.<sup>19</sup> Seit dem Sommer 1887 bzw. März 1888 hatte Holstein die Beziehungen zu Waldersee wieder aufgenommen (I, 327, 365). Bei der Hinfälligkeit des alten Kaisers Wilhelm I. und der unheilbaren Krankheit seines Sohnes mußte in absehbarer Zeit Prinz Wilhelm zur Regierung kommen. Dessen vertrauter Freund war nun, wie allgemein bekannt war, Graf Waldersee. Mit der ihm eigenen Gewandtheit hatte Holstein, der früher mit Waldersee Differenzen hatte (I, 286, 304), sich wieder mit ihm vertragen, da er in ihm den kom-

---

18. Briefw. I, 218, vgl. Holsteins Briefe an Waldersee, s. Briefw. I, 302, 313, 317; und II, 72.

19. Briefw. I, 301 ff.; 308 f., 313 ff., 317 ff.

menden Mann witterte. Waldersee schrieb am 3. 3. 1888 in sein Tagebuch: „Ich dinierte bei Herrn v. Holstein, mit dem ich überhaupt wieder auf dem alten guten Fuße bin; wie ich aus mehreren Quellen erfahre, bemüht er sich wirklich in meinem Interesse“ (I, 365). Holstein riet ihm im Sommer 1889 dringend, seinen politischen Ruf zu bessern, um so seinen vielen Gegnern die Möglichkeit zu Angriffen zu nehmen. Waldersee sollte „sich als Vertreter der Kartellansichten, d. h. der breiten Mittelstraße, dokumentieren“ (Briefw. I, 302). Waldersee befolgte diesen, ihm von Holstein dringend ans Herz gelegten Rat und schrieb an einen der führenden Männer der Nationalliberalen, den Frankfurter Oberbürgermeister v. Miquel, am 14. 7. 1889 in diesem Sinne (Briefw. I, 310/12). Er legte Miquel dar, daß er durchaus nicht Ultrakonservativer und Kreuzzeitungsmann sei. „Ich bin ein ehrlicher Kartellfreund; das habe ich oft ausgesprochen und namentlich dem Kaiser gegenüber“ (Briefw. I, 311). Am 15. Juli forderte Holstein den Grafen Waldersee erneut auf, sich beim Kaiser für das Kartell zu verwenden und diese Stellungnahme die Kartellparteien merken zu lassen. Wenn Holstein meinte (Briefw. I, 313), die Presseangriffe Waldersees richteten sich nicht gegen das Kriegshetzen, sondern nur gegen seine reaktionäre Haltung, so halte ich das für einen Irrtum. Bismarck wollte mit seinen Angriffen Waldersee ebenso sehr außenpolitisch als Kriegshetzer und Präventivkriegsanhänger bloßstellen, wie innenpolitisch als Ultrakonservativen und Stöckerianer. Die Wirkung der Angriffe war zugleich auf die Öffentlichkeit wie auf den Kaiser gerichtet. Dabei war innenpolitisch natürlich der Vorwurf von reaktionären Tendenzen und Puttkamertum der schwerwiegendere, zumal der Kaiser durchaus am Kartell als der einzig möglichen Regierungsbasis festhielt. Waldersee selbst äußerte sich nun auch wiederholt im Sinne der Kartellparteien (Briefw. I, 311, 313). Miquel beruhigte in seinem Antwortschreiben vom 22. 7. den Generalstabschef über seinen politischen Ruf und schmeichelte gewandt seinem Urteil in politischen Dingen. „Wir sind alle vollkommen davon überzeugt, daß Sie dem Kanzler sicherlich keine unnötigen Schwierigkeiten machen, wenn wir uns auch darüber freuen, daß ein Militär in Ihrer hohen Stellung zugleich ein so



einsichtiger Staatsmann ist, der auch in politischen Dingen ein selbständiges Urteil hat" (Briefw. I, 315). In einem weiteren Briefe vom 4. 8. gab Holstein dem in der Schweiz auf Urlaub befindlichen Waldersee weitere Ratschläge hinsichtlich seiner politischen Stellung. „Worauf ich, mit einem Wort, hinaus will, ist, daß Sie öffentlich für das Kartell Stellung nehmen; die geheimen nikodemischen Unterhaltungen mit Bennigsen oder Miquel nützen auch etwas, aber weniger" (Briefw. I, 318). Im Juli 1889 hatten schon zwei nationalliberale Zeitungen, der „Hamburger Korrespondent" und der „Hannoversche Kurier" Artikel gebracht, die Front machten gegen die Angriffe auf Waldersee (Briefw. I, 312/13). Waldersee war seit Anfang Juni bis Anfang Oktober auf Reisen gewesen.<sup>20</sup> Nach seiner Wiederankunft in Berlin unternahm er gleich Schritte, um seinen politischen Ruf zu bessern. Durch Vermittlung seines Adjutanten, des Majors Zahn, machte er die Bekanntschaft von Dr. Arendt, dem Besitzer des freikonservativen „Deutschen Wochenblattes". Er wollte hierdurch in Fühlung mit den Freikonservativen kommen, um diesen zu zeigen, daß er durchaus nicht der fanatische Kreuzzeitungsmann und Kriegshetzer sei, als den ihn die Presseangriffe darstellten (II, 191). Das Ergebnis dieser Bekanntschaft war ein Artikel des „Deutschen Wochenblattes" vom 10. 10. 1889, der Waldersee gegen Vorwürfe der ihm feindlichen Presse verteidigte (II, 71 Anm. 1). Beim Diner anlässlich der Ausstellung für Unfallverhütung, am 10. Oktober 1889, sprach er sich gegen den Krieg in friedlichem Sinne aus (II, 69) und in seinem Tagebuch tadelte er wiederholt die Haltung der „Kreuzzeitung" in ihrem Kampf gegen das Kartell. Vor allem aber wünschte er das Ausscheiden Hammersteins aus ihrer Schriftleitung. „Er hat das Zeug dazu, die Zeitung zu ruinieren und außerdem, was sehr beklagenswert wäre, die ganze konservative Partei schwer zu schädigen. Ich habe ihm mehrfach und auch jetzt wieder gründlich meine Meinung sagen lassen, auch daß ich mit der Zeitung nichts zu tun haben wolle."<sup>21</sup> In einer Aufzeichnung vom 21. 10. betonte Waldersee, er habe die Haltung

---

20. Generalstabsreise, Nordlandreise, Urlaub in der Schweiz.

21. Aufzeichnung vom 13. 10. 1889 II, 71; vgl. II 69 und Briefw. I, 216/17; II, 73.

der „Kreuzzeitung“ seit dem Regierungsantritt Wilhelm II. stark mißbilligt (II, 73). Diese Kritik richtete sich vor allem gegen die Schriftleitung und den Ton der Artikel, nicht aber gegen die Zeitung an sich. Am selben Tage erklärte er noch, „Wenn es gelingen sollte, die Kreuzzeitung auf einen vernünftigen Weg zu bringen und dadurch Einigkeit unter den Konservativen herbeizuführen, so gehört diesen die Zukunft . . .“ (II, 74). In seiner religiösen und monarchischen Gesinnung und der Ablehnung des Bismarckischen Regimes war Waldersee Kreuzzeitungsman. Aber aus seinem Ehrgeiz heraus, sich in seiner Stellung zu halten und Bismarck zu verdrängen, stellte er sich gewandt und diplomatisch auf den Boden der Tatsachen und hielt Abstand gegenüber der „Kreuzzeitung“ und ihren entschiedenen Anhängern wie Hammerstein und Stöcker. Er vollzog aus diplomatisch praktischen Gründen, nicht weltanschaulich-gesinnungsgemäß den Frontwechsel zu den Mittelparteien hin, die — was er auch zugab<sup>22</sup> — in der Form des Kartells die parlamentarische Grundlage und Stütze der Regierungsarbeit bildeten. Seine Neigung zu den Deutschkonservativen und speziell der Kreuzzeitungsgruppe zeigte sich in der bezeichnenden Tagebuchnotiz<sup>23</sup> „zu meiner Freude ist nun innerhalb der Konservativen Partei die Einigkeit hergestellt. Eigentlich hat die Kreuzzeitungsgruppe — der man allerdings in sehr unehrlicher Weise entgegengetreten war — gesiegt“ (II, 75). Im Januar 1890 verurteilte er entschieden das übereilte Vorgehen des Kaisers gegen die Kreuzzeitung (Verbot des Blattes am Kaiserlichen Hofe) (II, 88). Ph. Eulenburg schrieb am 8. 1. in seinem Tagebuch dazu: „Erwünscht ist vom Kanzler ein selbständiges Vorgehen des Kaisers gegen die Kreuzzeitung, weil eine Niederlage derselben ein Triumphgeschrei gegenüber Waldersee hervorrufen würde und als Feststellung der Macht des Kanzlers gegenüber dem Kaiser gelten müßte.“<sup>24</sup> Waldersee wünschte aber die Beseitigung Hammersteins, dessen Wirken als Leiter der Zeitung er im Interesse der konservativen Sache für sehr schädlich hielt. Als die Bismarckkrise Ende Januar und im

---

22. II, 6, Briefw. I, 311; I, 384.

23. v. 3. 11. 1889 II, 75.

24. Ph. Eulenburg, Aus fünfzig Jahren S. 288.

Februar 1890 auf ihrem Höhepunkt stand, richteten sich die Blicke der Politiker auf den mutmaßlichen Nachfolger des Kanzlers. Der General und ehemalige Staatssekretär des Marineamtes, v. Stosch, der ehemalige badische Minister von Roggenbach und Miquel hatten miteinander über die Nachfolge Bismarcks gesprochen. Stosch, der politisch liberal eingestellt war und in früheren Jahren dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm nahegestanden hatte, hatte am 30. Januar eine Art Denkschrift darüber an Waldersee geschickt (Briefw. I, 336). Das Ziel des Schreibens waren die Worte: „Sie sind der Mann der Nachfolge . . .“ (Briefw. I, 340). Am 6. Februar 1890 hatten Miquel und Waldersee eine Unterhaltung über die Kanzlerkrise gehabt, wobei Miquel für Waldersee als Nachfolger Bismarcks eintrat (II, 100). Waldersee selbst zeigte sich aber davon gar nicht sehr erfreut, zumal Miquel seine Gedanken auch anderen Leuten mitgeteilt hatte. Diese Zurückhaltung zeigte sich auch darin, daß er ein ihm in Bochum angebotenes Reichstagsmandat ablehnte (II, 100). Er wollte unberührt von der öffentlichen Meinung auf seine Stunde warten. Am 16. Februar machte er Miquel einen langen Besuch, bei dem beide sich einig waren, daß ein Sieg Bismarcks über den Kaiser unbedingt verhindert werden mußte. Eine Miquel angebotene Oberpräsidentenstelle anzunehmen, riet ihm Waldersee ab, damit Miquels Einfluß auf die Nationalliberalen gewahrt bliebe (II, 103/04). Am 10. März fand zwischen Waldersee und dem Großherzog von Baden eine Unterredung über die Kanzlerkrise statt.<sup>25</sup> Waldersee riet dem Kaiser, dem er einen Brief Miquels vom 6. März über die politische Lage schickte, sogar „die Fortschrittspartei nicht nach Eugen Richter zu beurteilen“ (Briefw. I, 356). Er dachte, wie sein Schreiben an Miquel vom 12. 3. (Briefw. I, 356) zeigt, an die Möglichkeit, auch die Fortschrittspartei für die Unterstützung der Regierung zu gewinnen, dieselbe Partei, die er stets als reichsfeindlich bezeichnet hatte. Er hatte aber nicht nur die Beziehungen zu den Nationalliberalen gepflegt, sondern auch die Verbindung mit den Freikonservativen beibehalten. Am 4. März hatte er eine Unterredung mit dem Führer der Frei-

---

25. II, 100; vgl. Wilhelm Mommsen, Bismarcks Sturz und die Parteien S 132/133 und S. 133 Anm. 1—4.

konservativen, Herrn v. Kardorff (II, 110). Auch der Augsburger Oberbürgermeister, v. Fischer, einer der führenden süddeutschen Nationalliberalen, stand mit Waldersee in Verbindung und vermittelte Ratschläge in parteipolitischen Fragen.<sup>26</sup> Waldersees Ziel, der Rücktritt seines großen Gegners Bismarck, wurde erreicht. Der innenpolitische Kurs in den folgenden Jahren sollte dem Grafen Waldersee aber bald zeigen, daß er durch seine Mithilfe am Sturze Bismarcks seinen eigenen politischen Anschauungen zuwider gehandelt hatte.

## 2. Waldersee und die Sozialdemokratie. (Soziale Frage.)

Die Wahlen vom Februar 1890 hatten der Sozialdemokratie einen großen Erfolg gebracht. Nicht ohne Einfluß darauf waren die damaligen kaiserlichen sozialpolitischen Erlasse gewesen. Waldersee betrachtete die Sozialpolitik des Kaisers mit Skepsis. Er befürchtete, die Erlasse würden nur die Begehrlichkeit der Arbeiter aufstacheln. Voller Besorgnis über die kaiserliche Sozialpolitik, läßt er sich in seinem Tagebuch vernehmen: „Der Monarch geht großen Enttäuschungen entgegen. Er hat einen Strom entfesselt, der schwer einzudämmen sein wird.“<sup>1</sup> Das Anwachsen der Sozialdemokratie in den Reichstagswahlen bestärkte seine Befürchtungen (II, 106). Die Reden und Ansichten des Kruppschen Generaldirektors Jenke über die Arbeiterfrage im Staatsrat, an dessen Sitzungen Waldersee selbst teilnahm, entsprachen durchaus seiner Haltung.<sup>2</sup> „Er sieht die Arbeiterfrage mit nüchternen Augen, tadelt u. a. in unerschrockener Weise die Behandlung der vorjährigen Streiks durch Kaiser und Regierung und hat unbedingt recht.“<sup>3</sup> Auch der Standpunkt des freikonservativen Abgeordneten und Großindustriellen v. Stumm-Halberg, der vor einem Nachgeben gegenüber den Forderungen der Arbeiter warnte, fand seine Billigung. Er nahm also in dieser Frage die Partei der Industriellen

---

26. II, 59, 84; Briefw. I, 352 ff.

1. II, 104, Aufzeichnung vom 20. 2. 1890.

2. Vgl. Bismarck, Ged. u. Erinnerungen, Bd. III, S. 69.

3. Tgb.-Aufzeichn. v. 1. 3. 1890 II, 108; vgl. II, 134/35.



und Arbeitgeber gegen den Kaiser, der mit seinen Erlassen und Plänen die soziale Lage der Arbeiter bessern wollte (II, 99/100). Er war aber diplomatisch genug, den Plänen des Kaisers nicht Widerstand zu leisten, da ihm die Beseitigung Bismarcks als oberstes Ziel voranstand. Jede Gefährdung dieses seines Planes wußte er geschickt zu vermeiden. Für ihn war in diesen kritischen Wochen die Hauptsache, daß der Kaiser über Bismarck den Sieg davon trug. So notierte er voller Befriedigung in sein Tagebuch: „Meine Besorgnis, er (d. h. Bismarck) könne dem Kaiser in der Arbeiterfrage zu große Schwierigkeiten bereiten, ist jetzt geschwunden, nachdem ich gesehen habe, wie der Monarch Herr geblieben ist. Sein großer Erfolg liegt auch vor der Welt klar; niemand spricht jetzt von der Sozialpolitik des Kanzlers, sondern von der des Kaisers.“<sup>4</sup> Trotzdem konnte er sein Mißfallen über die kaiserlichen sozialpolitischen Maßnahmen nicht verbergen. Auch ihm schienen die Erlasse mit am schlechten Ausfall der Wahlen schuld zu sein (II, 109).

Waldersees Einstellung gegenüber der Sozialdemokratie ist Zeit seines Lebens konsequent gewesen. Für ihn waren die Sozialdemokraten Reichsfeinde, die im Bunde mit Zentrum und Fortschrittlern am Untergange des Deutschen Reiches arbeiteten (II, 6; 376). Der Kampf gegen die Sozialdemokratie oder, wie er sich manchmal ausdrückte, die anarchistische Gefahr, war gewissermaßen eines seiner Lebensziele. Von jeher hatte Graf Waldersee der sozialen Frage und der Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Deutschland wie in ganz Europa starke Beachtung geschenkt. Wiederholt finden sich in seinen Tagebuchaufzeichnungen Betrachtungen über die soziale Frage und die Möglichkeit einer sozialen Umwälzung, auf deren bedrohliches Herannahen er immer wieder hinwies. Schon im Jahre 1873 machte er anläßlich seiner Rußlandreise (Mai 1873) auf die Gefahr der sozialen Umwälzung aufmerksam und hielt liberale Einrichtungen in einem Lande wie Rußland für unangebracht (I, 169). Die Attentate auf den greisen Kaiser Wilhelm I. im Mai und Juni 1878 durch Hödel und Nobiling lenkten Waldersees Aufmerksamkeit erneut auf die sozialistische Gefahr. Er

---

4. Aufzeichn. v. 1. 3. 1890, II, 106.

begrüßte das Vorgehen Bismarcks gegen die Sozialdemokratie und brandmarkte die ablehnende Haltung der liberalen Parteien beim Sozialistengesetz. Auf die Nachricht vom zweiten Attentat schrieb er: „Soviel ist mir klar: auf diese Weise kann es nicht weitergehen! Der Verbrecher gibt selbst an, Sozialdemokrat zu sein, also ist es die heilige Pflicht aller Männer, die Einfluß haben, dahin zu wirken, daß endlich gegen diese verwerflichen Elemente eingeschritten wird.“<sup>5</sup> Die Auflösung des Reichstags und das scharfe Vorgehen der Regierung fand seinen vollen Beifall. Bei einer evtl. Besetzung des Berliner Polizeipräsidiiums durch einen General war Waldersee in Aussicht genommen (I, 178). Während der Beratung des Sozialistengesetzes im Reichstag (September/Okttober 1878) mißbilligte er entschieden die Haltung des Zentrums und konnte auch nicht die Einstellung der Nationalliberalen verstehen, die ihm viel zu mattherzig erschienen. Er wies darauf hin, daß der Kampf „gegen die zunehmende Irreligiosität und die Verwilderung der Massen“ (I, 181) die Vorbedingung für Ruhe und Ordnung im Innern sei und billigte in diesem Sinne durchaus die Hinrichtung des Attentäters Hödel „Ich freue mich sehr, daß der Kronprinz diesen Entschluß gefaßt hat; es war dringend nötig geworden, der Canaille Ernst zu zeigen“ (I, 181). Das Sozialistengesetz hielt er für eine überaus begrüßenswerte und segensreiche Maßnahme im Kampf gegen die Sozialdemokratie (I, 183). Trotz der Tätigkeit der Regierung gegen die Sozialdemokratie und trotz des immer wieder erneuerten Sozialistengesetzes nahm die sozialdemokratische Bewegung in den achtziger Jahren ihren erfolgreichen Fortgang. Die Reichstagswahlen von 1884 hatten die Zahl ihrer Abgeordneten verdoppelt (von 12 auf 24). Die Zunahme der Sozialdemokratie erregte in Waldersee erneut das Gefühl einer bedrohlicher werdenden sozialen Gefahr. Er hielt darum den Zusammenschluß aller erhaltenden Elemente, wie er sich ausdrückte, für nötig und begrüßte in diesem Sinne die Maßnahmen zur Beendigung des Kulturkampfes (I, 244/45). Die Schwierigkeiten, mit denen die Regierung im oppositionell eingestellten Reichstag zu kämpfen hatte, gaben ihm die Überzeu-

---

5. Aufzeichn. v. 3. 6. 1878, I, 177.

gung, daß die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts die beste Maßnahme sei, um aus dem parlamentarischen Wirrwarr zu kommen. Über das allgemeine Wahlrecht urteilte er: „Die Masse der Besitzlosen muß auf die Dauer bei gleichem Stimmrecht die der Besitzenden überstimmen, das führt direkt zur Revolution und zu völligem Umsturz. Der Kaiser mit Bismarck kann alles unternehmen, sein Nachfolger hat es schon viel schwieriger.“<sup>6</sup> Die Arbeiterunruhen in Belgien (März/April 1886) hatten zu dieser seiner Stellungnahme stark beigetragen (I, 286). Als im Laufe des Jahres 1889 die Befürchtungen stiegen, daß die Neuwahlen des kommenden Jahres nicht zugunsten der Regierung ausfallen würden, griff Waldersee wieder den Gedanken der Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts auf und schrieb am 7. 4. 1889 hierüber an den General v. Verdy, der zwei Tage später zum Kriegsminister ernannt wurde: „Im Innern stehen wir vor der Kalamität, einen schlechten Reichstag zu bekommen; es fehlt bisher das Stichwort für die Neuwahlen, das uns noch einmal gute Reichsboten zuführt. Alle gutgesinnten Parteien sind überzeugt, erheblich einzubüßen. Nun fühlt man, daß etwas geschehen muß; es wird aber nur auf Flickwerk hinauskommen. Der Schneid zu einem großen Coup fehlt; nach meinem Dafürhalten müßten wir das allgemeine Wahlrecht abschaffen, und ist dies mit dem jetzigen Reichstage bei geschickter Hantierung schon durchzudrücken“ (Briefw. I, 269; vgl. II, 47). Mit der Abschaffung des allgemeinen Wahlrechtes hoffte er auch, die parlamentarische Opposition der Sozialdemokratie ein für allemal zu beseitigen. Mit Besorgnis betrachtete er die intensive Agitation und Wahlvorbereitungen der Sozialdemokratie und schrieb am 27. 10. 1889: „Diese wichtigste aller Fragen wird in unverantwortlicher Weise auf die leichte Schulter genommen“ (II, 74). Sein Wunsch war ein Zusammenschluß aller staatserhaltenden Parteien gegen die Sozialdemokratie (II, 74). Als ein Gegengewicht gegen die sozialistische Gefahr und ein positives Mittel zu ihrer Verdrängung sah er das Wirken von Stöcker und seinen Christlichsozialen in Berlin an. Er bedauerte die Beseitigung des Hofpredigers und die Lahmlegung

---

6. Aufzeichn. v. 25. 3. 1886, I, 286.

seiner politischen Tätigkeit auch in dieser Beziehung (II, 80). „Andererseits werden jene Bestrebungen, die nach dem richtigen Worte Kaiser Wilhelms I. „dem Volk die Religion erhalten“ wollten, nicht allein gleichgültig behandelt und verlacht, sondern sogar bekämpft. Das wird sich einst noch furchtbar rächen.“<sup>7</sup> Entschieden lehnte er jedes Nachgeben gegenüber den Wünschen der unteren Klassen ab (II, 99/100). Er befürchtete von jedem Entgegenkommen nur eine Steigerung der Forderungen.<sup>8</sup> „Man kann die Menschen auf dieser Erde nicht befriedigen; jeder, der etwas erreicht, wünscht noch mehr zu bekommen“ (II, 74/75). Diese prinzipielle Einstellung Waldersees zu den sozialen Fragen zeigt klar seine arbeiterfeindliche Haltung. Von der patriarchalisch-sozialen Einstellung der Alt-konservativen war diese Haltung ebenso entfernt wie von dem positiven Wirken der christlichsozialen Kreise. Waldersee faßte das ganze soziale Problem einmal vom Standpunkt des Militärs auf, der Unruhen und Revolten mit Waffengewalt unterdrückt, dann aber auch staatspolitisch. Hierin berührte er sich mit Bismarck. Bismarck war vor wie nach seiner Entlassung der Überzeugung, daß man Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie anwenden müßte und auch vor Unterdrückung dieser Gefahr mit Waffengewalt nicht zurückschrecken dürfte. Seine Stellungnahme zum Sozialistengesetz und der Vorschlag eines legalen Staatsstreichplanes im Jahre 1890 zeigen die große Verwandtschaft mit Waldersees Ansichten.<sup>9</sup> Die Bismarckischen Worte: „Die Sozialdemokratie stellt sich außerhalb der staatlichen Ordnung und der Gesetze. Deshalb ist es nur logisch und berechtigt, daß man zu ihrer Bekämpfung Ausnahmegesetze anwendet, die nicht für alle Staatsbürger gültig sind, die ihrerseits die Gesetze respektieren“,<sup>10</sup> hätte auch Waldersee sprechen können.

---

7. Aufzeichn. v. 27. 10. 1889, II, 75.

8. Vgl. die Ansprachen des Fürsten Bismarck 1848—1894, hrsg. von Heinr. v. Poschinger, S. 148.

9. s. Haake, Bismarcks legaler Staatsstreichplan 1890, in Neue Jahrb. 1932 S. 517 ff. und 523; O. Hammann, Dtsch. Weltpolitik S. 23; E. Zechlin, Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. 1890—94, mit Angabe von Einzelliteratur.

10. Hofmann, Fürst Bismarck 1890—98, S. 138/39.



Ebenso wie Bismarck<sup>11</sup> dachte er an eine Änderung des Wahlrechts. Er hielt diese für das beste Mittel, um den parlamentarischen Einfluß der Sozialdemokratie einzudämmen.<sup>12</sup> Selbst während der Bismarckkrise erklärte er sich angesichts der Erfolge der Sozialdemokratie bei den Februarwahlen 1890 für eine Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts und stellte seine Mitarbeit dabei gerne zur Verfügung (II, 106, 109). Während des Höhepunktes der Kanzlerkrise wurde seine Haltung gegenüber der sozialen Frage zeitweilig schwankend. Grundsätzlich stimmte er mit dem Bismarckischen Gedanken hinsichtlich der Lösung des sozialen Problems überein, aber um den Kaiser weiterhin zum Kampf gegen den Reichskanzler zu veranlassen, setzte er den kaiserlichen Anschauungen in der Arbeiterfrage keine Opposition entgegen.<sup>13</sup> Im Gegenteil, er beruhigte den Kaiser, dem nach seiner Ansicht Bismarck die Möglichkeit von sozialistischen Erhebungen vorgehalten hatte. „Soweit sind wir doch wahrhaftig noch nicht. Von Revolten kann gar keine Rede sein, dazu gehören ganz andere Vorgänge, auch beabsichtigen die Sozialisten gerade im Gegenteil, sich völlig ruhig zu verhalten.“<sup>14</sup> Wie ein Widerspruch mutet es an, wenn Waldersee wenige Wochen vorher über die immer stärker werdende Agitation der Sozialdemokratie schreibt und über den unverantwortlichen Leichtsinn klagt, mit dem man diese außerordentlich wichtige Frage behandle (II, 74). Für übertrieben halte ich aber das Urteil des Botschafters Grafen Monts über Waldersees Haltung in der Sozialpolitik, der schreibt: „Als der General durchfühlte, daß S.M. dem Kanzler auf diesem Wege nicht folgen wollte, schloß auch er sich den Ideologen Hinzpeter, Douglas, Berlepsch und aliis eiusdem farinae an. Man müsse den Arbeitern entgegenkommen und niemand als der junge Kaiser könne die Versöhnung und Rückgewinnung großer Volksteile in die Wege leiten.“<sup>15</sup> Waldersee ist nie soweit von seiner Grund-

---

11. Lucius, Bismarckerinnerungen 338 — Lucius' Stellung selbst S. 371 — Bismarck, Ges. Werke, Gespr., Bd. 8 S. 535, 551 ff.

12. Monts, Erinnerungen u. Gedanken S. 177. — I, 286, II, 46; 47, 106, 287/88, 388 Anm. 1, 410; III, 194, 198/99; Briefw. I, 269.

13. Vgl. Monts, S. 177/78; 511; II, 86.

14. Aufzeichnung vom 14. 12. 1889, II, 83; vgl. II, 86.

15. Monts, Erinn. u. Ged. 177/78.

einstellung abgewichen, daß er dem Kaiser geraten hätte, den Arbeiterforderungen nachzugeben. Die Rückgewinnung der Arbeiterschaft hielt er für möglich durch positive Maßnahmen, wie sie das Wirken Stöckers und seiner Anhänger in Berlin gezeigt hatte.<sup>16</sup> Niemals hat er sich aber den Reformideen von Hinzpeter, Douglas und Berlepsch angeschlossen. Im Gegenteil lehnte er ihren Einfluß auf den Kaiser als bedenklich ab, besonders den Hinzpeters. Am 3. 2. 1890, also mitten in den Wochen des Kampfes zwischen Kaiser und Kanzler, schrieb er: „Ich kann nicht leugnen, daß mich die Pläne des Kaisers in der Arbeiterfrage bedenklich zu machen beginnen; er ist da meiner Ansicht nicht gut beraten. Herr Hinzpeter nimmt eine schwere Verantwortung auf sich“ (II, 99). Man muß es jedoch Waldersee zum Vorwurf machen, daß er wider seine bessere Überzeugung schwieg und den Kaiser nicht von diesen Plänen zurückhielt, nur um seine Interessen und Hoffnungen hinsichtlich Bismarcks Sturz nicht zu gefährden: „Möglicherweise kommt es bei der Beratung des Sozialistengesetzes zu Differenzen zwischen Kaiser und Kanzler.“<sup>17</sup>

Nach Bismarcks Entlassung und Capravis Ernennung zum Reichskanzler widmete Waldersee der Sozialdemokratie und ihrer Bekämpfung seine größte Aufmerksamkeit. Nach Erreichung seines Zieles, der Entlassung des Fürsten Bismarck, wirkte er nun auch bei Wilhelm II. gegen die sozialistische Gefahr. Im April 1890 machte er ihn auf die sozialistische Beeinflussung der Kriegervereine aufmerksam und hielt ein energisches Durchgreifen für erforderlich. Man müsse diese Vereine unter die Aufsichtnahme durch die Generalkommandos stellen (II, 124). Anlässlich seines üblichen Vortrages beim Kaiser brachte er im August desselben Jahres die Unterhaltung auf die Sozialdemokratie und erklärte, dem sozialistischen Übel müsse man an die Wurzel kommen. „Kirche und Schule müßten, statt sich zu bekämpfen, zusammengehen, beide, vor allem aber die Lehrer, bedürften eines anderen Nachwuchses“ (II, 139). Über die kaiserliche Sozialpolitik urteilte er zusehends ablehnender.

---

16. II, 74/75; 80, 332.

17. Tgb.-Aufzeichn. v. 2. 1. 1890, II, 86.

Im Herbst 1890 schrieb er: „... Dabei ist schon jetzt deutlich, daß die sozialistische Bewegung, anstatt gehemmt zu werden, nur neuen Aufschwung erhalten hat.“<sup>18</sup> In den neunziger Jahren wurde es einer seiner Lieblingsgedanken, daß alle monarchisch-konservativ gesinnten und besitzenden Schichten des deutschen Volkes gemeinsam gegen die sozialistische Gefahr Front machen müßten.<sup>19</sup> Hinsichtlich der Maßnahmen, die gegen die Sozialdemokratie zu ergreifen seien, schwankte er in seinen Ansichten. Während der Kanzlerschaft Capravis hielt er angesichts der schwierigen parlamentarischen Lage der Regierung scharfe Maßnahmen, wie Änderung des Wahlrechts<sup>20</sup> und militärisches Einschreiten für zu gefährlich und unangebracht. So notierte er im Juli 1894 in sein Tagebuch: „Allein mit Gewalt ist da nichts zu wollen, der Gedanke, die Massen zusammen-schießen, wenn sie unbequem werden, ganz unweise“ (II, 317). Während der Kanzlerkrise im Oktober 1894 erklärte er sich sogar gegen eine Änderung des Wahlrechts, die zur Zeit den Kaiser die Krone kosten könne. Er glaubte mit einer energischen Haltung der Staatsgewalt und einer intensiven seelsorgelichen Tätigkeit der Kirchen etwas erreichen zu können. Hierbei war ohne Zweifel Stöcker und unter dessen Einwirkung Waldersees Gattin auf ihn von Einfluß. Bei dem Kampf gegen den Umsturz hielt er, wie auch schon in den achtziger Jahren, die Arbeit der Stadtmission für sehr nützlich und erfolgreich. Er begrüßte in diesem Sinne das nach Capravis Sturz wiederkehrende Interesse des Kaiserpaares für Stöcker und sein Werk (II, 232). Im Laufe der Kanzlerschaft Hohenlohes wuchs in ihm die Überzeugung, daß mit halben Maßnahmen nichts getan sei, sondern nur ein planmäßiger Kampf gegen die Umsturzparteien helfen könne. Seit der Königsberger Rede Wilhelms II. vom 6. 9. 1894 über den Kampf gegen den Umsturz war dieser mehr und mehr unter den Einfluß von Männern gekommen, die, wie Graf Waldersee, ein Einschreiten gegen die Sozialdemokratie

---

18. II, 149; vgl. II, 134/35.

19. II, 309/10; 325; 218/19; 221.

20. Der freikonserv. Abg. v. Kardorff trat in diesen Jahren wiederholt für eine Änderung des RT-Wahlrechts im Sinne einer Annäherung an das preuß. Wahlrecht ein. s. Thimme, Dtsch. Revue, Jg. 42, 2 S. 152/3.

für dringend erforderlich hielten. Die militärische Umgebung des Kaisers, die Flügeladjutanten, die Brüder August und Botho Eulenburg, dazu die agrarischen Kreise unter Führung des Bundes der Landwirte, hatten den Kaiser auf ihre Seite gezogen. Die Absicht, eine Umsturzvorlage vor den Reichstag zu bringen, wurde mit zum Anlaß für den Sturz Caprivi,<sup>21</sup> der gegen scharfe gesetzliche Maßnahmen eingestellt war.<sup>22</sup> Aber die Hoffnung der konservativen Kreise auf Botho Eulenburg, der als entschiedener Vertreter des Kampfes gegen die Sozialdemokratie als Kanzlerkandidat galt, wurde getäuscht. Ph. Eulenburg, ein Gegner von Staatsstreichplänen, und in dieser Beziehung auch durch Holstein und den Großherzog von Baden beeinflusst, vermittelte die Ernennung Hohenlohes zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten, der „eher liberal als konservativ“ anzusprechen war (29. 10. 1894). Aber die ostelbischen Junker gaben ihre Bemühungen nicht auf, zumal sie bei den Flügeladjutanten und dem Chef des Marinekabinetts, Freiherrn v. Senden, mit ihren Bestrebungen volle Unterstützung fanden. Dazu kamen die Einflüsse schwer-industrieller Kreise, als deren Hauptvertreter der freikonservative Abg. v. Stumm-Halberg das Ohr des Kaisers besaß. Immer wieder suchte v. Stumm den Kaiser in der Wahlrechtsfrage und Sozialpolitik zur Entscheidung zu bringen. Schon im Sommer des Jahres 1893 glaubte er, den Kaiser für eine Umkehr in seinen sozialpolitischen Anschauungen gewonnen zu haben.<sup>23</sup>

Preußischer Innenminister wurde im Herbst 1894 der konservative Herr v. Köller, der bis dahin Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen gewesen war. Von ihm ging der Vorschlag aus, den Staatsanwalt gegen die Sozialdemokraten, „die beim Kaiserhoch sitzen geblieben waren, mobil zu machen“ (II, 333). Aber es kam doch nicht zu einem energischen Einschreiten trotz aller Bemühungen der „unverantwortlichen Nebenregierungen“ in der Umgebung des Kaisers und trotz dessen wiederholter Reden gegen die Sozialdemokratie

---

21. Vgl. Zechlin, Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II.

22. II, 324; vgl. Zechlin und Haller-Eulenburg.

23. s. Thimme, Bismarck und Kardorff, Dtsch. Rev. Jg. 42, Bd. II, S. 44.



und den Umsturz. Köller fiel über der Frage der Militärstrafprozeßreform im Dezember 1895, da Ph. Eulenburg und der Chef des Zivilkabinetts, Lucanus, dem Kaiser rieten, keinen Konflikt mit dem gegen Köller eingestellten Ministerium heraufzubeschwören.<sup>24</sup>

Durch den Hamburger Hafenarbeiterstreik, der Ende November 1896 ausbrach, fand Waldersee als Kommandierender General des IX. Armee korps in Altona endlich die passende Gelegenheit, um seine Ansichten und Pläne über den Kampf gegen die Sozialdemokratie nachdrücklich darlegen zu können. Bei der Übertragung des Altonaer Generalkommandos im Januar 1891 hatte der Kaiser unter den Scheingründen, die er für den Wechsel von Waldersees Stellung anführte, u. a. auch erklärt: „Sodann wissen wir auch, daß in Hamburg alle Fäden der sozialistischen Verschwörung zusammenlaufen, dort brauche ich eine hervorragende Kraft wie Sie“ (II, 178). Waldersee hatte zwar, verbittert über seine Entlassung, damals in sein Tagebuch geschrieben: „Wie soll ich Verschwörungen aufdecken, wo doch berufene Regierungsorgane dazu da sind“ (II, 178); aber schon im März desselben Jahres sah er es für seine Pflicht als Kommandierender General an, sich „gründlicher mit dem Treiben der Sozialdemokratie zu befassen“ (II, 200). War er zur Zeit des Kanzlerwechsels im Herbst 1894 noch gegen allzu scharfe Kampfmethoden, wie Beseitigung des Wahlrechts und Schießen, so schrieb er anlässlich des Hafenarbeiterstreiks im November 1896: „Die Masse der Menschen ist nur zu blind, um es zu erkennen, zu feige, um sich aufzuraffen, glaubt auch, daß zu einer Revolution Straßenkämpfe gehören. Ich wünschte, wir hätten solche, i h r e r wollten wir schon Herr werden!“ (II, 381). Er riet dem Kaiser, energisch gegen das allgemeine Wahlrecht vorzugehen und ein anderes an seine Stelle zu setzen: „Eure Majestät sind stark genug, alles zu unternehmen; es muß nur kräftig zugefaßt werden“ (II, 377). Entsprechend seiner ganzen Einstellung wünschte er die Niederlage der Streikenden; er stand voll auf seiten der Arbeitgeber. Beide Parteien wußten, daß Graf Waldersee durchaus die Energie besaß, um im entschei-

---

24. Vgl. Hartung, Forsch. zur brand.-pr. Gesch. Bd. 44, S. 336 f.

denden Augenblick rücksichtslos durchzugreifen. Noch nach einem Jahr, im Oktober 1897, wurde er offen von sozialdemokratischer Seite als der Mann bezeichnet, „der das Niederkartätschen besorgen würde“ (II, 404). Anders als die große Mehrzahl der bürgerlichen Kreise beruhigte sich Waldersee aber nicht mit dem Gedanken, der sozialistischen Gefahr durch Waffengewalt ein Ende zu machen, sondern arbeitete eine Denkschrift aus, die er Ende Januar 1897 an den Kaiser sandte. Er sah die Lage als ernst an, zumal ihm die Disziplin und Organisation der Arbeiterschaft imponierte. Außerdem neigte er dazu, auf Grund solcher Begebenheiten wie Streiks und Attentate,<sup>25</sup> auf große soziale Umwälzungen in Europa zu schließen. „Manchmal fühle ich es, daß wir, d. h. ganz Europa, nahe vor sozialen Umwälzungen stehen, so groß, wie sie die Welt kaum erlebt hat, und bedaure unsere Jugend, die solche furchtbaren Zeiten erleben und durchleben soll. Stehen wir eigentlich nicht schon jetzt inmitten einer gewaltigen Veränderung aller sozialen Verhältnisse?“<sup>26</sup> Derartige Betrachtungen vermischten sich bei ihm sehr oft mit religiösen Gefühlen und Anschauungen, so daß ein Gedankenbild herauskommt, das wohl im Kern richtig ist, aber die an sich richtigen Grundgedanken mit einem Wulst von verschwommenen Vorstellungen umgibt.<sup>27</sup> Waldersee war jedoch zu sehr Militär und energische Persönlichkeit, als daß er nur spekulativ und theoretisch diese Dinge betrachtet hätte. Seine Denkschriften an den Kaiser und an den Kriegsminister<sup>28</sup> zeigen ein klares Programm mit Vorschlägen, die zum Teil Bismarckschen Anschauungen entlehnt sein dürften. Während die Denkschrift an den Kaiser mehr grundsätzlich und zurückblickend auf die Arbeiterfrage und die sozialistische Gefahr eingeht, und den „Kampf gegen die Umsturzpartei“ unverzüglich als notwendig hinstellt, gibt die Mitteilung an den Kriegsminister vom 20. Februar 1897 positive Vorschläge für ein Einschreiten gegen die Sozialdemokratie. Zu Beginn der Denkschrift

---

25. Vgl. die Ermordung des französischen Staatspräsidenten Carnot, Sommer 1894 und Mordtaten der Anarchisten in Italien und Frankreich.

26. Aufzeichn. v. 30. 12. 1896, II, 381.

27. z. B. II, 158/59 und 381.

28. II, 386—389 u. 388 Anm. 1.

erklärte Waldersee den kaiserlichen Versuch zur Lösung der sozialen Frage für mißlungen. Er verneinte auch entschieden die Möglichkeit, ob auf dem bisherigen Wege etwa noch Erfolge zu erzielen seien. „Ich muß zu meinem Bedauern meine Ansicht pflichtmäßig dahin abgeben, daß dies nach meinem Dafürhalten nicht der Fall ist“ (II, 386). Damit sprach er offen und klar das Urteil über die kaiserliche Sozialpolitik, wie sie in den sozialpolitischen Erlassen vom Februar 1890 zum Ausdruck gekommen war. Hatte er damals mit Rücksicht auf seinen Kampf mit Bismarck und aus dem ehrgeizigen Bestreben, auf keinen Fall seine Vertrauensstellung beim Kaiser zu gefährden, diesem nicht von seinen Plänen in der Arbeiterfrage abgeraten, so sprach er nun unumwunden seine Ansicht aus. Voller Stolz und Selbsteingenommenheit urteilte er über seine Denkschrift: „Daß Viele im Lande meine Ansichten teilen, weiß ich ganz genau, ich glaube aber kaum, daß irgend jemand seit Bismarcks Abgang den Mut gehabt hat, sie dem Kaiser auszusprechen“ (II, 389). Waldersees Urteil über die kaiserliche Sozialpolitik und Behandlung der Sozialdemokratie war in militärischen Kreisen nicht alleinstehend. Nach den Februarwahlen 1890 sagte der ehemalige Chef des Militärkabinetts, General v. Albedyll, zu Wilhelm II., in der Arbeiterfrage und in der Wahlpolitik seien nicht Ideale am Platze, sondern die Peitsche, „besser gesagt die Flinte werde Ordnung schaffen müssen“.<sup>29</sup> Bismarck hatte ebenfalls, wie Waldersee berichtet (II, 86 u. 97), die Absicht, bei Streiks es zum Schießen kommen zu lassen, um auf diesem Wege die soziale Frage zu lösen.<sup>30</sup> Zur Ermöglichung einer scharfen Gesetzgebung gegen den Umsturz schlug Waldersee in seiner Mitteilung an den Kriegsminister die Abschaffung des Reichstagswahlrechts vor; sollte diese Maßnahme nicht die Zustimmung aller Bundesstaaten finden, so hielt er als äußersten Schritt den Austritt Preußens aus dem Reich und die Erneuerung des Reiches auf neuer Grundlage für nötig (II, 388 Anm. 1). Der Pressereferent

29. Wertheimer, Bismarcks Sturz, Preuß. Jahrb. Bd. 184 S. 312; 1921.

30. Vgl. Hammann, Dtsch. Weltpolitik, 23. — Haake, Bismarcks legaler Staatsstreichplan 1890 in Neue Jb. 1932, 517 ff., 523. — E. Zechlin, Staatsstreichpläne Bismarcks u. Wilhelms II.

des Auswärtigen Amtes, Otto Hammann, berichtet,<sup>31</sup> daß Waldersee sogar die Idee gehabt habe, „auswärtige Verwicklungen nicht zu scheuen, um im Innern zum Ziel zu kommen“ (a. a. O.). Mir ist in der veröffentlichten Literatur und in dem vorhandenen Walderseematerial nichts von einem derartigen Gedanken begegnet. Es wird sich hier wohl um eine überspitzte Ansicht des Verfassers handeln, der dem Grafen Waldersee nicht allzu objektiv gegenüberstand.<sup>32</sup> Die Vorschläge Waldersees für eine Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie fußen bewußt oder unbewußt — dies ist schwer möglich festzustellen — auf Bismarckischen Gedanken. Bismarck dachte im Februar und März 1890 daran, mit einem „Staatsstreich“ das Reichstagswahlrecht zu beseitigen, und hat mehrmals betont, „daß das Deutsche Reich und seine Verfassung auf einer freien Vereinbarung der deutschen Staaten beruhe, und daß es daher auch durch eine solche modifiziert werden könne, wenn sich z. B. die Unmöglichkeit ergebe, mit dem aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Reichstag in irgendwie gedeihlicher Weise fortzuwirtschaften“.<sup>33</sup> Allerdings waren die Waldersee'schen Vorschläge schärfer und verfolgten mehr den Staatsstreichgedanken als die mehr politisch und staatsmännisch fundierten Bismarcks. Während der Kanzlerkrise 1890 gelang es Bismarck nicht, den Kaiser für diese seine Staatsstreichpläne zu gewinnen. Aber Bismarck gab seine Gedanken nicht auf, sondern verfolgte sie in den von ihm inspirierten Artikeln der „Hamburger Nachrichten“<sup>34</sup> weiter. Als seit dem Sommer 1894 in der Umgebung des Kaisers und auch bei Wilhelm II. selbst infolge der Ermordung Carnots und anderer anarchistischer Attentate im Ausland der Entschluß aufkam, mit energischen Maßnahmen gegen die anarchistische Gefahr vorzugehen, tauchten die Bismarckischen Staatsstreichpläne wieder<sup>35</sup> auf. Bei Besprechungen zwischen den Königen von Sachsen und Württemberg und dem Kaiser bei

---

31. Dtsch. Weltpolitik S. 25 u. Der „mißverstandene Bismarck“ S. 32.

32. Vgl. Der mißverstandene Bismarck S. 77/78.

33. Zechlin, a. a. O. 47. — Eugen von Jagemann, 75 Jahre des Erlebens und Erfahrens S. 300.

34. z. B. Artikel vom 1. 7. 1894, 13. 7. 1894, 29. 9. 1895.

35. s. Zechlin, a. a. O. S. 107 ff.



den ostpreußischen Manövern im September 1894 über das bedrohliche Anwachsen der Sozialdemokratie war man sich einig, daß ein Staatsstreich als „ultima ratio“ durchaus möglich sei. Ein Telegramm Wilhelms II. vom 9. 9. 1894 an Caprivi berichtete über diese Besprechung, bei der besonders König Albert von Sachsen, beunruhigt durch das Fortschreiten der Sozialdemokratie, für entschiedenes Vorgehen eintrat. „Er erklärte jedoch bestimmt, daß, wenn der Reichstag sich wiederholt gegen Maßnahmen zum Schutz der bürgerlichen Gesellschaft ablehnend verhalte, er seine Existenzberechtigung verwirkt habe. Es sei dann der Moment gekommen, wo die Bombe platzen müsse und der Bundesrat (d. h. die deutschen Fürsten) ein neues Wahlgesetz einbringen bzw. oktroyieren müßten. Mit anderen Worten: Die ultima ratio, ein Coup d'état... Der König von Württemberg denkt gerade so, den Ausdruck gebrauchend, niemand von Uns habe die Reichsverfassung beschworen, also könne sie geändert werden.“<sup>36</sup> Auch das Bismarckische Organ, die „Hamburger Nachrichten“ machte eifrig für entschiedenen Kampf gegen die Sozialdemokratie Propaganda.<sup>37</sup> Auch konservative und nationalliberale Blätter schlossen sich diesen Ausführungen an. Die bismarckisch eingestellten Zeitungen begrüßten eifrig die Königsberger Rede Wilhelms II. vom 6. 9. 1894, in der er zum „Kampf für Religion, Sitte und Ordnung, gegen die Parteien des Umsturzes“ aufgefordert hatte.<sup>38</sup> In dieser innenpolitischen Frage war eine gemeinsame Front geschaffen, zu der auch Waldersee gehörte. Seit seiner Entlassung als Generalstabschef hatte er sich wieder ganz der Bismarckischen Politik angeschlossen und bekämpfte mit ihr den neuen Kurs und die verantwortlichen Männer, ob sie nun Caprivi, Marschall, Holstein oder Hohenlohe hießen. Die Gedanken und Pläne, die Waldersee in seiner Denkschrift an den Kaiser bzw. Mitteilung an den Kriegsminister offenbarte, sind Bismarckischer Herkunft. Der Kreis, der durch den beiderseitigen Kampf 1887—90 zerrissen wurde, war durch das gemeinsame Erlebnis der Ungnade des Kaisers und durch die ge-

---

36. Zechlin, a. a. O. 192

37. Artikel vom 1. 7. 1894, 13. 7. 1894, 29. 9. 1895.

38. Vgl. „Hamburger Nachrichten“ v. 12. 9. 1894 bei Hofmann, II, 260 ff.

meinsame Front gegen die Männer des neuen Kurses wieder geschlossen. Dabei ist aber zu beachten, daß — ungeachtet der gegenseitigen Besuche beider Männer — eine persönliche Fühlungnahme fehlte. Zu einem freundschaftlichen Verhältnis bzw. politischen Verabredungen ist es zwischen ihnen nie gekommen. Die Ansichten Holsteins und seiner Gesinnungsgenossen beruhten in diesem Punkte auf falschen Mutmaßungen. Was sie befürchteten, war eine Wiederkehr Bismarcks und waren Staatsstreichpläne, die nach ihrer Meinung eine Zurückrufung Bismarcks durch den Kaiser zur Folge haben mußten. Hierbei richtete sich ihr Haß nun vor allem gegen Waldersee, dessen Vertrauensstellung beim Kaiser sie immer wieder einen Frontwechsel in der Politik befürchten ließ. Man mag Waldersee als Politiker beurteilen wie man will, seine Denkschriften über die Sozialdemokratie und ihre Bekämpfung sind Dokumente von klarem politischen Denken. Seine Vorschläge, „den Kampf gegen die Umsturzpartei“ aufzunehmen, stießen beim Kaiser auf fruchtbaren Boden. Er sagte am 30. 1. 1897 zu Waldersee: „Ich danke Ihnen sehr für Ihre Denkschrift, ich bin sehr froh, daß endlich jemand die Wahrheit offen ausspricht“ (II, 390). Um diese Zeit beschäftigten den Kaiser in erhöhtem Maße seine Flottenpläne. Da der Reichstag den Flottenbauvorlagen ablehnend gegenüberstand, war Wilhelm II., zumal unter dem Einfluß seiner militärischen Umgebung, vor allem des Chefs des Marinekabinetts v. Senden, durchaus zu festem Zugreifen in der Innenpolitik bereit (vgl. II, 377). Waldersee sollte sein Mann sein, der den Staatsstreich durchführte. „Ich weiß, wenn es zum Schießen kommen muß, so werden Sie es gründlich tun“ (II, 390). Es kam aber nicht zu dem geplanten Vorgehen. Die verantwortlichen Staatsmänner arbeiteten, unterstützt durch Ph. Eulenburg, energisch gegen diese Staatsstreichpläne. Waldersee wartete vergebens. Aber seine Einstellung blieb dieselbe. Bis in seine letzten Lebensjahre widmete er der Sozialdemokratie und ihrer Entwicklung große Aufmerksamkeit. Resigniert und verbittert klagte er in seinen Tagebuchaufzeichnungen immer wieder über die Energie- und Ahnungslosigkeit der Regierung und der breiten Massen. Mit Entschiedenheit wandte er sich gegen die Ansicht, die Sozialdemokratie habe ihr revo-

lutionäres Kampfprogramm aufgegeben und sei zu einer harmlosen Reformpartei geworden (II, 419). Er glaubte nicht mehr daran, daß sich der Kaiser und die Regierung zu ernststen Maßnahmen aufraffen würden. Mit Scharfblick sah er den Kontrast zwischen der klug-diplomatischen Politik der sozialdemokratischen Führer, die nur auf den „großen Kladderadatsch“ warteten, und der Verständnislosigkeit der verantwortlichen Männer für das nach seiner Meinung entscheidende Problem der sozialen Frage. Er verwies dabei mehrmals auf Bismarck und schrieb anläßlich der Skandalszenen im Reichstag Ende November 1902: „Ich bin nicht im Zweifel, daß Bismarck das Verhalten der Sozialdemokraten im Reichstage zu einem energischen Coup benutzt haben würde“ (III, 195).<sup>39</sup> In den letzten Jahren finden sich immer häufiger Notizen, die auf den Ernst der Lage hinweisen. Waldersee ging sogar dazu über, seine Einstellung gegenüber dem Ultramontanismus, den er bisher für den gefährlichsten Feind des Deutschen Reiches hielt, einer Revision zu unterziehen (III, 218/19). Er hielt angesichts des Ernstes der Lage die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens beider Konfessionen gegen den Sozialismus für durchaus möglich. Die Bestrebungen, die auf ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie hinarbeiteten, lehnte er ganz entrüstet ab (III, 222). Immer wieder tadelte er den „Mangel an Entschlußfähigkeit und die defensive Haltung gegenüber der Sozialdemokratie“ (III, 224) und sah die Möglichkeit einer gewaltsamen Umwälzung näherkommen. Angesichts dieser Einstellung zur innen- und sozialpolitischen Lage ist es auch zu verstehen, daß seine letzten Worte im Tagebuch lauteten: „Ich bitte Gott, daß ich das nicht zu erleben brauche, was ich kommen sehe“ (III, 232).

### 3. Waldersee und das Zentrum. (Katholizismus.)

Neben der Sozialdemokratie rechnete Waldersee stets auch das Zentrum zu den Reichsfeinden. Auf Grund seiner Herkunft und Erziehung war er überzeugt protestantisch eingestellt. Die

---

39. Eine ähnl. Ansicht vertrat Kardorff, s. Thimme, Dtsch. Rev. Jg. 42,4 S. 145/46.

konservative und militärische Umgebung, in der er sich von Jugend auf bewegte, hatte diese Gesinnung nur befestigen können. Von entscheidendem Einfluß auf seine religiöse Haltung wurde seine Gattin, eine geborene Amerikanerin. Durch die Ehe mit ihr, die überaus glücklich und harmonisch war, bekam Waldersee seine ausgeprägt positiv-evangelische Haltung, die er sein ganzes Leben behielt und die für seine Anschauungen von großer Bedeutung war. Von hier aus muß Waldersees Einstellung zum Zentrum und Katholizismus allgemein betrachtet werden. Dazu kam der Standpunkt des monarchisch- und konservativ eingestellten preußischen Offiziers. Aus diesen beiden Wurzeln ist seine ganze Haltung zum politischen und religiösen Katholizismus zu verstehen. Dem politischen Katholizismus hat Waldersee ebenso wie Bismarck zeit seines Lebens ablehnend gegenüber gestanden. Zum Zentrum bzw. seinen Abgeordneten hat er nie Verbindung gehabt. Mit Entschiedenheit lehnte er die Zentrumspolitik als gefährlich für das Reichsinteresse ab. Seine Einstellung gegenüber Windhorst galt gewissermaßen für dessen ganze Partei. Der Zentrumsführer war ihm schon als Welfe und Partikularist verhaßt; Waldersee hat während seiner Wirksamkeit in Hannover stets eine scharfe antiwelfische Haltung eingenommen. Als vor den Reichstagswahlen im Januar 1890 der Hauptschriftleiter der „Kreuzzeitung“, v. Hammerstein, mit Windthorst Verbindungen zwecks Wahlunterstützung anzuknüpfen versuchte, bezeichnete Waldersee diesen Schritt trotz seiner scharfen Opposition zu Bismarck „als einen ärgerlichen und für die Zukunft bedenklich stimmenden Vorgang“ (II, 88). Immer wieder wies er auf die Gefährlichkeit Windthorsts hin, der mit seiner Energie, gewandten Diplomatie und Redegabe der unbestrittene Führer des Zentrums war. Er war besorgt, daß es ihm durch seine Diplomatie gelingen werde, besonders nach Bismarcks Entlassung, Einfluß auf die Regierungspolitik zu gewinnen. Mit Unwillen verfolgte er die Besprechungen zwischen Caprivi und Windthorst im Herbst und Winter 1890 (II, 152 u. 161). Unglaublich fand er die Tatsache, daß Caprivi im November 1890 eine Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und Windthorst veranlaßte. Mit Recht wies er darauf hin, daß die Verhandlungen Bismarcks mit Windthorst im März



1890 einer der Anlässe zu dessen Entlassung gewesen seien. Damals habe der Kaiser gesagt: „Wenn Windthorst ins Schloß kommt, so lasse ich ihn durch einen Unteroffizier und drei Mann arretieren und hinausschmeißen“ (II, 161). In Verbitterung über seine Entlassung als Chef des Generalstabes notierte Waldersee als bezeichnendes Beispiel der Launenhaftigkeit und Wandelbarkeit der kaiserlichen Gesinnung den Wandel in der Einstellung Wilhelms II. zu Windthorst.<sup>1</sup> Beim Tode Windthorsts gab er seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Zusammenarbeit Caprivis mit dem Zentrum durch die Worte Ausdruck „Windthorst wird jetzt in allen der Regierung nahestehenden Zeitungen als Patriot ersten Ranges gefeiert. Bis vor einem Jahr galt er noch als Ausbund aller Schlechtigkeit und Reichsfeindschaft.“<sup>2</sup> Bezeichnend für Waldersees Einstellung zum Zentrum war seine Anschauung, daß das Zentrum die parlamentarische Vertretung der katholischen Kirche sei. In parlamentarischer Hinsicht kannte er keinen Unterschied zwischen konservativen und radikal-demokratischen Zentrumsabgeordneten. Für ihn waren alle Mitglieder des Zentrums und darum unter dem Einfluß der von den Jesuiten beherrschten katholischen Kirche. Diese Anschauung, daß die Jesuiten die führende Macht im Katholizismus seien (I, 248; II, 420), war für ihn der Ausgangspunkt und Maßstab, mit dem er die ganze katholische Frage ansah. Ebenso wie Bismarck hielt er die Jesuiten für eine schwere Gefahr hinsichtlich des konfessionellen Friedens und der Einheit des Deutschen Reiches.<sup>3</sup> Mit Sorge beobachtete er die Zunahme des katholischen Einflusses in Deutschland. Schon 1886 schrieb er in sein Tagebuch: „Die Katholiken machen sich in Berlin immer breiter, leider durch die Kaiserin sehr protegiert“ (I, 286). Die Absicht Bismarcks, den Kulturkampf zu beendigen, begrüßte er, glaubte aber nicht an einen ehrlichen Frieden mit der katholischen Kirche, „die immer wieder versuche, die Evangelischen und den Staat übers Ohr zu hauen“.<sup>4</sup> Das beste Gegengewicht gegen den Katholizismus sah

---

1. II, 184; vgl. II, 307/08.

2. Aufzeichnung vom 16. 3. 1891, II, 200.

3. I, 248; III, 185 und 197.

4. Aufzeichn. v. 6. 4. 1887, I, 322; vgl. I, 324.

er in der Förderung und Hebung der evangelischen Kirche, für die er sein ganzes Leben hindurch eifrig wirkte. Hierbei hoffte er stark auf die Hilfe des Prinzen Wilhelm (I, 324). Nach dem Regierungsantritt Wilhelms II. wurde er aber enttäuscht, da dieser sich durchaus nicht in dem von Waldersee erhofften Maße für die evangelische Kirche einsetzte. Nach seinem Konflikt mit Wilhelm II. und seiner Entfernung von Berlin im Januar 1891 verschärfte sich die Kritik am Verhalten der Regierung gegenüber dem Zentrum und der katholischen Kirche. Der Jesuitenfrage wandte er seine vollste Aufmerksamkeit zu. Schon im Dezember 1890, als Windthorst die Rückberufung der Jesuiten beantragte, hoffte er auf eine energische Haltung der Regierung, die doch nun merken müsse, was das Zentrum beabsichtige (II, 164). Im Jahre 1893 traute er dem Kaiser sogar zu, in der Frage der Rückberufung der Jesuiten nachzugeben (II, 285). Bei einer Unterhaltung mit dem Großherzog von Baden im August 1894 kamen beide auch auf diese Frage zu sprechen. Dabei sprach der Großherzog die Ansicht aus, „die feste Stellung Capravis beruhe zum wesentlichen Teile auf dessen Haltung gegenüber dem Zentrum, wo man mit ihm sehr zufrieden ist“ (II, 320); Waldersee konnte dem nur beipflichten. Bei seiner Kritik an der Reichskanzlerschaft Capravis verwies Waldersee immer wieder auf dessen Einvernehmen mit dem Zentrum. An Hohenlohe vermerkte er bei dessen Berufung zum Kanzler: „Das Zentrum ist keineswegs sicher, denn der Kanzler ist liberaler Katholik, alter Kulturkämpfer und Jesuitenfeind“ (II, 329). Ende der neunziger Jahre und um die Jahrhundertwende nahm Waldersees antijesuitische und antikatholische Haltung schärfere Formen an, wie aus seinem Tagebuch klar zu ersehen ist. Neben der Sozialdemokratie und vielleicht noch mehr als in ihr sah er in den Jesuiten die gefährlichsten Feinde des Deutschen Reiches, zumal sie im Ausland starken Rückhalt besaßen und mit ihrer heimlichen Minierarbeit große Erfolge erzielten. Er billigte durchaus die Schenkungen des Kaisers für die deutschen Katholiken im Oktober 1898,<sup>5</sup> um deren patriotisches Gefühl anzuregen und sie enger an die Monarchie heran-

---

5. Dormitio Mariae bei Jerusalem.

zuziehen; er glaubte aber nicht an einen nachhaltigen Erfolg. „Die Jesuiten haben das Heft in der Hand, und es sieht noch gar nicht danach aus, als ob es ihnen entwunden werden soll.“<sup>6</sup> Er war davon überzeugt, daß an den inneren Wirren Österreichs die Jesuiten wesentlich beteiligt seien, deren Ziel es sei, das deutsch-österreichische Bündnis zu unterhöhlen. In einer Tagebuchaufzeichnung im Mai 1902 faßte er seine Ansicht über die Jesuiten zusammen: „Meine alte Ansicht, daß wir einer großartigen, durch die Jesuiten geleiteten Verschwörung gegenüberstehen, deren Ziel es ist, das protestantische Kaisertum zu Fall zu bringen, und Deutschland wieder zum Spott der Welt zu machen, findet immer mehr Bestätigung“ (III, 185; vgl. III, 197). Mit Entschiedenheit bekämpfte er jeden Gedanken an eine Aufhebung des Jesuitengesetzes. Reichskanzler v. Bülow, der die Aufhebung in Erwägung zog, erklärte im Januar 1903, Waldersee und Herbert Bismarck seien die schärfsten Gegner dieses seines Planes (III, 201/02). Voller Besorgnis sah Waldersee in die Zukunft, als Bülow im Februar 1903 eine teilweise Aufhebung von Bestimmungen gegen die Jesuiten<sup>7</sup> plante. Unverständlich war ihm, daß der Kaiser, der eigentlich der Hort der evangelischen Kirche und des Deutschen Reiches sein müßte, derartige Absichten nicht verhinderte. Trotz seiner scharfen Gegnerschaft gegen das Zentrum und den Katholizismus besaß Graf Waldersee eine Reihe von Bekannten und Freunden, unter den Katholiken. An erster Stelle stand Freiherr von Loë, Kommandierender General des VIII. Armeekorps in Koblenz. Dieser war durchaus nicht ultramontan gesinnt, gehörte zum Kreise des Kronprinzenpaares und war ein Vertrauter des Großherzogs von Baden. Er war Zentrumsgegner und lehnte die Einmischung des Papstes in die deutschen inneren Angelegenheiten entschieden ab (Briefw. I, 82/83). Wilhelm II. schrieb über ihn: „Gott schenke Deutschland noch viele so vaterlandstreue Katholiken wie Generaladjutant von Loë einer war!“<sup>8</sup> Auch mit dem Fürstbischof von Breslau, Kardinal Kopp,

---

6. Aufzeichn. v. 11. 9. 1898, II, 420.

7. § 2 des JesuitenG. s. III, 206.

8. Wilhelm II., Aus meinem Leben, 112.

kam Waldersee mehrmals zusammen. Beide, Loë wie Kopp, waren Persönlichkeiten, die entweder dem Kaiserhofe nahestanden oder doch das Vertrauen des Kaisers besaßen. Merkwürdig jedoch berührt Waldersees Bekanntschaft mit dem Jesuitengeneral Ludovic Martin, die er anlässlich der kaiserlichen Romreise im Mai 1903 machte. Durch seine Tätigkeit in China war er auch mit den katholischen Missionsbehörden in Berührung gekommen und hatte ihnen Unterstützung gewährt. Waldersees Beteuerung gegenüber dem Jesuitengeneral, er gehöre nicht der Richtung in Deutschland an, „die unter dem Eindrücke der schwarzen Gefahr stehe“ (III, 213), darf nicht als Ausdruck der inneren Überzeugung Waldersees gewertet, sondern aus der Tatsache des Besuches und der diplomatischen Haltung heraus verstanden werden. Waldersee erhielt beim Rombesuch des Kaisers den Piusorden. Seine unsichere Haltung wegen des Besuches beim Jesuitengeneral ist schon aus seinem Entschluß, dem Kaiser davon Kenntnis zu geben, um etwaigen späteren Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, ersichtlich. Trotz seiner Bekanntschaften mit Katholiken war Waldersee zeit seines Lebens antikatholisch eingestellt. Diese Einstellung ergab sich ebensosehr aus seiner überzeugt protestantischen Haltung und Sorge für die evangelische Kirche, als aus der Tatsache, daß er als Preuße und Monarchist den Ultramontanismus ablehnte. Waldersee stand — wenigstens gilt dies für die neunziger Jahre — tatsächlich unter dem Eindruck der schwarzen Gefahr.

#### 4. Waldersee, die Freisinnigen und seine Stellung zur Judenfrage.

Gegenüber der Fortschrittspartei bzw. den Freisinnigen hat Waldersee eine ganz eindeutige Haltung eingenommen. Sie gehörten für ihn in die Reihe der typischen Reichsfeinde. In seiner konservativen und militärischen Einstellung mußte er ihren Bestrebungen schroff gegenüberstehen. Er stand auf der entgegengesetzten Front; während die Fortschrittler und Radikalliberalen sich in den achtziger Jahren um das Kronprinzenpaar scharten, hielt Waldersee zu dem Prinzen Wilhelm und erhoffte von ihm die Vertretung der monarchischen, konservativen und



protestantischen Interessen. Fortschrittler waren für ihn zum großen Teil mit Juden identisch (I, 380). Durch die Presse und Großbanken übten sie eine gewaltige Macht aus. Darin sah Waldersee mit Recht eine der großen Gefahren für den Bestand der Hohenzollernmonarchie und des Deutschen Reiches. Im Hinblick auf die liberal-fortschrittlichen Kreise vertraten beide, Bismarck wie Waldersee, gleiche Anschauungen. Beide betrachteten diese Partei als einen ständigen Hemmschuh für eine gesunde Fortentwicklung des Staates. Bismarck ging jedoch von seiner Politik aus: Die Freisinnigen waren für ihn keine Regierungspartei, sie standen in ständiger Opposition zu seiner Politik; darum bekämpfte er sie. Waldersees Haltung dagegen war mehr weltanschaulich-gefühlsmäßig bedingt. Bei seinen engen Beziehungen zu der „Kreuzzeitungspartei“ und Stöcker stand er schärfer als Bismarck der liberalfortschrittlichen Gruppe gegenüber. Darauf beruhte auch sein Gegensatz zur Kaiserin Friedrich. Mit Widerwillen verfolgte er den Einfluß der Liberalen beim Kronprinzenpaar und die Vorliebe der Kaiserin Friedrich „für die fortschrittlich-jüdische Clique“.<sup>1</sup> So ist es bezeichnend, daß die Kaiserin Friedrich gerade Waldersee und Stöcker als ihre schärfsten Gegner ansah.<sup>2</sup> Sie erklärte während der Regierungszeit ihres Gatten zu Bismarck, daß sie auf jeden Fall wenigstens Puttkamer, den Gesinnungsgenossen Waldersees, beseitigen wolle. „An Waldersee kann ich nicht heran, denn Moltke, Albedyll und er hängen ja wie ein Rattenkönig zusammen.“<sup>3</sup> Der Einfluß Waldersees auf ihren Sohn war ihr sehr wider Willen; sie hielt ihn für seinen „bösen Engel“, einen Hetzer und Intriganten.<sup>4</sup> Gegenüber dem Fürsten Hohenlohe äußerte sie sich kurz nach dem Tode ihres Gemahls über Waldersee: „..... er sei ein falscher, gewissenloser Mensch,

---

1. Aufzeichnung vom 5. 6. 1888, I, 402.

2. Lucius, Bismarckerinnerungen, S. 456.

3. Hans Leuss, Hammerstein, S. 57; vgl. Robert v. Puttkamer, Ein Stück preuß. Vergangenheit, 1828/1900, S. 185.

4. Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers, S. 376. Vgl. R. Schmidt, Das Militärkabinett der preußischen Könige und deutschen Kaiser, S. 261 ff. — Briefe der Kaiserin Friedrich. Deutsche Übers. S. 386 u. 405. Engl. Text S. 383, 390, 453, 365.

dem es nicht darauf ankommen werde, sein Vaterland ins Verderben zu stürzen, wenn sein persönlicher Ehrgeiz befriedigt werde. Auch Kaiser Friedrich habe ihm nicht getraut und ihn für falsch angesehen."<sup>5</sup> Waldersees Beziehungen zur Stadtmission und christlich-sozialen Bewegung trugen ihm ständig Angriffe der fortschrittlichen Presse ein. Schon vor der Walderseeversammlung (November 1887) zählte er unter seine Gegner „das ganze Heer von Liberalen, die mich als fanatischen Konservativen verketzern“.<sup>6</sup> Sein Eintreten für den Hofprediger Stöcker, der von diesen Kreisen mit aller Macht bekämpft wurde, verschärfte die Gegnerschaft. Als er im Sommer 1889 durch seinen Einfluß auf den Kaiser die Verhinderung der Konversion der russischen Börsenpapiere betrieb,<sup>7</sup> setzte vor allem von den fortschrittlichen und unter jüdischem Einfluß stehenden Zeitungen eine Pressemache gegen ihn ein; das Ziel war, ihn als Kriegstreiber und Reaktionär politisch zu erledigen. Waldersee billigte durchaus den Kampf der Ultrakonservativen und Christlich-sozialen gegen die Juden, wenn er auch den Ton der „Kreuzzeitung“ in dieser Hinsicht oft tadelte. Während seiner Gegnerschaft zu Bismarck kritisierte er immer wieder dessen Verbindung mit den Juden, besonders mit dem Bankier Bleichröder.<sup>8</sup> Als im Februar 1889 Stöckers Stellung als Hofprediger stark gefährdet war, setzte sich Waldersee wiederholt für ihn beim Kaiser ein. Er wies Wilhelm II. darauf hin, „daß Stöckers Fall einen Triumph jüdischer und fortschrittlicher Kreise bedeuten würde“.<sup>9</sup> Diesen Standpunkt vertrat er auch weiterhin und hielt mit Recht Stöckers Abschied von seiner Hofpredigertätigkeit im November 1890 für einen Sieg jüdischer Kreise. In der Judenfrage allgemein vertrat er den Standpunkt, daß man weder Progrome und Ausnahmegesetze gegen die Juden dulden oder sie verfolgen dürfe, aber auch nicht eine Pro-

---

5. Hohenlohe, Denkw. II, 440. — Über die Beziehungen Waldersees zum Kaiser u. Kaiserin Friedrich vgl. Meisner: Aus den Erinn. des Grafen Waldersee, Dtsch. Rev. Jg. 46,3, Juli 1921 S. 1 ff.

6. Aufzeichn. v. 12. 5. 1887, I, 325.

7. II, 54 ff.

8. II, 54 ff., 66 f., 97, 112, 135.

9. Aufzeichn. v. 25. 2. 1889, II, 39.

tektion der Juden, besonders der besitzenden, wie sie allmählich eingerissen sei. Er betrachtete die Judenfrage ebensowenig vom Rassenstandpunkt wie von der wirtschaftspolitischen Haltung der Antisemiten aus, sondern von der weltanschaulichen Einstellung des protestantischen Konservativen. So sagt er in einer Tagebuchnotiz: „Den wirksamsten Kampf gegen das Judentum würde es bedeuten, wenn darauf eingewirkt werden könnte, daß die Christen das goldene Kalb weniger anbeten, wieder einfacher in ihrer Lebenshaltung und ihren Neigungen werden“ (II, 159). Er lehnte auch entschieden die antisemitische Agitation, wie sie etwa von den Kreisen um den Rektor a. D. Ahlwardt betrieben wurde, ab.<sup>10</sup> Im März 1891 riet er dem Hauptschriftleiter der „Kreuzzeitung“ in seiner Zeitung und der konservativen Partei, „den Antisemitismus nicht zu sehr hervortreten zu lassen“ (II, 201). Er befürchtete von der Propaganda der Antisemiten eine Schwächung der konservativen Partei. So fand er es unerhört, daß Stöcker, der alte Vorkämpfer gegen die Juden, als konservativer Kandidat durch die Opposition der Antisemiten bei den Reichstagswahlen 1893 sein Mandat verlor (II, 292). Als im November 1897 die Antisemiten bei einer Reichstagsersatzwahl für den Kandidaten der Freisinnigen stimmten, schrieb Waldersee: „Sie zeigen, was sie sind — schlimmere Leute als die Sozialdemokraten“.<sup>11</sup> Er begrüßte es beim Bund der Landwirte, daß sie keine antisemitischen Hetzereien verfolgten; er hielt sein Wirken für unterstützenswert, da bei den Wahlen die Landbewohner sich viel für „Antisemiten übler Art“ (II, 366) entschieden. Ihm selbst war die Tatsache, daß er anläßlich des Ahlwardt-Prozesses (Dezember 1892) in die antisemitische Agitation verwickelt wurde, höchst unangenehm (II, 272). Trotz dieser Haltung gegenüber der antisemitischen Partei war Waldersee durchaus kein Judenfreund oder etwa gleichgültig gegenüber diesem Problem. Er lehnte nur die

---

10. Vgl. Bismarcks Standpunkt zur antisem. Agitation, s. Hofmann, a. a. O. I, 148—150; II, 132—134. Vgl. auch O. Jöhliger: Bismarck und die Juden (1921). Ferner vgl. auch den Artikel der „Konservativen Korrespondenz“ Ende April 1889; siehe Schultheß, Europäisch. GeschKal. Bd 30 S. 58 (1889).

11. II, 405 — in der Westpriegnitz am 8. 9. 1897.

Kampfesweise und das Auftreten der radikalen Antisemiten ab und verwarf ihre Partei als eine Konkurrenz für die Konservativen. Seine Bemühungen und sein vollstes Interesse galten der Stärkung der deutschkonservativen Partei als der berufenen Vertreterin der monarchischen, protestantischen und nationalen Bestrebungen.

### 5. Waldersee und die Welfenfrage.

Während seiner langjährigen Anwesenheit in Hannover hatte Graf Waldersee den politischen Verhältnissen in der Provinz Hannover, unter denen die Welfenfrage den ersten Rang einnahm, große Aufmerksamkeit schenken können. Im August 1866 kam er als Stabsoffizier des Generalgouverneurs von Voigts-Rhetz nach Hannover. In dieser Zeit erfolgte die Annexion des Königreichs Hannover durch Preußen.<sup>1</sup> Waldersee, zu dessen Obliegenheiten auch die Beobachtung der inneren politischen Verhältnisse gehörte, widmete der Wirksamkeit der welfischen Parteigänger sein volles Augenmerk. An Ort und Stelle konnte er die Entstehung und Entwicklung der welfischen Partei verfolgen und bildete sich so sein persönliches Urteil über die Behandlung dieses für die Provinz Hannover so wichtigen Problems. Er besaß das volle Vertrauen seines Chefs, des Generalgouverneurs, und hatte mehrfach Gelegenheit, an König Wilhelm Berichte über die politischen Verhältnisse der Provinz zu senden. Als Waldersee durch die Kabinettsordre vom 13. 1. 1870 zum Militärattaché in Paris ernannt wurde, empfing er in Berlin den persönlichen Dank des Königs für seine bisherige Tätigkeit. „Machen Sie Ihre Sache so gut, wie Sie es bisher in allen Stellungen gemacht haben“ (I, 48). Auch Bismarck, mit dem er durch Vermittlung des Vortragenden Rats im Staatsministerium, Geheimrat Wehrmann, in Korrespondenz über die politischen Verhältnisse in Hannover gestanden hatte, erkannte seine Tätigkeit dankbar an (I, 50). Er erklärte, er werde immer auf Waldersees Urteil großen Wert legen. Waldersees Tätigkeit als Militärattaché und Geschäftsträger in Paris und der

---

1. Durch die Königliche Botschaft vom 17. 8. 1866 und die Annahme des diesbezüglichen Gesetzentwurfs am 7. 9. 1866.



Krieg von 1870/71 unterbrach seine Wirksamkeit in Hannover. Seit September 1871 weilte er wieder in Hannover als Kommandeur des Ulanenregiments Nr. 13 und seit Dezember 1873 als Chef des Generalstabes des X. Armee korps. Diese Tätigkeit dauerte bis Dezember 1881. Wie schon vor dem Deutsch-Französischen Kriege beobachtete Graf Waldersee auch weiter genau die Entwicklung der politischen Verhältnisse in dem Gebiete seines Generalkommandos. Er erkannte klar, daß die welfische Partei durchaus nicht mit der Zeit an Bedeutung verlor, sondern vielmehr eine intensive Tätigkeit nach wie vor entfaltete. Infolge der durch die starke Welfenpartei bedingten parteipolitischen Lage in der Provinz Hannover sah er in einer Stärkung der Nationalliberalen das beste Gegengewicht gegen die welfischen Bestrebungen. Darum hielt er die Gründung und das Auftreten einer konservativen Partei in diesem Gebiete bei den Wahlen für schädlich. Eine Spaltung unter den preußisch gesinnten Wählern wollte er unbedingt vermieden wissen. Von den nationalliberalen Führern in Hannover, dem Landesdirektor v. Benningsen und dem Oberbürgermeister Miquel, erhoffte er eine Einwirkung auf ihre Partei „zur Förderung preußischen Geistes in der Bevölkerung“ (I, 191). Der zunehmende Einfluß der welfischen Partei veranlaßte den Grafen Waldersee im April 1879 zu dringender Bitte an seinen Vorgesetzten, den Kommandierenden General, Prinzen Albrecht von Preußen, den Reichskanzler „auf die bedenklichen Verhältnisse in der Provinz Hannover aufmerksam zu machen“ (I, 184). Prinz Albrecht tat dies anläßlich seiner Anwesenheit in Berlin Ende April 1879. In einem Schreiben vom 26. 4. 1879 (I, 184/85) teilte er dem Grafen Waldersee mit, daß Bismarck mit großer Anerkennung von ihm gesprochen habe und bat um einen Bericht an den Kaiser über den Stand der Dinge in Hannover. Waldersee fertigte diesen Bericht an und sandte ihn am 10. 5. 1879 an den Kaiser, der mit Bismarck darüber eine Besprechung hatte. Bismarck teilte in einem Schreiben vom 28. 5. an Waldersee den Wunsch des Kaisers mit, eine Vervollständigung des Berichts zu erhalten. „... durch welche Maßregeln den geschilderten und auch nach meinen sonstigen Wahrnehmungen vorhandenen Übelständen vielleicht entgegengetreten werden könnte, ...“ (I, 186). Wal-

dersee gab eine Darlegung der politischen Lage der Provinz Hannover und vor allem seiner Ansichten und Pläne zur Behandlung der Welfenfrage (I, 187—191). Diese Denkschrift zeigt ihn als überzeugten tatkräftigen preußischen Offizier, der mit Energie und Schärfe gegen die Welfenpartei Stellung nimmt. In sieben Punkten legte er seine Meinung dar: „1. Anweisung aller königlichen Behörden zu festem und konsequentem Auftreten... 2. gründliche Säuberung des Beamtenstandes... 3. Säuberung des Richterstandes von feindseligen Elementen... 4. Einwirkung auf die lutherische Geistlichkeit. 5. Festigkeit im Auftreten dem Adel gegenüber... 6. Einwirkung auf die nationalliberale Partei zur Förderung preußischen Geistes in der Bevölkerung. 7. Schärferes Auftreten der königlichen Behörden gegen die städtischen Behörden der Residenzstadt Hannover.“ Als sichersten Weg zur Behebung der Mißstände in der Provinz sah er energische und scharfe Maßnahmen, um dem preußisch gesinnten Teil der Bevölkerung zum Siege zu verhelfen gegen die Umtriebe der Welfenpartei. Seine Vorschläge „gründliche Säuberung“, „Festigkeit im Auftreten“, „schärferes Auftreten“ usw. charakterisieren den Grafen als einen Mann, der mit Tatkraft und rücksichtsloser Energie den Einfluß der Welfenpartei zurückdrängen will. Es sind Pläne und Gedanken von ähnlicher Tatkraft und Schärfe, wie sie Waldersee in seiner Denkschrift Januar 1897 gegen die Sozialdemokratie vorschlug. In einem weiteren Bericht vom 4. 7. 1879 gab er dem Fürsten Bismarck über die antipreußische Haltung des hannoverschen Bürgervorsteherkollegiums anläßlich der Goldenen Hochzeit des Deutschen Kaiserpaares Nachricht (I, 191—194). Er schlug vor, rücksichtslos gegen das welfisch gesinnte Bürgervorsteherkollegium mit seiner hochverräterischen Haltung vorzugehen. „Ich fürchte, es wird zu einer energischen Handlung überhaupt nicht kommen; der Moment ist ein so günstiger, wie er kaum wiederkommt...“ (I, 194). Aus diesen Worten spricht dieselbe Resignation wie aus seinen Tagebuchaufzeichnungen Ende der neunziger Jahre, als man trotz wiederholt sich

bietender Gelegenheiten nicht tatkräftig gegen die Sozialdemokratie vorgeing. Bei beiden Vorgängen folgte man von Regierungsseite aus nicht den Plänen und Vorschlägen des Grafen Waldersee, der mit den schärfsten Mitteln die innenpolitischen Schwierigkeiten beheben wollte. Rechtliche Gründe machten, wie Graf Herbert Bismarck an Graf Waldersee schrieb (I, 194), ein strafrechtliches Einschreiten wegen der Vorgänge in Hannover unmöglich. Aber Kaiser Wilhelm I. erkannte die Zuverlässigkeit und das energische Auftreten des Grafen Waldersee voll an und beauftragte ihn im Januar 1881 mit einer Mission an den Herzog von Braunschweig, der wegen eines welfenfreundlichen Telegramms an die „treuen Hannoveraner“ mit der Regierung in Berlin in Konflikt gekommen war (s. I, 207 ff.). Nach Ausführung der Mission begab sich Waldersee nach Berlin, um dem Kaiser und Bismarck Bericht zu erstatten. Bei dieser Gelegenheit hatte er auch eine längere Unterhaltung mit dem Kronprinzen, der ihm die Unabänderlichkeit der Annexion von Hannover auch als seine Überzeugung hinstellte. Dabei entwickelte Waldersee seine Ansichten über die politische Lage in Hannover. „Inbezug auf die hannoverschen Angelegenheiten sprach ich dreist meine Ansicht aus, daß vor allem Konsequenz und eine feste Hand bei uns fehlten“ (I, 211). Am 31. 12. 1881 wurde Waldersee auf Vorschlag des Generalfeldmarschalls Moltke zum Generalquartiermeister ernannt. Er mußte nun seinen bisherigen Wirkungskreis in Hannover verlassen.

Durch seine Ernennung zum Generalinspekteur der 3. Armeeinspektion am 1. April 1898 kam er wieder nach Hannover, wo er bis zu seinem Tode blieb. Es war nun interessant für ihn, einen Vergleich zu ziehen zwischen den politischen Verhältnissen in der Provinz Hannover während seiner früheren und jetzigen Tätigkeit. Dabei mußte er feststellen, „daß sich wenig verändert hatte“ (II, 413). Die Welfen übten immer noch einen großen Einfluß aus und trugen den Haupterfolg bei den Wahlen davon. Genau so wie in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre verwarf er die Existenzberechtigung der konservativen Partei in der Provinz Hannover. „Die feste Stütze der Regierung bilden allein die Nationalliberalen sowohl aus dem eigentlichen Bürgerstande, als in vielen bäuerlichen Krei-

sen; . . . In diesem Lande vertreten die Nationalliberalen den Reichsgedanken gegenüber der trotz innerer Feindschaft in solchem Falle geschlossenen Front der Welfen, Sozialdemokraten und Ultramontanen, und wenn da eine konservative Partei den Nationalliberalismus bekämpft, so ist das verkehrt" (II, 414). Allerdings hielt er die Ernennung des nationalliberalen Politikers v. Bennigsen zum Oberpräsidenten der Provinz für einen Fehler, da vom Kaiser die Versöhnung der Welfen beabsichtigt war. Er berichtete auch seine frühere Ansicht, daß das Welfentum zurückgehen würde. Waldersee hat — wenigstens kann man dies aus seinem Tagebuch schließen — nicht mehr, wie in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre in die politischen Verhältnisse der Provinz eingegriffen. Das Scheitern seiner Wünsche, in Berlin eine führende Rolle in der Politik zu spielen, und die Energielosigkeit der Regierung Hohenslohe in innenpolitischen Fragen hatten entscheidend dazu beigetragen, daß er sich vom politischen Getriebe zurückzog.<sup>2</sup> So hat er während seiner letzten Lebensjahre in Hannover nicht mehr aktiv im politischen Leben gestanden.

Für Waldersees preußisch-deutsche und antipartikularistische Einstellung ist sein Aufenthalt und seine Wirksamkeit in Hannover von entscheidendem Einfluß gewesen. Wenn er auch aus altpreußischer Familie stammte, so gehörte er doch nicht zu den Kreisen, die nur das Preußen östlich der Elbe und sein Königtum anerkannten und sich mit der Tatsache eines Deutschen Reiches manchmal nicht abfinden konnten. Einem altpreußischen und ostelbischen Partikularismus, wie er bei manchen ostpreußischen und pommerschen Adeligen und Rittergutsbesitzern bestand, huldigte Graf Waldersee nicht. Für ihn war die Bismarcksche Schöpfung, das Deutsche Reich, unter Führung der Hohenzollernmonarchie und unter dem Schutz des preußischen Heeres, die Größe, der er alle seine Kraft widmete und für die er mit Tatkraft und Überzeugung, wo es auch sein mochte, eintrat. So war er seiner ganzen Einstellung nach ein entschiedener Gegner aller partikularistischen Sonderbestrebungen. Gegenüber Welfen und süddeutschen Sonderwünschen, gegenüber Elsaß-lothringischen Selbständigkeitsgelüsten und

---

2. Vgl. Abschn. II, S. 43—45.



klerikal-seperatistischen Wühlereien erschien er als tatkräftiger Vertreter und Wahrer der Reichseinheit. Darum galt dem Zentrum, das diese partikularistischen Interessen stark begünstigte und unterstützte, zeit seines Lebens seine Abneigung und Gegnerschaft. Der für ihn bezeichnende Ausdruck „Reichsfeinde“ galt in erster Linie der Sozialdemokratie, die die Grundlagen der sozialen Ordnung und des Staates unterwühlte, aber ebenso sehr dem Zentrum, den Ultramontanen mit ihrem Anhang wie Elsässern, Polen, Dänen und Welfen. Sie waren der Block, der langsam, aber stetig an der Schwächung der Reichseinheit arbeitete. Windthorst, der allmächtige Zentrumsführer, war für ihn als Welfe wie als Katholik der Exponent dieser Kräfte. Entsprechend seiner ganzen Veranlagung wollte er ein tatkräftiges und rücksichtsloses Vorgehen gegen diese Schädlinge des Deutschen Reiches sehen. Es gab in dieser Beziehung für ihn nur zwei Fronten; die in klarer Scheidung einander gegenüberstanden: die Parteien und Kreise, die den Reichsgedanken vertraten — und die geschlossene Front der Reichsfeinde. Theoretisch sah er die Entwicklung und Lage der innerpolitischen Verhältnisse ganz klar; davon geben seine Tagebuchaufzeichnungen mehr als genug Zeugnis. Leider aber hat er in der Praxis, in seiner politischen Tätigkeit, oft diesen seinen Anschauungen zuwider gehandelt. Das ist ihm zum schweren Vorwurf zu machen, daß er über seinem persönlichen Ehrgeiz und Vorteil oft den Blick für das große Ganze verlor. Seine Neigung zur Intrige und sein maßloser persönlicher Ehrgeiz (trotz aller Gegenbeurteilungen) bringen schwere Schatten in das Charakterbild des begabten und mit heißer Liebe an Kaiser und Reich hängenden Generals. Am Reichsgedanken und an der Reichseinheit, der Größe und glanzvollen Zukunft des Deutschen Reiches hing sein Glaube und seine Hoffnung; leider aber hat er, besonders auch in seiner parteipolitischen Tätigkeit, viel getan, und diese seine Grundüberzeugungen zu sabotieren. So untadelig er als Offizier war, so schwere Versäumnisse und Charakterlosigkeiten muß man ihm als Politiker vorwerfen. Er war eben kein Staatsmann wie Bismarck, sondern nur ein Höfling und politisierender General.

## Vierter Abschnitt.

### Die außenpolitischen Anschauungen des Grafen Waldersee.

#### 1. Waldersee und die Geschehnisse von 1866 und 1870/71.

Die Stellungnahme des Grafen Waldersee zur Außenpolitik zeigt sich zum ersten Male deutlich bei der Beurteilung der Bismarckschen Politik im Jahre 1866. Waldersee billigte durchaus die Politik des preußischen Ministerpräsidenten gegenüber Österreich. Mit den Konservativen der altpreußischen Provinzen und der Armee stand er auf der Seite des preußischen Ministerpräsidenten. Er hielt Bismarcks Politik für sehr anerkennenswert angesichts der Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellten. So schreibt er in seinen „Denkwürdigkeiten“ über die Jahre 1865/66: „Bismarck hatte es da wahrlich nicht leicht; diese Zeit war meiner Ansicht nach die seines größten Ruhmes, um so mehr, als doch auch der König, wenn irgend mit Anstand möglich, den Krieg vermeiden wollte.“<sup>1</sup> Waldersee selbst war damals innerpolitisch wie außenpolitisch Bismarck-Anhänger. Er vertrat nicht die Haltung der radikalen Konservativen von der Art Gerlachs, die einen Krieg gegen Österreich ablehnten, sondern hatte den lebhaften Wunsch, daß es doch zum Kriege kommen möge. Daß Waldersee als Konservativer und überzeugter Anhänger des preußischen Königshauses entschieden die Opposition der westlichen Provinzen und der Fortschrittspartei ablehnte, dürfte klar sein. Waldersee hoffte zuversichtlich auf einen Krieg mit Österreich und war erfreut über die Verhandlungen mit dem italienischen General Govone im März und April 1866 über ein Bündnis mit Italien. Waldersees Haltung zur politischen Lage war vor allem aus seiner Einstellung als Militär verständlich. Er wollte unbedingt den Krieg und hoffte auf ein aktives Mitwirken dabei. Das draufgängerische Wesen des Grafen ist schon in dieser Zeit erkennbar. Sein

---

1. Niederschr. aus späterer Zeit I, 23; nach I, 16 Anm. 1; „wahrscheinlich Ende d. 90er Jahre“ niedergeschrieben, mithin kein unbedingtes Zeugnis.

Tagebuch zeigt dies deutlich: „Als Österreich den Vorschlag gemeinsamer Abrüstung machte, und wir darauf einzugehen schienen, glaubten viele bei uns an friedliche Beilegung; ich habe nicht dazu gehört und brannte aufs Losschlagen“ (I, 27). Als Soldat war er der Ansicht, daß die deutsche Frage nur durch militärische Erfolge Preußens geklärt werden könne. So vertrat er die bismarckische Lösung der deutschen Frage durch „Blut und Eisen“. Nach den preußischen Siegen wollte Waldersee wie die Mehrzahl der Generäle, vor allem Moltke, keinen schnellen Friedensschluß, sondern eine völlige Niederwerfung der österreichischen Armee. So schrieb er am 24. 7. 1866 während der Friedensverhandlungen aus Nikolsburg an seinen Vater: „Es wird uns hier immer klarer, daß Österreich vollständig fertig ist. Ein dreister Angriff mit 50 000 bis 60 000 Mann, die wir am 18. wohl disponibel hatten, und Wien wäre in unsere Hand gefallen“ (I, 32). In einem weiteren Briefe vom 29. 7. schrieb er: „Die schnelle Beendigung des Krieges hat mich etwas verstimmt“ (I, 34). Waldersee nahm in einer allerdings erst Mai 1899 niedergeschriebenen Aufzeichnung (I, 37 f.) Stellung zu Bismarcks Angriffen gegen den Generalstab in seinen „Gedanken und Erinnerungen“.<sup>2</sup> Er gab darin der Heeresleitung recht, daß sie Bismarck nicht in die Einzelheiten der Operationen eingeweiht habe. Er erkannte aber — trotz der Verstimmung Moltkes und anderer Militärs — die berechnete Politik Bismarcks an, der den Frieden schnell herbeigeführt hatte, um ein Eingreifen Frankreichs zu verhindern und Österreich nicht zu sehr zu demütigen.

Nach dem Kriege von 1866 kam Waldersee als Stabsoffizier nach Hannover, wo er beim Generalkommando eine eifrige Tätigkeit entfaltete. Anfang 1869 machte man dem begabten und fähigen Offizier das Anerbieten, Militärattaché in England zu werden. Waldersee lehnte diese Stellung, die rein artilleristischer Art war, ab. Im Laufe des Jahres 1869 beabsichtigte man, ihn zum Militärattaché in Florenz oder Wien zu machen. Durch die Kabinettsordre vom 13. 1. 1870 wurde er aber als Militärattaché zur Botschaft nach Paris kommandiert. Vor sei-

---

2. Bd. II, S. 95 ff.

ner Abreise unterrichteten ihn König Wilhelm und Bismarck kurz über die politische Lage. Seine Anschauungen über das deutsch-französische Verhältnis kennzeichnete Waldersee durch den Satz: „Ein Krieg mit Frankreich war seit Jahren meine Passion gewesen...“ (I, 50). Während der kritischen Wochen vor Ausbruch des Krieges beobachtete er gespannt die Entwicklung der politischen Lage und vor allem die Verhältnisse in der französischen Armee. Er erntete dafür das Lob König Wilhelms und seines Kanzlers. Als Waldersee Anfang Juli 1870 in Bad Ems König Wilhelm Bericht über die französische Armee und die Lage in Paris erstattete, sagte der Monarch zu ihm: „Ich habe Ihre Berichte mit großem Interesse gelesen und bin erstaunt, wie überraschend schnell Sie sich in die französischen Verhältnisse hineingefunden haben. Fahren Sie fort aufmerksam zu beobachten. Sogar Bismarck hat sich sehr anerkennend über Ihre Auffassungen ausgesprochen“ (I, 74). Schon bei seiner Hinreise nach Ems am 28. 6. 1870 vertrat Waldersee die Anschauung, eine künftige Auseinandersetzung müsse für Deutschland die Wiedererwerbung von Elsaß und Lothringen bringen. „Auf dem Straßburger Münster überwältigte mich das Gefühl, wie jämmerlich es war, daß der Rhein und nicht der sich lang vor mir hinziehende Vogesenrücken die Grenze mit Gallien bildete. Es durchzuckte mich der Gedanke, daß das anders werden könnte, und ich hatte das Gefühl, daß ich es noch erleben würde“ (I, 71). War dieser Gedanke auch vor allem gefühlsmäßig bestimmt, so ließ er doch klar erkennen, daß Waldersee feste Ziele bei diesem Kriege im Auge hatte. Es war für ihn nicht nur ein Verteidigungskrieg gegen das kriegslüsterne Frankreich, sondern vor allem ein geschichtlicher Akt, der für Preußen einen greifbaren politischen Gewinn bringen sollte. Den Krieg machte Waldersee meist in der persönlichen Umgebung König Wilhelms als Flügeladjutant mit. Ebenso wie Bismarck hielt er eine schnelle und energische Kriegsführung für nötig und trat für eine Beschießung von Paris ein, um nicht durch ein Hinziehen des Krieges politische Verwicklungen mit anderen Mächten hervorzurufen. Bismarck gefielen die Haltung und Anschauungen Waldersees sehr, und er schätzte ihn nun



„als Soldat und als politischen Bundesgenossen“.<sup>4</sup> So war es nicht weiter verwunderlich, daß Bismarck im Juni 1871 dem Grafen Waldersee den Posten des Deutschen Geschäftsträgers in Paris anbot (I, 137 f.). Daß Waldersee als Militär wie als Politiker sein Vertrauen errungen hatte, veranlaßte den Kanzler zu dieser Wahl. Er sagte ihm: „Der Gesandtschaftsposten in Versailles muß jetzt besetzt werden. Es kommt mir darauf an, dort zunächst jemanden zu haben, der außer den sonstigen Verhältnissen namentlich die militärischen im Auge hat. Sie würden mir einen großen Gefallen tun, wenn Sie hingingen“ (I, 137). Zweieinhalb Monate weilte Waldersee als Geschäftsträger in Paris und wachte über die pünktliche Erfüllung der Friedensbedingungen, vor allem die Zahlung der Kriegsentschädigungssumme an Deutschland. Bei seiner Ankunft in Gastein Anfang September 1871, wohin er von Paris aus gefahren war, lobte ihn Kaiser Wilhelm sehr und dankte ihm vielmals für seine Tätigkeit. Bismarck sagte zu Waldersee: „Ich danke Ihnen, daß Sie mir den Gefallen getan haben, nach Paris zu gehen, und daß Sie Ihre Stellung so gut und tapfer ausgefüllt haben. Ich hoffe, ich kann bei späteren Gelegenheiten wieder auf Sie rechnen“ (I, 165). Über den Friedensschluß war die Meinung Waldersees geteilt. In seiner persönlichen Haltung als Offizier war er entsprechend seinem draufgängerischen Wesen für eine Fortsetzung des Krieges. So schrieb er am 2. 2. 1871 an seinen Vater: „Nach meinen Passionen kann es noch lange weitergehen, doch gebe ich zu, daß nachgerade genug Blut vergossen ist. Das Gefühl, wenn der Augenblick kommt, wo man den Frieden nahe sieht, ist aber jedenfalls ein bedrückendes...“ (I, 124). Diese Zeilen zeigen den Grafen ganz als Draufgängernatur, als einen Menschen, der durch und durch soldatisch eingestellt und dem der Krieg gewissermaßen zum Selbstzweck geworden ist. Andererseits ist aber auch eine objektive Würdigung des Friedens und der Friedensbedingungen bei ihm festzustellen. Er erkannte die Richtigkeit des schnellen Friedensschlusses durchaus an: „Bismarck glaubte klug zu handeln, wenn er so schnell wie irgend möglich einen Abschluß

---

4. Bismarck, Ged. u. Erinn. Bd. III S. 25.

herbeiführte, und ich möchte der Ansicht zuneigen, und ich habe es auch damals schon und im Gegensatz zu den meisten Militärs getan, daß er richtig gehandelt hat. Ich behaupte sogar, daß der schnelle Friedensschluß eines der Meisterstücke seiner ganzen Laufbahn gewesen ist.“<sup>5</sup> Gewiß war auch Waldersee für die von Moltke und anderen Militärs geforderte Abtretung von Metz und Belfort — „ich bin überzeugt, daß wir auch Belfort noch hätten bekommen können, Moltke hätte darauf energisch dringen sollen“, — aber er wies doch auf die Richtigkeit der Bismarckischen Politik mit den Worten hin: „Man muß aber billigerweise die ganze politische Lage in Betracht ziehen. Die Neutralen fingen an unbequem zu werden, und außerdem bestand in Frankreich eine von Gambetta und Chanzy geführte Richtung, die für Fortsetzung des Krieges war“ (I, 163). So erwuchs dem Grafen Waldersee das abschließende Urteil über den Friedensschluß: „...Trotz alledem muß ich aber doch sagen, daß Bismarck klug gehandelt hat“ (I, 164). Waldersee stellte sich ebenso wie 1866 bei der Bewertung der politischen Ereignisse von 1870/71 auf den bismarckischen Standpunkt. Diese Haltung war aber durchsetzt von den Anschauungen der militärischen Kreise. Waldersee stand gefühlsmäßig den Ansichten Moltkes und anderer Militärs näher als denen Bismarcks. Sachlich erkannte er jedoch die Erfolge und die Richtigkeit der Bismarckischen Politik voll an. Es war aber bezeichnend, wie bei Waldersee schon 1866 und noch mehr 1870/71 sich dieser Zwiespalt zwischen den gefühlsmäßigen persönlichen Anschauungen und der objektiv-sachlichen Bewertung der politischen Lage bemerkbar machte, ein Moment, das in den achtziger Jahren entscheidend für die Walderseesche Haltung gegenüber der Bismarckischen Politik werden sollte.

## 2. Waldersee und die deutsche Außenpolitik bis zum Beginn seines Konfliktes mit Bismarck im Jahre 1886.

Über die außenpolitischen Anschauungen des Grafen Waldersee in den siebziger Jahren und seine Beurteilung der außen-

---

5. Spätere Aufzeichn. I, 163.

politischen Lage ist nur wenig zu sagen. Einmal fehlt das Material, da Tagebuchaufzeichnungen und Briefe für die Jahre 1872—1877 nicht vorliegen.<sup>1</sup> Und dann richtete sich das Interesse des Grafen entsprechend seiner Stellung in Hannover vor allem auf andere Gebiete. Neben den militärischen Interessen war es vor allem die Welfenfrage, die seine Aufmerksamkeit fesselte. Es sind zwar auch manche Tagebuchaufzeichnungen über außenpolitische Ereignisse und die außenpolitische Lage im allgemeinen vorhanden, aber es handelt sich dabei mehr um die bloße Aufzeichnung von Ereignissen als um eine ausgesprochene Stellungnahme zur deutschen Außenpolitik. Soviel kann man jedoch mit Sicherheit sagen, daß Waldersee in den siebziger Jahren ein überzeugter Anhänger der Bismarckischen Außenpolitik gewesen ist. Die persönlichen Beziehungen beider Männer waren denkbar freundschaftliche, und Waldersee genoß das Vertrauen des Reichskanzlers. Der Chef des Militärkabinetts, v. Albedyll, ein alter Freund des Grafen Waldersee, berichtete ihm im März 1878, daß Bismarck günstig über ihn denke. „Sie haben an Bismarck einen guten Freund, er sprach sich unlängst über Sie sehr günstig aus“ (I, 176). Waldersee fügte noch hinzu: „Nach seiner Meinung würde mich der Kanzler gewiß einmal verwenden“ (I, 176 vgl. I, 174). Die Absicht, die Begabung des Grafen Waldersee, dessen Geschicklichkeit und Gewandtheit in diplomatischen Angelegenheiten man wohl zu schätzen wußte, in der Außenpolitik nutzbar zu machen,<sup>2</sup> schien 1880 greifbare Gestalt zu gewinnen. Bei einem Besuch Waldersees in Berlin, im März 1880, erzählte ihm der Vizekanzler Graf Stolberg, daß er für den Posten eines Staatssekretärs des Auswärtigen in Vorschlag gebracht sei, aber daß Bismarck vorläufig den Grafen Hatzfeld gewählt habe“ (I, 202). Bismarck habe sich aber günstig über Waldersee ausgesprochen und den Vorschlag wohlwollend aufgenommen. Auch dem preußischen Landwirtschaftsminister Freiherrn Lucius von Ballhausen gegenüber erwähnte Bismarck unter den Kandidaten für das Aus-

---

1. Das fortlaufend geführte Tgb. des Grafen Waldersee beginnt erst mit dem 1. 1. 1878.

2. Vgl. Mohs, a. a. O. I, 421.

wärtige Amt den Grafen Waldersee. Lucius berichtete in diesem Zusammenhang in seinem Tagebuch vom 19. 7. 1880 über Bismarck. — Im März 1880 war also, wie Stolberg richtig zu Waldersee bemerkte, (I, 202) die Ernennung Hatzfelds noch nicht beschlossene Sache — „Er nannte noch eine Reihe von Namen — so Waldersee, welchen er als plump, aber zuverlässig bezeichnete.“<sup>3</sup> Anlässlich seiner Anwesenheit in Berlin hatte Waldersee im Februar 1880 eine längere Unterhaltung mit Bismarck über die außenpolitische Lage, wobei ausführlich über das deutsch-russische Verhältnis gesprochen wurde. Der Fürst sprach sich bei dieser Gelegenheit sehr anerkennend über den Walderseeschen Bericht über die französischen Manöver aus,<sup>4</sup> „der viel Wertvolles für ihn enthalte“ (I, 201). Auch Waldersees Bemühungen in der Welfenfrage und seine Denkschriften darüber fanden die volle Anerkennung des Reichskanzlers. Es bestand in diesen Jahren zwischen dem Reichskanzler und Waldersee ein sehr gutes Einvernehmen.

Das deutsch-russische Verhältnis war seit dem Berliner Kongreß 1878 wesentlich schlechter geworden, da Rußland auf eine Förderung seiner Wünsche durch Deutschland gehofft hatte, während Bismarck als „ehrlicher Makler“ einen Vergleich zwischen den einzelnen Mächten in der Balkanfrage zustande bringen wollte. Sein Ziel war die Erhaltung des Status quo und des europäischen Friedens. Hierzu kam die persönliche Gegnerschaft des russischen Reichskanzlers, Fürsten Gortschakow, gegen Bismarck, ein Moment, das schon 1875 bei der „Kriegs in Sicht-Krise“ von Bedeutung gewesen war. Waldersee beobachtete die Entwicklung des deutsch-russischen Verhältnisses mit großer Aufmerksamkeit. Schon im Februar 1878 nach den russischen Erfolgen im Kampfe gegen die Türken schrieb er in sein Tagebuch: „Rußland wird in beunruhigender Weise übermütig, und für Österreich wird es immer schwerer, nicht ernsthaft Front dagegen zu machen“ (I, 174). Die Hetzartikel der russischen Zeitungen gegen Deutschland zeigten für ihn deutlich den zunehmenden Einfluß der panslawistischen

---

3. Lucius v. Ballhausen, Bismarckerinn. 188.

4. Waldersee hatte 1879 den Herbstmanövern der französ. Armee beigewohnt, s. I, 195.



Kreise auf die russische Politik. Entsprechend der allgemeinen Anschauung in Deutschland hielt er Zar Alexander II. für den „einzigen sicheren Freund“<sup>5</sup> des Deutschen Reiches. So ist es verständlich, daß Waldersee, wenn auch nur langsam, die Überzeugung gewann, daß Österreich ein für Deutschland zuverlässiger Bundesgenosse sein könnte. Die Konkurrenz Österreichs und Rußlands in Balkanfragen weise Österreich auf ein Bündnis mit Deutschland hin. Er begrüßte den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses am 7. 10. 1879, das er als „notwendige Maßregel“ gegen die sich vorbereitende Allianz von Rußland und Frankreich (I, 198) ansah. Er hielt eine kühle Haltung der deutschen Politik gegenüber Rußland für sehr angebracht. Hierbei bewegte sich Waldersee in durchaus bismarckischen Anschauungen: Die Allianz mit Österreich bringt einen Rückhalt an England mit sich. Frankreich wird nicht wagen, einen Krieg zu führen, bei dem England auf der Seite Deutschlands und Österreichs stehen würde, „so glaube ich, daß unsere Allianz mit Österreich den Frieden sichert“ (I, 198/99). Die feindselige Haltung Rußlands beunruhigte die militärischen Kreise sehr. Vor allem im Preußischen Generalstab begann man in den Aufmarschplänen einen Krieg gegen Rußland in Erwägung zu ziehen. Schon vor seiner Ernennung zum Generalquartiermeister und Adlatus des Generalfeldmarschalls von Moltke im Jahre 1882 sprach dieser mit Waldersee über die Möglichkeiten eines deutsch-russischen Krieges. Beider Ansichten über dieses Problem waren dieselben (I, 202). In seiner Stellung als Generalquartiermeister<sup>6</sup> widmete Graf Waldersee besonders dem russischen Problem seine volle Aufmerksamkeit. Tägliche Besprechungen mit Moltke im Frühjahr 1882 zeigten, welchen Wert man dieser Frage im Generalstab zumäß. Waldersee schlug schon im März 1882 dem Feldmarschall wichtige Änderungen in der Mobilmachung und im Aufmarschplan vor,<sup>7</sup> die in dieser Richtung lagen. Moltke hielt im März desselben Jahres dem Kaiser einen längeren Vortrag über die Mög-

---

5. Aufzeichnung vom Aug. 1879 I, 195.

6. Ernannt 31. 12. 1881.

7. Vgl. aus den Erinnerungen des Grafen Waldersee, Dtsch. Revue, Jg. 46,2; Juni 1921 S. 214 ff.

lichkeit eines Zweifrontenkrieges (s. I, 220). Trotz der Ernennung des deutschfreundlich gesinnten Herrn v. Giers zum russischen Außenminister (9. April 1882) sah Waldersee die Dinge weiterhin skeptisch an. Es ist bezeichnend für ihn, daß er in den ganzen achtziger Jahren — mit Ausnahme vielleicht des Jahres 1884/85 — immer an der Ansicht festgehalten hat, daß Rußland den Kampf gegen Deutschland beabsichtige und vorbereite. Irgendwelche Äußerungen von Deutschfreundlichkeit und ein zeitweise deutschfreundlicher Kurs in Rußland konnte diese seine Grundanschauung nur schwer erschüttern. Waldersee faßte darum schon 1882 auf Wunsch der Österreicher ein Zusammenarbeiten mit dem österreichischen Generalstab über einen Krieg gegen Rußland ins Auge. Mit Einverständnis des Kaisers und des Reichskanzlers hatte er im Sommer 1882 anläßlich seines Kuraufenthaltes in Gastein und Ischl eine Begegnung mit dem österreichischen Chef des Generalstabes, Feldmarschalleutnant v. Beck (I, 221). Nähere Besprechungen fanden nicht statt; man plante jedoch eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Generalstäben für fernerhin.

Waldersee beschäftigte sich in diesen Jahren immer intensiver mit der Außenpolitik. Mehrfache Besprechungen und Besuche bei Bismarck orientierten ihn über die Absichten des Kanzlers (s. I, 219, 223). Dazu kam sein direkter reger Verkehr mit dem Auswärtigen Amt. Durch Hatzfeld und Holstein ließ er sich über alles auf dem Laufenden halten (I, 223). Waldersee betrachtete die außenpolitische Lage Anfang der achtziger Jahre mit Mißtrauen und warnte vor Vertrauensseligkeit gegenüber den russischen Friedensversicherungen. „Unser Verhältnis zu Rußland ist äußerst leidlich, eigentlich aber doch sehr unbehaglich. Sie rüsten fortwährend, bereiten den Krieg vor, und wir verhalten uns demgegenüber höchst schüchtern“ (I, 222). Diese Zeilen aus seinem Tagebuch vom November 1882 charakterisieren gut seine Einstellung zu Rußland Anfang der achtziger Jahre. Er hielt es darum in den Jahren 1882/83 für angebracht, die Türkei als Verbündeten für Deutschland zu gewinnen und verwandte sich auch im Auswärtigen Amt dafür (I, 222 u. 232). Angesichts der zunehmenden russischen Rüstungen veranlaßte Waldersee im Bunde mit dem Auswärtigen Amt

im Dezember 1882 einen Pressefeldzug gegen Rußland, der ein starkes Sinken aller russischen Papiere zur Folge hatte (s. I, 223). Man wollte den Russen zeigen, daß man ihnen auf finanziellem Gebiet große Schwierigkeiten bereiten konnte. Die russischen Rüstungen beunruhigten den Generalquartiermeister zusehends. Er ließ sich von Bismarck die Erlaubnis geben, gründlich Nachforschungen darüber anstellen zu lassen (I, 226). Eine eingehende Unterredung mit dem russischen Militärattaché, Fürsten Dolgoruki, im September 1883, der Waldersees Besorgnisse hinsichtlich der russischen Politik zu zerstreuen suchte, konnte ihn nicht von seiner Überzeugung abbringen, daß „wir dem Kriege entgegentreiben“ (I, 227/229). Im Gegenteil, die Offenheit, mit der Dolgoruki über die deutschfeindlichen Strömungen in Rußland gesprochen hatte, bestärkten seine Ansichten über die Gefährlichkeit der antideutschen Hetzereien im russischen Heer und in der Presse. So schrieb er im Oktober 1883 in sein Tagebuch: „Die russischen Rüstungen werden immer klarer; wenn wir sie ruhig mit ansehen, so gehen uns die Vorteile, die wir bisher hatten, verloren“.<sup>8</sup> Im Falle eines Krieges mit Rußland vertrat er den Plan, sofort Dänemark zu besetzen (I, 230). Interessant ist die Stellungnahme Waldersees und Bismarcks zur Frage einer Wiederherstellung Polens im Falle eines deutsch-russischen Krieges. Die Ansichten beider Männer haben im Laufe der Jahre sehr gewechselt. Beide empfanden die Wiederherstellung Polens als „ein zweischneidiges Schwert“ (I, 230), hielten sie aber angesichts einer russischen Invasion für nützlich. Bismarck hat später, besonders nach seiner Entlassung, den Gedanken einer Wiederherstellung Polens aus innen- wie außenpolitischen Gründen ganz fallen lassen, während Waldersee auch in späteren Jahren noch mit diesem Gedanken operierte. So schrieb er am 31. 5. 1888 an den deutschen Militärattaché in Petersburg, Grafen York von Wartenburg: „Um das Ziel, unsere Feinde gründlich lahmzulegen, zu erreichen, bin ich nicht für einen Marsch über die Grenzen von Polen hinaus, sondern für eine Wiederherstellung

---

8. I, 230. Sollte diese Notiz ein erstes Merkmal von Präventivkriegsplänen Waldersees sein?

Polens, so unbequem sie auch für uns ist.“<sup>9</sup> Trotz der Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen hielt Graf Waldersee die Bismarckische Außenpolitik auch weiterhin für richtig. Seine Ansichten über die Beseitigung der Spannungen mit Rußland und die Herstellung eines dauernd guten Verhältnisses sind vollkommen bismarckischer Herkunft. So vertrat er den Plan, durch eine Teilung der europäischen Türkei zwischen Rußland und Österreich das Interesse beider Mächte von Mitteleuropa abzulenken. „Hat Rußland Konstantinopel, so gehen alle seine Interessen dorthin, und wir werden sie als unbequeme Nachbarn los, Österreich ist dann auf lange Jahre beschäftigt und bekommt noch mehr Mittelmeerinteressen. Dann würden wir Frankreich uns allein gegenüber und ein Krieg wäre nicht zu befürchten“ (I, 234). Es sind ähnliche Gedankengänge, wie sie Bismarck vertrat. Schon im Jahre 1876 hatte Fürst Bismarck bei der Darlegung der deutschen Orientpolitik den Standpunkt vertreten. „Die ganze Türkei mit Einrechnung der verschiedenen Stämme ihrer Bewohner ist als politische Institution nicht soviel wert, daß sich die zivilisierten europäischen Völker um ihretwillen in großen Kriegen gegenseitig zugrunde richten wollten.“<sup>10</sup> Und über die Aufteilung der Türkei hatte er ähnlich wie Waldersee gedacht, wenn er schrieb:<sup>11</sup> „Es ist dies eben ein Phantasiegebilde, aber wenn ich eine leitende Stimme in der Sache hätte, so würde ich doch versuchen, ob der so wertvolle Friede zwischen den europäischen Mächten nicht dadurch erhalten werden kann, daß die ohnehin unhaltbare Einrichtung der heutigen Türkei die Kosten dafür hergibt.“<sup>12</sup> Die Erhaltung des europäischen Friedens war das Hauptziel seiner außenpolitischen Bestrebungen. In diesem Sinne betrieb er Orientpolitik.

Mit dem Jahre 1884 trat eine erhebliche Besserung in den deutsch-russischen Beziehungen ein. Mit Befriedigung konnte Bismarck erklären: „Die auswärtige Politik strenge ihn gar

---

9. Briefw. Waldersee-York, in „Hist. Polit. Arch.“ 1930 Bd. I S. 164. Vgl. a. a. O. S. 152, Brief v. 17. 11. 1887.

10. Gr. Politik Bd. II S. 71 Nr. 250.

11. Ebenfalls im Jahr 1876.

12. Gr. Pol. Bd. II Nr. 250 S. 72.



nicht an..." „...Er hielt die Zeit für äußerst friedlich..."<sup>13</sup> Selbst Waldersee, der Rußland mit Skepsis und Mißtrauen gegenüberstand, notierte am 9. 2. 1884: „Wir kommen mit Rußland, wie es scheint, in der Tat auf einen besseren Fuß, Herbert Bismarck ist erfolgreich tätig" (I, 234). Und drei Wochen später: „Unsere Freundschaft mit Rußland kommt nun auch vor der Welt zum Ausdruck" (I, 235). Diese wohlwollende Beurteilung des deutsch-russischen Verhältnisses erfuhr durch seine Reise nach Rußland unbedingt eine Steigerung. Er begleitete im Mai 1884 den Prinzen Wilhelm nach Petersburg zur Großjährigkeitserklärung des Thronfolgers (I, 236). In einer zusammenfassenden Betrachtung über diese Reise läßt er sich vernehmen: „Die russische Reise des Prinzen ist zu einem politischen Ereignis von großer Tragweite geworden... Wir stehen mit Rußland entschieden auf einem weit festeren Boden; wenn nicht unser Bündnis mit Österreich wäre, so würden wir sogar die besten Freunde werden; es kann sein, daß sich ein festes Zusammengehen der drei Kaisermächte entwickelt, dazu muß aber noch mancherlei unterhandelt werden, und wir werden auf Österreich wohl ernsthaft drücken müssen" (I, 239). Diese Einstellung des Grafen Waldersee bedeutete einen erheblichen Umschwung in seinen Anschauungen über Rußland. Hatte er unter dem Einfluß der zunehmenden Rüstungen und Deutschenhetze in Rußland einen Krieg mit diesem Staate für unvermeidlich gehalten und allen Friedens- und Freundschaftsbeteuerungen aus dem Osten mißtrauisch gegenüber gestanden, so vertrat er nun den Standpunkt, daß ein Dreikaiserbündnis die Grundlage für eine gesunde und erfolgreiche deutsche Außenpolitik darstellen würde. 1879 hatte er den Abschluß des Bündnisses mit Österreich lebhaft begrüßt (vgl. I, 198/199) und in dieser Allianz die Sicherung des Friedens in Europa gesehen. 1884 hielt er das Bündnis mit Österreich sogar für ein Hindernis für eine feste deutschrussische Freundschaft. Schwierigkeiten machte nun nicht Rußland, das bisher der ewige Störenfried gewesen war, sondern Österreich. So hielt er einen Druck auf Österreich für richtig, um ein Dreikaiserbündnis zu ermöglichen. Waldersee

---

13. Lucius v. Ballhausen, a. a. O. 290.

stand also 1884 vollkommen auf dem Boden der Bismarckischen außenpolitischen Anschauungen. Ebenso wie er 1879 die von Bismarck trotz Widerstrebens Kaiser Wilhelms I. durchgesetzte Allianz mit Österreich vertreten hatte, so begrüßte er die Besserung in den Beziehungen zwischen den drei Ostmächten, die im Jahre 1884 in der Verlängerung des Dreikaiserbündnisses von 1881 auf drei Jahre und der Dreikaiserzusammenkunft in Skiernewicze (15./17. Sept. 1884) ihren Ausdruck fand. Es waren bei Waldersee keine außenpolitischen Pläne und Gedanken zu finden, die in irgendeinem Widerspruch zur Bismarckischen Politik standen. Er machte die Bündnispolitik des Kanzlers mit und zwar aus voller Überzeugung. Die Richtung der deutschen Außenpolitik fand die Billigung Waldersees schon aus weltanschaulichen Gründen. Als konservativer und preußisch-monarchisch eingestellter Mann sah er ebenso wie Kaiser Wilhelm I. und Bismarck in dem Zusammengehen der drei Kaisermächte die beste Grundlage für die Erhaltung des europäischen Friedens. Die Anschauungen von der heiligen Allianz und der Verbundenheit der konservativen Ostmächte im Gegensatz zu den demokratisch und parlamentarisch regierten Westmächten lebten auch im Grafen Waldersee fort. Er hoffte von dem Zusammengehen der drei Kaisermächte eine Rückwirkung auf die innenpolitischen Verhältnisse. Der gemeinsame Kampf gegen die Anarchisten und die „Umsturzideen“ des Westens sollte auch in einer Stärkung des konservativen Elements in der Innenpolitik der drei Mächte wirksam sein. Diese wechselseitigen Beziehungen zwischen den innen- und außenpolitischen Anschauungen des Grafen Waldersee sind bezeichnend für seine politische Gesamthaltung. Waldersees Einstellung zu außenpolitischen Ereignissen ist oft beeinflusst und hervorgerufen durch weltanschauliche und gefühlsmäßige Betrachtungen.<sup>14</sup> Ein bezeichnendes Beispiel dafür bietet seine Haltung gegenüber England. Stand Waldersee schon in den Fragen der deutsch-russischen und deutsch-österreichischen Politik ganz im Banne der Bismarckischen Anschauungen, so traf das für seine Ein-

---

14. Vgl. Waldersees Einstellung zur Kretafrage 1897 (II, 396) und der Türkei Ende der 90er Jahre (II, 396, 422, 434 u. 450).

stellung gegenüber England und seine Beurteilung der deutsch-englischen Beziehungen in noch höherem Maße zu. Im Jahre 1879 hatte er in Hinblick auf das Bündnis mit Österreich die Ansicht vertreten, daß Deutschland dadurch einen festen, durchaus begrüßenswerten Rückhalt an England habe (s. I, 198/99). Die Bismarcksche Kombination einer Mächtegruppe Deutschland, England, Österreich gegen Frankreich und Rußland fand sich auch in den Gedankengängen Waldersees. Waldersees Einstellung zur englischen Politik zeigte sich in den achtziger Jahren am klarsten in der Ablehnung der Persönlichkeit und Politik des englischen Staatsmannes Gladstone. Es war für ihn eine unverrückbare Tatsache (vgl. I, 222), daß der englische Premierminister Deutschland und vor allem Bismarck haßte. Er lehnte ebenso wie Bismarck die englische Politik unter Gladstone vollkommen ab.<sup>15</sup> Die liberale und parlamentarische englische Politik war ihm zuwider. So war es bezeichnend für ihn, wenn er im April 1884 schrieb, „Gladstones Politik bringt England immer mehr in der Achtung zurück. Bismarcks Ansicht ist die, daß die Verhältnisse in England schnell auf eine Republik zutreiben“ (I, 236). Er unterlegte in durchaus richtiger Erkenntnis der Bismarckschen Politik das Bestreben, England zu isolieren (I, 244) und sah in der deutschen Kolonialpolitik vor allem eine antienglische Spitze. „Unsere neue Kolonialpolitik hat nach meiner Überzeugung hauptsächlich den Zweck, England fühlen zu lassen, daß wir ihm Schwierigkeiten bereiten können“ (I, 244). Er begrüßte die große programmatische Rede des Reichskanzlers gegen England und über die Kolonialpolitik vom 2. März 1885 und wünschte der Mission Herbert Bismarcks (Anfang März 1885) nach England vollen Erfolg. So bedeutete es für ihn ein Gefühl der Befriedigung, als er schreiben konnte: „Das englische Kabinett hat sich in den Augen der Welt stark blamiert, indem es, anfänglich so hochfahrend, nunmehr zu uns sehr höflich geworden ist, eigentlich Abbitte geleistet hat. Herbert Bismarck hat einen entschiedenen Erfolg erzielt“ (I, 253). Gefühlsmäßig stand er in seiner

---

15. Bismarcks Einstellung zu Gladstone s. Brauer-Marcks-Müller: Bismarck-Erinnerungen 313/15 u. Hofmann, a. a. O. I, 194.

antienglischen Haltung auf seiten des Prinzen Wilhelm bei den Differenzen, die dieser mit seinen Eltern hatte. Er hielt die Eingenommenheit des Prinzen Wilhelm gegen England für „eine ganz natürliche Reaktion gegen das Bestreben der Mutter, aus den Kindern Anglomanen zu machen“ (I, 247). Mit Ironie vermerkte er die Behauptung der Kronprinzessin: „Gladstone sei der harmloseste Mensch von der Welt“ (I, 256). Seine Ansicht über Gladstone und die englische Politik faßte er folgendermaßen zusammen: „Wenn man nach einem Beispiel ungeschickter Politik suchen wollte, fände man vielleicht kein besseres als die des Herrn Gladstone.“<sup>16</sup> Waldersees antienglische Haltung lag begründet in der weltanschaulichen und gefühlsmäßigen Ablehnung der parlamentarischen Regierungsmethoden des Inselreiches. Entscheidend wirkte auf seine Einstellung die stark englandfreundliche Haltung des Kronprinzenpaares und der deutschen Liberalen. Er verurteilte die Anglomanie der Kronprinzessin, die er auch persönlich scharf kritisierte.<sup>17</sup> Es war für ihn von maßgebender Bedeutung, daß die liberalen Parteien, „die Totengräber des Deutschen Reiches“, eine englandfreundliche Haltung zeigten und auf ein deutsch-englisches Bündnis hinarbeiteten. Gegen diese seine innenpolitischen und parteipolitischen Gegner vertrat Waldersee ebenso wie Bismarck eine antienglische Politik. Beide sahen in der Verwirklichung der Ideen der Umgebung und Anhänger des Kronprinzenpaares für Deutschland verhängnisvolle Folgen voraus. Jedoch war Waldersees Einstellung mehr weltanschaulich und parteipolitisch bedingt, als die von Bismarck, der vor allem von politischen Erwägungen ausging. In diesen Jahren von 1879 bis 1885 stand Waldersee ganz unter dem Eindruck der Bismarckischen Ideen. Die Politik des Reichskanzlers fand seine volle Billigung. Das zeigte sich deutlich in der Würdigung der Feier des 70. Geburtstages des Reichskanzlers durch Waldersee. „Noch nie haben wir Ähnliches an Ovationen erlebt, für jemand, der nicht Souverän ist. Das Fest war eine entschieden deutsche und konser-

---

16. I, 256. Vgl. Bismarcks Urteil „Gladstone ist verrückt; er versteht nichts vom Handwerk“, s. Brauer-Marcks-Müller, a. a. O. 314.

17. I, 255; vgl. Meisner, Aus der Erinn. d. Gr. Waldersee, Dtsch.Rev. Juli 1921, S. 1 ff.



vative Demonstration, an deren Spitze der Kaiser selbst stand. Wie klein erscheinen die Widersacher, zu denen natürlich alles, was Fortschritt und ultramontan heißt, gehört. Der Kronprinz findet alles schlecht und bedenklich“ (I, 255).

Im Jahre 1885 begannen die ersten persönlichen Differenzen zwischen Waldersee und dem Hause Bismarck. Das Verhalten Herbert Bismarcks in der „Affäre Carolath“ (April/Mai 1885) (s. I, 257 f.) empfand Waldersee als einen Eingriff in den Bereich des Militärkabinetts. Mit Unwillen verfolgte er das Verhalten Herbert Bismarcks in dieser Angelegenheit, in der er selbst viel zu tun gehabt hatte, und schrieb dazu: „Das Interessanteste war für mich die Erkenntnis, daß Herbert Bismarck anfang, eine Rolle zu spielen, namentlich einen gewissen Einfluß auf den Vater zu gewinnen. Er spielt ein gefährliches Spiel und hat sich in dieser Angelegenheit nicht mit Ruhm bedeckt“ (I, 258). Im Zusammenhang mit der Abneigung gegen Herbert Bismarck begann bei Waldersee auch die Kritik an einzelnen Geschehnissen der deutschen Außenpolitik. Er hatte bislang die Kolonialpolitik aus innen- und außenpolitischen Gründen heraus für richtig angesehen (vgl. I, 244), zumal sie gegen England gerichtet war. Im Juni 1885, also nach der „Affäre Carolath“, ist eine Sinnesänderung in der Beurteilung der deutschen Kolonialpolitik bei Waldersee festzustellen. „Seit geraumer Zeit sind wir mit kolonialen Erwerbungen in Ostafrika beschäftigt und wie es scheint im Begriff, uns eine recht unbequeme Angelegenheit auf den Hals zu laden.“<sup>18</sup> Das Bezeichnende an diesem Urteil sind die nachfolgenden Worte: „... : man behauptet, wir seien in die Sache durch Übereilung Herbert Bismarcks hineingeraten“ (I, 260). Auch die Erwerbung der Karolineninseln, die er als „erbärmlich“ bezeichnete, hielt er für falsch (I, 261). Er befürchtete Konflikte mit anderen Mächten wegen dieser, für Deutschland nach seiner Ansicht belanglosen Frage. Bei der für den Grafen Waldersee bezeichnenden Vermischung persönlicher und sachlicher Motive kam in diesem Jahre 1885 zum ersten Male ein leiser Zweifel an der Außenpolitik Bis-

---

18. Gemeint sind d. Differenzen mit dem Sultan von Sansibar, s. I 260

marcks auf. Am 10. 10. 1885 hatte er noch über die durch die Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien entstandene Krise geschrieben: „Bismarck will unter allen Umständen den europäischen Frieden erhalten, und ich glaube deshalb, daß er auch nicht ernstlich gestört werden wird“ (I, 261). Aber schon wenige Tage darauf kann man in seinem Tagebuch lesen: „Ich kehre immer wieder zu der Überzeugung zurück, daß Europa sich in keinem normalen Zustande befindet, und daß vor allem unsere Position sehr gefährdet ist. Bisher gelang das der Geschicklichkeit Bismarcks, immer rechtzeitig die richtigen Allianzen für uns zu schließen, aber doch mit vieler Mühe. Sollte dies dauernd möglich sein?“ (I, 263). Den einzigen wirklich erfolgreichen Weg aus der Krise sah er in einem Kriege, bei dem man einen der Gegner, Frankreich oder Rußland, dauernd niederhielt. Die ganz veränderte Einstellung gegenüber der Führung der deutschen Politik zeigen dann die folgenden Zeilen: „... aber wie soll man von einem 88jährigen Kaiser und 70jährigen Kanzler so etwas verlangen“ (I, 263). Deutlich ist die veränderte Haltung Waldersees erkennbar, wenn man bedenkt, wie er noch vor einem halben Jahr anlässlich des 70. Geburtstages des Kanzlers dessen Politik bewertete. Man darf jedoch auch nicht den Wert einer solchen Tagebuchnotiz überschätzen, die oft durch die Stimmung von Augenblicken hervorgerufen ist. Ein Loslösen von den Grundanschauungen der Bismarckischen Politik vollzog sich bei Waldersee in diesem Jahre noch nicht. Er hielt nach wie vor an einer Lösung der orientalischen Frage im Sinne eines Zusammengehens der drei Kaisermächte fest und sah in einer Teilung der Türkei den besten Weg aus den drohenden Verwicklungen (I, 266). Der Gedanke, daß durch das Zusammenhalten der drei Kaisermächte der europäische Frieden am besten gewährleistet würde, war bei ihm noch durchaus lebendig. Waldersee hielt auch Anfang des Jahres 1886 den Bismarckischen Gedanken aufrecht, daß man Rußland ruhig nach Konstantinopel gehen lassen solle, um es so in einen scharfen Gegensatz zu England und Frankreich geraten zu lassen. „Rußland im Besitz Konstantinopels und der Dardanellen tritt in beharrlichen Gegensatz zu England und auch zu Frankreich und bleibt in fortdauernder Feindschaft zu

den Türken...“<sup>19</sup> Er hielt eine friedliche Einigung Rußlands und Österreichs für durchaus möglich. Aber schon Ende Januar 1886 stellte Waldersee fest, daß Rußland sich nicht auf die im deutschen Sinne liegende Lösung der orientalischen Frage einließ. Er wies darauf hin, daß die Russen das Gefühl hätten, „...daß wir sie dort künstlich engagieren wollen...“ (I, 273).

Das Jahr 1886 brachte nun eine weitere Loslösung von den Bismarckischen außenpolitischen Anschauungen. Als ein wesentliches Motiv dafür halte ich die persönlichen Differenzen zwischen Waldersee und der Familie Bismarck. Diese Differenzen lagen zunächst nur zwischen ihm und Herbert Bismarck vor. Aber in Zusammenhang damit richtete er seine Kritik auch gegen den Vater. In einer Tagebuchaufzeichnung vom 31. 1. 1886 sagt er über den Reichskanzler: „...mit eine Ursache der Fehler ist die Art Bismarcks, keinen Widerspruch zu dulden; man hat nicht gewagt, ihm zu sagen, die Angelegenheit dürfe so nicht weitergeführt werden.“<sup>20</sup> Es beweist dies übrigens auch, wie er die Menschen zu charakterlosen Figuren macht, was recht zu bedauern ist“ (I, 273). In Waldersees Tagebuch folgen im Laufe des Jahres 1886 mehrfach kritische Urteile über Herbert Bismarck, dessen Rücksichtslosigkeit und Ungeschliffenheit er scharf mißbilligte. Er bezeichnete Herbert Bismarck als einen „rachsüchtigen Feind“ (I, 277). Aber die Kritik blieb nicht beim Sohne stehen; Waldersee merkte im März 1885 die Absicht des Kanzlers, den Chef der Admiralität, Caprivi, an seine Stelle zum Generalquartiermeister und Nachfolger Moltkes zu machen.<sup>21</sup> Die Angelegenheit Radolinski-Sommerfeld<sup>22</sup> am kronprinzlichen Hofe und das Vorgehen der beiden Bismarck gegen den Chef des Militärkabinetts, von Albedyll (s. I, 275 ff.), verschärfte die Spannung und die Stellungnahme Waldersees gegen den Kanzler. Waldersee nahm bei diesen Ange-

---

19. Aufzeichnung vom 4. 1. 1886 I, 270.

20. Es handelte sich um eine Kritik der deutschen Polenpolitik durch Waldersee.

21. I, 279—281. Vgl. Bismarck, Ged. u. Erinn. III, 25.

22. Februar und März 1886.

legenheiten die Partei seines Freundes Albedyll. Mit großer Beunruhigung sah er im Falle des Todes Kaiser Wilhelms I. ein Regiment der Kronprinzessin unter Führung des Kanzlers kommen. Diese Tatsache aber bedeutete nach seinem Dafürhalten „Zusammenbruch und ein Chaos“ (I, 285). Richtunggebend und entscheidend wurde nun für die Zukunft die Ansicht des Generalquartiermeisters,<sup>23</sup> daß er auf der „Subskriptionsliste“ des Hauses Bismarck stehe (I, 286/87). Von nun an beherrschte ihn ein ständiges Mißtrauen gegen den Kanzler und der Haß gegen Herbert Bismarck. Diese persönlichen Gefühle beeinflussten in starkem Maße seine Anschauungen über die Führung der deutschen Politik. Gerade in der Beurteilung der Bismarckischen Außenpolitik wird das klar ersichtlich. Schon während der Affäre Radolinski-Sommerfeld war die Kritik und skeptische Beurteilung der Bismarckischen Anschauungen und Maßnahmen durch Waldersee erkennbar. Im März 1885 hatte Bismarck auf die zunehmende Kriegsgefahr und einen baldigen Kampf gegen Frankreich hingewiesen (I, 280). Waldersee hielt diese Ansichten Bismarcks nur für einen Vorwand, um eine Neubesetzung der oberen Armeestellungen herbeizuführen und so dem Chef des Militärkabinetts einen Schlag zu versetzen. Am 13. März schrieb er: „Das ganze Kriegsgeschrei und das direkte Hineinziehen des Kronprinzen in eine Affäre mit Umgehung des Kaisers ist nichts als eine großartige Intrige und ein Angriffsversuch gegen Albedyll“ (I, 279). Und zwei Tage später: „Je mehr ich über die Kriegsgefahr nachdenke, die der Kanzler für gut findet jetzt vorzuführen, desto fester wird meine Ansicht, daß alles Komödie ist“ (I, 281). Als abschließendes Urteil in dieser Angelegenheit sagte er dann über den Kanzler: „Für mich ist es ein recht deutliches Zeichen, daß er anfängt schwach zu werden“ (I, 282). Im Laufe des Jahres 1886 vollzog sich bei Waldersee auch eine Änderung in der Beurteilung der außenpolitischen Lage und der Bismarckischen Außenpolitik. Die ruhige Zuversicht auf die Politik des Reichskanzlers und den dadurch gewährleisteten europäischen Frieden begann einer besorgten und sehr skeptischen Betrachtung der deutschen

---

23. Im April 1886.



Außenpolitik und europäischen Lage Platz zu machen. Hatte er noch im März desselben Jahres das Gerede von Kriegsgefahr für Komödie und bloße Taktik gehalten, so gewann in ihm immer mehr die Ansicht Platz, daß ein europäischer Krieg in kurzer Zeit kommen werde. Am 1. Mai 1886 sprach er es aus: „Ich bin auch der Überzeugung, daß dieser Krieg, der in kurzer Zeit doch kommen muß, für uns um so bessere Chancen hat, je früher er kommt“ (I, 291). Dieser Gedanke war das erste Anzeichen für die von Waldersee in den kommenden Jahren tatkräftig vertretene Präventivkriegsidee. Von dem Gedanken einer friedlichen Lösung der orientalischen Frage durch Einigung Rußlands und Österreichs war Waldersee abgekommen. Für ihn wurde es nun zur Gewißheit, daß diese von ihm so gewünschte und in Deutschlands Interesse liegende Einigung nicht stattfinden werde. Er hielt das Sträuben der österreichischen Politiker in der Frage einer Abgrenzung der Interessengebiete auf dem Balkan zwischen Rußland und Österreich für einen gewaltigen Fehler der Wiener Politik. Auch das deutsch-russische Verhältnis beurteilte Waldersee wesentlich zurückhaltender als die Jahre zuvor. Die Sendung des Prinzen Wilhelm nach Brest-Litowsk im September 1886 zum Kaiser Alexander sollte die vorhandenen Spannungen zwischen beiden Staaten beseitigen (I, 296/97). Im Gegensatz zum Prinzen Wilhelm glaubte er nicht an die Friedensbereitschaft Rußlands: „Ich will wünschen, er hat recht, glaube aber nicht völlig daran; in Rußland sind gar zu viele Leute, die an dem französischen Bündnis arbeiten“ (I, 297). Graf Waldersee war der Ansicht, daß Frankreich mit Konsequenz den Krieg vorbereitete, aber auf einen deutsch-russischen Konflikt wartete, um dann im Bunde mit Rußland über Deutschland herzufallen (I, 299). Darum wies er immer unermüdlich auf eine Verstärkung der deutschen Armee hin und erzielte in dieser Beziehung auch Erfolge. Sein Glaube an die Sicherheit der Bismarckischen Politik ließ gewaltig nach. In einer Tagebuchbetrachtung vom 29. 10. 1886 heißt es: „Je mehr ich Zeit finde, in Ruhe nachzudenken, desto klarer wird es mir, daß der Kanzler in seiner Politik unsicher geworden ist. Ich habe auch gewisse Anzeichen, daß er selbst anfängt, besorgt zu werden, sein Werk könne zu-

sammenbrechen. Er ist über 70, und es wäre daher kein Wunder, wenn die alte Spannkraft nachläßt; leider hat er für keinen Nachfolger gesorgt" (I, 300). Am 16. 11. ist es derselbe Gedanke: „Wenn ich früher den Eindruck wiedergegeben habe, daß der Kanzler in seiner Politik unsicher geworden ist, so muß ich das jetzt wiederholen" (I, 303). Es ist nun bezeichnend für die veränderte Einstellung des Grafen Waldersee, daß er angesichts dieser für die deutsche Politik bedauerlichen „Tatsache" nicht den Mut verlor oder besorgt in die Zukunft sah. Anschließend an die oben erwähnte Tagebuchaufzeichnung vom 29. 10. schrieb er weiter: „... Ich kann mich seinen Besorgnissen nicht anschließen und habe Vertrauen in die Zukunft; allerdings wird es durch schwere Zeiten und harte Kämpfe gehen. Mein Vertrauen würde unbegrenzt sein, wenn Prinz Wilhelm gesunder wäre" (I, 300). Das Vertrauen und die Hoffnung auf den Prinzen Wilhelm stellt einen bedeutungsvollen Faktor in den politischen Anschauungen des Grafen Waldersee dar.

Die ersten Beziehungen zwischen beiden stammten aus dem Jahre 1882. Im Dezember 1882 schrieb Waldersee: „Ich habe den Prinzen nun öfter gesehen und angefangen, mir ein Urteil zu bilden" (I, 223). Er gab dann ein überaus günstiges Urteil über ihn ab. Während seiner Krankheit im Februar und März 1883 empfing er oft den Besuch des Prinzen Wilhelm (I, 225). Im Laufe der folgenden Jahre wurden die Beziehungen zwischen Graf Waldersee und Prinz Wilhelm enger. Prinz Wilhelm holte sich oft Rat von dem Grafen, nicht nur in militärischen Fragen, sondern auch über politische Verhältnisse und in Familienangelegenheiten. Im Januar 1885 konnte Waldersee berichten, daß der Prinz in der Tat einiges Vertrauen zu ihm gewinne und am 21. Januar 1885 „Prinz Wilhelm erschien und blieb wohl eine Stunde bei mir. Er erzählte mir viel Interessantes, wovon ich heute noch nichts niederschreiben möchte, und sagte schließlich, er hielte mich für einen sehr guten Freund und rechnete für später auf mich" (I, 250). Die gemeinsame Arbeit von Waldersees Gattin und der Prinzessin Wilhelm für die Berliner Stadtmission<sup>24</sup> konnte diese freundschaftlichen Beziehun-

---

24. Vgl. die Ausführungen in Abschn. III, 1, s. I, 251.

gen nur fördern. Waldersee selbst gewann bald das Vertrauen der Prinzeß Wilhelm und wurde als vertrauenswürdiger und treuer Berater ihres Mannes geschätzt. Die Besuche des Prinzen beim Grafen Waldersee waren, wie Waldersee selbst notiert (I, 253/54), sehr häufig im Jahre 1885. Waldersee wuchs immer mehr in die Rolle des Beraters und treuen Freundes des Prinzen hinein. Sein Tagebuch gibt häufig seinem Wunsche Ausdruck, dem Prinzen dereinst gute Dienste leisten zu können. Auch eine vorübergehende Verstimmung des Grafen über das Verhalten des Prinzen Wilhelm im Herbst 1885 (I, 267/68), wahrscheinlich durch die häufige Abwesenheit des Prinzen von seinem Regiment veranlaßt, konnte das gute Einvernehmen nicht stören. Als zu Beginn des Jahres 1886 in gewissen Kreisen Vorwürfe gegen den Prinzen erhoben wurden, besonders der der ehelichen Untreue, verbürgte sich Waldersee unbedingt für ihn. Aber ihm erwuchs in Herbert Bismarck ein Nebenbuhler im Ringen um den Einfluß beim Prinzen. Waldersees Stellung wurde allerdings erheblich unterstützt durch die Prinzessin Wilhelm, der die Persönlichkeit und der Lebenswandel Herbert Bismarcks nicht zusagte. Im Laufe des Jahres 1886, in dem die Entfremdung zwischen dem Generalquartiermeister und dem Kanzler schon deutlich zutage trat, verstärkten sich die Hoffnungen Waldersees auf Prinz Wilhelm, in dem er den Thronfolger und den Mann sah, der den Machtgelüsten des Kanzlers energisch entgegen treten würde. Im April 1886 schrieb er im Hinblick auf die angeblichen Eingriffe des Fürsten Bismarck in Armeeangelegenheiten: „Davor bewahre uns der liebe Gott. Das wäre dann der Augenblick, wo Prinz Wilhelm Grund finden könnte, dem Königtum wieder seinen richtigen Platz zu verschaffen“ (I, 289). Diese Äußerung zeigte schon klar die antibismarckische Einstellung Waldersees. Es war nun sein Ziel, mit aller Kraft seinen Einfluß auf den Prinzen auszubauen und diesen in den Bann seiner politischen und militärischen Anschauungen zu ziehen. Im Jahre 1887 zeigt sich der wachsende Einfluß Graf Waldersees und die Erfolge seiner Tätigkeit im Kampfe um die Person Prinz Wilhelms deutlich. Es war die Hauptaufgabe für Waldersee, der Beeinflussung des Prinzen durch den Kanzler in außenpolitischen

Fragen zu begegnen. Im Januar 1887 klagte Waldersee über die Vertrauensseligkeit Prinz Wilhelms Rußland gegenüber und schob das dem Einflusse Herbert Bismarcks zu (s. I, 311). Waldersee suchte den Prinzen für seine Anschauungen zu gewinnen und ihn von der traditionellen Betrachtung der Außenpolitik im Bismarckischen Sinne abzubringen. Er suchte natürlich nach außen hin diese seine Wirksamkeit möglichst zu verbergen. So erhob er auf die Behauptung des Kronprinzen im Januar 1887, daß Prinz Wilhelm eine organisierte Partei besitze und auch er dazu gehöre, Einspruch: „Der Kronprinz irrt vollständig. Prinz Wilhelm steht völlig auf eigenen Füßen und wird auch mit voller Überlegung sich nie eine eigentliche Partei bilden, weil er nicht in deren Hand kommen will“ (I, 311). Diese Worte Waldersees bedeuten nur eine Bemäntelung der Tatsache, daß sich wirklich um den Prinzen ein gewisser Kreis von Anhängern sammelte, die von ihm die Erfüllung ihrer politischen und persönlichen Wünsche erhofften. Diesen Kreis charakterisierte eine antibismarckische Einstellung. Der extreme Flügel der deutschkonservativen Partei, die sog. Kreuzzeitungsgruppe, suchte eifrig den Prinzen Wilhelm für ihre innen- wie außenpolitischen Anschauungen zu gewinnen. Die „Waldersee-Versammlung“ am 28. Novbr. 1887 kann wohl als das beste äußere Merkmal dieser Bestrebungen angesehen werden. Bismarck setzte sich gegen diese Versuche energisch zur Wehr. Er machte den Prinzen Wilhelm in einem Briefe vom 6. 1. 1888 darauf aufmerksam, daß er durch die Protektion der Inneren Mission in Gefahr komme, einer einseitigen Parteirichtung anzugehören. „Um darin die nötige freie Hand zu behalten, muß verhütet werden, daß Ew. schon als Thronfolger in der öffentlichen Meinung zu einer Parteirichtung gerechnet werden. Das würde nicht ausbleiben, wenn Höchstdieselben zur inneren Mission in eine organische Verbindung treten, als Protektor.<sup>25</sup> Bismarck beobachtete auch den wachsenden Einfluß Graf Waldersees beim Prinzen Wilhelm genau.<sup>26</sup> Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Graf v. Berchem, machte Graf Wal-

---

25. Ged. u. Erinn. III, S. 19.

26. Ged. u. Erinn. III, 25; — I, 364, 383.



dersee bei dessen Besuchen im Auswärtigen Amt<sup>27</sup> darauf aufmerksam, daß seine Freundschaft mit Prinz Wilhelm der Hauptgrund für die Feindschaft der Familie Bismarck sei (I, 364, 383). Das gute Einvernehmen zwischen Waldersee und Prinz Wilhelm blieb auch im Jahre 1888. Die für Prinz Wilhelm so schwere Zeit, die durch den Tod Kaiser Wilhelms I. und die Regierung des todkranken Kaiser Friedrich gekennzeichnet war, führte beide Männer noch enger zusammen. Im Februar 1888 konnte Waldersee berichten, „Man unterhält sich jetzt viel darüber, daß zwischen Prinz Wilhelm und Herbert Bismarck eine Abkühlung eingetreten sei und ich nunmehr eine besonders gute Stellung habe. Das Erste ist richtig, das Zweite ist irrig; meine Stellung hat sich nicht verändert. Ich laufe dem Prinzen nicht nach, sondern warte, bis er kommt; er hat augenscheinlich Vertrauen zu mir und die Überzeugung, daß ich ihm fest ergeben bin“ (I, 357). Prinz Wilhelm hielt tatsächlich sehr viel vom Grafen Waldersee,<sup>28</sup> und es war eine Selbstverständlichkeit, daß er ihn bald nach seinem Regierungsantritt zum Nachfolger Moltkes als Chef des Generalstabes ernannte.

### 3. Waldersees Einstellung zur Bismarckischen Außenpolitik von 1887—1890.

In den Jahren 1885/86 hatte es persönliche Differenzen zwischen Waldersee und der Familie Bismarck, besonders mit Herbert Bismarck, gegeben.<sup>1</sup> Diese persönlichen Konflikte bildeten einen der Beweggründe, aus denen heraus Waldersee die Politik des Reichskanzlers nicht mehr billigte. Neben dem persönlichen Motiv waren aber vor allem sachliche Gründe maßgebend, die Waldersee zu einer Änderung seiner außenpolitischen Anschauungen veranlaßten. Schon seit dem Berliner Kongreß hatte Waldersee das deutsch-russische Verhältnis mit Besorgnis betrachtet. Der wachsende Einfluß der Panslawisten, die Pressehetze gegen Deutschland und nicht mißzuverstehende:

---

27. Febr. und Apr. 1888.

28. Vgl. Eulenburg, Aus 50 Jahren, 150; Bülow, Denkw. IV, 609; Hohenlohe, Denkw. II, 437.

1. s. vorigen Abschnitt S. 105 ff.

Neigungen amtlicher und vor allem militärischer Kreise für ein Bündnis mit Frankreich ließen ihn immer wieder sein Augenmerk auf die russischen Verhältnisse werfen. Er hatte zu Beginn der achtziger Jahre dabei durchaus an den Richtlinien der Bismarckischen Politik festgehalten und die Anschauungen des Reichskanzlers hinsichtlich der deutschen Russenpolitik geteilt. Besonders in den Jahren 1884/85 hat er ganz überzeugt den Bismarckischen Gedanken des Zusammenhaltens der drei Kaisermächte vertreten. Das hatte sich seit dem Herbst 1886 geändert. Er gewann immer mehr die Überzeugung, daß Rußland den Krieg wolle und nur auf die Vervollkommnung seiner Armee warte. Er sah den Zweifrontenkrieg mit Rußland und Frankreich immer näher rücken. Als Militär erkannte er, daß auf die Dauer das Deutsche Reich dem Wettrüsten der beiden gegnerischen Mächte nicht gewachsen sein würde. Die Zeit lief nach seiner Meinung zugunsten der Feinde, nicht zum Vorteil Deutschlands.<sup>2</sup> So gewann er die feste Überzeugung, daß ein Präventivkrieg das beste Mittel sei, diesen außenpolitischen Schwierigkeiten, die durch die Einkreisung Deutschlands im Osten und Westen bedingt waren, zu begegnen. Im Oktober 1885 tauchte ein solcher Gedanke zum ersten Mal in seinem Tagebuch auf (I, 263). Er beklagte, daß Deutschland nicht 1873/74 die Gelegenheit benutzt habe, mit Frankreich abzurechnen, „...und ebenso im Falle Rußland gegen Ende des russisch-türkischen Krieges, wo wir England zunächst auf Rußland loslassen konnten“ (I, 263). Im Mai 1886 sprach er von der Unvermeidlichkeit eines europäischen Krieges: „Ich bin auch der Überzeugung, daß dieser Krieg, der in kurzer Zeit doch kommen muß, für uns um so bessere Chancen hat, je früher er kommt“ (I, 291). Im Laufe des Jahres 1886 wuchs bei ihm die Überzeugung von der Richtigkeit eines Präventivkrieges gegen Deutschlands Gegner. Er ging hierbei vor allem vom militärischen Standpunkt aus. Der große Vorsprung der deutschen Armee in der Bewaffnung war der Hauptgrund für ihn, ein Losschlagen zu empfehlen. Mit den wachsenden Rüstungen Frankreichs und Rußlands sah er die günstigen Chancen sich erheb-

---

2. Vgl. Mohs, II, 11.

lich vermindern. So schrieb er am 1. 11. 1886: „Ich meine, daß wir die Pflicht haben, jede Chance, die sich zu unseren Gunsten bietet, zu benutzen und selbst den Krieg mit Frankreich herbeizuführen. Militärisch sind wir augenblicklich durch den großen Vorsprung in der Frage der Repetiergewehre und auch sonst noch entschieden in einer günstigen Situation. Wollen wir aber solche Chancen nicht ausnutzen, so muß die Politik uns etwas Besseres schaffen“ (I, 301). Graf Waldersee stand mit diesen Anschauungen nicht allein. Viele höhere Militärs vertraten mit ihm den Gedanken eines Präventivkrieges mit Entschiedenheit. Der Briefwechsel Waldersees mit dem General Loë und den Militärattachés in Brüssel, Rom, Wien, Bukarest (und Konstantinopel) gibt ausführliches Material darüber. Da der Briefwechsel erst vom Jahre 1886 an veröffentlicht ist, kann man leider nicht nachprüfen, von welchem Zeitpunkt an die Gedanken des Präventivkrieges bei diesen Männern lebendig waren. In einem Briefe an Waldersee wies Freiherr v. d. Goltz<sup>3</sup> im Herbst 1886 auf die Notwendigkeit eines zweiten deutsch-französischen Krieges hin. Er schrieb: „Nötig wird ein zweiter französischer Krieg ja doch wohl werden. Und je früher er unternommen wird, desto besser“ (Briefw. I, 29). Besonders der Kommandierende General des VIII. Armee-korps in Koblenz, Freiherr von Loë, entwickelte in seinen inhaltreichen Briefen an Graf Waldersee ausführlich seine Anschauungen über die außenpolitische Lage und die Beseitigung der durch den drohenden Zweifrontenkrieg geschaffenen kritischen Lage des Deutschen Reiches. Er ging aus von der Tatsache, daß Frankreich zielbewußt auf den Revanchekrieg lossteuerte, ohne einen festen Termin zum Losschlagen zu haben, und daß Rußland unter dem Druck der Panslawisten und der Presse gewaltig rüstete und Truppen gegen die deutsche und österreichische Grenze vorschob. Für ihn befand sich Deutschland in einer „Zwickmühle“ zwischen Ost und West und unter dieser Tatsache betrachtete er die gesamte europäische Lage. Da die Franzosen in der Bewaffnung und Reorganisation ihrer Armee noch nicht fertig waren, empfahl er den jetzigen Moment, Winter 1886/87, als

---

3. v. d. Goltz war der Leiter des militär. Erz.-Wesens i. d. Türkei.

günstig zum Losschlagen (Briefw. I, 36). Ebenso wie v. d. Goltz und Loë waren viele andere Militärs ebenfalls für einen Präventivkrieg. Der Chef des Generalstabes, Generalfeldmarschall v. Moltke, war, wie Waldersee, ein überzeugter Anhänger des Präventivkrieges. Schon 1859, dann 1867 bei der Luxemburger Frage und 1875 bei der Kriegs-in-Sicht-Krise war er für einen Präventivkrieg gegen Frankreich eingetreten.<sup>4</sup> Als im Laufe der Jahre 1886/87 die russischen Rüstungen immer bedrohlicher wurden, empfahl auch Moltke einen Präventivkrieg gegen Rußland im Winter 1887/88. Er hatte Anfang Dezember 1887 eine Denkschrift über die russischen Rüstungen, die von Waldersee verfaßt war,<sup>5</sup> dem Fürsten Bismarck gesandt und daraus „...den Schluß gezogen, daß der Aufmarsch der russischen Armee begonnen habe, daß der Angriff bevorstehe, und daß es die höchste Zeit für uns sei, den Krieg aggressiv zu beginnen“.<sup>6</sup> Allerdings hielt sich Moltke im Unterschied zu seinem Generalquartiermeister von irgendwelchem Eingreifen in die Politik streng zurück. Waldersee war, wie gesagt, der Überzeugung, daß Rußland und Frankreich gemeinsam in absehbarer Zeit über Deutschland herfallen würden. Als Gegenmittel gegen den drohenden Zweifrontenkrieg betrachtete er den Bund der Mittelmächte Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien, an England sich anschließen sollte. Er schrieb dazu im November 1886: „...Man sieht aber, in welcher gefährlichen Situation wir uns befinden; es wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als näher mit Österreich und England Fühlung zu nehmen und zu versuchen, Italien mit heranzuziehen“.<sup>7</sup> Angesichts der immer bedrohlicher werdenden russischen Rüstungen zog er eine Wiederherstellung Polens für den Fall eines Doppelkrieges mit Rußland und Frankreich in Erwägung. Schon im Herbst 1883 hatte er an eine Wiederherstellung Polens im Falle einer russischen Invasion gedacht und mit Bismarck darüber gesprochen (I, 230). Beide empfanden dieses Mittel allerdings als ein

---

4. s. Rapp, Moltkes polit. Anschauungen 119.

5. Vgl. I, 339.

6. Anh. des I. Bd. der Denkw. des Grafen Waldersee I, 421.

7. I, 303. Es ist dabei zu bemerken, daß der Inhalt des Dreibundvertrages vom 20. 5. 1882 damals noch nicht bekannt war.



„zweischneidiges Schwert“. Im Herbst 1886 nahm Waldersee diesen Gedanken wieder auf. Auch jetzt noch hatte er starke Bedenken, meinte aber, „es ist das doch immer besser als zugrunde zu gehen. Gelingt uns diese Operation, so können wir uns Rußlands sehr wohl erwehren und haben für die Folge zwischen ihm und uns ein ansehnliches Reich“ (I, 301 vgl. I, 303). Er vertrat jedoch die ganz richtige Ansicht, daß Österreich und die römisch-katholische Kirche die Sache in die Hand nehmen mußten. In diesem Plan einer Wiederherstellung Polens bestärkten ihn die russischen Bündnisanerbietungen (Herbst 1886) an Frankreich.<sup>8</sup> Infolge der bulgarischen Krise (seit August 1886) wurde die außenpolitische Lage im Winter 1886/87 immer kritischer. Der feste Wille Rußlands, Bulgarien unter seinen Einfluß zu bringen und die Kandidatur des dem Zaren verhassten Fürsten Alexander von Battenberg auf keinen Fall zu gestatten, stieß auf die unnachgiebige Haltung Österreichs und Englands. Bulgarien wurde zum Pulverfaß, an dem jeden Augenblick der europäische Krieg entbrennen konnte. Es war für den Grafen Waldersee und seine Gesinnungsgenossen (Loë, Albedyll, der Kriegsminister Bronsart, die Militärattachés u. a. m.) eine feststehende Tatsache, daß eine russische Okkupation Bulgariens nicht nur ein Eingreifen Österreichs, sondern schlechthin den Ausbruch des Kampfes zwischen den Dreibundmächten und England gegen Frankreich und Rußland zur Folge haben würde. So kam Waldersee zu dem Urteil, „nach reiflicher Abwägung aller Chancen glaube ich, daß es das Beste wäre, wir provozierten den Krieg mit Frankreich; zu warten, bis unseren Feinden der Augenblick passend erscheint, ist gewiß nicht richtig“ (I, 308). Es ist bemerkenswert, daß der Generalquartiermeister den Präventivkrieg gegen Frankreich ins Auge faßte und nicht gegen Rußland, dessen Rüstungen und Truppenverlegungen an die Westgrenze doch weit bedrohlicher waren. Hierfür waren militärische und politische Gründe maßgebend. Ein deutscher Angriff auf das mächtige Zarenreich bot militärisch weit größere Schwierigkeiten als ein Krieg gegen Frankreich. Die Vorbedingung für einen Erfolg gegen die russische Armee bildete eine

---

8. Vgl. I, 303/04 und Gr. Pol. Bd. VI, S. 93 ff.

kräftige Offensive der Österreicher, auf die nicht unbedingt zu rechnen war. Die österreichische Armee befand sich organisatorisch und in der Bewaffnung durchaus nicht auf der Höhe, und der Aufmarschplan des vergangenen Jahres war noch nicht durch einen neuen ersetzt (I, 302). Dazu kam die Zersetzung der Armee durch die vielen Nationalitäten, ein Faktor, der im Kriegsfall unter Umständen bedenklich werden konnte. Dies alles veranlaßte den Grafen Waldersee, den Wert der österreichischen Armee nicht zu hoch anzuschlagen. Am 2. 6. 1886 schrieb er in sein Tagebuch: „Ich fürchte, wir haben im Österreich einen recht geringwertigen Bundesgenossen“ (I, 294). Und am 6. 11. desselben Jahres: „Was man jetzt hört, klingt bedenklich; man muß danach der Ansicht werden, daß Österreich ein noch weniger leistungsfähiger Alliierter für uns ist, als ich bisher schon annahm“ (I, 302). Es war also nun die Aufgabe der verantwortlichen militärischen Stellen, darauf zu dringen, daß die österreichische Armee stark genug wurde für eine positive Verteidigung der österreichischen Ostgrenze gegen die russischen Truppenmassen. Vor allem bot aber eine Offensive und ein Präventivkrieg gegen Rußland politisch keine Vorteile. Was konnte man bei einem siegreichen Frieden von Rußland erhalten? Abgesehen von Kriegsentschädigungen gab es kein greifbares Ziel; denn eine weitere Besitznahme polnischer Gebiete war aus völkischen und innenpolitischen Gesichtspunkten sehr bedenklich, und eine Wiederherstellung Polens, wie schon erwähnt, ein „zweischneidiges Schwert“. Die Rücksicht auf Österreich war nicht minder bestimmend. Dazu kamen die militärischen Schwierigkeiten einer Kriegsführung auf russischem Boden. Es war also verständlich, wenn Graf Waldersee für 1886/87 einen Präventivkrieg gegen Frankreich ins Auge faßte und auch den Aufmarschplan des deutschen Heeres dementsprechend änderte. Die Hauptmasse der deutschen Truppen wurde gegen Frankreich eingesetzt. Man hoffte bei schnellen Siegen über Frankreich, daß Rußland vielleicht gar nicht den Krieg beginnen oder zum mindesten dann bald zum Frieden geneigt sein würde. Ein Präventivkrieg gegen den westlichen Nachbarn kam schon deshalb eher in Frage, da Frankreich von sich aus nicht loszuschlagen gedachte, sondern auf den russi-

schen Angriff hoffte. Die Briefe des über die französischen Verhältnisse gut unterrichteten Generals v. Loë zeigten immer wieder, daß an ein Losschlagen von seiten Frankreichs trotz der Kriegstreibereien des Generals Boulanger und seiner Anhänger nicht zu denken war. Im Juni 1886 schrieb er an Waldersee: „Von Paris habe ich lange nichts gehört . . . Ich kann nur wiederholen, daß ich an die dortige Initiative nicht glaube. Ja — wenn die Newabrüder loslegten! — Aber allein — nein (Briefw. I, 27). Es herrschte in den militärischen Kreisen ein offensichtliches Bedauern darüber, daß Frankreich nicht dem Deutschen Reich die günstige Gelegenheit bot, aus der „Zwickmühle“ herauszukommen. Oberstleutnant von Bock aus Straßburg, einer der Bekannten Waldersees, schrieb im Februar 1887 an ihn: „Die Nachrichten, welche wir von jenseits der Grenze erhalten, lassen eine große Rührigkeit erkennen. Ich habe aber die Empfindung, als handle es sich nur um Vorsichtsmaßregeln bei unseren Herren Nachbarn und als seien sie viel zu vorsichtig, um eine Handhabe zum Anfassen zu bieten. Die schöne Gelegenheit geht also am Ende doch ungenutzt vorüber“ (Briefw. I, 63). Während Graf Waldersee den Präventivkrieg gegen Frankreich befürwortete, ging Loë trotz der im wesentlichen gleichen Anschauungen über die politische Lage von einem anderen Gesichtspunkt aus. Er hielt einen deutschen Angriff auf Frankreich für einen politisch bedrohlichen Schachzug. Man dürfe Frankreich nicht die Möglichkeit geben, in den Augen Europas als das unschuldige Lamm zu erscheinen, das von dem raubgierigen Deutschland brutal überfallen werde (Briefw. I, 37). Darum war er für die Entfesselung des Krieges in Bulgarien. Deutschland könne dann erstmal die Balkanstaaten, die Türkei, Österreich und gegebenenfalls England gegen Rußland vorschicken, so daß Deutschland freie Hand gegen Frankreich habe (s. Briefw. I, 42/43). Loë vertrat also den Gedanken des Doppelkrieges der Dreibundmächte gegen Rußland und Frankreich. In einer langen Auseinandersetzung über die politische Lage an den Grafen Waldersee vom 7. 11. 1886 schrieb er u. a.: „ . . . So muß der Doppelkrieg mit Frankreich und Rußland nicht bloß ins Auge gefaßt, sondern kühn gesucht werden. Dazu muß — nachdem die erforderlichen festen Verabredungen mit den

Balkanstaaten, Österreich und Italien getroffen sind — der Tanz am Balkan beginnen . . ." (Briefw. I, 42). Loë dachte an eine gemeinsame Operation der Zentralmächte (Deutschland, Österreich, Italien) und Balkanstaaten (Serbien, Bulgarien, Rumänien, Türkei) unterstützt durch England, um auf diesem Wege die unhaltbare außenpolitische Lage Deutschlands zu klären und endgültig aus dem Druck des Zweifrontenkrieges herauszukommen. Er war der Überzeugung, daß alle diese genannten Mächte bei einem solchen Vorgehen gegen Rußland mitmachen würden (Briefw. I, 38/39). Graf Waldersee dachte in der Betrachtung der politischen Lage nüchterner als Loë, der zu einer „akademischen Betrachtung der politischen Zeitprobleme“ (Briefw. I, X), oder, wie er selbst von sich behauptete, zu „dilettantenhaften Spaziergängen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik“ (s. Briefw. I, 259) neigte. Waldersee richtete sein Augenmerk vor allem auf die Hebung der Schlagkraft der Armee und die Verstärkung der Truppenzahl und ihrer Bewaffnung. Den Wert des Dreibundes bemaß er nicht so hoch wie Loë. Wir haben schon gesehen, daß er die Kampfkraft der österreichischen Armee für nicht sehr stark ansah. In der Bewertung Italiens als Bundesgenossen werden sicherlich die Berichte des deutschen Militärattachés in Rom, Major v. Engelbrecht, auf ihn gewirkt haben. Engelbrecht hielt im Gegensatz zu der Mehrzahl der deutschen Diplomaten Italien für einen unzuverlässigen und durchaus nicht sehr wertvollen Bundesgenossen. Er begründete dies mit den zunehmenden republikanischen Strömungen und den Irredentagelüsten. In den Briefen und Tagebuchaufzeichnungen Waldersees fehlen zwar für die Jahre 1886/88 irgendwelche Hinweise darauf, daß er die Gedanken Engelbrechts über Italien teilte, aber die hohe Wertschätzung und Förderung, die er ihm zuteil werden lies, läßt darauf schließen, daß er seine Ansichten doch als richtig anerkannte. Inbezug auf England war Waldersee nach wie vor skeptisch eingestellt. Wenn er es auch für richtig hielt, England an den Dreibund heranzuziehen, eine Maßnahme, die schon Italiens wegen nötig war, so hatte er doch kein richtiges Vertrauen zu England, da dieses wegen der Ministerwechsel und unsicheren parlamentarischen Verhältnisse „kein vertrauen-



erweckender „Alliierter sei“ (I, 312; vgl. I, 305). Trotzdem er bei Österreich, Italien und England als Verbündeten viele Mängel sah, hielt er den Dreibund unter Anlehnung an England für die gegebene Bündniskombination (vgl. I, 303, 320). Er begrüßte deshalb die am 20. Febr. 1887 vollzogene Erneuerung des Dreibundes durchaus (I, 320). Es ist aber interessant festzustellen, daß der Dreibundgedanke bzw. der Gedanke des Zusammenhaltens der Mittelmächte unter Anschluß an England in den Walderseeschen Anschauungen nicht die Rolle spielte wie bei Loë, für den der gemeinsame Kampf der Mittelmächte und Englands gegen Frankreich und Rußland das Leitmotiv seiner außenpolitischen Ideen bildete. Im Mittelpunkt der außenpolitischen Gedanken Waldersees stand ohne Zweifel das deutsch-österreichische Bündnis. Waldersee sah es als eine seiner Hauptaufgaben an, mit Nachdruck darauf zu wirken, daß die österreichische Armee sich für den Krieg mit Rußland energisch vorbereitete. In diesem Sinne vertrat er den Gedanken einer engen Zusammenarbeit beider Generalstäbe. Er hielt mehrfach mit dem österreichischen Militärattaché in Berlin, v. Steininger, Besprechungen ab und wies ihn darauf hin, daß Österreich gewaltig rüsten müsse, um dem russischen Angriff standhalten zu können. Mit Besorgnis sah er die Gleichgültigkeit der verantwortlichen österreichischen Stellen, die bei einem Kriege alle Hilfe von Deutschland erwarteten. Überzeugt vertrat er die Anschauung, daß das deutsch-österreichische Bündnis die feste Grundlage der deutschen Außenpolitik sein müsse. Hier lag der Ansatzpunkt für einen tiefgreifenden Konflikt mit dem Reichskanzler, dessen Politik eine andere Linie verfolgte. Bismarcks Ziel war die Erhaltung des europäischen Friedens. Er verfolgte bewußt eine Friedenspolitik und lehnte den Gedanken an Präventivkrieg entschieden ab.<sup>9</sup> Seine Anschauung darüber war:<sup>10</sup> „Die Größe der Kalamität, welche für die Völker Österreich-Ungarns und Deutschlands mit einem französisch-russischen Kriege, wie immer er auch ausfallen mag, verbunden

---

9. Längere Ausführungen über Bismarcks Stellung zum Präventivkrieg würden über den Rahmen dieser Arbeit hinausführen. Vgl. dazu die einschlägige Literatur.

10. Gr. Pol. VI, Nr. 1186, S. 68. 27. 12. 1887.

sein wird, legt uns die Pflicht auf, den Ausbruch desselben, wenn wir können, zu verhüten, und jedenfalls der göttlichen Vorsehung nicht dadurch vorzugreifen, daß wir ihn herbeiführen, ehe er sich uns aufdrängt. Die Zeit läuft mehr zu unseren als zugunsten der Gegner.<sup>11</sup> . . .“ Durch sein Bündnissystem wollte er den Frieden erhalten. In diesem Sinne hatte er 1879 das deutsch-österreichische Bündnis abgeschlossen, als Rußland nach dem russisch-türkischen Krieg von 1878, unzufrieden über das Ergebnis des Berliner Kongresses, bewußt von dem bisherigen freundschaftlichen Verhältnis zu Deutschland abbrückte. 1881 war es ihm gelungen, die drei Kaisermächte im Dreikaiserbündnis zusammenzuführen, das 1884, wenn auch nach großen Schwierigkeiten, erneuert wurde. Der zunehmende Gegensatz zwischen Österreich und Rußland infolge der Rivalität auf dem Balkan, besonders in der bulgarischen Frage, führte zur Nichterneuerung des Dreikaiserbündnisses im Jahre 1887. Rußland wollte kein Bündnis mehr mit Österreich. Bismarck ließ aber „den Draht nach Petersburg“ nicht abreißen, sondern schloß mit Rußland den Rückversicherungsvertrag vom 18. 6. 1887 ab. Im Mai 1882 (20. 5.) war der Dreibund zwischen den Mittelmächten Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien geschlossen worden, der am 20. 2. 1887 erneuert wurde. Abkommen zwischen Österreich, Italien und England, denen sich später noch Spanien anschloß, vervollständigten das System der Sicherungen.<sup>12</sup> Es war nun die Aufgabe der deutschen Politik, den richtigen Weg zwischen den beiden Rivalen auf dem Balkan Rußland und Österreich, zu finden. Der Streit um Bulgarien erschwerte diese Friedenspolitik des Reichskanzlers gewaltig. Er selbst vertrat die Überzeugung, man solle Rußland in Bulgarien und der Türkei gegenüber freie Hand lassen, da Deutschlands Interessen doch nicht gefährdet seien. Er suchte die Österreicher zum Nachgeben gegenüber den russischen Wünschen nach Bulgarien zu veranlassen, was aber auf den Widerstand der Wiener Politiker und besonders der Ungarn stieß. Auf jeden Fall suchte er jeden Konfliktstoff zwischen den beiden Ostmächten von

---

11. Diese Ansicht wird von Waldersee bestritten; s. Mohs, II, 11.

12. Vgl. Gr. Pol. Bd. IV.

vornherein zu beseitigen, Österreich sollte sich angesichts der russischen Rüstungen und Truppenaufstellungen an der galizischen Grenze nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen. Eine Verstärkung der österreichischen Wehrkraft lag durchaus im deutschen Interesse, aber nicht übereilte und provokatorische Maßnahmen, wie Teilmobilmachungen und Truppenzusammenziehungen. In allem sollte die rechte Mitte gewahrt bleiben, um einen österreichisch-russischen Krieg, den er als ein Unglück für den europäischen Frieden ansah, zu verhindern. Bismarck wollte das deutsch-österreichische Bündnis als ein Defensivbündnis betrachtet wissen, als Schutz Österreichs gegen einen russischen Angriff und andererseits als Schutz Deutschlands vor einem französischen Angriff. Alle Bündnisse, die Bismarck in den siebziger und achtziger Jahren abgeschlossen hatte, waren Defensivbündnisse, denn sie sollten den europäischen Frieden erhalten. Er lehnte es strikt ab, daß das Bündnis mit Österreich als ein Zusammengehen beider Staaten für jeden Fall gedeutet wurde. Im Falle eines österreichischen Angriffes auf Rußland stellte er nicht die Hilfe des Deutschen Reiches in Aussicht, ebenso wie auch Österreich nicht verpflichtet war, Deutschland beizustehen, wenn dieses Frankreich angriff. Die Abkommen zwischen Österreich, Italien und England sollten Österreich die Rückendeckung geben, falls es über Streitigkeiten in der Orientpolitik zu einem russisch-österreichischen Kriege kommen sollte. Für die Interessen der österreichischen Balkanpolitik wollte Bismarck das deutsche Schwert nicht in die Waage werfen. Ihm war das deutsch-österreichische Bündnis nicht die alleinige Grundlage der deutschen Außenpolitik, sondern er achtete sorgfältig darauf, daß die Beziehungen zu Rußland in möglichst freundschaftlicher Art gewahrt blieben.

Graf Waldersee vertrat ganz andere Anschauungen. Er ging von der Überzeugung aus, daß die Zeiten der deutsch-russischen Freundschaft endgültig vorüber seien, Rußland sei immer mehr in die Bahnen der panslawistischen Bewegung gekommen und ziele auf ein Bündnis mit Frankreich. Für ihn war es eine feststehende Tatsache, daß Rußland und Frankreich in dem gemeinsamen Haß gegen Deutschland sich einig waren, das dem einen Elsaß-Lothringen verwehrte und dem anderen den Weg

zur Vorherrschaft auf den Balkan versperrte. Die Leitung der russischen Politik hatten nach seiner Meinung Leute inne, die nach dem Leitsatz arbeiteten: „Der Weg nach Konstantinopel geht über Berlin.“ Die Bemühungen des Reichskanzlers um eine Besserung des deutsch-russischen Verhältnisses hielt er für aussichtslos. Am 30. April 1887, zur Zeit des Schnäbele-Zwischenfalles, schrieb er: „Nach meiner Überzeugung wird unsere Stellung zu Rußland immer schlechter“ (I, 324). Im Herbst 1887 heißt es in seinem Tagebuch: „Alle Nachrichten weisen darauf hin, daß die Stimmung gegen uns beharrlich schlechter wird. Man ist darüber einig, daß wir der Gegner sind, der zunächst und vor allen Dingen zu bekämpfen ist“ (I, 331). Mit Prinz Wilhelm hatte er wiederholt Besprechungen über die Lage in Rußland und machte ihn auf die Bedrohlichkeit der russischen Rüstungen aufmerksam. Mit der ihm eigenen Gewandtheit und Zielstrebigkeit suchte er den Prinzen für seine Idee eines Präventivkrieges zu gewinnen. Auf Grund der russischen Rüstungsnachrichten hielt er im November 1887 dem Feldmarschall Moltke Vortrag, daß Rußland die Absicht habe, im Frühjahr 1888 loszuschlagen. Er erklärte dabei: „Da wir völlig fertig sind, so ist es konsequent, wenn wir uns nunmehr schnell zum Kriege entschließen“ (I, 334). Er hatte am selben Tage (16. 11. 1887) an den Generalkonsul Rechenberg in Warschau geschrieben: „Glauben Sie mir, Rußland ist in voller Vorbereitung eines Krieges, der im Frühjahr ausbrechen soll!“ (Briefw. I, 112). Waldersee wollte durch einen Winterfeldzug gemeinsam mit Österreich der Gefahr vorbeugen, durch die russischen Rüstungen in absehbarer Zeit überflügelt zu werden. Dieser Gedanke eines Präventivkrieges gegen Rußland im Winter 1887/88 ist von großer Bedeutung für die Gestaltung der deutschen Außenpolitik in diesen Monaten gewesen. Waldersee hatte angesichts der abwartenden französischen Haltung die Hoffnung aufgegeben, daß Frankreich von sich aus Deutschland angreifen werde, und erkannte, daß ein französischer Angriff erst erfolgen werde, wenn Rußland seine Rüstungen beendet hatte und das Signal zum Doppelangriff gab. Die Nachrichten, die er durch Loë, Oberstleutnant v. Bock aus Straßburg und dem Militärattaché v. Huene aus Paris empfang, hatten ihm die



Überzeugung gegeben, daß Frankreich trotz aller Kriegsreden und Boulanger-Begeisterung nicht den Krieg beginnen werde.<sup>13</sup> In diesem Sinne schrieb er an Rechenberg: „Was aus den Zuständen in Frankreich werden wird, ist hiernach völlig unübersichtlich. Ich glaube mehr an innere Wirren, vielleicht an Bürgerkrieg, als an Krieg mit uns, und möchte schon jetzt annehmen, daß das Jahr für uns ohne Krieg vorüber geht, und bin schlecht genug, dies zu beklagen.“<sup>14</sup> Aus diesen Motiven heraus hielt er es für das Beste, die augenblickliche Überlegenheit der deutschen Armee zu einem Schlag gegen Rußland zu benutzen. Die Vorbedingung für das erfolgreiche Gelingen eines solchen Krieges war natürlich eine tatkräftige österreichische Offensive. Österreich war die einzige Macht, auf die Deutschland fest bauen konnte, da es durch die russischen Truppenansammlungen an seiner Ostgrenze stark bedroht war. Waldersee befürwortete mit Eindringlichkeit die Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit der österreichischen Allianz, seitdem er erkannt hatte, daß an ein freundschaftliches Zusammengehen mit Rußland nicht mehr zu denken war, im Gegenteil diese Macht konsequent den Krieg vorbereitete. Loë hatte in seinen Auseinandersetzungen über die politische Lage immer wieder auf die Notwendigkeit eines engen Bündnisses mit Österreich hingewiesen. Besonders aber vertrat der deutsche Militärattaché in Wien, Major v. Deines, den Gedanken einer engen Zusammenarbeit beider Staaten auf politischem wie auch militärischem Gebiete. Er schrieb am 3. 12. 1887 an Waldersee: „Ich bin von der Notwendigkeit, den Russenkrieg vom ersten Tage der Mobilmachung an gemeinsam zu führen, fest durchdrungen, und ich halte es für einen geradezu verhängnisvollen Irrtum, zu glauben, man könne oder dürfe die Österreicher den unsicheren Chancen und der ganzen Wucht des ersten Zusammenstoßes mit Rußland allein aussetzen“ (Briefw. I, 130). Diese Gedanken widersprachen den Anschauungen des Reichskanzlers über das deutsch-österreichische Bündnis. Bismarck hatte wiederholt darauf hingewiesen, daß es kein Offensivbündnis sei, sondern ein Abkommen zum Schutz beider Länder gegen Angriffe ande-

---

13. Vgl. Briefw. I, 27, 54, 63.

14. Brief vom 18. 4. 1888; Briefw. I 173.

rer Staaten. Aus der Präventivkriegsidee ging logischerweise hervor, daß das deutsch-österreichische Bündnis in seinen Abmachungen, d. h. der *casus foederis*, geändert werden mußte. In diesem Punkte setzten dann auch die Bemühungen der Anhänger des Präventivkrieges ein. Man hob die Unsinnigkeit der Bestimmungen hervor in Anbetracht der bedrohlichen Lage, in der sich Österreich infolge der russischen Rüstungen befand. Es sei ein verhängnisvoller Fehler Deutschlands, wenn dieses einen Angriff Rußlands auf Österreich abwarte, um erst dann die Waffenhilfe zu geben. Dadurch schädige man in hohem Maße die militärischen Vorbedingungen für ein erfolgreiches Gelingen des Krieges, nehme aber auch andererseits den Österreichern das Vertrauen auf die deutsche Hilfe und die Sicherheit, derer die österreichische Armee ebenso wie die Regierung stark bedürfe. Deines schrieb in diesem Sinne Anfang Dezember an Waldersee: „Ich möchte daher ganz gehorsamst glauben, daß man einer Revision des *casus foederis*, der in direktem Widerspruch zu den militärischen Interessen steht, näher treten sollte. Will man den Frieden durchaus erhalten, so wird das eher gelingen, wenn wir und Österreich unter allen Umständen zusammen schlagen.<sup>15</sup> An seinen Vater schrieb er am 10. Dezbr. in ähnlichem Sinne: „... Nur wenn Deutschland und Österreich gleichzeitig zum Kriege entschlossen rüsten, wird der Friede vielleicht erhalten...“<sup>16</sup> Deines wirkte in diesem Sinne auch in Wien und kam dadurch in Konflikt mit der Leitung der deutschen Außenpolitik, da Bismarck die Gefährlichkeit dieser Pläne klar erkannte. Als Deines in einer Unterredung mit dem österreichischen Kaiser (Dezember 1887): „die Grenze zwischen politischen und militärischen Fragen überschritten hatte“, kam es zum Zusammenstoß mit dem Reichskanzler. In einem vertraulichen Schreiben an den Militärattaché<sup>17</sup> forderte ihn Bismarck auf, sich jeder Einmischung in die auswärtige Politik zu enthalten. Das Schreiben schloß mit den Worten: „Die auswärtige Politik Seiner Majestät wird nicht

---

15. Brief vom 3. 12. 1887; s. Briefw. I, 130.

16. E. v. Witzleben, Ad. v. Deines, S. 173.

17. a. a. O. S. 174 f.

vom Generalstabe, sondern ausschließlich von mir beraten, und Euer Hochwohlgeboren sind ohne meine ausdrückliche Instruktion nicht ermächtigt, auf die politischen Kreise Wiens und auf ihre Entschließungen eine Einwirkung von politischer Tragweite zu versuchen — —“. An den Wiener Botschafter, Prinzen Heinrich VII. Reuß richtete er am 15. 12. 1887 folgendes Telegramm, das seine Stellungnahme noch einmal genau klarlegte: „Militärbericht Nr. 88 vom 13. d. Mts. erhalten. Die Befürwortung des Winterfeldzuges, also Herbeiführung des Krieges, widerspricht unserer Politik direkt und vollständig, und ersuche ich den Herrn Militärattaché sich ähnlicher politischer Einwirkungen auf den Kaiser von Österreich zu enthalten, solange nicht eine von mir ausgehende Instruktion dafür vorliegt.“<sup>18</sup> Eine Aufzeichnung des Vortragenden Rates im Auswärtigen Amt, Grafen zu Rantau, der bei Bismarck in diesen Tagen in Friedrichsruh weilte, gibt weitere Klarheit über diesen Konflikt zwischen den militärischen und politischen Stellen<sup>19</sup> und sprach deutlich das Vorrecht der Politik vor den militärischen Erwägungen aus. Bismarck lehnte nicht nur diese militärischen Eingriffe in die Auswärtige Politik ab, er sprach sich darüber hinaus gegen jede Änderung des casus foederis aus. „Wir dürfen Österreich durchaus nicht zu aggressivem Vorgehen gegenüber Rußland ermutigen, nur zum Starksein in der Defensive.“<sup>20</sup> Durch das Eingreifen Bismarcks waren also die Bemühungen von Deines, eine Änderung des casus foederis zu veranlassen, gescheitert. Aber Deines stand mit diesen seinen Bestrebungen nicht allein. Waldersee selbst arbeitete eifrig daran, ein festeres und intimeres Bündnisverhältnis zwischen Deutschland und Österreich herbeizuführen. Er vertrat mit Entschiedenheit die Ansicht, daß man auf jeden Fall mit Österreich zusammen den Krieg gegen Rußland führen müsse. Man dürfe nicht warten, bis die Russen österreichisches Gebiet besetzt hätten (s. I, 337). In Unterredungen mit Herbert Bismarck und Prinz Wilhelm legte er immer wieder seine An-

---

18. Große Politik Bd. VI S. 29 Nr. 1165.

19. s. Große Politik Bd. VI S. 28/29 Nr. 1164.

20. Große Politik, Bd. VI, S. 27/28.

sichten dar. Er wurde darin durch Briefe von Deines und York, dem Militärattaché in Petersburg, bestärkt (I, 338). Mit Nachdruck wandte er sich gegen die Bismarckischen Ansichten über das deutsch-österreichische Bündnis. Ende November 1887 sprach er mit dem deutschen Botschafter in Wien über die politische Lage: „... Der Kanzler möchte, daß sie alles unterlassen, was provozieren könnte, das ist aber ein unbilliges Verlangen, sie geben sich dann einem russischen Angriff wehrlos preis. Er träumt wirklich noch davon, daß ein Krieg allein zwischen Österreich und Rußland zu führen sei, und hat dies auch dem Kaiser wahrscheinlich gemacht. Ich tat, was ich konnte, den Prinzen Reuß vom Gegenteil zu überzeugen, und bat ihn, auch beim Kanzler in diesem Sinne zu wirken“ (I, 337/38). Bei diesen Bestrebungen hatte Waldersee die volle Unterstützung Moltkes. Gegenüber der Meinung Kaiser Wilhelms I., Deutschland könne bei einem Kriege Rußlands gegen Österreich neutral bleiben, erklärte der Feldmarschall: „daß wir Österreich niemals im Stiche lassen dürften“ (I, 338). In diesen Wochen, wo die außenpolitische Lage sehr gespannt war, arbeitete Waldersee fieberhaft und pflegte ständigen Verkehr mit dem Auswärtigen Amt. Er besaß dort gute Verbindungen mit Herrn v. Holstein, mit dem er sich seit Mai 1887<sup>21</sup> ausgesöhnt hatte. Durch Holstein und den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Grafen v. Berchem, ließ er sich genau über die außenpolitischen Vorgänge unterrichten (I, 292 u. 350). Auch mit dem österreichischen Botschafter in Berlin, Széchényi, und besonders mit dem österreichischen Militärattaché, Obersten v. Steininger, stand der Generalquartiermeister in ständiger Verbindung (s. I, 342). Bei einer Besprechung mit Széchényi riet Waldersee, keine Maßnahmen gegen Rußland zu ergreifen, aber alle Vorbereitungen für einen Kriegsfall zu treffen (I, 340). Da dieser Rat im Widerspruch zu den Plänen Herbert Bismarcks stand, der den österreichischen Botschafter zu veranlassen suchte, etwas gegen Rußland zu tun, kam es zu einem Konflikt zwischen Waldersee und Fürst Bismarck, bei dem sich Herbert über Wal-

---

21. s. I, 327; vgl. Abschn. III, S. 55.



dersee beschwert hatte. Die Folge war ein Schreiben des Fürsten Bismarck an Waldersee vom 7. 12. 1887, in dem er darauf hinwies, daß die Äußerungen des Grafen gegenüber dem österreichischen Botschafter von Schaden für die deutschen diplomatischen Beziehungen seien, da sie geeignet seien, die Österreicher in ihrer Bequemlichkeit zu unterstützen, statt sie auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die Schlagkraft ihres Heeres zu steigern. Das Schreiben schloß folgendermaßen: „Ich würde, wenn neben meiner amtlichen Tätigkeit Einwirkungen diesseitiger hoher Behörden auf die fremden Kabinette stattfinden, ganz außerstande sein, die Verantwortung für mein Amt weiter zu tragen, da ich den Schaden nicht wieder gutmachen kann, der dadurch angerichtet wird“ (I, 341). Es war der zweite Schlag, den der Reichskanzler gegen die Militärs führte, um ihre Einmischung in die Führung der deutschen Außenpolitik abzuwehren. Bemerkenswert ist, daß bei diesem Konflikt die Einstellung Waldersees und Bismarcks scheinbar gewechselt hatte. Bismarck erhob Protest dagegen, daß Waldersee Österreich gewissermaßen von Rüstungen abhalte, während sich das Auswärtige Amt bemühte, die Österreicher zur Vervollkommnung ihrer Armee zu veranlassen. Bisher hatte der Reichskanzler die Friedenspolitik vertreten und Österreich zurückgehalten, während Waldersee zu Rüstungen und einer Änderung des casus foederis drängte. Dieser offenbare Widerspruch beruht wohl darauf, daß durch den Umweg über Herbert Bismarck der Reichskanzler über die Tendenz der Walderseeschen Äußerungen gegenüber Széchényi falsch unterrichtet war. Waldersee schreibt darüber in seinem Tagebuch: „Wahrscheinlich hat Herbert Äußerungen des übrigens nicht sehr erleuchteten Botschafters dem Vater entstellt wiedergegeben, um diesen gegen mich aufzuhetzen“ (I, 342). Die Randbemerkungen Waldersees zu dem Briefe des Fürsten Bismarck zeigen deutlich, daß er durchaus nicht die ihm in diesem Schreiben vorgeworfenen Ansichten vertrat (s. I, 340—342). Mit Recht verwies schon der Herausgeber der Walderseeschen Denkwürdigkeiten, Heinrich Otto Meisner, darauf, daß „der Grundgedanke dieses Bismarckischen Schreiben in direktem Widerspruch zu dem stehe, was Gedanken und Erinnerungen III, 135 über das gleiche Thema gesagt

wird" (I, 341 Anm. 2). In seinen „Gedanken und Erinnerungen“ legt Bismarck dar, daß Graf Waldersee als Anhänger eines Angriffskrieges gegen Rußland in einer Unterredung mit dem österreichischen Botschafter diesen auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen Angriffes auf Rußland aufmerksam gemacht habe. Bismarck fährt dann fort: „Der Letztere (nämlich Széchényi) berichtete darüber nach Wien, und nicht lange nachher fragte der Kaiser von Rußland den deutschen Botschafter v. Schweinitz: „Weshalb hetzen Sie Österreich gegen mich?““.<sup>22</sup> Weiteren Aufschluß über diesen Konflikt geben eine Aufzeichnung des Grafen Herbert Bismarck vom 6. Dezember 1887 (I, 419—421), eine Direktive des Fürsten Bismarck an das Auswärtige Amt vom 7. Dezember (I, 421) und ein Erlaß Herbert Bismarcks an den deutschen Botschafter in Wien vom 9. Dezember (I, 421/23). Diese Aktenstücke zeigen klar das Bestreben des Fürsten Bismarck und seines Sohnes, den Grafen Waldersee als einen Mann hinzustellen, der politisch nicht orientiert sei und deshalb „über die politische Situation nicht autoritativ sprechen könne“. Das Auswärtige Amt legte die Unrichtigkeit der Walderseeschen Anschauungen dar und die Abweichung von den offiziellen Richtlinien und Plänen der deutschen Außenpolitik. In der Direktive des Fürsten Bismarck an das Auswärtige Amt heißt es: „Der Herr Reichskanzler bittet nach Wien zu schreiben, die österreichische Regierung möge sich ja nicht an die Äußerungen des Grafen Waldersee kehren und mehr Gewicht als auf dessen Auffassungen auf diejenigen des österreichischen Militärattachés in Petersburg<sup>23</sup> legen“ (I, 421). Im weiteren Verlauf des Schreibens wird darauf hingewiesen, daß Moltke ganz andere Anschauungen als Waldersee vertrete, und die Auffassung habe, daß es an der Zeit sei, den Krieg gegen Rußland zu beginnen, da der russische Angriff bevorstehe. Auch der deutsche Militärattaché in Petersburg, Graf York von Wartenburg, sei derselben Überzeugung. Es ist ein eigenartiges Spiel des Zufalls, wenn gegen den Grafen Waldersee seine eigene Schrift über die russischen Rüstungen angeführt

---

22. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen III, 135.

23. Oberstleutnant Klepsch.

wurde (s. I, 423), die als von Moltke selbst verfaßt galt. Waldersee wurde als ein Mann hingestellt, der die Auffassung vertrete, daß Rußland nicht mehr weiter rüste, ein Krieg sobald nicht bevorstehe und Österreich mit seiner Heeresverstärkung deshalb bis zum Frühjahr 1888 Zeit habe (s. I, 419). Mit Recht konnte sich Waldersee dagegen verwahren, derartige Anschauungen je geäußert oder vertreten zu haben. „Daß ich allgemein gesagt haben soll, es stände ein Angriff auf Österreich nicht in Aussicht, ist wahrer Unsinn, da ich grundsätzlich nie von solcher Ansicht mit irgendeinem Österreicher gesprochen habe, sondern nur von dem notwendigen Angriffe auf Rußland, wenn es zum Kriege käme“ (I, 342). Es mußte sich bei dieser Angelegenheit um einen vom Auswärtigen Amt, d. h. vor allem von Herbert Bismarck direkt gegen Waldersee beabsichtigten Angriff handeln, um dessen Einfluß beim Prinzen Wilhelm herabzusetzen und seine Einmischung in die auswärtige Politik zu beseitigen. Andererseits war es auch möglich, daß sowohl Steininger wie auch Széchényi den Grafen Waldersee falsch verstanden hatten oder falsch verstehen wollten, da eine Verstärkung ihrer Armee aus parlamentarischen und finanziellen Gründen nicht im österreichischen Interesse lag. Waldersee selbst schrieb über diesen Konflikt mit dem Reichskanzler in sein Tagebuch: „Wodurch dieser Angriff entstand, ist mir nie ganz klar geworden, wahrscheinlich aber durch die Eifersucht und die Sorge, ich könne den lieben Herbert beim Prinzen ausstechen“ (I, 342). Dieses persönliche Moment mag bei Herbert Bismarck wohl mitgespielt haben; Fürst Bismarck selbst nahm bereitwillig die ihm gebotene Gelegenheit, um Waldersee in seine Schranken zurückzuweisen. Es handelt sich um einen Schlag der Zivilgewalt gegen die Versuche der militärischen Stellen, Einfluß auf die Gestaltung der auswärtigen Politik zu gewinnen. Bismarck griff erneut ein, als ihm acht Tage später Deines die Gelegenheit dazu bot, obwohl es sich sachlich hierbei um eine ganz andere Einwirkung auf die Österreicher handelte.<sup>24</sup> Die Darstellung der Entwicklung des Verhältnisses zu Rußland

---

24. Vgl. die Ausführungen auf S. 126/27.

im 10. Kapitel der Gedanken und Erinnerungen bestärkt die Anschauung, daß es sich bei diesem und anderen Konflikten um eine Abwehr des Reichskanzlers gegen Einflüsse und Bestrebungen „unberufener militärischer Elemente“ handelte.

Das Vorgehen des Fürsten Bismarck hatte aber nur vorübergehende Wirkung. Waldersee verhielt sich ganz ruhig und erwiderte kein Wort auf den Brief des Reichskanzlers; er setzte Herbert Bismarck in einer Aussprache auseinander, daß ein Mißverständnis des österreichischen Botschafters vorliegen müsse und — „die Sache verlief einfach im Sande“ (I, 342). Auch die Aktion gegen den Militärattaché in Wien, v. Deines, hatte nur vorübergehenden Erfolg. Er schrieb zwar unter dem Eindruck der Bismarckischen Kritik am 21. 12. 1887 an Waldersee: „In Zukunft werde ich aber in meinen Berichten vorsichtiger werden müssen. Ich habe z u m K r i e g e hier nie gehetzt, stets nur zur A b w e h r“ (Briefw. I, 138). Der Brief ließ aber nicht eine grundsätzliche Änderung der Anschauungen erkennen, sondern nur das Bestreben, größere Vorsicht bei den Berichten zu verwenden, um ein Mißfallen gegenüber dem Kanzler und damit eine Gefährdung seiner Stellung in Wien zu vermeiden. Schon ein weiteres Schreiben vom 9. 1. 1888 zeigt, daß Deines an seiner Überzeugung, eine Änderung des casus foederis sei nötig, festhielt. Mit Eindringlichkeit schrieb er: „... Aber ich möchte, wenn Ew. Exzellenz einverstanden sind, auch fernerhin an der Überzeugung festhalten, daß, wenn trotz allem ein Krieg mit Rußland ausbrechen sollte, derselbe von Deutschland und Österreich gemeinsam geführt werden wird, und daß die Macht der Tatsachen dann stärker sich erweisen werde als die stärkste Friedensneigung“ (Briefw. I, 141). Die Erörterungen über den casus foederis setzten sich trotz aller eindeutigen Erklärungen Bismarcks auch weiterhin fort. Besonders die Österreicher hofften auf eine Änderung der Bestimmungen zu ihren Gunsten und wurden von Deines, Waldersee und ihren Gesinnungsgenossen darin gestützt (Briefw. I, 144). Die Zusammenarbeit der beiden Generalstäbe wurde eifrig gepflegt und genoß die wohlwollende Förderung durch Kaiser Franz Joseph (Briefw. I, 144). Den ganzen Dezember 1887 und Januar 1888 hindurch liefen die Besprechungen und der Notenwechsel über den casus



foederis.<sup>25</sup> Ganz energisch und eindeutig lehnte Bismarck immer wieder die Verschiebung der defensiven Grundlagen des Bündnisses ab. In einem Erlaß<sup>26</sup> an den deutschen Botschafter in Wien legte er dar: „Unser Eintreten in den eventuellen Krieg wird durch den russischen Angriff auf Österreich prinzipiell bedingt; eine gleichzeitige Kriegserklärung oder Mobilmachung, welche in den militärischen Fragebogen Erwähnung finden, kann daher nicht vorkommen, weil Österreich, wenn casus foederis für uns eintritt, bereits von Rußland angegriffen und mit ihm im Kriege sein wird“.<sup>27</sup> Die Verhandlungen über eine Änderung des casus foederis scheiterten angesichts dieser festen Haltung Bismarcks, was in Wien, besonders bei Kaiser Franz Joseph, lebhaftes Bedauern hervorrief. Bismarck hielt den Österreichern vor, „Verhandlungen über Phrasen sind unfruchtbar. Österreichs Hauptsicherheit für unsere ehrliche Auslegung des casus foederis liegt nicht in Klauseln und Worttexten, sondern in der unzweifelhaften Tatsache, daß die ungeschwächte Existenz Österreichs ein Lebensbedürfnis für uns und für das europäische Gleichgewicht ist“.<sup>28</sup> Für den Bismarckischen Standpunkt war es ein Vorteil, daß sich die militärischen Stellen hinsichtlich einer Änderung des casus foederis durchaus nicht einig waren. Das traf besonders für die Haltung Moltkes zu. Bei einer Besprechung zwischen Waldersee, Moltke und Steininger am 30. 12. 1887 vertrat Moltke folgenden Standpunkt: „Strenges Festhalten an dem Buchstaben des Vertrags. Anhäufung russischer Truppen führt danach den casus foederis noch nicht herbei. Auch wir sind noch nicht fertig“.<sup>29</sup> In einer eigenhändigen Aufzeichnung war Moltke im Gegensatz zum österreichischen Generalstab der Ansicht, daß für eine Entscheidung zum Kriege nicht bloß die militärischen, sondern in erster Linie die höchsten politischen Rück-

---

25. s. Große Politik VI, S. 55—87.

26. v. 27. 12. 1887 Nr. 1186, a. a. O. VI, 66 f.

27. a. a. O. VI, 67.

28. a. a. O. VI, 82/83.

29. Eigenhändige Notiz Moltkes; Reichsarchiv ungedruckt. Zit. bei: Heinz Trützschler v. Falkenstein: Bismarck und die Kriegsgefahr 1887. S. 141.

sichten in Betracht kämen. „Diese folgenschwere Entscheidung liege den Spitzen der beiderseitigen Kabinette ob.“<sup>30</sup> Waldersee dagegen war der Ansicht, Österreich unter allen Umständen beizustehen. „Wir sind gehalten, Österreich beizustehen, wenn es angegriffen wird; wollten wir dabei warten, so kämen wir leicht zu spät. Österreich würde nach einer verlorenen Schlacht wahrscheinlich bald Frieden machen, und wir hätten die ganzen Russen auf dem Halse.“<sup>31</sup>

Bismarck hatte im Kampfe um die Änderung des casus foederis im deutsch-österreichischen Bündnis gesiegt. Der Sieg war ihm vor allem deshalb gelungen, weil er mit Genehmigung des Kaisers den Generalstabschef Grafen Moltke in den ganz geheimen Rückversicherungsvertrag mit Rußland einweihte. Eine Durchkreuzung seiner Pläne durch Moltke hatte Bismarck nicht zu befürchten; es war vielmehr eine gewisse Trennungslinie in diesen Fragen zwischen der Haltung Moltkes und der sog. Kriegspartei geschaffen. Es war ein Erfolg der politischen Führung des Reiches über die militärischen Stellen, die Einfluß auf die Gestaltung der Außenpolitik gewinnen wollten. Es handelte sich aber vor allem darum, daß es Bismarck gelungen war, seine Friedenspolitik gegen die Präventivkriegsanhänger im Generalstab und unter den Militärattachés durchzusetzen. Das war das entscheidende Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen den verantwortlichen Leitern der deutschen Außenpolitik und der sog. Kriegspartei mit dem Generalquartiermeister Grafen Waldersee an der Spitze. Der Konflikt mit Bismarck hatte Waldersee von seinen Anschauungen nicht abbringen können. Er sah ein, daß es zu einem Präventivkriege nicht kommen werde, da Bismarck als scharfer Gegner eines solchen jede Einmischung in die Außenpolitik energisch zurückwies. Auch in den nun folgenden Jahren 1888 bis 1890 hielt Waldersee an seinen Anschauungen über die deutsche Außenpolitik fest. Zur Frage eines Krieges nahm er die ganz eindeutige Haltung ein: „Sollen wir den Krieg, der unvermeidlich scheint, beginnen, solange die Chancen für uns noch besser sind,

---

30. a. a. O. S. 139, N. 5.

31. Tgb.-Aufzeichn. v. 23. 11. 1887, I, 337.

wie dies z. B. jetzt der Fall ist, oder sollen wir warten, bis es unseren Gegnern paßt, in der Hoffnung, daß irgend etwas passieren kann, was uns den Krieg erspart? Ich bin überzeugt, daß das erstere richtig ist, bin aber nunmehr gewiß, daß wir das letztere gewählt haben."<sup>32</sup> Waldersee wollte den Präventivkrieg, je eher, desto besser. Seine Versuche, ihn als notwendig hinzustellen und die militärischen Gesichtspunkte gegenüber den politischen in den Vordergrund zu schieben, waren gescheitert. Er selbst gab dies mit einer gewissen Resignation zu. Solange der alte Kaiser und sein Kanzler am Leben waren, konnte er nicht auf die Durchführung seiner Anschauungen und Pläne hoffen. Das zweite war die Frage der Beziehungen zu Österreich. Auch hier zeigte Waldersee die gleiche klare Haltung. Offene und feste Anlehnung an Österreich. Waldersee war Anhänger eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Österreich. Die feste Grundlage der deutschen Außenpolitik sollte der Zweibund sein, dem für gewisse Fälle Italien als dritter Verbündeter beitrat (I, 349). Dieser Zweibund zwischen Deutschland und Österreich sollte aber keine Defensivallianz sein, wie Bismarck sie vertrat, sondern ein Zusammengehen auch für den Fall eines Angriffes einer der beiden Mächte auf Frankreich bzw. Rußland. Die aggressive Tendenz billigte er ausdrücklich, wenn er auch wiederholt den Gedanken aussprach, daß der Dreibund „wahrscheinlich unseren Feinden die Lust am Kriegführen nimmt“ (I, 349). In der Beurteilung der Beziehungen zu Rußland hielt Waldersee ebenfalls an seinen Ansichten weiterhin fest. Rußland wolle den Krieg und werde ihn vom Zaune brechen, sobald es mit seinen Rüstungen fertig sei. Das werde im Sommer 1888 eintreten. „Die Russen trieben auch Frankreich zum Kriege. „Es treibt auf eine Entscheidung hin; Krieg oder Abrüstung“ (I, 365 vgl. I, 363). Alle scheinbaren Besserungen der deutsch-russischen Beziehungen beurteilte er sehr mißtrauisch. Darum erschienen ihm die Versuche des Reichskanzlers, zu einem besseren Verhältnis mit Rußland zu kommen, nutzlos und zum Scheitern verurteilt (I, 384, 387). Er hielt die „extrem-friedliche“ Außenpolitik Bismarcks für falsch und

---

32. Tgb.-Notiz vom 1. 1. 1888, I, 349.

zum Schaden für Deutschland, jeder Aufschub des Krieges verbessere die Chancen des Gegners. „Ich bleibe dabei, daß wir die besten Chancen haben, wenn wir jetzt im Bunde mit Österreich und Italien den Krieg gegen Rußland und Frankreich führen. Jeder Aufschub geschieht zu unserem Nachteil. Daß Bismarck dies nicht einsehen will, ist ein verhängnisvoller Fehler. Ich würde seinen Gedankengang verstehen, wenn Rußland abrüstete, die Truppen von den Grenzen zurückzöge; es tut aber das Gegenteil!“<sup>33</sup> Im Sinne dieser Anschauungen über die deutsche Außenpolitik wirkte Graf Waldersee in seiner Stellung als Generalquartiermeister. Er unterstützte mit aller Kraft die österreichischen Wünsche und dokumentierte sich in der Öffentlichkeit als tatkräftigen Vertreter und überzeugten Freund des deutsch-österreichischen Bündnisses (I, 414). Bei der Anwesenheit des Königs von Rumänien in Berlin im März 1888 fand eine Besprechung zwischen diesem und Waldersee über die politische Lage und die Kriegführung statt. Er ermutigte den König und sicherte ihm die österreichische Hilfe im Falle eines russischen Angriffes auf Rumänien zu. Er vertrat den Standpunkt: „Es liegt so, daß wir sowohl den Rumänen als den Österreichern Mut machen müssen, und, solange ich im Amte bin, wird dies geschehen“ (I, 376). Auch auf den Prinzen (Kronprinzen) Wilhelm wirkte er im Sinne seiner außenpolitischen Anschauungen ein. Sein Einfluß beim Prinzen Wilhelm blieb nach wie vor bestehen. Bei dem Konflikt zwischen Bismarck und Kronprinz Wilhelm im Mai 1888 wegen der Beurteilung des deutsch-russischen Verhältnisses<sup>34</sup> stand Waldersee als Ratgeber des Kronprinzen im Hintergrund. Er verwahrte sich allerdings gegen den Vorwurf der Kriegstreiberei und daß er in diesem Sinne auf den Kronprinzen eingewirkt habe. So schrieb er im Hinblick auf den Briefwechsel zwischen dem Reichskanzler und dem Thronfolger<sup>35</sup> in dieser Angelegenheit: „Weder hat der Kronprinz den Wunsch, sogleich loszuschlagen, noch habe ich ihn jemals in dieser Richtung zu treiben versucht; das Gegenteil ist

---

33. Tgb.-Aufzchn. v. 8. 4. 1888, I, 387; vgl. I, 351.

34. Vgl. I, 395 ff.; Bismarck, Ged. u. Erinn. Bd. III, S. 136 ff.

35. Vgl. a. a. O.



wahr. Allerdings sind wir in der Ansicht einig, daß der Kanzler in letzter Zeit Rußland gegenüber nicht glücklich operiert und ebenso Österreich falsch behandelt.“<sup>36</sup> Dieser Verteidigungsversuch Waldersees gegen den Vorwurf der Kriegstreiberei entspricht nicht den Tatsachen. Waldersee wollte den Präventivkrieg und hat auch in diesem Sinne auf den Thronfolger, von dem er eine Führung der Politik in seinem Sinne erhoffte, eingewirkt, wenn wohl auch in sehr diplomatischer und gewandter Form, um nicht das Mißtrauen des Prinzen und die Kritik Bismarcks zu erregen. Bismarck war vollkommen davon überzeugt, daß Waldersee in steigendem Maße die politischen Anschauungen des Kronprinzen beeinflusste.<sup>37</sup> Der Brief des Kronprinzen an Bismarck<sup>38</sup> und seine Randbemerkungen zu dem Berichte des Reichskanzlers an den Prinzen Reuß vom 3. 5. 1888<sup>39</sup> zeigen deutlich den Einfluß Walderseescher Anschauungen. Der Thronfolger hielt, eben infolge des Einflusses Waldersees, die Bismarckische Politik für zu „russenfreundlich“, wie Ph. Eulenburg Herbert Bismarck erklärte.<sup>40</sup> Die Verurteilung der Presseartikel gegen Waldersee durch Kronprinz Wilhelm und sein Eintreten für den Generalquartiermeister lagen in der Linie dieser Einstellung.<sup>41</sup> Gleich nach der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. kam es zum Friedensschluß zwischen den beiden Bismarcks und dem Grafen Waldersee. Das gegenseitige Mißtrauen aber blieb, da beide Parteien empfanden, daß sich die Verschiedenheit ihrer Anschauungen nicht überbrücken ließ. Das gegenseitige Vertrauen war zu sehr erschüttert.<sup>42</sup> Waldersee bemühte sich zwar um eine objektivere Bewertung der Bismarckischen Politik, hielt aber an seinen Grundanschauungen auch fernerhin fest. So schrieb er im Juli 1888: „Von der des

---

36. I, 399.

37. s. Ged. u. Erinn. III, 136.

38. Ged. u. Erinn. III, 136—141; Große Politik Bd. VI, S. 307/09; Denkw. I, 395—399.

39. Große Politik Nr. 1340 Bd. VI, S. 302/03.

40. Ged. u. Erinn. III, 142.

41. s. Ged. u. Erinn. Bd. III, S. 142; vgl. Denkw. I, 359 ff.; 352. Vgl. Briefw. I, 168.

42. I, 406; 412/13; Briefw. I, 185 u. 188.

Kanzlers unterscheidet sich meine Auffassung darin, daß er uns jeden Krieg fernhalten will in dem Glauben, in Rußland oder Frankreich oder in beiden Ländern werde ein innerer Zerfall eintreten, während ich meine, daß wir recht tun, ernsthaft an die Lösung der ungesunden europäischen Verhältnisse zu gehen, selbst wenn wir dazu einen Krieg führen müßten" (I, 410). Es war derselbe Standpunkt wie im Winter 1887/88, wenn auch in milderer Form. Die außenpolitische Lage hatte sich nach dem konfliktreichen und kritischen Winter beruhigt, und die vorübergehende Aussöhnung mit dem Reichskanzler bedingte ebenfalls eine Abschwächung seiner kritischen Auffassungen über die Führung der deutschen Außenpolitik (s. Briefw. I, 174). Von einer grundlegenden Änderung seiner Anschauungen kann aber, wie schon gesagt, keinesfalls die Rede sein.<sup>43</sup>

Am 10. August 1888 wurde Graf Waldersee zum Generalstabschef ernannt. Für seine außenpolitischen Anschauungen bedeutete diese Beförderung keinen Wechsel. Im Gegenteil, er konnte in seiner neuen Stellung seinen Ansichten größere Wirkungskraft geben. Das zeigte besonders seine Haltung gegenüber Österreich und Rußland. Schon im Sommer 1888 hatte Waldersee den russischen Friedensbeteuerungen keinen Glauben geschenkt, trotzdem er infolge seines Friedensschlusses mit dem Reichskanzler dessen Politik nicht mehr so scharf wie früher kritisierte. Er sah, daß die Verschiedenheit der Interessen Rußlands und Österreichs derartig war, daß es doch einmal zum Bruch kommen mußte. So schrieb er im Juli 1888 an seinen Jugendfreund, den General v. Verdy du Vernois, „Alles, was wir erreichen werden, ist, ihn etwas hinzuhalten, was Bismarcks Ziel ist. Daß es für uns besser wäre, ihn herbeizuführen, darüber werden wir wohl einig sein" (Briefw. I, 191). Entschieden bekämpfte er die Ansicht Bismarcks, daß die Zeit zugunsten Deutschlands laufe und seine Gegner infolge innerer Wirren allmählich schwächer würden. „Das Gegenteil ist der Fall" (II, 12) war seine Ansicht. Angesichts der Zunahme der russischen und französischen Rüstungen trat er immer wieder für ein enges Bündnis mit Österreich ein. Am 1. November schrieb er in sein

---

43. s. I, 412 u. Briefw. I, 178, 189, 191.

Tagebuch: „Ich bin nun fest entschlossen, für unser Bündnis mit Österreich mit aller Entschiedenheit einzutreten... ich weiß nicht, auf wen zu rechnen wäre, wenn nicht auf Österreich“ (II, 13). Er arbeitete mit Nachdruck gegen die Bestrebungen, den Kaiser gegen Österreich einzunehmen und einen russischen Kurs in der deutschen Außenpolitik eintreten zu lassen. Deines unterstützte ihn eifrig in diesen seinen Bemühungen. Mit Bedauern sahen beide, daß in Deutschland von manchen Seiten das Bündnis mit Österreich als unbedeutend angesehen und ein Einvernehmen mit Rußland befürwortet wurde. Deines schrieb im Dezember 1888 an Waldersee: „Ich fürchte überhaupt, daß die systematische schlechte Behandlung unseres loyalen Bundesgenossen üble Folgen haben wird. Leider haben einige unserer einflußreichsten Persönlichkeiten eine unmotiviert geringe Meinung von Österreich und von seiner Armee und eine zu erhabene von sich und von unserer Kraft“ (Briefw. I, 209). Er bemühte sich eifrig, alle Differenzen zwischen den beiden verbündeten Mächten zu beseitigen und kein Mißtrauen in Österreich gegen die deutsche Politik aufkommen zu lassen. Er suchte nach Kräften zu einem Näherkommen der beiden Monarchen und der führenden Persönlichkeiten beider Armeen beizutragen (s. Briefw. I, 212/13 u. 222). Waldersee förderte diese Bestrebungen seines Militärattachés mit voller Überzeugung. Er war derselben Auffassung, über das deutsch-österreichische Bündnis wie Deines (II, 16). Ihm lag eine Hebung der Kampfkraft des Verbündeten sehr am Herzen, und er begrüßte daher die deutschen Vorstellungen wegen der österreichischen inneren Politik, die auf einen Föderativstaat hinzielte (II, 18). Er verurteilte das Mißtrauen des Auswärtigen Amtes gegenüber Österreich und die schlechte Behandlung des Bundesgenossen aufs schärfste. „Solange der Kaiser nichts Besseres findet, müssen wir stramm zu Österreich halten und dem auch Vertrauen einzuflößen suchen“ (II, 22). Es ist bemerkenswert, daß sich seit Herbst 1888 bei Waldersees Anschauungen eine gewisse Resignation deutlich bemerkbar macht. Gegenüber dem draufgängerischen Optimismus in den Jahren 1886/88, wo der Generalquartiermeister immer wieder auf einen „frisch-fröhlichen“ Krieg hindrängte, trat hierin seit Herbst 1888 ein Wan-

del ein. Die Kritik an der Bismarckischen Außenpolitik blieb. Aber das Drängen zum Präventivkrieg ließ merkbar nach. Waldersee hielt den günstigen Moment für versäumt (II, 15). Aus militärischen Rücksichten konnte er einen Angriffskrieg nicht mehr empfehlen. Diese bittere Erkenntnis verschärfte seine ablehnende Haltung gegenüber der Bismarckischen Außenpolitik. „Es ist für mich eine unabänderliche Tatsache, daß der Kanzler sich mit seiner Politik festgefahren hat; alle seine Kunst hat ihm nicht geholfen, das französisch-russische Bündnis zu hintertreiben oder die Russen im Orient zu engagieren. Jetzt wird seit Jahren zugeleimt und hingehalten und so die günstige Zeit verpaßt.“<sup>44</sup> Er verurteilte die Bismarckische Außenpolitik, die nach seiner Ansicht von dem alleinigen Ziel ausging, es mit Rußland nicht zu verderben. Diese „alte Liebe zu Rußland“ hielt Waldersee für den Kardinalfehler der deutschen Außenpolitik. Statt des vermeintlichen Hin- und Herschwankens zwischen Österreich und Rußland empfahl er eine offene Anlehnung an den Bundesgenossen. Waldersees Haltung gründete sich dabei nicht nur auf politische und militärische Erwägungen, sondern war auch in eigentümlicher, aber für Waldersee bezeichnender Weise, gefühlsmäßig bestimmt. Auch Österreich war ein deutscher Staat, es waren Stammesgenossen, Angehörige desselben Volkes, für die ein Bündnis mit dem Deutschen Reich naturgegeben war. Dieser völkische Gedanke, der sich bei Waldersee zwar nicht klar und konsequent zeigte, übte aber doch auf seine Anschauungen Einfluß aus. Er hielt es für das Gegebene, daß das Deutsche Reich mit dem österreichischen Brudervolk gegen die wachsende slawische Gefahr fest zusammenhielt. Er verurteilte darum auch gefühlsmäßig die Politik Bismarcks. Im Januar 1889 schrieb er in einer Betrachtung über die deutsche Außenpolitik: „Der Kanzler hofft, sich Rußland nähern und Österreich fallen lassen zu können. Es ist das ein unmoralisches Verfahren, das uns keinen Segen bringen wird“ (II, 32). Es kann als bezeichnend für Waldersee gelten, daß er eine gefühlsmäßige Note in die Betrachtung über politische Fragen hineinbrachte. Er neigte dazu, gefühlsmäßige und

---

44. Tgb.-Aufzeichn. v. 12. 11. 1888, II, 13.



religiöse Anschauungen mit politischen Erwägungen zusammenzubringen, ein Umstand, der mit Recht oft den Verdacht der Heuchelei und Bigotterie aufkommen läßt. Für die Beurteilung der Bismarckischen Russenpolitik durch Waldersee war es von Wichtigkeit, daß er den Rückversicherungsvertrag mit Rußland vom Jahre 1887 nicht kannte.<sup>45</sup> Er konnte darum die Bismarckische Friedenspolitik in ihren Grundlagen überhaupt nicht verstehen. Es ist aber sehr fraglich, ob Waldersee in seiner Voreingenommenheit für Österreich und Gegnerschaft gegen Rußland den Rückversicherungsvertrag gebilligt haben würde. Dieser Faktor kann also nur bedingt zugunsten Waldersees angeführt werden, da nicht zu leugnen ist, daß er aus persönlicher Stellungnahme heraus mit Voreingenommenheit die Politik des Kanzlers betrachtete. Dies gilt auch für die Haltung des Grafen zur Bismarckischen Kolonialpolitik. In den Jahren 1884/85 hatte er die Erwerbung von Kolonien als eine positive Maßnahme gegen die englische Politik begrüßt (vgl. I, 244). Waldersee als treuer Anhänger der Bismarckischen Politik hatte damals die deutsche Kolonialpolitik für richtig gehalten, aus außenpolitischen Gründen: Stellung gegen England, — und aus innenpolitischen Gründen: Stellung gegen die Opposition der liberalen Parteien (s. I, 247). Das war in den Jahren 1884/85. Fünf Jahre später, 1889, hatte sich die Haltung Waldersees entscheidend gewandelt. Aus einem überzeugten Befürworter der Bismarckischen Kolonialpolitik war ein Gegner dieser Politik geworden. Hierfür war einmal ein persönlicher Grund maßgebend: Der Zwist mit Bismarck und die damit verbundene Bewertung seiner Politik nach persönlichen Gesichtspunkten. Dann aber zum anderen ein sachlicher Grund: Nur keine Konflikte mit anderen Mächten, die Deutschland freundschaftlich oder neutral gegenüberstehen, also mit England, Amerika und Spanien. Deutschland kann es sich nicht leisten, angesichts seiner Bedrohung an der Ost- und Westgrenze durch zwei schwer gerüstete feindliche Mächte, mit irgendeinem anderen Staat aus geringfügigen Ursachen heraus in Differenzen zu geraten.

---

45. Vgl. Monts, *Erinn. u. Gedanken* S. 175 u. 510.

Darum Aufgabe der Kolonialpolitik oder zum wenigsten Zurschraubung auf ein den deutschen Interessen angepaßtes Maß. Im Winter 1888/89 war in Ostafrika ein Aufstand der Eingeborenen ausgebrochen, bei dem die Gefahr einer englischen Einmischung vorlag. Auch in Samoa war es zu Kämpfen mit der einheimischen Bevölkerung gekommen, die zu einem gespannten Verhältnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika geführt hatten. Waldersee vertrat im Hinblick auf Samoa den Standpunkt, daß eine Verwicklung mit den Vereinigten Staaten unbedingt vermieden werden mußte (II, 32 u. 38). Auch die Aussichten des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika beurteilte er sehr ungünstig und sagte dem Kaiser im Januar 1889, daß seiner Ansicht nach aus den deutschen Kolonien in Afrika nie etwas werden könne (II, 33). Seine ablehnende Haltung ging so weit, daß er die Ansichten des freisinnigen Abgeordneten Bamberger über die deutsche Kolonialpolitik billigte und bekannte, „Leider stehe ich aber im ganzen auf seinem Standpunkt“ (II, 33). Waldersee hatte also seine Anschauungen über die Kolonialpolitik wesentlich geändert. In engem Zusammenhang damit stand seine veränderte Haltung zu England. Er begrüßte im Jahre 1889 die Bestrebungen, mit England zu einer Abmachung zu gelangen, sehr. So schrieb er am 18. 2.: „Wir haben jetzt den Wunsch, uns mit England auf einen besseren Fuß zu setzen, was nach meiner Meinung schon früher richtig und möglich gewesen wäre“ (II, 38 vgl. II, 39). Infolge der Gegnerschaft Rußlands und Frankreichs hielt er eine Anlehnung an England für erwünscht, wenn er auch seine ablehnende Haltung gegenüber dem englischen parlamentarischen System nicht aufgab (II, 39). In diesen seinen Anschauungen bestärkte ihn Loë, der in seinen Briefen nach wie vor dem Generalstabschef seine politischen Ansichten auseinandersetzte. Loë verurteilte gleichfalls die deutsche Kolonialpolitik. Neben politischen Erwägungen machte er geltend, daß das Geld, das für die Kolonialpolitik ausgegeben würde, weit besser und zum größeren Nutzen des Deutschen Reiches für die Vervollkommnung der Armee verwandt werden könnte. „Hätten wir nur das Geld, welches diese unglückselige Kolonialpolitik verschlingt, zu unserer Verfügung — wir könnten schon ein gutes Stück weiter-

kommen.“<sup>46</sup> Eine Annäherung der deutschen Politik an England hatte er schon seit längerer Zeit empfohlen (vgl. Briefw. I, 38 u. 58). Er wandte sich gegen die in großen Teilen des deutschen Volkes herrschende Antipathie gegen England und die Geringschätzung der englischen Wehrkraft. Er wies wiederholt daraufhin, daß England in dem bevorstehenden Entscheidungskampfe zwischen den Mittelmächten und Rußland und Frankreich von ausschlaggebender Bedeutung sein könne, zumal die italienische Bundesgenossenschaft in erheblichem Maße von Englands Haltung abhängt (s. Briefw. I, 257/58).

Es ist bemerkenswert, daß Waldersee und der Kreis um ihn stärkere Zweifel an der Leistungsfähigkeit Österreichs bekam. Der innere Zerfall des Habsburgerreiches infolge des erbitterten Kampfes der Nationalitäten gegeneinander und besonders gegen das deutsche Bevölkerungselement erregte starke Bedenken bei vielen deutschen Militärs und Politikern. Die Einheit der österreichischen Armee war durch diesen Nationalitätenkampf ernstlich gefährdet, und allein die habsburgische Dynastie schien in der Persönlichkeit Kaiser Franz Josephs die Einheit des Reiches noch zu bewahren. Dazu kam die unsichere Haltung Serbiens und Rumäniens, die zwischen einem Zusammengehen mit Österreich und einer Annäherung an Rußland schwankten. Auch die Irredentagelüste Italiens waren eine Bedrohung der Einheit des Dreibundes. Alle diese Erwägungen veranlaßten Waldersee, an eine Änderung seiner außenpolitischen Pläne zu denken. Im März 1889 schrieb er: „Crispis Stellung ist ernsthaft gefährdet und damit auch unser Bündnis. Die Verhältnisse in Rumänien werden als sehr üble angesehen. Wenn dies so weiter geht, wir also vielleicht den italienischen Bundesgenossen verlieren, und Österreich durch die unsichere Haltung Serbiens und Rumäniens, sowie durch seine inneren unerfreulichen Zustände geschwächt wird,<sup>47</sup> muß man erwägen, ob nicht die österreichische Allianz ganz aufzugeben und eine Annäherung an Rußland zu bewirken sei. So schwer mir ein solcher Schritt werden würde, so sehe

---

46. Brief an Waldersee vom 26. 3. 1889, Briefw. I, 247.

47. Das Folgende vom Verf. unterstrichen.

ich doch ein, daß hier nur unser Interesse entscheiden darf. Es ist nur zu fürchten, daß wir die Zeit verpaßt haben (II, 45). In seinen Briefen an Loë hatte Waldersee ebenfalls auf die innere Zersetzung und geringere Bündnisfähigkeit Österreichs hingewiesen (s. Briefw. I, 255). Loë pflichtete diesen Ansichten Waldersees durchaus bei, zumal er glaubte, daß Bismarck schon erwogen habe „Österreich im gegebenen Momente aufzuopfern und die Zarenkarte zu spielen“ (a. a. O. I, 254/55). Loë hoffte, daß es Deutschland gelingen werde, militärisch so stark zu werden, daß es auf eigenen Füßen stehen könne und des Bündnisses mit Österreich nicht mehr bedürfe (Briefw. I, 256). Es war also scheinbar eine Änderung der politischen Anschauungen Waldersees eingetreten. Davon kann jedoch keine Rede sein. Waldersee zog aus seinen Ansichten über Österreichs Wert als Bundesgenossen nicht die Konsequenz, nun zu einem besseren Verhältnis und Bündnis mit Rußland zu kommen, sondern wählte wie bisher den Weg, von Berlin aus auf eine Hebung der Schlagkraft der österreichischen Armee zu dringen und immer wieder auf die Notwendigkeit eines festen Zusammengehens mit Österreich hinzuweisen. Der letzte Satz aus der oben erwähnten Tagebuchaufzeichnung (II, 45) Waldersees „Es ist nur zu fürchten, daß wir die Zeit verpaßt haben“, dürfte schon eine Erklärung für die Haltung des Generalstabschefs sein. Nach seiner Ansicht war eben ein Anschluß an Rußland nicht mehr möglich. Es gab nun zwei Wege, die beide beschritten werden mußten: Stärkung der deutschen Armee, um militärisch in der Lage zu sein, allein den Entscheidungskampf aufnehmen zu können. Daneben aber wie bisher enger Anschluß an den einzigen, noch einigermaßen sicheren Bundesgenossen Österreich-Ungarn und und möglichstes Zusammenarbeiten der beiden Heeresleitungen, um eine erfolgreiche Kooperation im Kriegsfall zu gewährleisten. In dieser Anschauung bestärkte ihn mit aller Kraft Deines, der darauf hinwies, daß ein Fallenlassen Österreichs durch Deutschland die Möglichkeit einer russisch-österreichischen Verständigung schaffen könnte (Briefw. I, 280). Er vertrat konsequent seine alte Anschauung: Deutschland muß aus eigenem Interesse Österreich helfen und für einen möglichst kriegsbereiten Bundesgenossen durch enge politische und mili-



tärische Zusammenarbeit sorgen (vgl. Briefw. I, 287). In diesem Sinne trat Graf Waldersee wiederholt beim Kaiser für das deutsch-österreichische Bündnis ein. Er bekämpfte die russenfreundlichen Einflüsse, die eine Verständigung mit Rußland über Österreich hinweg propagierten (II, 49). Den Kaiser machte er darauf aufmerksam, daß Österreich im Gegensatz zu Rußland mit seinen panslawistischen Ideen keine Expansionsgelüste habe und daß eine Aussprache zwischen den Monarchen der beiden verbündeten Mächte nur von bestem Erfolg sein könne. Graf Waldersee hielt also die außenpolitische Linie inne, die er seit dem Jahre 1886 vertreten hatte. Er blieb auch weiterhin entschiedener Gegner jeder russenfreundlichen Politik und erntete den Vorwurf eines Russenfeindes und Kriegshetzers, der ihn außenpolitisch ebenso charakterisieren sollte, wie der innenpolitische Vorwurf, Kreuzzeitungsmann und Reaktionär zu sein. Beide Vorwürfe hatten durchaus ihre Berechtigung. Waldersee verfolgte in der Tat mit allen Kräften seine außenpolitischen Gedanken. Er betrieb im Juni 1889 zielbewußt die Verhinderung einer Konversion von 250 Millionen Rubeln in Berlin gegen den Widerstand der Börsenkreise (Bleichröder), der Liberalen und vor allem des Reichskanzlers selbst. Sein Einfluß auf den Kaiser war schon derart stark geworden, daß sich Wilhelm II. in dieser Frage in Gegensatz zum Kanzler und Auswärtigem Amt stellte. Die Folge waren heftige Presseangriffe gegen Waldersee, in denen von militärischen Unterströmungen die Rede war und die das Ziel verfolgten, den Generalstabschef als Kriegshetzer und Intriganten gegen die offizielle Regierungspolitik hinzustellen, um ihn so politisch unmöglich zu machen (vgl. II, 54 ff.). Diese Frage der Konversion der russischen Börsenpapiere hatte zu starken Differenzen zwischen Waldersee und Bismarck geführt. Die Folge war eine verschärfte Kritik Waldersees an der Persönlichkeit und Politik des Reichskanzlers. Die Haltung Waldersees zur Affäre Wohlgemuth<sup>48</sup> (April/Juli 1889) (s. II, 51 mit Anm.) bildet ein treffendes Beispiel dafür. Vor seinem Konflikt mit Bismarck wegen

48. Vgl. E. Gagliardi: Bismarcks Konflikt mit der Schweiz und die internationale Arbeiterkonferenz 1889/90. „Wissen und Leben“ 1. und 15. Juni 1924.

der Konversionsangelegenheit beurteilte Waldersee das Vorgehen des Kanzlers gegen die Schweiz, wenn nicht gerade lobend und optimistisch, so doch durchaus sachlich (s. II, 51). Im Juni schickte er dem Kanzler eine Denkschrift über die Bedeutung der Schweizer Neutralität und hoffte, „ihn von übereilten Schritten abzuhalten“ (II, 53). Im Juli 1889, nach dem Konflikt mit dem Kanzler, lehnte er dessen Vorgehen mit Entschiedenheit als verfehlt ab, und gab der Schweiz und den Beschwerden der süddeutschen Länder (Großherzog von Baden) über die Maßnahmen Bismarcks durchaus recht. „Die ganze Sache dient nicht dazu, Bismarcks Ruhm zu erhöhen; dieses völlig fehlgeschlagene Unternehmen begann beim Kaiser das Vertrauen zur überlegenen Staatskunst seines Kanzlers zu erschüttern“ (II, 63). Waldersee kam seit dem Sommer 1889 in eine immer stärkere Opposition zu Bismarck. Die Verschiedenheit der außenpolitischen Anschauungen zeigte sich ganz klar. Der Zarenbesuch im Oktober 1889 in Berlin hatte zu erkennen gegeben, daß man auch in Rußland den Grafen Waldersee als den Hauptgegner einer deutsch-russischen Freundschaft empfand. Zar Alexander hatte bei den Besprechungen mit Bismarck wiederholt auf die Rolle Waldersees als eines erbitterten Russenfeindes hingewiesen. Bismarck sagte zu Waldersee darüber: „Er ist wohl sechsmal auf Sie zu sprechen gekommen als auf jemanden, der den Kaiser in kriegerischem Sinne beeinflußt...“ (II, 73 vgl. II, 70). Waldersee hielt diese Mitteilung für übertrieben und für eine Mache der Familie Bismarck (II, 70/71). Erst als Wilhelm II. persönlich ihm über das Ergebnis des Zarenbesuches berichtete und dabei erwähnte, daß der Zar ihn als Kriegstreiber hingestellt habe, glaubte er daran (II, 71/72). „Hiernach scheint es mir, als ob der Zar in der Tat von mir gesprochen hat; alles kann der Kanzler doch wohl nicht erfunden haben (II, 72). Lucius berichtet in seinen Bismarckerinnerungen ebenfalls darüber und bestätigt in gewissem Grade die Ansicht Waldersees, indem er schreibt: „Danach richtet sich die Spitze dieser Mitteilung wohl gegen den Grafen Waldersee und auf Befestigung der Stellung des Grafen Herbert.“<sup>49</sup> Wenn

49. Lucius v. Ballhausen, Bismarckerinnerungen 504. Vgl. Denkw. II, 127/28 u. 128 Anm. 1; Briefw. I, 377, 396/97; 400.

auch eine Übertreibung des wirklichen Tatbestandes durch Bismarck erfolgt sein mag, so kann trotzdem nicht die Tatsache weggeleugnet werden, daß Waldersee auch im Ausland, besonders aber in gut unterrichteten diplomatischen Kreisen Rußlands, als Befürworter eines Präventivkrieges und Russenfeind bekannt war. Im Juni 1889 hatte Waldersee an Bismarck eine Denkschrift über die russischen Finanzmaßregeln für die weitere Verstärkung der Kriegsbereitschaft ihrer Armee gesandt (Briefw. I, 295/96) und die Abschrift dieses Schreibens dem Kaiser übergeben. In einer erklärenden Bemerkung dazu schrieb er: „Ich ziehe aus dem Inhalte erneut den Schluß, daß Rußland unentwegt daran fortarbeitet, den Krieg gegen Westen vorzubereiten“ (Briefw. I, 295). Das Schreiben hatte das offensichtliche Ziel, den Kaiser gegen einen russenfreundlichen Kurs einzunehmen. Im Zusammenhang damit stand die Absicht Waldersees, Wilhelm II. von der Verkehrtheit der Außenpolitik seines Kanzlers zu überzeugen und einen Riß in dem Vertrauensverhältnis zwischen beiden zu erzeugen, um damit die Grundlage für eine Entlassung des Fürsten Bismarck auch in außenpolitischer Hinsicht zu schaffen. Es soll hier nicht dargestellt werden, inwieweit Graf Waldersee an der Entlassung Bismarcks mitschuldig war.<sup>50</sup> Einer der Gründe zu Bismarcks Sturz war das Mißtrauen des Kaisers in seine Russenpolitik gewesen. Waldersee hat wesentlich dazu beigetragen, dieses Mißtrauen zu erzeugen, und konsequent daran gearbeitet, den Kaiser gegen die Außenpolitik des Kanzlers einzunehmen. Unter die Persönlichkeiten, die auf Wilhelm II. in der Zeit vor und während seiner Differenzen mit Bismarck einen entscheidenden Einfluß hatten, gehört in erster Linie Graf Waldersee. Besonders in außenpolitischer Hinsicht hatte er das Vertrauen des Kaisers auf die Politik des Kanzlers unterhöhlt. Gewiß waren noch andere Einflüsse dabei beteiligt (z. B. Helldorff, Großherzog von Baden), aber dem Grafen Waldersee gebührt das zweifelhafte Verdienst, an dieser Stelle in erster Linie tätig gewesen zu sein. Waldersee hatte die ganzen Jahre hindurch von

---

50. s. die Darstellungen über Bismarcks Entlassung, besond. Gagliardi, Bismarcks Entlassung, Bd. I, S. 245—259.

1886/87 an gegen die Außenpolitik Bismarcks opponiert und Wilhelm II. als Prinzen, Kronprinzen und Kaiser für seine eigenen außenpolitischen Anschauungen und Pläne zu gewinnen versucht. Das war oft mißlungen, zumal Waldersee angesichts der allmächtigen Stellung des Kanzlers ständig mit Angriffen vom Auswärtigen Amt rechnen mußte. Aber der Same des Mißtrauens und des Zweifels an der Richtigkeit der politischen Pläne und Entscheidungen des Fürsten Bismarcks und an seiner „glücklichen Hand“, den Waldersee die Jahre hindurch gesäet hatte, war aufgegangen. Kleine außenpolitische Fehler und Mißerfolge des Kanzlers hatten dabei mitgeholfen (Angelegenheit Morier, Affäre Wohlgemuth, zunehmende Feindschaft Rußlands). Waldersee hatte derartige Mißerfolge in seinem Sinne gut auszunutzen verstanden. Gesinnungsgenossen aus der Umgebung Wilhelms II. halfen ihm dabei. Die Briefe Ph. Eulenburgs vom 2. 12. 1889 und 23. 12. 1889 lassen das klar erkennen. Ph. Eulenburg forderte im Dezember 1889 den Grafen Waldersee auf, den Kaiser über die Gefährlichkeit der Bismarckischen Russenpolitik aufzuklären. „...Eine zweite Sache, die mich beschäftigt, ist die durch den Zarenbesuch in Berlin modifizierte Haltung S.M. Sie wissen, daß dem Hause B.(ismarck) damit gedient ist, und darum wird man von dieser Seite möglichst vermeiden, an S.M. beunruhigende oder verstimmende Berichte und Nachrichten zu bringen. Ich sage Ihnen offen, daß der Gedanke eines Krieges mit Frankreich mit dem russischen (s o f o r t g e b r o c h e n ! ) Versprechen der Neutralität, mich schwer beunruhigt. Wie ich höre, gehen die russischen Rüstungen eifrig weiter. Unter den obwaltenden Umständen liegt es fast allein in Ihrer Hand durch Vorlage militärischer Berichte (ich betone dieses ‚militärisch‘, weil ich ein Herübergreifen Ihrerseits auf die Politik in dieser Richtung für bedenklich halte) über den wahren Sachverhalt aufzuklären. Sie sind gewiß in der Lage, auch Privatbriefe über russische Verhältnisse verwerten zu können“ (Briefw. I, 329). Trotz der Einschränkung, nur militärische Berichte zu verwenden, zeigt dieses Schreiben bei aller diplomatischen Umkleidung klar die Aufforderung an Waldersee, den Kaiser auf die Fehler der Bismarckischen Russenpolitik aufmerksam zu machen, um so eine



Loslösung Wilhelms II. von dem Gedankenkreis der Bismarckischen Anschauungen zu erzielen. Der Hinweis auf Privatbriefe läßt erkennen, daß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln eine Trennung des Kaisers von Bismarck erreicht werden sollte.<sup>51</sup> Dem Generalstabschef stand natürlich, besonders durch seine Korrespondenz mit dem Generalkonsul v. Rechenberg in Warschau, genügend Material über Rußland zur Verfügung. Das zweite Schreiben Ph. Eulenburgs vom 23. Dezember (Briefw. I, 335) gibt Erklärungen zu dem ersten und betont die Gemeinsamkeiten der Ansichten. „Wenn ich in meinem letzten Briefe die Bitte aussprach, in russischen Sachen möglichst die Politik zu vermeiden, so entsprang diese Bitte lediglich einem warmen und freundschaftlichen Gefühl für Sie — der Besorgnis, daß bei der Strömung, die jetzt sogar S.M. ergriffen zu haben scheint, ein zu stark betontes Hinübergreifen Ihrerseits in die Politik nach Osten hin Ihnen Schaden bringen könnte. Deshalb bat ich Sie, lediglich durch Weitergabe militärischer Berichte und Briefe zu wirken, . . .“ Die Billigung der Tätigkeit Waldersees bringen die folgenden Sätze „Mein Standpunkt im allgemeinen ist ganz der Ihrige. Auch ich sehe keine Möglichkeit, jemals die Politik von dem Ressort des Generalstabschefs zu trennen“ (a. a. O.). Die Vorgänge beim Sturz des Fürsten Bismarck geben ein klares Bild über die Wühlarbeit Waldersees. In seiner Tagebuchaufzeichnung über den 15. März 1890, die die bezeichnende Überschrift trägt: „Der große Krach ist da!“ bringt Waldersee Aufschluß über seine Haltung zur Frage der Entlassung Bismarcks. Seine Beteuerung, daß er an diesem Tage zum ersten Male offen dem Kaiser seine Ansichten über den Fürsten gesagt habe, muß angesichts des vorliegenden Materials, das Waldersees Wirken gegen den Kanzler und seine Politik klar erkennen läßt, bestritten oder zumindest stark eingeschränkt werden. Waldersee setzte dem Kaiser am 15. März auseinander, daß Bismarck in seiner Außenpolitik in hohem Maße versagt habe. „Der Kanzler hat sehr geschickt sich den

---

51. Vgl. dazu Ph. Eulenburgs Brief an Waldersee v. 27. 11. 1889 über die Ersetzung des Bismarck-freundlichen Hofmarschalles Liebenau durch Aug. Eulenburg. Briefw. I, 327/28.

Ruf zu erhalten gewußt, auf dem auswärtigen Gebiete ein Meister und unersetzlich zu sein; er hat aber bei aller Kunst es nicht zu verhindern verstanden, daß wir jetzt Frankreich und Rußland als Feinde gegen uns haben, die von Jahr zu Jahr stärker und unverschämter werden. Wahrlich eine sehr ernste Lage! Euer Majestät haben das Reich in einer sehr schwierigen Zeit übernommen" (II, 115). Nach weiteren Erörterungen und gemeinsamer Ablehnung des Verhaltens des Kanzlers sagte Waldersee zum Schluß: „Wie die Sachen liegen, ist es für Euer Majestät unmöglich, mit dem Kanzler länger zu wirtschaften, der jetzige Zustand ist für Eure Majestät unerträglich und für das Vaterland schädlich. Ich schlage vor, daß Eure Majestät sich über die Personenfrage völlig schlüssig werden und dann handeln. Gott gebe, daß Eure Majestät den Kopf oben behalten und die richtigen Leute wählen" (II, 116). Am 17. März wandte sich Waldersee erneut beim Kaiser gegen die Russenpolitik des Kanzlers. Als Wilhelm II. sich darüber beschwerte, daß er Berichte des Konsuls Raffauf aus Kiew nicht vom Kanzler vorgelegt bekommen habe, sagte Waldersee: „In der Art ist massenhaft gesündigt worden, und hier liegt eine der Ursachen, daß der Kanzler seine Stellung nicht verlassen kann; er hat zuviel (...)“ (II, 117). Waldersee wußte als Chef des Generalstabes genau, daß ihm vom Auswärtigen Amt alle Berichte militärischen Inhalts zur Durchsicht und etwaigen Vorlage an den Kaiser übergeben wurden. Er erhob in Gegenwart des Kaisers wider besseres Wissen gegen den Reichskanzler den Vorwurf der Aktenverheimlichung. Es war ihm nur darum zu tun, in diesen kritischen Tagen sein Ziel, den Sturz Bismarcks, zu erreichen. Dazu war ihm auch das Mittel unbegründeter, ehrenrühriger Vorwürfe recht. Dieser Vorgang muß zur Charakterisierung der Persönlichkeit des Grafen Waldersee und seines politischen Wirkens genau festgehalten werden. Auf die erregte Stellungnahme des Kaisers gegen Rußland erwiderte Waldersee voller Befriedigung: „Ich bin glücklich, wenn Eure Majestät soweit sind. Mit Rücksichtnahme und Höflichkeiten ist da schon lange nichts mehr zu machen, die Russen legen alles als Schwäche und Furcht aus. Wollen Eure Majestät den Frieden erhalten, so geschieht dies besser durch festes Auftreten,

Slawen wollen mit Fußtritten behandelt sein. Sie küssen noch den Stiefel, der sie getreten hat" (II, 117/18). Während Bismarck kurz vor der Erneuerung des Rückversicherungsvertrages stand,<sup>52</sup> glaubte Waldersee die deutsch-russische Frage durch den Sturz des „Russenfreundes“ Bismarck und „Fußtritte gegen die Slawen“ lösen zu können. In der Außenpolitik glaubte Waldersee sein Ziel erreicht zu haben. Sein großer Rivale, der mit seinem Einflusse die europäische Politik von drei Jahrzehnten geführt und entscheidend beeinflusst hatte, hatte das Feld räumen müssen. Waldersee wurde jedoch nicht sein Nachfolger und hatte so nicht die Gelegenheit, seine eigenen außenpolitischen Pläne in die Tat umzusetzen. Die Nachfolger des großen Kanzlers im Auswärtigen Amt bauten die Rückversicherung mit Rußland ab und versuchten auf eigene Hand Außenpolitik zu treiben. Graf Waldersee teilte nicht ihre Ansichten. Es dauerte knapp ein Jahr, und er stand wieder in völliger Opposition zur Regierung, insbesondere zu den leitenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes und ihrer Politik.

#### 4. Waldersee und die Außenpolitik des neuen Kurses.

Waldersees politische Anschauungen nach Bismarcks Sturz sind in entscheidendem Maße durch seine Entlassung als Chef des Generalstabes im Januar 1891 beeinflusst. Die scharfe Opposition gegen den neuen Kurs, gegen Caprivi, Marschall und Holstein, die er für die Urheber seines Sturzes hielt, hat in dieser Tatsache ihre Begründung. Innen- wie außenpolitisch befand sich Waldersee in den neunziger Jahren mit seinen Anschauungen in heftigem Gegensatz zu dem herrschenden Kurs, ob er nun durch Caprivi, Hohenlohe oder Bülow vertreten wurde. Schon im Laufe des Sommers und Herbstes 1890 konnte Waldersee die Außenpolitik der neuen Männer nicht voll billigen. Er hielt den Sansibar-Helgoland-Vertrag vom Juni 1890 für einen Schlag gegen den kolonialen Gedanken, eine Maß-

---

52. s. Bismarck, Ged. u. Erinn. Bd. III, S. 90.

nahme, die er entschieden mißbilligte (II, 131/32). Gewiß erkannte er den Gewinn Helgolands als erfreulich und nutzbringend an, aber die Hast in der Erledigung des Abkommens und die Sinnesänderung des Kaisers in der Kolonialpolitik fand nicht seinen Beifall. Für seine Einstellung zur Regierung Caprivi war der Militärattachéerlaß des Reichskanzlers vom 20. 6. 1890 von großer Bedeutung. Waldersee bekämpfte diesen Erlaß, der die Unterordnung der Militärattachés unter die Zivilbehörden anordnete, aufs schärfste und versuchte wiederholt in Unterredungen mit Wilhelm II. und Caprivi eine Änderung zu erreichen.<sup>1</sup> Er hatte jedoch keinen Erfolg. Mit Recht sah er in diesem Erlaß eine Spitze gegen sich und sein Eintreten für die von ihm hochgeschätzten Militärattachés, vor allem gegen Engelbrecht, Deines und York von Wartenburg. Für den Urheber hielt er Herrn v. Holstein, den er in seinem Wirken die ganzen neunziger Jahre hindurch mit Entschiedenheit verurteilte und bekämpfte. Caprivi und Holstein erreichten im Januar 1891 beim Kaiser, der durch die Manöverkritik Waldersees im September 1890 stark verletzt war, den Sturz des Generalstabschefs und seine Versetzung als Kommandierenden General nach Altona.<sup>2</sup> Man war in Berlin den unbequemen politisierenden Waldersee los. Diese Entlassung verschärfte ganz erheblich Waldersees Opposition zum neuen Kurs. Während seiner Gegnerschaft zu Bismarck hatte Waldersee in dem Festhalten an dem Dreibund und vor allem in einem festen Bündnis mit Österreich-Ungarn die beste Grundlage der deutschen Außenpolitik gesehen. Nach dem Sturz Bismarcks und dem Beginn des neuen Kurses änderte sich die Haltung Waldersees entschieden. Es begann nun seine Kritik an der Politik der deutschen Regierung, die sich eng an den Dreibund klammerte und diesen gewissermaßen als das alleinige Hilfsmittel gegen jede feindliche Allianz ansah. Waldersee hatte die Überzeugung gewonnen, daß der Dreibund durchaus nicht eine so sichere Bündniskonstellation darstellte, wie er in früheren Jahren gedacht hatte. Über die unsichere und schwankende Haltung

---

1. Vgl. Abschn. I, S. 12/13 u. 19.

2. Vgl. Abschn. I.



Italiens hatten ihn die Berichte des Militärattachés in Rom, Majors v. Engelbrecht, ausführlich und genau unterrichtet. In einem Schreiben vom 6. 7. 1890 an Engelbrecht gab Waldersee seiner veränderten Ansicht klaren Ausdruck: „Daß es mit unserer italienischen Freundschaft nicht gut bestellt ist, darüber bin ich mir seit geraumer Zeit klar, und ebenso auch darüber, daß wir mit unserer bisherigen Politik überhaupt brechen müssen“ (Briefw. I, 388). Eine Änderung der deutschen Bündnispolitik sah er für unbedingt notwendig an. „So fort zu vegetieren, uns in dem Gedanken einzuschläfern, der Dreibund sei die Garantie des europäischen Friedens, ist traurig und gefährlich“, schrieb er am 2. Januar 1891 in sein Tagebuch (II, 173). Die Kritik an der Dreibundpolitik der Regierung Caprivi blieb die ganzen Jahre hindurch. Seitdem er die Überzeugung von der Verkehrtheit dieser Politik gewonnen hatte, vollzog sich bei ihm ein grundlegender Wandel in seinen außenpolitischen Anschauungen. Die Entfremdung mit dem Kaiser und sein Haß gegen die Männer des neuen Kurses, Caprivi und Holstein, führten ihn wieder mit seinem alten Gegner, dem in Friedrichsruh weilenden Fürsten Bismarck, zusammen. Im März 1891 kam es zu dem ersten Besuch Waldersees in Friedrichsruh, den Bismarck Ende März in Altona erwiderte. In der Folgezeit fanden noch mehrere gegenseitige Besuche statt, bei denen auch über außenpolitische Fragen gesprochen wurde. Im Jahre 1891 vollzog sich die entscheidende Änderung in den außenpolitischen Anschauungen des Grafen Waldersee, die man am besten mit einer Rückkehr zu den Bismarckischen Auffassungen bezeichnen kann. In einer Tagebuchaufzeichnung vom April 1891 (II, 204/05) gab Waldersee zwei Wege für die Außenpolitik an: der eine war, Rüstungen mit aller Kraft und dann Präventivkrieg zu einem bestimmten Termin. Der andere: „Oder wir glauben, es sei ein Ausweg möglich, der den Krieg vermeidet; dann müssen wir ihn betreten, also versuchen, der Politik eine andere Wendung zu geben: Los vom Dreibund und heran an Rußland mit oder ohne Österreich. Was aber tun wir? Militärisch nichts. Politisch reiten wir auf dem kreuzlahmen Dreibund herum und kokettieren in höchst ungeschickter Weise mit den Polen. Dabei rennen wir mit Sicherheit ins Verderben.“

Waldersee kehrte zu den Bismarckischen Anschauungen der achtziger Jahre zurück und sah in einer Aufteilung der Türkei die beste Lösung der ungünstigen außenpolitischen Lage. Wie in den Jahren 1884/85 erblickte er in dem Zusammengehen der drei Kaiserreiche Rußland, Österreich und Deutschland die beste Garantie für den europäischen Frieden. Ebenso wie Bismarck darauf hingewiesen hatte, daß der Besitz von Konstantinopel und der damit verbundene Gegensatz zu den Westmächten der russischen Politik eine andere Richtung geben würde, bekannte sich nun auch Waldersee wieder zu diesen Gedanken (II, 206). Er begrüßte die Erneuerung des Dreibundes auf sechs Jahre durch den Vertrag vom 6. 5. 1891 durchaus nicht so sehr und schrieb dazu: „Für einen viel bedeutenderen Erfolg würde ich es halten, wenn wir von dem Dreibund losgekommen und dafür zu einem Einverständnis mit Rußland und Österreich gelangt wären.“<sup>3</sup> Als Grundlage für eine Verständigung der Ostmächte wies er in echt-Bismarckischem Sinne auf die gemeinsamen konservativen Interessen, das Zusammenhalten gegen den Anarchismus und die soziale Gefahr und die Teilung der Türkei hin. Waldersee war der Ansicht, daß der Dreibundspolitik kein Erfolg auf die Dauer beschieden sein würde. Die unsichere Haltung Italiens, besonders die Abhängigkeit dieses Staates von England (englische Flotte!), die Furcht vor der Überlegenheit der französischen Armee und die zunehmenden Irredentagelüste ließen ihn zu der Überzeugung kommen, daß auf Italien im Ernstfalle kaum zu rechnen sei. Auch die Lage in Österreich beurteilte er immer ungünstiger. Gewiß hatte er schon in den Jahren 1887/90 auf die Schwächen des Bundesgenossen hingewiesen, aber dabei war doch vor allem der Wunsch und Wille lebendig gewesen, durch einen festen Anschluß an den Verbündeten ihm unter die Arme zu greifen und durch zielbewußte Einflußnahme der deutschen militärischen und zivilen Stellen die Schwierigkeiten im Innern zu vermindern. Diese Hoffnung auf Besserung der Lage in Österreich und Hebung der Kampfkraft der österreichischen Armee hatte Waldersee aufgegeben. Mit wachsender Besorgnis sah er der

---

3. II, 211, Tgb.-Aufzeichnung v. 3. 7. 1891.

zunehmenden Föderalisierung des Habsburger Reiches zu und beobachtete aufmerksam den steigenden Einfluß der slawischen Nationalitäten innerhalb des Gesamtreiches, besonders der franzosenfreundlich eingestellten Tschechen (II, 213). Er vertrat deshalb den Standpunkt, daß Deutschland nicht hinter Österreich herlaufen dürfe, sondern abwarten müsse, bis dieses entgegenkomme (II, 206). Mit der Auffassung, daß man die Österreicher nicht im Stich lassen dürfe, sondern mit Treue am Bündnis festhalten müsse, mit den Ansichten von „Nibelungen-treue“ hatte er gebrochen. Ebenso wie Bismarck verurteilte er entschieden die Handelsverträge mit Österreich und Italien und knüpfte daran eine Polemik gegen die Caprivische Außenpolitik (II, 227/28). „Wir bringen große Opfer, um Österreich und Italien an uns zu fesseln, während wir früher in der Lage waren, diese um unseren Schutz bitten zu lassen. Darin liegt eben der große Unterschied zwischen Bismarckischer und Caprivischer Politik. Unsere Stellung hat sich im Dreibund verändert und ist damit auch in der ganzen Welt eine andere geworden.“<sup>4</sup> Diese Auffassung über Österreich und den Dreibund vertrat Waldersee bis zu seinem Tode. Den grundlegenden Wandel in seinen Anschauungen gibt eine Tagebuchnotiz vom 14. 1. 1893 treffend wieder: „Österreichs orientalischen Interessen uns zu opfern, halte ich für verhängnisvollen Unsinn, desgleichen sich mit ihm für alle Zeiten zu verbinden. Sein Zerfall schreitet langsam, aber sicher fort. Wenn ich auch zur Ehrenhaftigkeit Kaiser Franz Josefs großes Vertrauen habe, so doch gar nicht zu seinen Nachfolgern, und schließlich kann auch der Kaiser, wenn es sich um Sein oder Nichtsein handelt, doch nicht anders, als die eigenen Interessen vor allem im Auge haben“ (II, 276). Waldersee war in diesen Jahren immer wieder der Ansicht, daß allein durch die Persönlichkeit des österreichischen Kaisers die Einheit des österreichisch-ungarischen Staates gewahrt werde und daß nach seinem Tode die Auflösung der Doppelmonarchie in einzelne Nationalitätenstaaten erfolgen werde. Loë konnte diesen Anschauungen nur beistimmen. Auch er sah klar die Hinfälligkeit des Dreibundes und die beginnende Auflösung in

---

4. Tgb.-Aufzeichn. v. 19. 12. 91, II, 227/28.

Österreich.<sup>5</sup> „...Demgegenüber lassen die neusten Vorgänge in Italien, Österreich und namentlich England den Dreibund immer mehr als Vogelscheuche erscheinen. Die jüngste Kabinettsumbildung in Österreich spiegelt die innere Zerfahrenheit des Reiches wider.“ Graf Waldersee warnte darum immer wieder vor all zu enger Anlehnung an den Bundesgenossen, „um nicht in das Schlepptau Österreichs zu geraten“ (II, 353; vgl. II, 361). Angesichts des steigenden Einflusses der antideutsch eingestellten Tschechen und Polen innerhalb des österreichischen Gesamtstaates vertrat er die Ansicht, daß Deutschland sich als Ziel die Okkupation der deutschen Provinzen Österreichs und die Schaffung eines großdeutschen Reiches stellen müsse (II, 353; vgl. II, 418). Dieser Gedanke von einem Großdeutschland bewegte ihn bis zu seinem Tode. Wenn er auch von der durchaus richtigen Grundanschauung ausging, daß der zunehmende Einfluß der slawischen Bevölkerungssteile den Zerfall des österreichischen Staates beschleunigte und Österreich-Ungarn immer weniger als ein deutscher Staat angesprochen werden konnte, so waren diese Gedanken doch zum Teil sehr utopisch. So schrieb er am 30. 8. 1897: „Schwere Zeiten stehen uns bevor, wir haben wahrlich Grund, im Inneren Ruhe zu schaffen und unser Schwert scharf zu halten. Dennoch ist in mir die felsenfeste Überzeugung, daß Deutschland noch nicht seinen Höhepunkt überschritten hat, daß ich noch ein Großdeutschland erlebe, welches bis zum Adriatischen Meere reicht“ (II, 404). Diesem Gedanken fehlte die realpolitische Erwägung, daß Deutschland angesichts des französisch-russischen Zweibundes und des Fehlens von tatkräftigen Bundesgenossen alle Kraft zusammennehmen mußte, um seine eigenen Grenzen zu schützen. Der Walderseesche Gedanke gehört in die Reihe der Anschauungen, die von den Alldeutschen und dann im Weltkriege von den Anhängern eines deutschen Imperiums in Mitteleuropa vertreten wurden. Nicht geopolitische Erwägungen wie später im Weltkriege hatten Waldersee zu dieser Anschauung gebracht, sondern vielmehr aus vaterländischen nationalen Motiven heraus, die mit falschverstandenen Bismarckischen An-

---

5. Brief an Waldersee v. 16. 11. 1893, II, 454.



sichten sich vermischten, kam er zu diesen Plänen. Das Deutsche Reich sollte noch einmal wie im Mittelalter in Glanz und Herrlichkeit erstehen und über die Jahrhunderte des Niedergangs hinweg zur alten Ausdehnung zurückkehren. Gerade bei seiner pessimistischen Betrachtung der Gegenwart mußte dieser Gedanke einer seiner Lieblingsgedanken werden. Die Schwierigkeiten im Innern würden verschwinden, wenn die Nation, wie es ihm vorschwebte, in einer gewaltigen Kraftanstrengung diese Aufgabe anpackte. „Je mehr ich mich mit diesen Fragen beschäftige, desto fester wird meine Ansicht, daß unsere Politik, vor allen Dingen den Zerfall Österreichs im Auge haben muß. Die deutsche Frage ist 1866 nur halb gelöst, die nächste Etappe muß Großdeutschland unter einem Hohenzollernkaiser sein. Ohne Blut und Eisen wird auch diese Lösung nicht erfolgen. Werden wir die Männer haben, die der Aufgabe gewachsen sind? Noch sehe ich sie nicht.“<sup>6</sup> Im Gegensatz zu dem von Klerikalen und Tschechenfreunden regierten Österreich-Ungarn, in dem die Jesuiten ständig an Macht und Einfluß zunahmen, sollte das neue, das großdeutsche Reich, — das war für Waldersee in seiner evangelischen und preußisch-monarchischen Einstellung ganz selbstverständlich — von einem protestantischen Kaiser aus dem Hause der Hohenzollern regiert werden. Der Gedanke eines großdeutschen Reiches war in erster Linie von weltanschaulichen und gefühlsmäßigen Erwägungen bestimmt. Es sei noch bemerkt, daß Graf Waldersee ähnliche Gedanken dieser Richtung — wie sie während des Weltkrieges zu finden waren — etwa im Hinblick auf die russischen Ostseeländer oder den flämischen Teil Belgiens nicht vertrat. Im Gegenteil lehnte er jede Ausdehnung des Deutschen Reiches über seine Grenzen, jede imperialistische und Weltmachtpolitik ab.

Der Gedanke einer Wiederherstellung Polens war durch andere Erwägungen bestimmt.<sup>7</sup> Waldersee sah die Polenfrage vom Bismarckischen Standpunkt aus. Dies gilt für die Zeit vor Bismarcks Entlassung ebenso wie nachher. Er sah sich ebenso wie Bismarck zur Kritik an der Caprivischen Polenpolitik ver-

---

6. Tgb.-Aufzeichn. v. 16. 8. 1898, II, 418.

7. s. die Ausführungen auf S. 99 u. 116/17.

anlaßt. Er bekämpfte das ewige Schwanken in der Behandlung der Polen und wies auf die Notwendigkeit einer konsequenten Politik hin. Wenn er auch der Ansicht war, daß eine rigorose Unterdrückung des polnischen Elements in den preußischen Ostprovinzen die Möglichkeit zu einer evtl. späteren Verwendung gegen Rußland nahm, so bekämpfte er doch entschieden die Caprivische Methode der Bevorzugung der Polen bei allen möglichen Gelegenheiten. Hierbei waren für ihn Bedenken innenpolitischer wie auch außenpolitischer Art maßgebend, er wußte, daß Caprivi bei den parlamentarischen Schwierigkeiten die Unterstützung der Polen und vor allem des polenfreundlichen Zentrums brauchte und sie darum mit Entgegenkommen behandelte. Eine solche parlamentarische Regierungsbasis, die sich aus „Reichsfeinden“ zusammensetzte, mußte Waldersee, abgesehen von seiner persönlichen Gegnerschaft zu Caprivi, schon aus seiner parteipolitischen Einstellung heraus strikt ablehnen. Dazu kamen außenpolitische Bedenken, wie sie besonders Bismarck in den ihm zur Verfügung stehenden Zeitungen wiederholt geäußert hatte.<sup>8</sup> Waldersee wies darauf hin, daß eine Bevorzugung der Polen durch die deutsche Regierung notwendigerweise eine Verstimmung Rußlands zur Folge haben mußte. In diesem Sinne fand die Ernennung eines Nationalpolen (Herrn v. Stablewski) zum Erzbischof von Posen und Gnesen und der Erlaß des preußischen Kultusministers über den Sprachunterricht in den Grenzprovinzen sein lebhaftes Mißfallen (II, 221). Aus nationalen und völkischen Gründen lehnte er jedes Nachgeben und jede Konzession auf diesem Gebiete ab (vgl. I, 271). Die Übereinstimmung mit den Bismarckischen Anschauungen zeigte sich auch in der Beurteilung des Verhältnisses zu Rußland. Die Differenzen mit Bismarck in den Jahren 1887/90 hatten besonders in der Verschiedenheit der Auffassungen über das deutsch-russische Verhältnis ihren Grund gehabt. So war Waldersee verdienstermaßen in den Ruf eines Kriegstreibers und Russenfeindes gekommen (s. II, 128 Anm. 1). Die Gegnerschaft zum neuen Kurs hatte auch in diesem Punkte, wie

---

8. s. II, 221 N. 2 und II, 226; vgl. z. B. Hofmann, a. a. O. Bd. I S. 145—148.

schon zum Teil ausgeführt, einen Wandel in den Walderseeschen Auffassungen bewirkt. Mit der Einsicht in die Hinfälligkeit und Unzuverlässigkeit des Dreibundes kam er zu einer anderen Auffassung über die deutsche Russenpolitik. Im Februar 1891, also kurz nach seiner Entlassung als Chef des Generalstabes, hatte er zum ersten Mal auf die Richtigkeit einer russischen Orientierung der deutschen Politik hingewiesen. „...Eine andere Richtung ist die russische Orientierung. Ich halte sie für die vernünftigste“ (II, 196). Damals waren aber die Bedenken gegen eine solche Politik wegen des Bündnisses mit Österreich noch zu lebendig. Erst mit der zunehmenden Erkenntnis der Schwäche des Bundesgenossen vertrat er die Ansicht: „Los vom Dreibund und heran an Rußland mit oder ohne Österreich“ (II, 205). In dem Zusammengehen der drei Kaiserreiche sah er „die beste Lösung der für uns so unbequemen politischen Konstellation“ (II, 206). Durch die Teilung der Türkei hoffte er eine Verständigung mit Rußland schaffen zu können, zumal Rußland im Besitze Konstantinopels in scharfe Gegnerschaft zu Frankreich und England geraten mußte. Den Besuch der französischen Flotte in Kronstadt (Juli 1891) und die Betonung der russisch-französischen Freundschaft hielt er für die Folge der Erneuerung des Dreibundes,<sup>9</sup> der Sympathiekundgebungen der Mittelmächte und des Kaiserbesuches in England (Juli 1891) (s. II, 213). Er glaubte nicht daran, daß eine französisch-russische Allianz Wirklichkeit werden könnte. Er schrieb dazu am 20. 9. 1893: „Es kommt mir so vor, als ob man die russisch-französische Allianz als etwas Festbestehendes und nicht mehr zu Änderndes ansieht und nun mit der Stärke des Dreibundes groß tut. Das ist eine sehr verkehrte Politik, die weit eher den Krieg, als die Erhaltung des Friedens zur Folge haben kann. Denn ich halte es für undenkbar, daß Kaiser Alexander gern auf ein Bündnis mit Frankreich eingeht; er findet sich vielmehr dazu durch unser fortwährendes Betonen des Dreibundes und durch unsere Polenpolitik gedrängt. Die Republik ist ihm ein Greuel, er selbst ein viel zu anständiger Mann, um an den derzeitigen französischen Machthabern Ge-

---

9. Am 6. Mai 1891.

fallen zu finden" (II, 293/94). Diese Tagebuchaufzeichnung ist ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie Waldersee dazu neigte, politische Tatsachen gefühlsmäßig und weltanschaulich zu werten. Es ist verständlich, daß Waldersee bei einer solchen Betrachtungsweise oft zu Trugschlüssen kommen mußte; so auch hier, denn die russisch-französische Verbindung war zu dieser Zeit bereits durch die Militärkonvention vom 17. 8. 1892 hergestellt. Trotz der Befürwortung einer russischen Orientierung der deutschen Politik lehnte er den Handelsvertrag mit Rußland entschieden ab.<sup>10</sup> Er empfand ihn als ein ängstliches Nachgeben gegenüber russischen Wünschen und Drohungen (II, 307 u. 311) und nahm immer wieder Gelegenheit, die Russenfurcht des Kaisers zu kritisieren.<sup>11</sup> Über die Annahme des Handelsvertrages mit Rußland ließ er sich vernehmen: „Wir haben in der Tat aus Furcht vor Rußland kapituliert und helfen nun die wirtschaftliche Lage des bis an die Zähne gerüstet stehenden Feindes zu verbessern mit völliger Preisgabe der Interessen unserer Landwirtschaft" (II, 311). Mit Bismarck stimmte er vollkommen darin überein, daß die Handels- und Außenpolitik des neuen Kurses durch eine Reihe von Fehlern eine schwere Gefährdung des Deutschen Reiches mit sich brachte. Es ist bezeichnend für Waldersee, daß er in den Jahren nach seiner Kaltstellung in Altona wiederholt auf Bismarck als den Mann hinwies, der alles richtiger gemacht hätte und unter dessen Führung das Deutsche Reich besser dagestanden hätte als unter dem neuen Kurs. So schrieb er anlässlich des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck: „Mit ihm als Ratgeber stände es um unser Ansehen in der Welt wahrlich besser, und auch im Inneren wäre viel Verkehrtes unterblieben."<sup>12</sup> Die kaiserliche Außenpolitik dagegen erfuhr eine scharfe Kritik, indem er darauf hinwies, daß sie durch Entgegenkommen gegen alle Mächte notwendigerweise es mit jeder verderbe (II, 356). Wie sehr Waldersee in seinen politischen Anschauungen bismarckisch eingestellt war, zeigte ganz deutlich seine Stellung

---

10. Annahme d. Handelsvertrages durch d. Reichstag am 16. März 1894.

11. II, 306, 369/70; 373/74; 408.

12. Tgb.-Aufzeichn. v. 7. 4. 1895, II, 345.



zur Veröffentlichung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland.<sup>13</sup> Im Gegensatz zu den über diese Veröffentlichung erregten Regierungskreisen und der kaiserlichen Umgebung suchte Waldersee den Kaiser zu beruhigen, indem er ihm erklärte, daß durch die Veröffentlichung kein Schaden in der Außenpolitik angerichtet werde. Er nahm Bismarck vor den Angriffen seiner Gegner in Schutz und wandte sich gegen die fanatischen Bismarckhasser (II, 375/76). Derselbe Waldersee, der während seines erbitterten Kampfes gegen Bismarck dessen Russenpolitik aufs schärfste abgelehnt und verurteilt hatte, schrieb im November 1896 über eben diese Politik: „Viele Zeitungen beginnen sich über ihr Verhalten in der Enthüllungsangelegenheit der ‚Hamburger Nachrichten‘ zu schämen. Sie haben in ihrem fanatischen Haß nicht begriffen, daß die Abmachung mit Rußland einer der geschicktesten Coups gewesen ist, die Bismarck je gemacht. Er hat uns den Frieden gesichert, Caprivi hat das französisch-russische Bündnis verschuldet und den Frieden gefährdet.“<sup>14</sup> Mit diesen Worten bekannte sich Waldersee offen zur Bismarckischen Außenpolitik; die gemeinsame Gegnerschaft gegen Caprivi hatte ihn wieder zu den Bismarckischen Anschauungen zurückgeführt. Deutlich tritt die Antithese hervor: Caprivi hat die Grundlage zur Einkreisung Deutschlands gelegt, während Bismarck mit seiner Friedenspolitik dies zu verhindern gewußt hatte. Waldersees Kritik an der Russenpolitik der nachbismarckischen Periode und seine Anerkennung des Rückversicherungsvertrages als eines politischen Meisterwerks zeigt ihn als ausgesprochenen Bismarckianer. Auch in seiner Haltung England gegenüber kehrte er zu seinen alten Anschauungen, wie er sie zur Zeit seines Zusammengehens mit Bismarck 1884/85 vertreten hatte, zurück. Er war der Ansicht, daß es zweifellos das Beste für Deutschland sei, mit England alliiert zu sein (vgl. II, 38/39). Aber dies sei unmöglich, „solange diese Macht uns nur ausnutzen will und dabei noch die Stirn hat, uns in unserer Kolonialpolitik überall Schwierigkeiten zu bereiten.“<sup>15</sup> Zeit-

---

13. Durch den Artikel der „Hamburger Nachrichten“ vom 24. 10. 1896.

14. Tgb.-Aufzeichn. v. 2. 11. 1896, II, 376.

15. II, 364/65. Tgb.-Aufzeichn. 12. 1. 1896.

weise hoffte er noch, daß es möglich sei, mit England auf einen besseren Fuß zu kommen, da in der Welt Platz genug sei für den Handel beider Länder (II, 409). Es war eine vorübergehende Hoffnung. Immer stärker wuchs in ihm die Überzeugung, daß England Deutschlands unbequemster Gegner sei und es auch bleiben werde. „Vernünftigerweise sollten wir nebeneinander existieren können, die Welt ist wirklich groß genug dafür, die englische Habgier aber größer.“<sup>16</sup> Im Mai 1899, als es über Samoa zu Differenzen zwischen England, den Vereinigten Staaten und Deutschland gekommen war, schrieb Waldersee: „England ist unser eigentlicher Gegner, die Amerikaner sind nur durch englisches Geld und englische Macht aufgehetzt. England bleibt unser Gegner. Wir können uns seiner nur erwehren durch Allianzen“ (II, 428). Waldersees Abneigung gegen England war stark gefühlsmäßig begründet. Er hielt die Engländer für habgierig, treulos und unzuverlässig, für rücksichtslos, dreist und „widerwärtige Heuchler“.<sup>17</sup> So sah er den Typus des Engländers. Die englische Politik war für ihn die politische Auswirkung dieser Eigenschaften. Seine Tätigkeit als Oberbefehlshaber in China von 1900/01 bestärkte ihn in diesen Anschauungen. So schrieb er in einer Aufzeichnung vom 9. 12. 1900: „An die Möglichkeit einer dauernden Freundschaft mit England habe ich noch niemals geglaubt, und werde hier in meinen Ansichten nur bestärkt. Die Russenfreundschaft wäre mir weit lieber . . .“ (III, 69). Er betonte immer wieder, daß die Engländer und die Deutschen natürliche Gegner seien und bleiben würden (III, 69; 215). Darum gab er nichts auf englische Freundschaftsversicherungen, sondern hielt eine durchgreifende Änderung der englischen Politik, deren Leitmotiv einzig und allein der eigene Vorteil sei, für erforderlich.<sup>18</sup> Er verwies auf die deutsch-feindliche Haltung der englischen Presse und die dauernden Hetzereien der „Times“ gegen Deutschland (III, 190 u. 193), deren Ziel es sei, Deutschland zu isolieren. Für die Quelle dieser antideutschen Einstellung Englands hielt er den Handelsneid, die Besorgnis, daß der deutsche Handel den eng-

---

16. Notiz vom 29. 1. 1899, II, 426; vgl. III, 69.

17. III, 69, 96, 145, 187, 193.

18. III, 96, 121, 129, 197.

lischen überflügeln und zurückdrängen könne (III, 193 u. 215). Er sah den Existenzkampf zwischen den beiden Mächten kommen und wies in seinen letzten Lebensjahren (Scheitern der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen!) immer dringlicher auf die Gefahr hin, die dem Deutschen Reich durch England drohe (III, 190). Persönliche Antipathie gegen englisches Wesen und Ablehnung der englischen Politik gingen bei ihm ineinander über. Waldersee ist — im großen und ganzen gesehen — sein ganzes Leben lang antienglisch eingestellt gewesen. Seine feste gefühlsmäßige und weltanschauliche Einstellung ist für diese Haltung mit entscheidend gewesen. Waldersee beurteilte in den letzten Jahren seines Lebens die außenpolitische Lage des Deutschen Reiches immer pessimistischer. Er wußte, daß Deutschland keinen wirklichen Freund und zuverlässigen Bundesgenossen besaß, dagegen aber eine große Anzahl erbitterter Rivalen und Gegner. Er sah die völlige Einkreisung Deutschlands kommen. Darum hielt er eine imperialistische und Weltmachtspolitik des Deutschen Reiches für verkehrt und warnte davor. Vor seiner Entsendung als Oberbefehlshaber der internationalen Truppen in China schrieb er über die deutsche Politik in Ostasien: „Als wir vor zwei Jahren Kiautschou besetzten, bin ich nicht imstande gewesen, mich für diesen Schritt zu erwärmen, und bin bis heute nicht anderen Sinnes geworden. Ich hatte das Gefühl, daß wir uns in Abenteuer stürzten, und habe es jetzt in stärkerem Grade. Wir sollen Weltpolitik treiben. Wenn ich nur wüßte, was das sein soll; zunächst doch nur ein Schlagwort.“<sup>19</sup> Er gab zu, daß die Weltlage durch die Erstarkung der Vereinigten Staaten und Japans eine andere geworden war. Deshalb billigte er aber noch lange nicht das Bestreben Wilhelms II., Weltpolitik zu treiben, sondern schrieb: „Wir sind durch unsere recht wirre Kolonialpolitik und durch die gewiß nicht zweckmäßige Proklamierung einer Weltpolitik bei den neuen Konstellationen mehr beteiligt als zweckmäßig. Größere Zurückhaltung hätte sicherlich nichts geschadet, wahrscheinlich genützt.“<sup>20</sup> Waldersee war ein Anhänger der Kon-

19. Tgb.-Aufzeichn. v. 13. 7. 1900, II, 449.

20. III, 198, Tgb.-Aufzeichn. v. 25. 12. 1902.

tinentalpolitik. Er sah die politische Lage entscheidend vom Gesichtspunkt der militärischen Einkreisung Deutschlands durch seine beiden Nachbarn an. England war für ihn der natürliche Gegner des Deutschen Reiches, dem sich Frankreich unter dem Eindruck der Revancheidee jederzeit anschließen werde. Er hielt es unter diesen Umständen für die Aufgabe der deutschen Politik, den englisch-russischen Gegensatz zu vertiefen und auf jeden Fall eine Einigung dieser beiden Mächte zu verhindern. Er glaubte trotz der russisch-französischen Allianz an die Möglichkeit einer Verständigung mit Rußland, zumal dieses im Innern mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und sich in scharfem Gegensatz zu Japan befand.<sup>21</sup> Er war der Überzeugung, daß die Japaner eine tüchtige Nation seien und durch ihr Heer und ihre Marine einen beachtenswerten Faktor in Ostasien darstellten (III, 119 Note 1). In einem Bericht vom 21. Juni 1901 an Kaiser Wilhelm II. über seine Eindrücke in Japan (III, 153 ff.) wies er darauf hin, daß die Japaner den Russen im Kriegsfall durchaus ebenbürtig, wenn nicht sogar überlegen seien. „Abgesehen von der unbedingten Überlegenheit der japanischen Flotte über die russische, halte ich die Japaner auch im Landkrieg für den Russen durchaus ebenbürtige Gegner, die den gewaltigen Vorteil auf ihrer Seite haben, nahe an ihrer Basis den Kampf zu führen“ (III, 154). Rußland hatte also an seiner Ostgrenze einen beachtenswerten Gegner, zumal dieser mit England verbündet war. Als der russisch-japanische Krieg im Februar 1904 ausbrach, hielt er die Neutralität Deutschlands für unbedingt notwendig, um nicht die Entrüstung Japans und Englands hervorzurufen (III, 231). Diese Einstellung veränderte aber nicht seine Grundansicht, daß es für Deutschland das Beste sei, „mit Rußland auf guten Fuß zu kommen.“<sup>22</sup> Ein Zusammengehen der drei Kaisermächte, ohne einen Bruch mit England hervorzurufen, hielt er für die beste Gelegenheit, um aus der ungünstigen außenpolitischen Lage herauszukommen. Das waren die Anschauungen des Grafen Waldersee wenige Wochen vor seinem Tode (5. März 1904).

---

21. Vgl. Mohs, a. a. O. II, 396, 398.

22. III, 231; vgl. Mohs, II, 395.



Am 13. 2. 1904 hatte er in sein Tagebuch geschrieben: „Der Höhepunkt für das Deutsche Reich lag in den letzten Regierungsjahren Kaiser Wilhelms I. im Innern wie nach außen. Wir sind ganz allmählich, aber konstant bergab gekommen“ (III, 231). Diese Zeilen drücken die ganze ablehnende Haltung Waldersees zur deutschen Außenpolitik der nachbismarkischen Periode aus. Er selbst, der in den Jahren 1887/90 den Kampf gegen Bismarck und dessen Sturz als Hauptziel seiner Tätigkeit empfand, mußte unter der Wucht der Tatsachen eingestehen, daß es nach der Entlassung des großen Kanzlers mit Deutschland bergab gegangen war. Auch in den außenpolitischen Anschauungen hatte sich der Kreis um Bismarck und Waldersee geschlossen.

Drei große Abschnitte kann man bei den außenpolitischen Anschauungen des Grafen Waldersee festlegen: Die Zeit seines Zusammengehens mit Bismarck, in der er überzeugter Anhänger der Politik des Reichsgründers war. Es ist die Periode, die im Jahre 1886 ihr Ende findet. Dann beginnen die Differenzen mit Bismarck und die zunehmende Kritik an dessen Maßnahmen. Die Jahre 1887/90 stellen den zweiten großen Zeitabschnitt dar: Scharfe Gegnerschaft gegen die Außenpolitik des großen Kanzlers, gekennzeichnet durch Waldersees Russenfeindschaft und seine Haltung in der Präventivkriegsfrage und eines engeren deutsch-österreichischen Bündnisses. Die Entlassung Bismarcks im März 1890 und die Kaltstellung Waldersees im Januar 1891 geben den Einschnitt. Der dritte Zeitabschnitt, von 1890/91 an, zeigt die Opposition Waldersees gegen die Außenpolitik des neuen Kurses und die Rückkehr zu den Bismarckischen Anschauungen.

Die außenpolitischen Gedanken des Grafen Waldersee gruppieren sich um die Persönlichkeit des Fürsten Bismarck. Seine Außenpolitik und seine Anschauungen über die europäische Lage und Deutschlands Stellung bilden den Maßstab für die Betrachtungen Waldersees über Außenpolitik. Waldersee zeigt in seinen außenpolitischen Ansichten und Plänen manch unklare Züge, vor allem viel Persönliches. Seine Stellung zur Persönlichkeit Bismarcks war für seine Anschauungen fast

ebenso maßgebend wie seine Haltung zur Politik des Reichsgründers. Mit seiner Entfremdung von Bismarck setzte auch die Opposition und Kritik an dessen Außenpolitik ein, und mit der gemeinsamen Gegnerschaft gegen Caprivi und den neuen Kurs kehrte Waldersee zu den Bismarckischen Auffassungen zurück. War Waldersee nun vom außenpolitischen Standpunkt aus gesehen ein Politiker von Format? Diese Frage muß entschieden verneint werden. Waldersee war ein typischer Oppositioneller, dessen Anschauungen von der Kritik und der Opposition gegen das jeweils herrschende Regierungssystem den Ausgang nahmen. Richtungsgebend waren aber die Gedanken des großen Kanzlers, an dessen Sturz Waldersee an entscheidender Stelle mitgearbeitet hatte. Er hat den Triumph genossen, seinen großen Rivalen vom Kaiser entlassen zu sehen. Aber er hat dadurch seine eigenen Anschauungen und Pläne nicht zur Ausführung bringen können. Die Entlassung Bismarcks zog gewissermaßen die Waldersees nach sich. Dadurch war die Grundlage gegeben für ein erneutes Bekenntnis des Generals zu den außenpolitischen Anschauungen des großen Kanzlers, wenn es sich auch nur in der Kritik und der Ablehnung des neuen Kurses bemerkbar machen konnte. Waldersee sah, daß das große Werk des Mannes, den er selbst hatte beseitigen helfen, durch Unfähigkeit und Ziellosigkeit gefährdet wurde. Das war das tragische Erlebnis für den Menschen und Politiker Waldersee.

## Fünfter Abschnitt.

### Zusammenfassung.

Von entscheidendem Einfluß auf die politischen Anschauungen des Grafen Waldersee war die Persönlichkeit des Fürsten Bismarck und seine Politik. Bei seinem Eintritt in die Politik als Militärattaché in Paris 1870 war Waldersee überzeugter Anhänger der Bismarckischen Politik. Die ganzen siebenziger Jahre hindurch und in den achtziger Jahren bis in das Jahr 1886 hinein bekannte er sich in der Innen- und Außenpolitik zu den Gedanken des Reichsgründers. Er vertrat außenpolitisch die Linie der Bismarckischen Bündnispolitik und sah in dem Zusammengehen der drei Kaisermächte die sicherste Grundlage für den Frieden Europas und die Erhaltung der Machtstellung des Deutschen Reiches. Mit der zunehmenden Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen, besonders seit dem Berliner Kongreß 1878, begrüßte er die von Bismarck abgeschlossene Allianz mit Österreich. Das Bismarckische Bündnissystem, Dreibund der Zentralmächte und daneben Erhaltung der Freundschaft mit Rußland, fand seine volle Billigung. So stand Waldersee in der Außenpolitik vollkommen auf dem Boden der Bismarckischen Anschauungen. Auch innenpolitisch war er bismarckisch gesinnt, er billigte die Innenpolitik des Reichskanzlers, sein Verhalten zu den Parteien und die Neuorientierung in der Sozial- und Wirtschaftspolitik seit 1878. Für ihn war diese Politik konservativ; er selbst war Konservativer und sah den Reichskanzler als Gesinnungsgenossen an. Der gemeinsame Kampf gegen die Reichsfeinde, ob sie nun Ultramontane, Liberale oder Sozialdemokraten waren, hielt sie zusammen. Beide waren streng monarchisch gesinnt und treue

Diener Kaiser Wilhelms I. in gemeinsamer Front gegen Parlamentarismus und Parteienherrschaft. Keine Streitpunkte oder Differenzen von Wichtigkeit waren zwischen ihnen vorhanden und das Gefühl einer gegenseitigen Achtung und Wertschätzung verstärkte diese weltanschauliche wie politische Gemeinsamkeit. Waldersee hatte inzwischen Karriere gemacht, von der Stellung eines Militärattaché und Geschäftsträgers in Paris war er wieder in die rein militärische Laufbahn zurückgekehrt und 1882 zum Generalquartiermeister und Adlatus des Grafen Moltke aufgerückt. Damit war er in eine der höchsten militärischen Stellungen gekommen und hatte als Gehilfe Moltkes einen großen Teil von dessen Arbeit zu erledigen. Der große Konflikt zwischen Kanzler und Generalquartiermeister erfolgte im Laufe der Jahre 1885/86. Dieser Bruch erfolgte aus zwei Motiven: persönlichen und sachlichen. Persönlich war Waldersee mit Herbert Bismarck in Konflikt geraten und da dieser vom Vater gedeckt wurde, mit dem Kanzler selbst. Durch den Argwohn Waldersees, der Kanzler wolle ihn aus seiner Stellung beseitigen, wurde das Verhältnis zwischen Bismarck und ihm vergiftet. Waldersee fühlte sich auf der „Proskriptionsliste des Hauses Bismarck“, und dieser Gedanke ließ kein Vertrauen zum Kanzler mehr in ihm aufkommen. Sachlich vertrat Waldersee eine andere Auffassung über die Möglichkeiten der deutschen Außenpolitik. Durchdrungen von der Überzeugung, daß Frankreich und Rußland gemeinsam auf einen Krieg mit Deutschland los arbeiteten, hielt er eine entscheidende Umkehr in der auswärtigen Politik für notwendig. So kam er zur Abkehr von der Friedenspolitik des Kanzlers, der freundschaftliche Beziehungen zu Rußland für richtig hielt, und zu der Überzeugung, daß eine offene und feste Anlehnung an den Bundesgenossen Österreich-Ungarn notwendig sei. Aus militärpolitischen Gründen drang er immer wieder auf die Herbeiführung des Präventivkrieges als des besten Mittels, um die Umklammerung Deutschlands von Westen und Osten zunichte zu machen. Friedens- und Bündnispolitik Bismarcks und Präventivkriegspläne Waldersees standen sich schroff gegenüber. Die Jahre 1887/90 sahen einen immer schärfer werdenden Kampf um die Macht. Auch innenpolitisch waren Gegensätze



vorhanden. Dem Kreuzzeitungsmann und Stöckeranhänger Waldersee stand der über den Parteien stehende und jede parteipolitische Bindung ablehnende Kanzler gegenüber. Auch in der Innenpolitik setzte das Ringen um die Person des Thronfolgers und jungen Kaisers ein. Waldersee hatte diesen Kampf gewonnen, aber nur insofern, als er sein Ziel, den Sturz des Fürsten Bismarck, erreichte. Aber mit denselben Intrigen und Wühlereien und mit der gleichen persönlichen Einwirkung auf den Kaiser grub man auch ihm das Grab. In den Jahren 1890/91 sahen sich der Reichskanzler und der Generalstabschef in der Verbannung wieder: Friedrichsruh und Altona. In dem erbitterten Haß gegen Caprivi und der Abneigung gegen den neuen Kurs kehrte Waldersee zu den Bismarckischen Anschauungen zurück. Dieser Wandel betraf vor allem seine außenpolitischen Ansichten. Waldersee hatte die Innenpolitik des Fürsten Bismarck im Vergleich zu seiner Außenpolitik nur wenig kritisiert. Die neue sozialpolitische Richtung des Kaisers hatte er schon während seiner Auseinandersetzung mit Bismarck mißbilligt, da er innerlich den Bismarckischen Standpunkt vertrat. In der gemeinsamen Gegnerschaft gegen den neuen Kurs, gegen die Politik Wilhelms II. und seiner Ratgeber, sind sich Waldersee und Bismarck einig gewesen. Die Rückkehr Waldersees zu den politischen Anschauungen des großen Kanzlers führte ihn, der an der Entlassung Bismarcks stark mitgeholfen hatte, dazu, eine Wiederkehr des Fürsten als Reichskanzler oder zumindest Berücksichtigung seiner Ratschläge zu befürworten. Als Waldersee nach seiner Versetzung nach Altona im März 1891 dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh seinen ersten Besuch abstattete, schrieben die „Hamburger Nachrichten“<sup>1</sup>: daß zwischen dem Fürsten Bismarck und Waldersee niemals große Verstimmungen und politische Gegnerschaft bestanden haben; alle Presseäußerungen darüber seien unrichtig gewesen.<sup>2</sup> Zweifellos entsprach diese Meldung der „Hamburger Nachrichten“ nicht den Tatsachen. Sie war eben auf eine bestimmte Wirkung berechnet. Soviel stand jedoch fest, daß die politische Gegner-

---

1. Ausg. vom 15. 3. 1891.

2. s. Hofmann, a. a. O. Bd. I, S. 340 und Waldersee, II, 199, Note 1.

schaft zwischen Bismarck und Waldersee mit dem Jahre 1891 völlig aufgehört hatte. Waldersee, der in seinen Tagebüchern immer wieder die schärfste Kritik am Fürsten Bismarck und seiner Kritik geübt hatte, schrieb zum 80. Geburtstage des Fürsten „War es nötig, sich solcher Kraft, solcher Autorität zu entäußern? Wäre es nicht für alle besser gewesen, ihn uns zu erhalten? Und ferner: Warum wird sein Rat auch heute noch verschmäht? Die Zeiten sind doch ernst genug. Die so denken, haben recht. Mit ihm als Ratgeber stände es um unser Ansehen in der Welt wahrlich besser, und auch im Innern wäre viel Verkehrtes unterblieben“ (II, 345). Innen- und außenpolitisch stand er dem neuen Kurs ablehnend gegenüber. Die Schwankungen in der auswärtigen Politik und die Energie- und Ziellosigkeit trotz der immer bedrohlicher werdenden Einkreisung Deutschlands ließ seinen Blick auf die planvoll durchdachte Bündnispolitik des großen Kanzlers richten, die den Frieden erhalten hatte. In der Innenpolitik vermißte er die Beseitigung der großen Mißstände, einen klaren konservativen Kurs und die Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die innenpolitischen Vorgänge sah er ganz vom Bismarckischen Standpunkte an. Wesentlich war es aber, daß Waldersee eifrig danach strebte, seinen alten Einfluß beim Kaiser wieder zu erlangen. Sein glühender Ehrgeiz trieb ihn immer wieder zum Kaiser hin, nach dessen Gunst er trotz aller Kritik und Ablehnung seines Wesens eifrig trachtete. Hierin zeigte sich der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Persönlichkeiten: Bismarck mußte von Friedrichsruh aus mit Schmerz und Unwillen ansehen, was unfähige und unentschlossene Männer aus seinem Werke machten. Er war zu stolz und zu ehrbewußt, um nach der Gunst des Kaisers, der ihn verstoßen hatte, zu streben. Ganz anders Waldersee: er hoffte immer wieder, noch einmal an die Macht zu kommen, um dann seine Gegner zu beseitigen und seine Pläne und Gedanken in die Tat umzusetzen. Das konnte er aber nur durch den Kaiser erreichen. Darum erfolgte das Ringen um die Gunst Wilhelms II., der Kampf hinter den Kulissen gegen seine Widersacher, Holstein, Kiderlen, Caprivi, Marschall u. a. m. Waldersee stellte so eine der typischen Erscheinungen der Wilhelminischen Epoche dar. Er war politi-

sierender General und einer der Männer, die als unverantwortliche Ratgeber Wilhelms II. gegen die jeweils amtierenden Minister ihre eigenen politischen Pläne durchzusetzen strebten. Dieses Ringen um die Macht in den neunziger Jahren, ein charakteristisches Bild der Wilhelminischen Zeit, wirft ein ungünstiges Licht auf den Grafen Waldersee. Der Gegensatz zu dem großen Kanzler, der in seiner Zurückgezogenheit voller Bitterkeit, aber stolz und unbeirrt durch Gunst und Mißfallen Wilhelms II. der Regierung und dem deutschen Volke seine Meinung sagte, während Waldersee sein Verhalten allzuoft nach der Einstellung des Kaisers diplomatisch einrichtete, ist gewaltig. In ihren Anschauungen hatten beide viel Verwandtes, standen sie sowohl innen- wie außenpolitisch ganz nahe, aber in ihrem persönlichen wie politischen Verhalten waren sie weit voneinander getrennt. Der Gegensatz zwischen seinen Anschauungen und Plänen und seiner praktischen Tätigkeit in der Politik macht die Tragik im Leben Waldersees aus. Es fehlte ihm, wie Hartung<sup>3</sup> treffend bemerkt, „die innere Geschlossenheit des Wesens.“ Waldersee war eben kein Politiker, kein Diplomat, sondern Militär. Als Offizier ging er an die Politik heran, und darum ist bei seinen Anschauungen immer wieder die für ihn so charakteristische militärische Betrachtung politischer Vorgänge zu finden. Besonders in den Jahren seiner Gegnerschaft zu Bismarck war dieses Moment für seine Gedanken entscheidend. Die ganze Ablehnung der Bismarckischen Friedenspolitik und die Befürwortung eines Präventivkrieges ist aus seiner militärpolitischen Auffassung der damaligen Lage zu verstehen. Waldersee neigte stark dazu, die Diplomaten zu verachten und bewegte sich in dieser Beziehung in der gleichen Einstellung wie sie der ganze Kreis seiner Berufs- und Gesinnungsgegnossen (Loë, Deines, Engelbrecht u. a. m.) vertrat. Seine Wertschätzung der Militärattachés<sup>4</sup> und Geringschätzung der Berufspolitiker, ob sie nun im Auswärtigen Amt saßen oder in den verschiedenen Gesandtschaften, war bezeichnend für Graf Waldersee und von Einfluß auf seine politischen Anschauungen.<sup>5</sup>

---

3. Historische Ztschr. Bd. 130 S. 552, 1925.

4. s. II, 42 u. 136; Briefw. I, 136.

5. Vgl. II, 42 u. 136.

Mit den Militärattachés vereinten ihn die gleichen Ansichten über die außen- und innenpolitischen Vorgänge.<sup>6</sup> Waldersees politische Anschauungen sind also von seiner militärischen Auffassung der Politik maßgebend beeinflusst. Als Militär war Waldersee konservativ und monarchisch gesinnt. Er war entsprechend seiner Familientradition preußisch und königstreu eingestellt und diese konservative Haltung gegenüber den politischen Vorgängen ist für ihn bezeichnend. Waldersee ist sein ganzes Leben hindurch ein überzeugter Anhänger der konservativen und monarchischen Weltanschauung gewesen. Nie hat er mit Überzeugung andere Gedanken und Anschauungen vertreten. Er stand in scharfem Gegensatz zu den liberal eingestellten Kreisen des deutschen Volkes, die sich um das Kronprinzenpaar scharten. Die liberalen Parteien galten ihm als ein Übergang zur Sozialdemokratie und als die Vertretung des Judentums und der Börsenkreise. Ihren Anschauungen auf politischem wie auf kulturellem Gebiet stellte er die Front des konservativen Gedankenguts gegenüber. Waldersee war konservativ gesinnt, er stand dem Kreise von Stöcker und Hammerstein nahe, und daraus entsprang — gefördert und stark beeinflusst durch seine Gattin — seine streng kirchliche Einstellung. Die konservative und protestantische Weltanschauung wirkte als zweites Gedankengut auf seine politischen Anschauungen. Auch Fürst Bismarck war konservativ und evangelisch gesinnt und hat aus dieser seiner Einstellung nie ein Hehl gemacht, aber er hat diesen Anschauungen keinen maßgeblichen Einfluß auf seine politischen Gedanken und Pläne gegeben. Hieraus ergibt sich der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Persönlichkeiten: Bismarck war Realpolitiker und darum ein Staatsmann ganz großen Formats. Waldersee ging bei seinen politischen Gedanken und Plänen von seiner weltanschaulichen und militärischen Einstellung aus. Er war — wenn man es so ausdrücken darf — im Gegensatz zu Bismarck Gefühlspolitiker. Darum mußten beide Persönlichkeiten in ihren politischen Anschauungen und Plänen zusammenstoßen. Die Walderseever-

---

6. Vg. die Ansichten v. Deines über Stöcker, die Judenpresse und das allgemeine Wahlrecht.



sammlung mit der Bekämpfung der ultrakonservativen und orthodoxen Einflüsse auf den Prinzen Wilhelm durch den Kanzler, und zum anderen die Auseinandersetzung über den Präventivkrieg und die weitere Durchführung der Friedenspolitik zwischen Waldersee und Bismarck sind die bezeichnenden Merkpunkte für die Verschiedenheit der politischen Gedanken in den Jahren 1887/90.

Die militärische und weltanschauliche Auffassung der Politik durch Waldersee bedingte den entscheidenden Unterschied gegenüber Bismarck. In den Jahren der Gegnerschaft und des gegenseitigen Ringens um die Macht, die sich in der Person des jungen Thronfolgers und Kaisers verkörperte, standen sich Bismarck und Waldersee in ihren politischen Ansichten schroff gegenüber. Für die Jahre vor 1886 und nach Bismarcks und Waldersees Entlassung aus ihren Ämtern galt dieser Unterschied nicht mehr. Waldersee bekannte sich in der auswärtigen Politik wie in den Jahren vor Beginn seiner Differenzen mit dem Reichskanzler zur Politik des Fürsten Bismarck. In der inneren Politik war die Verschiedenheit der Einstellung nur in den Jahren lebendig gewesen, als Waldersee sich eng an die Kreuzzeitungspartei anschloß. Mit Bismarcks Sturz fiel diese Kluft, um so mehr, als Waldersee den innen- und sozialpolitischen Kursus Wilhelms II. stark mißbilligte. Waldersee ist mit Recht als der Typ des politisierenden Generals zu bezeichnen. Für die Bewertung des Grafen Waldersee als Mensch und Persönlichkeit kann sein Selbstbekenntnis gelten, das er in einer seiner vielen religiösen Tagebuchbetrachtungen machte: „Ich müßte als Mensch und Christ viel weiter sein und würde es sein, wenn mich die unselige Politik nicht so fesselte.“<sup>7</sup> Waldersees Ehrgeiz und Neigung zur Intrige gibt seinem Bilde einen un schönen Charakter. Darüber sind sich seine Zeitgenossen und die historische Forschung einig. Bismarck gab ein überaus treffendes Urteil über Waldersee ab, indem er sagte: „Graf Waldersee war von ungesundem Ehrgeiz beseelt, weil er sich nicht auf seinen militärischen Beruf zu beschränken ver-

---

7. Tgb.-Aufzeichn. v. 29. 11. 1891, II, 224.

mochte.“<sup>8</sup> Waldersee war eben — das zeigen seine Tagebücher und sein Briefwechsel überaus klar — kein Politiker, sondern ein General, den immer wieder die Neigung zur Politik und der Trieb, politische Macht zu gewinnen, packte. Gilt Bismarck in der Geschichte als Vorbild eines Staatsmannes, so steht Waldersee als der „klassische Vertreter des aus Ehrgeiz politisierenden Generals“ da.<sup>9</sup> Unabhängig aber von dieser Wertung müssen die politischen Anschauungen Waldersees betrachtet werden. Der Widerstreit zwischen realpolitischen Erwägungen und gefühlsmäßigen Anschauungen war typisch für seine politischen Gedanken. Zwei Faktoren waren für seine politischen Anschauungen maßgebend: die Auffassung politischer Vorgänge vom militärischen Standpunkt aus und zum anderen eine weltanschauliche und gefühlsmäßige Betrachtung der Politik. Waldersee war, abgesehen von den Jahren seines Gegensatzes zu Bismarck — für den Historiker entschieden die interessanteste Zeit seines Lebens — Anhänger der Bismarckischen Politik. Es ist das tragische Schicksal Waldersees gewesen, daß er den Mann, den er für den größten Staatsmann seiner Zeit ansah, aus seinem Amte entfernen half, und so die Grundlagen schuf für die verhängnisvolle Politik, die das Werk des Reichsgründers verderben sollte. So ist er, belastet durch die Mittäterschaft am Sturze Bismarcks, in die Geschichte eingegangen als eine Persönlichkeit, die durch ihre Gaben und Anschauungen berufen war, am Aufbau des Vaterlandes an einflußreicher Stelle mitzuhelfen, aber durch Ehrgeiz und allzustarken Machttrieb mitschuldig wurde an der Entwicklung, die zur Katastrophe von 1918 führte.

---

8. Hofmann, a. a. O. I, 190.

9. Haller-Eulenburg, S. 244.

## Literatur.

### I. Quellen.

Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee, bearb. u. hrsg. von H. O. Meisner, 3 Bde., Stuttgart und Berlin 1922/23. Zitiert als: I, II, III.

Aus dem Briefwechsel des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee, Bd. I: Die Berliner Jahre 1886—1891, hrsg. von H. O. Meisner, Stuttgart und Berlin 1928. Zitiert als: Briefw. I.

Briefwechsel zwischen dem Chef des Generalstabes Grafen Waldersee und dem Militärattaché in Petersburg Grafen York von Wartenburg. 1885—1894, hrg. von H. O. Meisner, in: Hist. Polit. Arch. 1930 Bd. I, S. 133/192.

Aus den Erinnerungen des Generalfeldmarschalls Grafen Waldersee, mitget. von H. O. Meisner, in Dtsch.Rev. Jg. 46, Bd. II, S. 208 ff. und Jg. 46, Bd. III, S. 1 ff. Juni/Juli 1921.

*Hans Mohs*: Generalfeldmarschall Alfred Graf von Waldersee in seinem militärischen Wirken, 2 Bde., Bd. I u. II. Berlin 1929.

---

Die Große Politik der Europäischen Kabinette, 1871—1914, hrsg. v. Thimme, Bd. I—VI. Berlin 1922.

*Schultheß*: Europäischer Geschichtskalender. Jg. 1866—1904.

---

*Bismarck*: Gedanken und Erinnerung. Bd. I und II, 1898; Bd. III, 1919. Stuttgart, herausg. von Horst Kohl.

--- Politische Reden. Hist. Krit. Gesamtausg. von Horst Kohl. Bd. V—XIV. Stuttgart-Berlin 1893—1905.

— Die gesammelten Werke (Friedrichsruher Ausg.), Bd. VII—IX., 3. Aufl. Gespräche, hrsg. von Andreas. Berlin 1924 ff.

Bismarcks großes Spiel: Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers, hrsg. von Ernst Feder, Frankfurt 1932.

*Hermann Hofmann*: Fürst Bismarck 1890—1898. Bd. I—III. Stuttgart-Berlin-Leipzig 1913.

*Joh. Penzler*: Fürst Bismarck nach seiner Entlassung. 7 Bde. Leipzig 1897/98.

Die Ansprachen des Fürsten Bismarck 1848—1894, hrsg. von Heinr. v. Poschinger, Stuttgart-Leipzig 1895.

*Lucius von Ballhausen*: Bismarckerinnerungen. 1./3. Aufl. Stuttgart und Berlin 1920.

*Brauer-Marcks-Müller*: Erinnerungen an Bismarck. Stuttgart 1915.

*Moritz Busch*: Tagebuchblätter. 3 Bde. Leipzig 1899.

*Ferd. Philipp*: Bismarcks vertrauliche Gespräche. 1927.

---

*Friedr. v. Bernhardt*: Denkwürdigkeiten aus meinem Leben. Berlin 1927.  
*Bülow*: Denkwürdigkeiten. Bd. I—IV, hrsg. v. Stockhammern. Berlin 1930 ff.

*Joh. Haller*: Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld. Berlin 1927. Zitiert als: Haller-Eulenburg.

*Fürst Philipp zu Eulenburg-Hertefeld*: Aus 50 Jahren, Erinnerungen, Tagebücher und Briefe, hrsg. v. Joh. Haller. Berlin 1923.

— Mit dem Kaiser als Staatsmann und Freund auf Nordlandreisen. 2 Bde. Dresden 1931.

Letters of the Empress Frederick ed. Sir Fr. Ponsonby. London 1928.  
Dtsch. Übers. mit einer Einl. von Wilhelm II. Berlin 1929.

*Alexander von Hohenlohe*: Aus meinem Leben, hrsg. von G. Anhäuser. Frankfurt 1925.

*Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst*: Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit, hrsg. von K. A. v. Müller. Stuttgart-Berlin 1931.  
Zitiert als: Hohenlohe III.

Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, hrsg. von Fr. Curtius, 2 Bde. Stuttgart-Leipzig 1907. Zitiert als: Hohenlohe I, II.

*Eugen von Jagemann*: 75 Jahre des Erlebens und Erfahrens (1849—1924). Heidelberg 1925.

*Bismarck und Kardorff*: Neue Mitteilungen aus dem Nachlaß Wilh. v. Kardorffs. Deutsche Revue. Jg. 33, Bd. II. 1908. — Jg. 41, Bd. IV; Jg. 42, Bd. I—IV, 1916/17, hrsg. v. Fr. Thimme.

*E. v. Liebert*: Aus einem bewegten Leben. Erinnerungen. München 1925.

*Graf Helmuth von Moltke*: Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten. 8 Bde. Berlin 1882 ff.

*Anton Graf Monts*: Erinnerungen und Gedanken, hrsg. von Nowak und Thimme. Berlin 1932.

*Staatsminister von Puttkamer*: Ein Stück preußischer Vergangenheit. 1828—1900, hrsg. von Albert v. Puttkamer. 1929.

Denkwürdigkeiten des Botschafters General von Schweinitz, 2 Bde. Berlin 1927.

Briefwechsel des Botschafters General von Schweinitz. Berlin 1928.

*Adolf Stöcker*: 13 Jahre Hofprediger und Politiker. Berlin 1895.

*Walter Frank*: Aus der Vorgeschichte von Bismarcks Sturz. Unveröffentlichtes aus dem Nachlasse des Hofpredigers Stöcker. Südd. Monh. Jg. 24, S. 319—336. August 1927.



- Albrecht v. Stosch*: Denkwürdigkeiten, Briefe und Tagebuchblätter, hrsg. von W. v. Stosch. Stuttgart 1904.
- Rud. Stratz*: Lebenserinnerungen. 2 Bde. Berlin 1925/26.
- Wilhelm II.*: Aus meinem Leben. 1859—1888. Berlin 1927.
- Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878—1918. Leipzig und Berlin 1922.
- E. v. Wertheimer*: Berichte des österreichischen Militärattachés in Berlin, Steininger, Preuß. Jahrbücher, Bd. 201, Heft 3, S. 264 ff. Sept. 1925.
- Bismarcks Sturz. Nach neuen Quellen. Preußische Jahrbücher, Bd. 184, S. 300—336.
- Die Entlassung nach den bayerischen Gesandtschaftsberichten von K. A. v. Müller. Südd. Monh., Jg. 19, 1. Dezember 1921, S. 138—178.
- Generaloberst v. Einem*: Erinnerungen eines Soldaten. 1853—1933. Leipzig 1933.
- 

## II. Darstellungen.

- E. Bethcke*: Politische Generale. Kreise und Krisen um Bismarck. Berlin 1930.
- v. Eppstein*: Bismarcks Entlassung. Berlin 1922.
- Walter Frank*: Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich-soziale Bewegung. Berlin 1928.
- Ernst Gagliardi*: Bismarcks Entlassung. Teil I. Innenpolitik. Tübingen 1927.
- Otto Gradenwitz*: Bismarcks letzter Kampf. 1888—1898. Berlin 1924.  
= Schriftenreihe der Preußischen Jahrbücher Nr. 15.
- Otto Hammann*: Der neue Kurs. Berlin 1918.
- Zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Berlin 1918.
- Deutsche Weltpolitik. 1890—1912. Berlin 1925.
- Der mißverstandene Bismarck. Berlin 1921.
- Maximilian Harden*: Köpfe. Bd. I und II. Berlin 1910 ff.
- Paul Haake*: Bismarcks legaler Staatsstreichplan. 1890. In Neue Jahrbücher f. Wiss. u. Jugendbildung. 8. Jg. 1932. S. 511—526.
- Fritz Hartung*: Verantwortliche Regierung, Kabinette und Nebenregierungen im konstitutionellen Preußen. 1848—1918. In Forschungen zur brandenb.-preuß. Geschichte. Bd. 44, 1. u. 2. Hälfte.
- Ad. Hasenclever*: Militärattaché und Auswärtiges Amt um die Wende von altem und neuem Kurs, in „Vergangenheit u. Gegenwart“, 1932, H. 11.
- Heinr. Heffter*: Die Kreuzzeitungspartei und die Kartellpolitik Bismarcks = Schriften des Sächs. Forsch.-Inst. f. neuere Geschichte. Bd. I. Leipzig 1927.
- Ed. Heller*: Bismarcks Stellung zur Führung des Zweifrontenkrieges. Arch. f. Pol. u. Gesch. VII. S. 677—698. 1926.

*Walther Kloster*: Der deutsche Generalstab und der Präventivkriegsgedanke = Beiträge zur Geschichte der nachbismarckischen Zeit und des Weltkrieges. H. 13. Stuttgart 1932.

*William L. Langer*: European Alliances and Alignments. New York 1931. 1871—1890.

*Hans Leuß*: Wilhelm Freiherr von Hammerstein. Berlin 1905.

*Wilh. Mommsen*: Bismarcks Sturz und die Parteien. Stuttgart-Berlin-Leipzig 1924.

*Reinhold Conrad Muschler*: Philipp zu Eulenburg, sein Leben und seine Zeit. Berlin 1930.

*Ulrich Noack*: Bismarcks Friedenspolitik und das Problem des deutschen Machtverfalls. Leipzig 1928.

*Karl Friedr. Nowak*: Das dritte deutsche Kaiserreich. Bd. I. Die übersprungene Generation. Berlin 1929. Bd. II. Deutschlands Weg in die Einkreisung. Berlin 1931.

*A. Rapp*: Moltkes politische Anschauungen. Dissertation. Freiburg 1925.

*Rud. Schmidt*: Das Militärkabinett der preußischen Könige und deutschen Kaiser. Berlin 1933.

*Wilh. Schüßler*: Bismarcks Sturz. Leipzig 1921.

*Heinz Trützschler v. Falkenstein*: Bismarcks Stellung zum Präventivkrieg. „Europäische Gespräche.“ 1923 Juliheft S. 185—195.

— Bismarck und die Kriegsgefahr des Jahres 1887. Berlin 1924.

*Gräfin E. Waldersee*: Von Klarheit zu Klarheit. Gräfin M. E. v. Waldersee. 4. Aufl. Berlin 1931.

*Ad. v. Deines*: Lebensbild, 1845—1911, zusammengestellt von E. v. Witzleben. Berlin 1913.

*Egmont Zechlin*: Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. 1890-1891. Stuttgart 1929.

Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog. Bd. IX. 1904. Artikel: „Waldersee“ von Hugo Jacobi.

---

#### A b k ü r z u n g :

Die Denkwürdigkeiten Waldersees sind zitiert als: I,...; II,...; III,...; der Briefwechsel als: Briefw. I,....

## Verzeichnis der Personennamen.

Alfred Graf von Waldersee, Kaiser Wilhelm II. und Fürst Otto von Bismarck sind in diesem Verzeichnis nicht aufgeführt, weil diese Namen in der Arbeit ständig vorkommen. \* bedeutet Fußnote.

- Ahlwardt, Hermann, antisemitischer Reichstagsabgeordneter, 83.
- Albedyll, Emil v., Generaladjutant und Chef des Militärkabinetts, 32, 71, 81, 95, 107 f., 117.
- Albert, König von Sachsen, 72 f.
- Albrecht, Prinz von Preußen, 85.
- Alexander, Fürst von Bulgarien (vorher Prinz von Battenberg), 117.
- Alexander II., Kaiser von Rußland, 97.
- Alexander III., Kaiser von Rußland, 109, 117, 130, 146, 159.
- Arendt, Otto, Dr., freikonservativer Reichstagsabgeordneter, 57.
- Augusta, Deutsche Kaiserin, 77, 86.
- Auguste Viktoria, Deutsche Kaiserin, 47, 110 f.
- Bamberger, Ludwig, freisinniger Reichstagsabgeordneter, 142.
- Beck, Friedrich Freih. v., österr.-ungar. Feldzeugmeister und Chef des Generalstabes, 98.
- Benningsen, Rudolf von, national-liberaler Reichstagsabgeordneter, Oberpräsident, 57, 85, 88.
- Berchem, Maximilian Graf v., Unterstaatssekretär, 112, 128.
- Berlepsch, Hans Hermann Freih. v., Minister, 65 f.
- Bernhardi, Friedrich v., Major und Militärattaché, später General, 31, 33, 36.
- Bischoffwerder, Johann Rudolf v., Generaladjutant König Friedrich Wilhelms II., 34.
- Bismarck, Herbert Graf v., Staatssekretär, 30, 38, 41, 54, 79, 87, 101, 103, 105, 107 f., 111-113, 127-132, 137, 146, 168.
- Bleichröder, Gerson (v.), Bankier, 33, 82, 145.
- Bock, v., Oberstleutnant, 119, 124.
- Boetticher, Heinr. v., Staatssekretär des Reichsamts des Innern, 31, 42.
- Boulanger, George, franz. General und Minister, 119, 125.
- Brauer, Arthur v., badischer Gesandter in Berlin, später badischer Ministerpräsident, 19, 23.
- Bronsart v. Schellendorf, Paul, preuß. Kriegsminister, 117.
- Bülow, Bernhard Fürst v., Reichskanzler, 36, 41-44, 79, 151.
- Caprivi, Leo Graf v., Reichskanzler, 11-23, 26-37, 43, 52, 66-68, 73, 76-78, 107, 151-153, 155, 157 f., 161, 166, 170.
- Carnot, Sadi, Präsident der franz. Republik, 70, 72.
- Chanzy, Antoine E. Alfred, franz. General, 94.
- Crispi, Francesco, ital. Ministerpräsident, 143.
- Deines, Adolf (v.), Militärattaché, 55, 125-128, 132, 139, 144, 152, 171, 172.\*

- Dolgoruki, Nikolaus Fürst, russischer Oberst u. Militärattaché, 99.
- Douglas, Hugo Sholto (Graf v.), Freiherr, freikonservatives Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses, 65 f.
- Engelbrecht v., Oberst, Militärattaché, 12, 20, 120, 152 f., 171.
- Eulenburg, Grafen, Familie, 35.
- Eulenburg, August Graf zu, Oberhof- und Hausmarschall, 42, 68, 149.\*
- Eulenburg, Botho Graf zu, Oberpräsident, preuß. Ministerpräsident, 32 f., 41 f., 68.
- Eulenburg und Hertefeld, Philipp Graf (Fürst) zu, Botschafter, 15, 18 f., 22, 24—26, 31 f., 37—42, 58, 68 f., 137, 148 f.
- Falckenstein, Maximilian Vogel v., General, 27.
- Fischer, L. v., Oberbürgermeister von Augsburg, nationalliberaler Reichstagsabgeordneter, 13, 60.
- Franz Joseph, Kaiser von Österreich, 126 f., 132 f., 143, 155.
- Friedrich I., Großherzog von Baden, 15, 32, 59, 68, 78 f., 146 f.
- Friedrich III., Deutscher Kaiser, 59, 79—82, 87, 104 f., 108, 112 f.
- Friedrich Franz III., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, 32.
- Gambetta, Léon, franz. Staatsmann, 94.
- Gerlach, Leopold v., Generaladjutant König Friedrich Wilhelms IV., 90.
- Giers, Nicolaus v., russischer Außenminister, 98.
- Gladstone, William, englischer Ministerpräsident, 103 f.
- Goltz, Kolmar Freiherr v. d., Oberstleutnant, 115 f.
- Gortschakow, Alexander, Fürst, russischer Reichskanzler, 96.
- Govone, Guiseppe, ital. General, 90.
- Gradenwitz, Otto, Dr., Universitätsprofessor, 20.
- Hahnke, Wilhelm v., General, Chef des Militärkabinetts, 21, 24, 27, 42 f., 50.
- Hammann, Otto, Geh. Leg.-Rat, 44, 72.
- Hammerstein, Wilhelm v., Hauptschriftleiter der Kreuzzeitung, 46, 48 f., 51 f., 54, 57 f., 76, 172.
- Harden, Maximilian (eig. Wittkowsky) Schriftsteller, 35.
- Hartung, Fritz, Dr., Universitätsprofessor, 39, 40\*, 45, 171.
- Hatzfeld-Wildenburg, Paul Graf v., Botschafter, 95 f., 98.
- Heinrich VII., Prinz von Reuß-Schleiz, Botschafter, 127 f., 130, 133, 137.
- Helldorf-Bedra, Otto Heinrich v., konservativer Reichstagsabgeordneter, 52, 147.
- Henckel-Donnersmark, Guido Graf (Fürst) v., 29, 41.
- Hinzpeter, Georg Ernst, Erzieher des Prinzen Wilhelm, 19, 24, 31, 40, 65 f.
- Hödel, Max, Attentäter auf Kaiser Wilhelm I., 61 f.
- Hoenig, Fritz, Hauptmann u. Militärschriftsteller, 50.
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Alexander Prinz zu, 41, 73.
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu, Reichskanzler, 32, 35—38, 41—44, 67 f., 78, 81, 151.
- Hoiningen, Ernst Freih. v., gen. Huene, 1. Militärattaché in Paris, 124.
- Holleben, Albert v., General, 27.
- Holstein, Fritz v., Wirkl. Geh. Rat, 12, 15, 18-20, 22-24, 26, 28, 30 f., 34, 37 f., 41 f., 44 f., 52, 55-57, 68, 73 f., 98, 128, 151-153, 170.
- Huene s. Hoiningen.



- Jencke, sächs. Geh. Finanzrat,  
Generaldirektor der Kruppwerke,  
60.
- Kardorff, Wilhelm v., freikonserva-  
tiver Reichstagsabgeordneter, 29,  
36\*, 60, 67\*, 75.
- Karl I., König von Rumänien, 136.
- Karl I., König von Württemberg,  
72 f.
- Kiderlen-Wächter, Alfred v., Ge-  
sandter, später Staatssekretär, 26,  
37, 170.
- Kleist-Retzow, Hans v., konserva-  
tiver Reichstagsabgeordneter,  
Oberpräsident, 46.
- Klepsch, österr.-ungar. Oberstleut-  
nant u. Militärattaché, 130.
- Köller, Ernst Matthias v., preuß.  
Innenminister, 37 f., 68 f.
- Kopp, Georg, Fürstbischof von  
Breslau, 79 f.
- Krupp, Friedrich Alfred, 60.
- Lerchenfeld, Hugo Graf v., bayer.  
Gesandter in Berlin, 10 f.
- Liebenau, Eduard v., Hofmarschall,  
149\*.
- Loë, Walther Freih. v., General,  
79 f., 115—117, 119 f., 124 f., 142—  
144, 155, 171.
- Lucanus, Hermann v., Chef des  
Zivilkabinetts, 24, 69.
- Lucius von Ballhausen, Robert  
Freih., Minister, 40, 65\*, 95 f.,  
146.
- Marschall v. Bieberstein, Adolf  
Freih., Staatssekretär des ausw.  
Amtes, 26, 38 f., 41 f., 73, 151, 170.
- Martin, Ludovic, Jesuitengeneral,  
80.
- Meisner, Heinrich Otto, Dr., Staats-  
archivrat, 50, 129.
- Miquel, Joh. (v.), Oberbürgermeister,  
Finanzminister, 13, 41, 56 f., 59,  
85.
- Moltke, Helmuth Graf v., General-  
feldmarschall, 19, 23, 26, 81, 87,  
91, 94, 97, 107, 113, 116, 124, 128,  
130 f., 133 f., 168.
- Monts, Anton Graf v., Botschafter,  
35 f., 38\*, 65.
- Morier, Sir Robert, engl. Botschafter,  
148.
- Nobiling, Attentäter auf Kaiser  
Wilhelm I., 61.
- Nowak, Karl Friedrich, Schrift-  
steller, 16 f.
- Pourtales, Friedrich Graf, Legations-  
rat im Ausw. Amt, 23.
- Puttkamer, Robert Viktor v., Mini-  
ster, 53, 81.
- Radolinski, Hugo Graf v., Hof-  
marschall, 107 f.
- Raffauf, Konsul in Kiew, 150.
- Rantzaу, Kuno Graf v., Geh.  
Legationsrat, 127.
- Rechenberg, Julius Freih. v., Gene-  
ralkonsul in Warschau, 11, 13,  
17, 21, 25, 124 f., 149.
- Richter, Eugen, freisinniger Reichs-  
tagsabgeordneter, 59.
- Roggenbach, Franz Freih. v., bad.  
Minister, 59.
- Scheibert, Johannes, Major a. D.  
und Militärschriftsteller, 49 f.
- Schlieffen, Alfred Graf v., Chef des  
Generalstabes, 24, 27.
- Schönaich-Carolath, Heinrich Prinz  
von, 105.
- Schottmüller, Konrad, Professor, 12.
- Schnäbele, franz. Grenzkommissar,  
124.
- Schweinitz, Hans Lothar v., General  
und Botschafter, 10 f., 23, 38, 130.
- Senden und Bibran, Freih. Gustav  
von, Admiral, Chef des Marine-  
kabinetts, 68, 74.
- Sommerfeld v., Oberst und Flügel-  
adjutant des Kronprinzen Fried-  
rich, 107 f.
- Stablewski, Florian v., Erzbischof  
von Posen und Gnesen, 158.

- Steininger, C. Freih. v., österr.-ungar. Militärbevollmächtigter in Berlin, 13, 120, 128, 131, 133.
- Stoecker, Adolf, Hofprediger, 18 f., 46-49, 51-55, 58, 63, 66 f., 81-83, 169, 172.
- Stolberg-Wernigerode, Otto Graf zu, Minister, 95 f.
- Stolberg-Wernigerode, Udo Graf zu, Landrat und konservativer Abgeordneter, 54.
- Stosch, Albrecht v., General und Minister, 59.
- Stumm-Halberg, Karl Ferdinand (Freih. v.), Industrieller, freikonservativer Reichstagsabgeordneter, 60, 68.
- Széchenyi, Emmerich Graf v., österr.-ungar. Botschafter in Berlin, 128-132.
- Tausch v., Kriminalkommissar, 39.
- Verdy du Vernois, Julius, General und Kriegsminister, 11 f., 40, 63, 138.
- Viktoria, Deutsche Kaiserin, 38, 79-82, 104, 108.
- Villaume, Karl v., Militärattaché, 11.
- Voigts-Rhetz, Konstantin Bernhard von, General, 84.
- Waldersee, Marie Esther Gräfin v., geb. Lee, 10 f., 47, 52, 67, 76, 110, 172.
- Wehrmann, Otto, Erster Vortragender Rat im Staatsministerium, 84.
- Wilhelm, Herzog von Braunschweig, 87.
- Wilhelm I., Deutscher Kaiser, 61, 64, 84-87, 92 f., 97 f., 102, 105 f., 108, 113, 128, 165, 168.
- Windheim, Ludwig v., Polizeipräsident, 39.
- Windthorst, Ludwig, Zentrumsführer, 76-78, 89.
- Wohlgemuth, Polizeiinspektor, 145, 148.
- York von Wartenburg, Maximilian Graf, Militärattaché in Petersburg, 35, 99, 128, 130, 152.
- Zahn, Major, Adjutant des Grafen Waldersee, 49-51.
- Zedlitz und Trützschler, Robert Graf v., Minister, 52 f.



